

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Plenarprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 13. Wahlperiode: 1991/92

25.08.1992 - Plenarprotokoll 14. Sitzung

14. Sitzung

am Dienstag, dem 25. August 1992

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung	813	Gesetz zur Änderung kostenrechtlicher Vorschriften
Abg. Kudella (CDU) zur Geschäftsordnung	813	Mitteilung des Senats vom 4. August 1992
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	813	(Drucksache 13/206)
Eingaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung	814	1. Lesung
Abg. Pflugradt (CDU) zur Geschäftsordnung	814	2. Lesung
Abg. Dittbrenner (SPD) zur Geschäftsordnung	815	Neugestaltung des Finanzausgleichs im Land Bremen und Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Finanzausweisungen an die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven
Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen 1992 und 1993		Mitteilung des Senats vom 4. August 1992
Mitteilung des Senats vom 4. August 1992 (Drucksache 13/203)		(Drucksache 13/205)
1. Lesung		1. Lesung
2. Lesung		2. Lesung
D a z u		
Anträge und Änderungsanträge der Fraktion der DVU vom 24. August 1992		Einsetzung eines nichtständigen Ausschusses „Reform des öffentlichen Dienstes“
(Drucksachen 13/221 bis 13/245, 13/249 bis 13/252, 13/255 bis 13/258, 13/260, 13/262 und 13/263)		Antrag der Fraktionen der FDP, der SPD und DIE GRÜNEN
Anträge und Änderungsanträge der Fraktionen der SPD, DIE GRÜNEN und der FDP vom 24. und 25. August 1992		vom 10. August 1992
(Drucksachen 13/266 bis 13/295, 13/298 und 13/315)		(Drucksache 13/212)
Anträge und Änderungsanträge der Fraktion der CDU vom 24. August 1992		Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes
(Drucksachen 13/300 bis 13/313)		Antrag der Fraktionen der SPD, der FDP und DIE GRÜNEN
Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung		vom 10. August 1992
Mitteilung des Senats vom 4. August 1992 (Drucksache 13/204)		(Drucksache 13/213)
1. Lesung		1. Lesung
2. Lesung		2. Lesung
		Bericht des Vorstands über die konkreten Einspar- und Einnahmemöglichkeiten zur Abdeckung der durch die Diätenerhöhung verursachten Kosten vom 11. August 1992
		(Drucksache 13/214)

Fortsetzung der westdeutschen Schiffbauhilfen

Antrag der Fraktionen der SPD, der FDP, DIE GRÜNEN und der CDU
vom 20. August 1992
(Drucksache 13/219)

Zukünftige Konversionsanstrengungen für das Land Bremen

Antrag der Fraktionen der SPD, der FDP und DIE GRÜNEN
vom 24. August 1992
(Drucksache 13/220)

Senator für Finanzen Kröning	816	Abg. Ruffler (DIE GRÜNEN)	849
Abg. Metz, Berichterstatter	820	Abg. Kudella (CDU)	850
Abg. Nölle (CDU)	823	Bürgermeister Jäger, Senator für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie	853
Abg. Frau Blohm (DVU)	829	Abg. Blome (DVU)	857
Abg. Dittbrenner (SPD)	832	Abg. Neujahr (FDP)	858
Abg. Mützelburg (DIE GRÜNEN)	837	Abg. Teiser (CDU)	859
Abg. Welke (FDP)	841	Abg. Frau Marken (SPD)	861
Bürgermeister Wedemeier, Präsident des Senats und Senator für kirchliche Angelegenheiten	844	Abg. Schramm (DIE GRÜNEN)	861
		Abstimmung Drucksache 13/213	864
		Abg. Dr. Schrörs (CDU)	864
		Abg. Schramm (DIE GRÜNEN)	866
		Abg. Lojewski (SPD)	867
		Abg. Braun (FDP)	869
		Bürgermeister Jäger, Senator für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie	871
		Abg. Schmurr (SPD)	872
		Abg. Borttscheller (CDU)	873
		Abg. Frau Marken (SPD)	876
		Abg. Thomas (DIE GRÜNEN)	878
		Abg. Weidenbach (DVU)	882
		Abg. Adamietz (FDP)	884
		Senator für Inneres und Sport v. Nispen ...	887
		Abg. Borttscheller (CDU)	890

Präsident Dr. Klink

Vizepräsident Frau Bernbacher

Schriftführer Frau Lenz

Vizepräsident Nölle

Schriftführer Ravens

Schriftführer Frau v. Schönfeldt

Bürgermeister **Wedemeier** (SPD), Präsident des Senats
und Senator für kirchliche Angelegenheiten

Bürgermeister **Jäger** (FDP), Senator für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

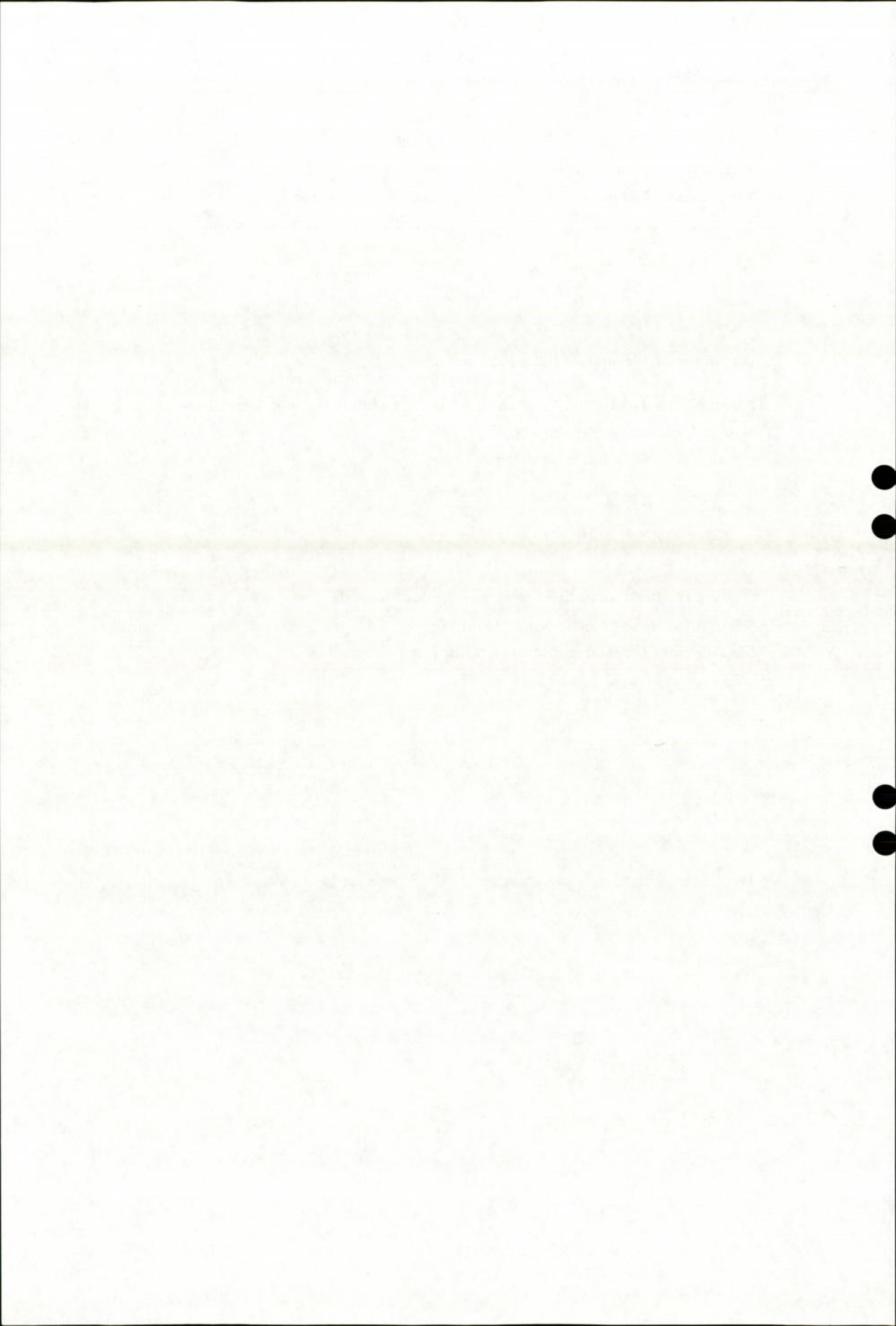
Senator für Finanzen **Kröning** (SPD)

Senator für Inneres und Sport **v. Nispen** (FDP)

Staatsrat **Dr. Dopatka** (Senatskommission für das Personalwesen)

Staatsrat **Dr. Heidorn** (Senator für Finanzen)

Senatsdirektor **Dr. Dannemann** (Senator für Finanzen)



(A) Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung um 10.03 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, ich stelle fest, die 14. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Presse.

Folgende Gruppe ist anwesend: ein Kurs der Akademie der Wirtschaft in Bremen.

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgende Eingänge bekannt:

1. Zukünftige Konversionsanstrengungen für das Land Bremen, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD, der FDP und DIE GRÜNEN vom 24. August 1992, Drucksache 13/220.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muß das Plenum zunächst einen Beschluß über die Dringlichkeit des Antrags herbeiführen.

Wird die Begründung der Dringlichkeit gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Wer mit der dringlichen Behandlung des Antrags einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Das ist aber noch sehr müde heute hier, meine Damen und Herren. Aber ich stelle fest, der Antrag soll dringlich behandelt werden.

(B) (Einstimmig)

Ich werde diesen Antrag am Schluß der Tagesordnung zur Verhandlung stellen.

(Abg. **Dittbrenner** [SPD]: Nein, Herr Präsident, wir bitten, daß das mit dem Haushalt verbunden wird!)

Mit dem Haushalt zu verbinden? Es wird der Antrag gestellt, diesen Punkt mit dem Haushalt zu verbinden.

Bitte sehr, Herr Kudella, zur Geschäftsordnung!

Abg. **Kudella** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir waren uns einig darüber, daß dieser Punkt außerhalb des Haushalts behandelt werden soll. Insofern bitte ich, das Verfahren, wie in der Interfraktionellen Besprechung abgemacht, einzuhalten!

Präsident Dr. Klink: Wir haben das interfraktionell angesprochen, aber, glaube ich, dann nicht abschließend behandelt.

(Abg. **Welle** [FDP]: Es liegt ja ein entsprechender Haushaltsantrag vor!)

Meine Damen und Herren, das Plenum ist souverän. Es ist der Antrag gestellt worden zu verbinden.

Ich stelle diesen Antrag zur Abstimmung.

Wer einer Verbindung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! (C)

(Dafür SPD, DIE GRÜNEN und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU und Abg. **Altermann**)

Stimmenthaltungen?

(DVU)

Dann ist es so beschlossen.

2. Die Fraktion der DVU hat darum gebeten, Nachwahlen in zwei Deputationen vorzunehmen. Ich werde diese Wahlen am Schluß der Tagesordnung aufrufen.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

3. Zu den Haushaltsberatungen sind Entschließungsanträge eingebracht worden, die gemäß Paragraph 31 Absatz 3 als dringlich gelten, sowie Dringlichkeitsanträge, bei denen ich davon ausgehe, daß die Dringlichkeit nicht begründet und nicht besonders abgestimmt werden muß. Das sind Dringlichkeitsanträge zum Haushalt.

Ich stelle Einverständnis fest.

Die übrigen Eingänge bitte ich der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzungen sowie dem heute verteilten Umdruck zu entnehmen. (D)

I. Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung

Entwurf eines Gesetzes über den Rettungsdienst im Lande Bremen (BremRettdG)

Mitteilung des Senats vom 24. August 1992 (Drucksache 13/314)

Die Vorlage kommt auf die Tagesordnung der Sitzungen der Bürgerschaft (Landtag) am 15./16. September 1992.

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Suizidgefährdung bei alten Menschen

Kleine Anfrage der Fraktion der SPD

vom 18. Mai 1992

(Drucksache 13/208)

D a z u

Antwort des Senats vom 5. August 1992

2. Einheitlicher Stellenplan für die Steuerverwaltung bei der Oberfinanzdirektion

Kleine Anfrage der Fraktion der FDP

vom 22. Juni 1992

(Drucksache 13/195)

D a z u

Antwort des Senats vom 30. Juni 1992

3. Indikatoren der Wohnungsmarktentwicklung in Bremen und Bremerhaven

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU

vom 22. Juni 1992

(Drucksache 13/200)

D a z u

Antwort des Senats vom 28. Juli 1992

- (A)
4. Entwicklung der Verurteilungen in Rauschgiftverfahren
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 22. Juni 1992 (Drucksache 13/201)
D a z u
Antwort des Senats vom 28. Juli 1992
 5. Spende an politische Parteien
Kleine Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN vom 25. Juni 1992 (Drucksache 13/209)
D a z u
Antwort des Senats vom 5. August 1992
 6. Konsequenzen aus den publik gewordenen Spenden der Stadtwerke Bremen an die SPD
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 25. Juni 1992 (Drucksache 13/210)
D a z u
Antwort des Senats vom 5. August 1992
 7. Unterbringung von Asylbewerbern
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 29. Juni 1992 (Drucksache 13/211)
D a z u
Antwort des Senats vom 5. August 1992
 8. Förderung des ÖPNV durch Mittel aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG)
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 30. Juni 1992 (Drucksache 13/202)
D a z u
Antwort des Senats vom 28. Juli 1992
- (B)
9. Verbreitung der Scientology Church im Land Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 2. Juli 1992
 10. Entwicklung des Bedarfs an Büroflächen senatorischer Behörden der Freien Hansestadt Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion der FDP vom 24. Juli 1992

III. Eingaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung

1. Schreiben der Bürgerinitiative Kinder- und Jugendschutz vor Drogen im Bereich Achterdiek/Oberneuland und Vahr zur Aufstellung von Schlafcontainern für obdachlose Drogenabhängige in dem Bereich.
2. Schreiben der Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte e. V. zu sexuellen Übergriffen durch Psychiater, Psychologen, Therapeuten an widerstandsunfähigen Patientinnen und Patienten.
3. Schreiben von Frau Christina J. Bock zur politischen Gleichgültigkeit und Ignoranz bremischer Politiker und Politikerinnen im Zusammenhang mit zwei öffentlichen Großveranstaltungen — Internationaler Bremer Sommer '92, Musikfest Bremen '92.
4. Schreiben mehrerer Bürgerinitiativen, Elternbeiräte etc. zur Aufstellung von Schlafcontainern für Drogensüchtige im Erholungsgebiet Achterdiek.
5. Schreiben der Arbeitsgemeinschaft allergiekrankes Kind zur Vermeidung von Umweltbelastungen.

6. Schreiben des Landessportbundes Bremen e. V. zur Verankerung des Sports in der Landesverfassung.
 7. Schreiben von Herrn Dietrich Lange betreffend eine mögliche Verringerung der Zahl der Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft.
 8. Resolution in Bremen lebender Kurden zu Massakern an der Zivilbevölkerung und dem Einsatz deutscher Waffen in der Türkei.
- Die Eingaben können bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingesehen werden.

Interfraktionell sind Vereinbarungen zur Abwicklung der Haushaltsberatungen getroffen worden. So ist für die Debatten im Anschluß an die Einbringungsrede des Senators für Finanzen und die Berichterstattung durch den Sprecher der Finanzdeputation, für die Redezeiten bis zu einer Stunde vorgesehen sind, vereinbart worden, daß die Fraktion der SPD eine Redezeit von 135 Minuten erhält, die Fraktion der DVU von 135 Minuten, die Fraktionen der FDP und DIE GRÜNEN 125 Minuten, die Fraktion der CDU 165 Minuten. Das sind maximale Redezeiten, es braucht sie keiner zu erreichen, es würde sicher angenehm auffallen, wenn sie sogar noch unterschritten würden. Den Senat bitten wir, sich ebenfalls an der Gesamtrededzeit von 135 Minuten zu orientieren.

Außerdem wurden interfraktionelle Absprachen zur Verbindung der Tagesordnungspunkte vier, fünf, 32, 33, 34, 38 sowie außerhalb der Tagesordnung „Schiffbauhilfen“ mit Tagesordnungspunkt drei, den Haushaltsgesetzen und Haushaltsplänen, sowie acht und neun und dem CDU-Antrag Drucksache 13/217, hier geht es um Schleusenkapazitäten, und zur Durchführung von Kurzdebatten getroffen.

Interfraktionell besteht Einverständnis darüber, daß die Anträge und Änderungsanträge zum Stadthaushalt sowie die Haushaltspläne und Haushaltsgesetze der Stadtbürgerschaft 1992 und 1993 in die Aussprache im Landtag einbezogen werden.

Des weiteren möchte ich noch mitteilen, daß das Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes bereits heute abgestimmt werden soll. Ich werde diese Abstimmung nach Schluß der Grundsatzausprache aufrufen.

Wird das Wort zur interfraktionellen Absprache gewünscht? — Das Wort hat der Abgeordnete Pflugradt.

Abg. Pflugradt (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist ja interfraktionell abgesprochen, daß wir heute und morgen die Haushaltsberatungen durchführen, am Donnerstag die reguläre Tagesordnung abhandeln. Wenn wir die umfangreiche Tagesordnung sehen, dann wird es kaum gelingen, ein Drittel dieser Tagesordnung abzuarbeiten. Wir haben allerdings einen Antrag unter Tagesordnungspunkt 26, der schon im Juni eingebracht worden ist, aber trotzdem keine Chance hat, am Donnerstag behandelt zu werden, und zwar befaßt sich dieser Antrag mit der Frage der Ausschreibung von Positionen

(A) von Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern in bremischen staatlichen oder kommunalen Eigen- und Beteiligungsgesellschaften sowie Stiftungen und so weiter.

Meine Damen und Herren, Hintergrund ist, daß durch den plötzlichen Tod eines Geschäftsführers die Frage akuter geworden ist, als sie vorher war. Es war sowieso schon klar, daß bei der Bremischen Gesellschaft diese Stelle Ende des Jahres neu zu besetzen war, insofern war unser Antrag schon rechtzeitig, bevor die Stelle neu zu besetzen war. Jetzt ist die Situation eine andere. Insofern bitten wir, dafür zu sorgen, daß dieser Tagesordnungspunkt vorgezogen wird am Donnerstag, und zwar so, daß er dann als letzter Tagesordnungspunkt behandelt wird.

Wir wären unter Umständen bereit, auf dieses Vorziehen zu verzichten, wenn hier von den Koalitionsfraktionen zu Protokoll gegeben wird, daß die Stellen, die neu zu besetzen sind, ausgeschrieben werden oder keine präjudizierenden Vorentscheidungen getroffen werden. Dann könnten wir auf eine Abstimmung allerdings verzichten und würden dann die Beratung auch einen Monat später akzeptieren, aber nur dann. — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Abgeordneter Dittbrenner!

(B) Abg. **Dittbrenner** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich begrüße ja, daß die CDU ein besonderes Augenmerk darauf legt, sich gerade bei einer Geschäftsführerposition um das Besetzungsverfahren und seinen Ablauf zu kümmern. Ich würde Ihnen den dringenden Rat geben, kümmern Sie sich, wenn schon, um die generelle Frage von Ausschreibungen, weil es eben nicht so einfach ist, wie Sie es in Ihrem Antrag formuliert haben.

Wenn das Parlament sich schon anmaßt, hier eine Verhaltensregel aufzustellen durch Beschlußfassung, dann muß eine solche natürlich auch in der Formulierung Bestand haben bei den Gesetzen, die zu beachten sind. Darüber kann auch ein Parlament nicht hinwegsehen, daß es eben nicht ganz so einfach ist, wie Sie es formuliert haben.

Wenn es Ihnen reicht, wenn ich erkläre, daß aus meiner Kenntnis als Aufsichtsratsmitglied der Bremischen Gesellschaft daran gedacht ist, diese Stelle auszuschreiben, und sie auch ausgeschrieben wird, ist dem von Ihnen vorgetragenen Wunsch entsprochen worden. Dann könnten wir das in aller Ruhe so bereden, wie es dann auch notwendig ist, um einen gemeinsamen Antrag zu formulieren, der dem Anspruch verantwortungsvoller Parlamentarier genügt.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Ich habe gesehen, der Fraktionsvorsitzende der CDU hat wohlwollend mit dem Kopf genickt. Damit ist die Sache erledigt.

Ich stelle fest, das Haus ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(C) Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich Ihnen ein Schreiben des Präsidenten des Hanseatischen Oberlandesgerichts in Bremen, Professor Dr. Heinrichs, mit dem Betreff „Überprüfung der Versorgungsregelungen für Abgeordnete und Senatoren in Bremen“ zur Kenntnis geben. Unter dem 17.8.1992 hat mir der Präsident des Hanseatischen Oberlandesgerichts geschrieben:

„Bei Ihrem Beschluß vom 20.5.1992, die Diätenkommission mit einer vergleichenden Begutachtung der Versorgungs- und Anrechnungsregelung für Abgeordnete und Senatoren zu beauftragen, ist die Bremische Bürgerschaft von der Erwartung ausgegangen, der Bericht der Kommission werde schon zu den Haushaltsberatungen 1992/93 vorliegen. Wie die Mitglieder der Kommission Ihnen bereits in der konstituierenden Sitzung vom 5.6.1992 vorgetragen haben, kann die Kommission diese Erwartung leider nicht erfüllen. Wegen der Ferien- und Urlaubszeit kann die Kommission erst jetzt wirklich mit ihrer Arbeit beginnen. Bei der weiteren Arbeitsplanung muß berücksichtigt werden, daß alle Kommissionsmitglieder, auch der am 1.8.1992 als Oberlandesgerichtspräsident in den Ruhestand getretene Vorsitzende, durch Beruf und zahlreiche Nebentätigkeiten und Nebenämter erheblich belastet sind. Für eine gründliche und sorgfältige Erledigung ihres arbeitsintensiven Auftrags braucht die Kommission daher voraussichtlich mindestens die Zeit bis zum Jahresende.“

(D) Durch Ihr Schreiben vom 10.7.1992 haben Sie die Kommission darüber unterrichtet, daß der Ältestenrat des Bundestages eine unabhängige Kommission zur Überprüfung des gesamten Abgeordnetenrechts eingesetzt hat, die Kissel-Kommission. Wir in der Bremer Kommission neigen zu der Auffassung, daß wir die Ergebnisse der Kissel-Kommission berücksichtigen sollten, sofern diese ihre Arbeit, wie angekündigt, bis Anfang 1993 beenden wird. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich die Vorlage des Bremer Abschlußberichts hierdurch bis in den Februar/März 1993 verschieben kann. Mit freundlichen Grüßen, Professor Dr. Heinrichs.“

Ich wollte das nur zur Kenntnis geben, weil das ja den Beschluß unseres Hauses berührt.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Haushaltsgesetz und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen 1992 und 1993

Mitteilung des Senats vom 4. August 1992
(Drucksache 13/203)

1. Lesung
2. Lesung

D a z u

Anträge und Änderungsanträge der Fraktion der DVU vom 24. August 1992

(Drucksachen 13/221 bis 13/245, 13/249 bis 13/252, 13/255 bis 13/258, 13/260, 13/262 und 13/263)

- (A) **Anträge und Änderungsanträge der Fraktionen der SPD, DIE GRÜNEN und der FDP vom 24. und 25. August 1992**
(Drucksachen 13/266 bis 13/295, 13/298, 13/315 bis 13/319)

Anträge und Änderungsanträge der Fraktion der CDU vom 24. August 1992
(Drucksachen 13/300 bis 13/313)

Wir verbinden hiermit:

Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung

Mitteilung des Senats vom 4. August 1992
(Drucksache 13/204)
1. Lesung
2. Lesung

Gesetz zur Änderung kostenrechtlicher Vorschriften

Mitteilung des Senats vom 4. August 1992
(Drucksache 13/206)
1. Lesung
2. Lesung

- (B) **Neugestaltung des Finanzausgleichs im Land Bremen und Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Finanzausweisungen an die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven**

Mitteilung des Senats vom 4. August 1992
(Drucksache 13/205)
1. Lesung
2. Lesung

Einsetzung eines nichtständigen Ausschusses „Reform des öffentlichen Dienstes“

Antrag der Fraktionen der FDP, der SPD und DIE GRÜNEN vom 10. August 1992
(Drucksache 13/212)

Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes

Antrag der Fraktionen der SPD, der FDP und DIE GRÜNEN vom 10. August 1992
(Drucksache 13/213)
1. Lesung
2. Lesung

Bericht des Vorstands über die konkreten Einspar- und Einnahmemöglichkeiten zur Abdeckung der durch die Diätenerhöhung verursachten Kosten

vom 11. August 1992
(Drucksache 13/214)

- (C) **Fortsetzung der westdeutschen Schiffbauhilfen**
Antrag der Fraktionen der SPD, der FDP und DIE GRÜNEN vom 20. August 1992
(Drucksache 13/219)

u n d

Zukünftige Konversionsanstrengungen für das Land Bremen

Antrag der Fraktionen der SPD, der FDP und DIE GRÜNEN vom 24. August 1992
(Drucksache 13/220)

Außerdem möchte ich noch darauf hinweisen, daß der Finanzplan 1992 bis 1996 inzwischen ebenfalls vom Senat vorgelegt worden ist.

Ich weise darauf hin, daß im Rahmen der jetzt folgenden Aussprache auch die Änderungsanträge besprochen werden sollen, weil eine gesonderte Aussprache darüber nicht stattfindet. Ferner soll in die Beratung einbezogen werden der Komplex Haushalt der Stadtbürgerschaft, also auch die Änderungsanträge.

Interfraktionell wurden zur Strukturierung der Debatten Schwerpunkte vereinbart, und zwar Grundsatzdebatte, Finanzen, Bremerhaven, das erfolgt nach den Berichten des Finanzsenators und des Sprechers des Haushaltsausschusses; zweitens, Wirtschaft, Häfen, Schifffahrt; drittens, Inneres, Justiz, Sport; viertens, Umwelt, Bau, Stadtentwicklung; fünftens, Arbeit, Frauen, Soziales, Gesundheit, Jugend; sechstens, Bildung, Wissenschaft, Kultur, Ausländerintegration; siebtens, Sonstiges.

Hinsichtlich der Reihenfolge der Redner wurde vereinbart, im Anschluß an die Einbringungsrede zunächst den ersten Rednern der CDU, der DVU, der SPD, der GRÜNEN und der FDP das Wort zu geben, dann dem fraktionslosen Abgeordneten sowie dem Senat. Für die weitere Debatte ist das Präsidium ermächtigt worden, die Reihenfolge der Redner zu mischen.

Wir kommen jetzt zur ersten Lesung der von mir aufgerufenen Gesetzesvorlagen.

Die gemeinsame Beratung der miteinander verbundenen Punkte ist eröffnet.

Zunächst gebe ich das Wort dem Finanzsenator, Herrn Senator Kröning.

Senator für Finanzen Kröning: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Ihnen vorliegenden Entwürfe für die Haushalte 1992 und 1993, für die Änderung der Landeshaushaltsordnung und für die Neugestaltung des Finanzausgleichs zwischen dem Land Bremen und den beiden Stadtgemeinden und der Antrag zur Reform des öffentlichen Dienstes sind Teil einer großen, jahrelangen und neuanzusetzenden Anstrengung, das Überleben unseres Landes zu sichern und seine Fähigkeit zu er-

(A) halten, den Bremern und den Bremerhavenern zu dienen.

Diese Anstrengung hat, Wahlergebnisse hin und her, lange vor 1991 begonnen und schon sichtbare, anerkannte Erfolge vorzuweisen. Sie wird, ja sie muß weitergehen. Anders ist die Finanzkrise, die Bestandskrise des Landes nicht zu bewältigen, anders wird Bremen nicht wieder ein leistungsfähiges Glied der Gemeinschaft von Bund und Ländern werden. Was die Vergangenheit anbetrifft, so braucht hier und heute nicht wiederholt zu werden, welche eigenen Anstrengungen das Land Bremen gemacht hat, um die Krise der Region eindämmen zu helfen.

Von 1980 bis 1991 erhöhten alle westlichen Länder und Gemeinden ihre Ausgaben um durchschnittlich 58 Prozent, Bremen dagegen nur um 43 Prozent. Wir sind damit um ein Viertel sparsamer gewesen und haben es doch geschafft, den sozialen Frieden in unserem Land zu erhalten und uns, was ebenso wichtig ist, nach außen ein Stück von dem Ruf des Kostgängers zu befreien. Allein von 1989 bis 1991 sind 26 000 neue Arbeitsplätze für sozialversicherungspflichtige Beschäftigte geschaffen worden. 1991 hat Bremen sogar dank seiner Mehreinnahmen an originären Steuern 90 Millionen DM weniger aus dem Länderfinanzausgleich in Anspruch nehmen müssen als 1990.

Was die Gegenwart und die Zukunft angeht, so bilden die Haushalte 1992 und 1993 in Verbindung mit der Finanzplanung bis 1996, die der Senat der Bürgerschaft gleichzeitig zur Kenntnis gibt, die Grundlage des Sanierungsprogramms, das Bremen nach der existenzwichtigen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 27. Mai 1992 aufzustellen und durchzuführen hat, um den ihm attestierten Anspruch auf Hilfe vom Bund und von den anderen Ländern zu realisieren. Das eine geht nicht ohne das andere. Wenn wir zu diesem Kraftakt nicht bereit sind, wird uns keiner beistehen.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Die Rolle der Haushalte 1992 und 1993 ist in diesem Zusammenhang jedermann klar. Ich danke an dieser Stelle und in diesem Moment allen, besonders den Mitgliedern des Haushaltsausschusses und den zahlreichen fähigen, loyalen und einsatzfreudigen Mitarbeitern, daß die von dieser Koalition aufgestellten finanzpolitischen Eckpunkte eingehalten worden sind.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Ich nenne sie noch einmal schlagwortartig: nämlich erstens, zu vermeiden, Kredite für mehr als Investitionsausgaben aufzunehmen, die berühmten Kürzel dafür sind Paragraph 18 Landshaushaltsordnung und Artikel 115 Grundgesetz; zweitens, einen Anfang damit zu machen, den hohen Teil der regulären

Einnahmen, der für Zinsen ausgegeben wird, zu senken; drittens, das Wachstum der Gesamtausgaben so zu begrenzen, daß die Empfehlungen des Finanzplanungsrates eingehalten werden, wo sich Bund, Länder und Gemeinden jährlich auf Prognosen und Projektionen zu Wirtschaftsentwicklung und Gesamthaushalt verständigen. Das Ihnen allen und der Öffentlichkeit vorliegende Kurzporträt der Haushaltsentwürfe illustriert diese Leistung. Ich habe nicht nur den Vertretern der Koalition im Haushaltsausschuß, sondern auch der Opposition für ihre Mitwirkung in zeit- und kräfteaufreibenden Sitzungen zu danken.

Da es der bremischen Tradition entspricht, daß der Sprecher der Finanzdeputation den Bericht des Haushaltsausschusses gibt und diese besondere parlamentarische Obliegenheit mit dem Beginn dieser Wahlperiode auf die Opposition übergegangen ist, werde ich Ihnen, Herr Abgeordneter Metz, nicht vorgreifen.

Meine Damen und Herren, nach einem hübschen Satz eines Finanzwissenschaftlers ist das Geschäft der Haushaltsaufstellung und darüber hinaus das des Haushaltsvollzuges ja ein Vergnügen besonderer Art: „Jeder kämpft gegen jeden, alle gegen Abstriche.“ Die bremische Verfassung, nach der nicht allein der Senat, sondern auch und maßgeblich die Finanzdeputation den Haushalt gestaltet, hat den für die Regierung hilfreichen Nebeneffekt, daß auch das Parlament die Aufgabe, nicht nur auszugeben, sondern auch zu sparen und mehr Wirtschaftlichkeit in der öffentlichen Verwaltung durchzusetzen, im Detail und laufend zu erfüllen hat. Darauf ist Bremen besonders angewiesen. Ohne ein Zusammenwirken aller verfassungsmäßigen Kräfte ist die Zukunft Bremens nicht zu sichern.

Nur einige Schlaglichter auf den Haushalt! Ich bitte Sie, meine Damen und Herren des Haushaltsausschusses, zuvörderst das Finanzressort bei der Auflösung der Minderausgaben in den Jahren 1992 und 1993 zu unterstützen! Sie belaufen sich unter Ein-schluß der Verstärkungsmittel, die von den Koalitionsfraktionen für einige besondere Akzente eingesetzt worden sind und die bereits auf die Ressorts verteilt sind, noch auf rund 77 Millionen DM und 103 Millionen DM für beide Jahre.

Diese Bitte darf nicht mißverstanden werden. Wir haben keinen Haushalt des Senats hier und der Bürgerschaft da. Für den Haushalt, den die Regierungsmehrheit zu verantworten hat, tragen alle, Mehrheit und Minderheit, die Mitverantwortung, nicht zuletzt eben bei der Kärnerarbeit des Vollzuges. Es geht in unser aller Rolle um das Geld des Bürgers und die Leistungen, die wir dafür erbringen, und dafür sind alle, die gewählt sind und in den Deputationen mitwirken, verantwortlich und im übrigen auch alle Staatsdiener oder Dienstleister, wie Sie es immer ausdrücken wollen.

Daher finde ich es auch, um zum nächsten Punkt zu kommen, gegenüber den Bürgern, die Steuern zahlen und Leistungen erwarten dürfen, fehl am

(C)

(D)

(A) Plätze, immer nur über das zu reden, was nicht geht. Man sollte viel mehr besser mit dem wirtschaften und auch mehr mit dem werben, was an Mitteln zur Verfügung steht und was damit getan wird. Wenn Grenzen einzuhalten sind oder gar Beschränkungen zu verwirklichen sind, und das ist in Bremen nicht anders als überall, dann haben wir in unseren Breiten und auch in Bremen wirklich keinen Anlaß zum Zetern und zum Jammern, zur Selbstbemitleidung oder gar zur Selbstaufgabe.

Machen wir uns deutlich: Wir geben mehr als sechseinhalb und knapp sieben Milliarden DM in diesen beiden Jahren aus, davon rund ein Drittel für Personal, knapp ein Viertel für Zuschüsse und Zuweisungen und 13 beziehungsweise zwölf Prozent für Investitionen oder, anders ausgedrückt, rund 14 Prozent für Schulen und Hochschulen, rund 15 Prozent für Gesundheit, Familie, Jugend und Soziales! Wir haben in diesen Bereichen Standards, die eine zielbewußte und zugleich behutsame Umsteuerung erlauben, um unsere Ansprüche und Möglichkeiten in einer veränderten Welt neu aufeinander einzustellen und den Wandel verkraftbar zu halten.

Wir geben für unser Humankapital, wie manche gern sagen, wirklich viel aus, zu Recht! Aber wir müssen mehr investieren als konsumieren, um zu vermeiden, daß die Menschen zwar Schulen und Kindergärten haben, aber keine Arbeit, und ihr Brot von der Sozialhilfe bekommen. Womit sollen wir die Grundversorgung für die Bürger finanzieren? Wir leisten ja mehr als dies, wir sichern auch Chancengleichheit und suchen, Anreize für Leistung zu schaffen. Womit sollen wir das finanzieren, wenn wir nicht unsere Einnahmen stärken?

(B) Deshalb ist hervorzuheben, daß von den Investitionen der beiden Haushaltsjahre 1992 und 1993 rund zwei Drittel in steuerkraftstärkende Bereiche gehen, besonders Wirtschaft, Häfen, Bau, Verkehr und Stadtentwicklung. Dennoch ist der Anteil der Investitionen zu gering, um die Strukturschwächen der Region zu überwinden, soweit dies überhaupt Gelegenheit des Landes Bremen und seiner beiden Städte ist.

Auf diese bedenkliche Tendenz der Entwicklung der öffentlichen Investitionen in unserer Haushaltslage — in den letzten Jahren Anstieg auf rund 15 Prozent, in den nächsten Jahren wieder Abflachung auf rund zehn Prozent — gibt es nur eine Antwort, und die hat der Senat in seinem Sanierungsprogramm gegeben, nämlich Teilentschuldung Bremens, um Handlungsspielräume zurückzugewinnen, und Strukturstärkung, um wieder Anschluß an die Ländergesamtheit zu gewinnen, wieder wettbewerbsfähig zu werden mit anderen Großstädten, um die einseitige Abhängigkeit vom Länderfinanzausgleich zu überwinden und wieder einen guten Platz unter den deutschen Ländern und Großstädten zu erreichen.

Dies ist die wichtigste Zukunftsvorsorge für unser Land und seine Menschen, und sie verdient die Unterstützung aller politischen und gesellschaftlichen

Kräfte in Bremen. Ich will leise, aber deutlich hinzufügen: Dazu kann so mancher, nicht nur die Schwachen, sondern auch die Starken, noch mehr beitragen als bisher.

In diesem Zusammenhang hat auch der Gesetzentwurf zur Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs in unserem Lande eine tiefere Bedeutung. Er führt nicht nur zur Gleichbehandlung beider Städte, die unser Land ausmachen, einer Gleichbehandlung, die in Flächenstaaten ihresgleichen sucht, sondern er läßt auch beide Städte und das Land enger zusammenrücken. Bremerhaven würde in einem Flächenstaat schlechter dastehen als Bremen. Die Bewältigung des Strukturwandels, der unsere Schwesterstadt stärker trifft als Bremen, ist eine gemeinsame Aufgabe, die nur von der Grundlage und Zielsetzung der Gleichbehandlung aus zu verwirklichen ist.

(Beifall bei der SPD)

Der Senat und der Magistrat haben deshalb im Zusammenhang mit der Erarbeitung des Gesetzentwurfes verabredet, auch in der Haushalts- und der Strukturpolitik eine größere Abstimmung zu suchen, und davon spricht auch die Drucksache, die Ihnen vorliegt.

Nun ein letzter Punkt, der mir nicht nur als Finanzsenator, sondern auch als Vorsitzendem der Senatskommission für das Personalwesen am Herzen liegt! Wir erreichen das Licht am Ende des Tunnels nur, oder besser, wir kommen nur heraus aus dem Tunnel, wenn wir zu einer Strukturreform unseres Gemeinwesens bereit und in der Lage sind. Es ist nicht mein Teil, über Parlaments- und Verfassungsreform zu reden, über Größe und Ausstattung unserer Institutionen und der Amts- und Mandatsträger, aber ich glaube, die Aufgabe ist von allen erkannt. Man sollte auch nicht übersehen, was das Bundesverfassungsgericht dazu gesagt hat.

(Abg. A d a m i e t z [FDP]: Sehr wahr!)

Schönen Dank, hoffentlich bleibt das kein einsamer Rufer!

Aufgabe des Senats und im Rahmen ihrer Mitwirkungs- und Kontrollbefugnisse auch der Bürgerschaft und der Deputationen ist es, zu jener Reform Bremens den Beitrag in einem Bereich zu leisten, der sicherlich durch ebensoviel, wenn nicht noch mehr Beharrungsvermögen gekennzeichnet ist als der Bereich der politischen Führung. Ich meine die Verwaltung und den öffentlichen Dienst.

Eines geht nicht, meine Damen und Herren, nämlich Aufgabenkritik nur im Sinne von stärkerer Inanspruchnahme des Bürgers bei Gebühren und Tarifen zu betreiben und den Bürger auch stärker in die Erbringung von Dienstleistungen einzubeziehen — ich meine nicht nur die Bürger, sondern auch gesellschaftliche Institutionen, wie wir es zum Beispiel von den Kirchen erwarten —, aber auf der anderen Seite Quantität und Qualität des Staats- und Kommunal-

(C)

(D)

(A) dienstes so zu lassen, wie sie sind. Er muß kleiner und zugleich besser werden.

Zum zweiten kann es nicht angehen, nur die bitter notwendigen Personaleinsparungen von Jahr zu Jahr durchzusetzen. Was Bremen dabei in knapp zwei Jahrzehnten auf sich nimmt, geleistet hat und sich vorgenommen hat, das ist im Sanierungsprogramm ausgewiesen und hält jedem Vergleich mit einer Unternehmenssanierung stand. Ich könnte Vertreter von bremischen Unternehmen, Arbeitnehmer wie Arbeitgeber, in diesem Saal nennen, die uns da nicht mehr den Spiegel vorzuhalten brauchen. Doch auch für die Belange der Mitarbeiter muß einiges getan werden.

Die Reform der öffentlichen Verwaltung muß endlich mehr werden als eine Sprechblase oder auch eine Schlagwaffe von Interessenvertretungen. Die Koalition hat sich auf diesem Gebiet Ehrgeiziges vorgenommen, das nicht auf einmal zu erreichen ist, aber auch kein Vorwand für Spott oder Resignation sein darf nach dem Motto: „Schon oft gehört und nie geschehen“.

Ich begrüße es deshalb auch, daß die Fraktionen einen nichtständigen Ausschuß zu dem Thema einsetzen werden, und wenn er uns auch Arbeit machen wird, Herr Vorsitzender Dittbrenner, so sichere ich, so gut es geht, Unterstützung der SKP zu.

Ich sehe, meine Damen und Herren, folgende Schwerpunkte und kann da durchaus Zwischenergebnisse mitteilen:

(B) Erstens, die Eigenbetriebe ASA/BEB — Amt für Stadtentwässerung und Abfallbeseitigung/Bremer Entsorgungsbetriebe — und Martinshof sind auf den Weg gebracht, bis zur Jahreswende und bis zur Mitte des nächsten Jahres sollen alle übrigen vom Senat am 21. Januar 1992 beschlossenen Vorhaben zur Entscheidung gestellt werden, wie immer sie ausfällt. Ziel ist mehr wirtschaftliche Eigenverantwortung und Eigenkontrolle, und dabei dürfen die Verantwortlichen nicht mehr nur in Kategorien des Bedarfs denken, sondern sie müssen auch die Kosten beachten, das ist der Zweck der Übung.

(Beifall bei der FDP)

Ich merke, daß diese Umstellung im Kopf noch schwerfällt. Die öffentlich-rechtliche Einbindung der Eigenbetriebe, gerade auch als Alternative zu einer Privatisierung im eigentumsrechtlichen Sinne, darf nicht dazu führen, den Bürger im Namen neuer Aufgaben mit immer höheren Gebühren zu belasten. Nur wenn wir diese Gesichtspunkte durchsetzen, werden die Eigenbetriebe auch einen Beitrag zur Verwaltungsinnovation sein, und das verspricht man sich davon.

Zweitens, die Stelleneinsparungen nach den Haushaltsentwürfen 1992 und 1993 und nach der Finanzplanung bis 1996 dürfen von den Ressorts und den Deputationen nicht mehr nur linear umgesetzt werden. Zur Aufgabenkritik können die Zentralressorts nur Anstöße und Hinweise geben, sie ist in erster Li-

(C) nie Aufgabe der einzelnen Behörden und Ämter, die mit einem bestimmten Mittelrahmen zurecht kommen müssen. Doch der Senat wird in Zukunft mehr als in der Vergangenheit schwerpunktmäßige gezielte Vorgaben machen, wie schon bei der schrittweisen Anpassung der Schüler-Lehrer-Relation, wobei es nicht nur um Einsparungen, sondern auch um Erneuerung gehen wird. Dazu gehört auch — bei selbstverständlicher Rücksichtnahme auf die sozialen Belange der Betroffenen — die Neuregelung der Innenreinigung nach dem sogenannten Hamburger Modell, und dazu gehört die fällige Nutzung der haushaltsmäßigen Effekte der Effizienzsteigerung beim Technischeinsatz. Es ist unumgänglich, im Innen- wie im Außenverhältnis, bei allen Prüfungen und Entscheidungen den Stadtstaaten- und Großstädtevergleich zugrunde zu legen. Die Koalition hat dies von vornherein vorgesehen und verfährt bereits danach.

Drittens füge ich hinzu, daß dies nicht gegen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geschehen kann, sondern nur mit ihnen. Die Qualifizierung auch von Leitungskräften auf den verschiedenen Ebenen ist deshalb von der SKP als Schwerpunkt der Aus-, Fort- und Weiterbildung in Angriff genommen worden. Ich bitte dazu geradezu um Nachfrage von seiten der politisch Verantwortlichen in den einzelnen Bereichen.

Ich begrüße es auch, meine Damen und Herren, daß der Haushaltsausschuß bereit ist, mit den Betroffenen und mit der SKP über vorsichtige, unserer Haushaltslage und dem Länder- und Städtevergleich entsprechende Strukturverbesserungen und der Bezahlung und bei den räumlich-apparativen Arbeitsbedingungen nachzudenken und dazu Schritt für Schritt voranzugehen. Der Arbeitsplatz öffentlicher Dienst muß attraktiv bleiben, gerade in Bereichen, die durch Schichtdienst und den Umgang mit besonders schwierigen Zielgruppen gekennzeichnet sind.

(Beifall bei der SPD)

(D) Aber es geht nicht beides, wie einige meinen: Verwaltungsreform ohne Stelleneinsparungen und mit materiellen Verbesserungen, Verbesserungen müssen sich im wesentlichen aus den Personalkosten selbst finanzieren.

Schließlich, aber nicht zuletzt erinnere ich an zwei Bereiche, in denen wir noch ganz am Anfang stehen:

Wir brauchen eine wirklich ressourcenreduzierende Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Bremen und Niedersachsen auf allen drei Ebenen, Gemeinden, Regionalverbänden und Land, und natürlich nicht nur Ressourcenreduzierung, sondern auch Effizienzsteigerung, damit zum Beispiel weder Bremen noch dem Umland etwa Unternehmen, die sich ansiedeln wollen, entgegen. Ich bin, offen gestanden, mit dem Ergebnis auf diesem Gebiet überhaupt nicht zufrieden, hier klaffen noch Anspruch und Wirklichkeit weit auseinander.

Ich erinnere an die hohe Zuschußabhängigkeit einiger öffentlicher Unternehmen, an der zugebener-

(A) maßen auch die Politik Anteil hat, die immer neue Bedarfe und Angebote beschließt — und vieles davon muß sein, wenn ich an den Nachholbedarf beim ÖPNV denke —, aber das Risiko bleibt dem Haushalt überlassen. Was nützt Privatisierung, zumindest in der Rechtsform, wenn Aufwand und Ertrag auseinanderfallen, und zwar permanent und ansteigend, und wenn sich hier und da sogar Speck ansammelt, den wir uns im unmittelbaren öffentlichen Dienst längst nicht mehr erlauben!

Über vieles werden wir zu reden haben, gerade auch zwischen dem Ausschuß und dem Senat. Ich stelle mir vor, von Bremen und anderen Ländern den einen oder anderen Anstoß auch zur Bundesgesetzgebung zu geben, um der wachsenden Ressourcenknappheit, unter der ja alle Gebietskörperschaften leiden, produktiv abzuwehren. Ich denke nur an den heutigen Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen“ über die Studienreform an den deutschen Hochschulen. Ich denke an ein liegengeliebenes Vorhaben zur Entlastung der Justiz, und ich denke an die überfällige Reform des öffentlichen Dienstrechtes. Ich vermute, daß das inzwischen auch Liberale heute anders sehen als vor 20 Jahren, erst recht im europäischen Kontext. Wir werden uns auf Weniges und Wirksames konzentrieren müssen.

Ich erinnere zum Schluß, meine Damen und Herren, an die alten Tugenden der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit, die in unserem Haushalts- und Verwaltungsrecht vielfach verankert sind. Unsere Beamten und Angestellten lernen das brav, für jeden privaten Haushalt und Betrieb ist das selbstverständlich. Wenn wir uns als politisch Verantwortliche nicht konsequent auf diese Tugenden zurückbesinnen, werden uns die Bürger die Quittung überreichen, und zwar nicht an der Kasse, sondern an der Urne. — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Vielen Dank, Herr Senator Kröning!

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Metz als Berichterstatter.

Abg. Metz, Berichterstatter: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor Ihnen steht zum ersten Mal ein Sprecher der Finanzdeputation als Berichterstatter, der nicht der sozialdemokratischen Fraktion dieses Hauses angehört.

(Abg. Frau M a r k e n [SPD]: Das kann man ja ändern!)

Es ist ein kleines äußeres Zeichen demokratischer Normalität, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Der Bruch mit der alten Übung, mit dieser Aufgabe stets einen sozialdemokratischen Kollegen zu betrauen, fällt in eine Zeit, in der das Aufstellen bremischer Haushalte wegen der extremen Haushaltsnotlage zu einer spannenden Gratwanderung zwischen Gelingen und Mißlingen geworden ist.

Wie alle öffentlichen Haushalte so haben auch die Ihnen jetzt vorliegenden Entwürfe ihre politischen Vorgaben. Die den Senat tragenden Parteien hatten in ihrer Koalitionsvereinbarung finanzpolitische Rahmendaten verabredet, aus denen später die einzelnen Ressorteckwerte abgeleitet wurden, die im übrigen auf dem Finanzplan von 1990 basierten.

Folgende Beschlüsse des Senats sollten das Einhalten der selbstgesteckten Eckwertziele ermöglichen: im Personalbereich zwei Drittel der Fluktuation abzuschöpfen, das heißt, nur jede dritte freigewordene Stelle wiederzubesetzen; im konsumtiven Bereich 1992 58 Millionen DM und 1993 170 Millionen DM einzusparen, die Investitionen für diese beiden Jahre jeweils um 150 Millionen DM zu reduzieren.

Mit diesen politischen Vorgaben des Senats, meine Damen und Herren, berieten die Fachdeputationen ihre Haushalte. Hierbei hatten sie vielfach Schwierigkeiten, die Beschlüsse des Senats zu vollziehen. Der Haushaltsausschuß mußte zu Beginn seiner Beratungen zur Kenntnis nehmen, daß die Anmeldungen der Ressorts mit den Eckwertvorgaben des Senats häufig nicht übereinstimmten.

Angesichts der Schwierigkeiten, die Kürzungsquoten vollständig aufzulösen, wurde als Leitlinie für alle Ressorthaushalte beschlossen, die Quoten zunächst in 1992 zu zwei Dritteln und in 1993 zur Hälfte aufzulösen. Die verbleibenden Minderausgaben sind von den Ressorts bis zum 30. Oktober dieses Jahres beziehungsweise des nächsten Jahres durch haushaltsgerechte Kürzungsvorschläge auszugleichen.

Am augenfälligsten war die Diskrepanz im Bildungsbereich. In der nüchternen Sprache des schriftlichen Berichts der Haushaltsausschüsse wird dieser Sachverhalt wie folgt beschrieben:

„Für den Bildungsbereich wurden die veranschlagten Minderausgaben des Jahres 1992 gegenüber der Kürzungsquote des Senats sogar noch erhöht. Es wurden ferner zusätzlich Investitionsausgaben in Höhe von 15 Millionen DM für 1992 beziehungsweise 16 Millionen DM für 1993 eingestellt, die durch Veranschlagung einer entsprechend hohen Minderausgabe formal ausgeglichen werden sollten.“

Das heißt im Klartext: Während sich alle Ressorts wenigstens, wenn auch mit unterschiedlichem Erfolg, bemüht hatten, sich in Richtung Senatsbeschlüsse zu bewegen, ohne in aller Regel das Ziel ganz zu erreichen, hatte sich das Bildungsressort in die entgegengesetzte Richtung auf den Weg gemacht.

Da nach Paragraph 1 Absatz 3 des Gesetzes über die Deputationen die Deputationen für ihren Verwal-

(C)

(D)

- (A) tungsbereich den Entwurf zum Haushaltsplan im Rahmen des Finanzplanes, also hier im Rahmen der Eckwerte, aufstellen müssen, hat der Haushaltsausschuß diesen Vorgang einstimmig als einen Gesetzesverstoß gewertet, und da nach Mitte Juni immer noch keine beratungsfähigen Unterlagen des Ressorts vorlagen, forderte der Haushaltsausschuß die Bildungsdeputation wie auch den Senat auf, neue Vorschläge zu machen, die dem Deputationsgesetz entsprächen.
- Die Bildungsdeputation sah sich dazu nicht in der Lage, und so vereinbarte der Haushaltsausschuß, einen für den 4. August 1992 angekündigten Vorschlag des Senats abzuwarten und hierüber in einer Sondersitzung am 7. August 1992 zu beraten.
- In dieser Sondersitzung hat das Bildungsressort dem Haushaltsausschuß mit Zustimmung des Senats praktisch einen neuen Investitionshaushalt für den Bereich Bildung vorgelegt. Nun, meine Damen und Herren, wurde es schwierig. Es gab zwei Entwürfe: einen, der versucht hatte, das Haushaltsaufstellungsverfahren zu durchlaufen, aber irgendwann stecken geblieben war und in fragwürdiger Form Eingang in die Ihnen vorliegenden gedruckten Entwürfe gefunden hatte, und einen neuen Entwurf, der den alten, freilich schon gedruckten, ablösen sollte, aber noch keinen Eingang in das Ihnen vorliegende Haushaltswerk hatte finden können.
- Bei diesem Stand der Dinge beschloß die Koalitionsmehrheit im Haushaltsausschuß, das Problem nach Verabschiedung des Haushaltes zu lösen, also im Haushaltsvollzug, es sei denn, das Parlament werde während der jetzt begonnenen Haushaltsberatungen etwas anderes beschließen.
- Seit gestern abend oder heute morgen — ich weiß nicht, ob er schon verteilt ist, ich kann es im Moment von hier aus nicht beurteilen — liegt der Bürgerschaft nun ein neuer Koalitionsvorschlag vor, der das Ziel hat, den alten Investitionsentwurf nicht erst im Vollzug, sondern bereits bei diesen Beratungen in dieser Woche durch einen praktisch neuen Investitionsentwurf zu ersetzen.
- Für meinen Bericht bleibt festzuhalten, daß es dem Haushaltsausschuß während seiner Beratungen nicht möglich war, einen ordentlich zustande gekommenen Haushaltsentwurf für den investiven Teil des Bildungsbereiches zu beraten, weil es einen solchen zu keiner Zeit gegeben hat. Die Alternative, meine Damen und Herren, wäre gewesen, diese Haushaltsberatungen insgesamt anzuhalten und noch weiter in den Herbst zu schieben. Das wiederum wollte der Haushaltsausschuß angesichts der Tatsache, daß das Haushaltsjahr bereits jetzt zu zwei Dritteln abgelaufen ist, nicht verantworten.
- In der Zeitspanne zwischen den Eckwertbeschlüssen und den Beratungen der Haushaltsausschüsse sind unter dem Gesichtspunkt der Verpflichtung zur Bildung realistischer Anschläge eine Reihe von Aufstockungen erforderlich geworden. Das Ergebnis des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst mußte in die Entwürfe eingestellt werden. Die Anschläge für Sozialaufwendungen wurden angehoben, ohne das hier angesiedelte Haushaltsrisiko beseitigen zu können. Die Mittel für Asbestentsorgung mußten aufgestockt werden und die Mittel für die Einführung moderner Technologien in der öffentlichen Verwaltung ebenfalls. Diese Aufstockungen summieren sich auf rund 110 Millionen DM.
- Meine Damen und Herren, die Koalitionsfraktionen des Haushaltsausschusses haben darüber hinaus zu Beginn der Beratungen sogenannte globale Verstärkungsmittel in Höhe von 20 Millionen DM für das Jahr 1992 und zehn Millionen DM für das Jahr 1993 in die Haushaltsentwürfe eingefügt. Die Finanzierung dieser Beträge soll über globale, ressortweise Minderausgaben erfolgen. Diese 30 Millionen DM sind für Haushaltsanträge der Koalitionsfraktionen gedacht.
- Die Opposition, in diesem Falle die CDU — die DVU hat sich an den Haushaltsberatungen der Haushaltsausschüsse, aus welchen Gründen auch immer, nicht beteiligt —, hat gegen die Einfügung dieser globalen 30 Millionen DM in die Haushalte gestimmt. Sie wollte den Beschluß nicht mittragen, weil dadurch der Ausgabenrahmen pauschal erweitert wurde, ohne daß konkret Deckung angeboten wurde.
- Der Finanzplanungsrat hat in seiner Sitzung am 3. Juni 1992 Wachstumsraten für die öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden von jährlich maximal drei Prozent empfohlen. Der schriftliche Bericht der Haushaltsausschüsse enthält die Aussagen, daß die Haushaltsentwürfe sowohl 1992 als auch 1993 diese Steigerungsrate unterschritten.
- In diesem Zusammenhang ist allerdings folgendes zu berücksichtigen: Mit dem Ortsgesetz zur Gründung der BEB vom 26. Mai 1992 ist der Aufgabenbereich „Entwässerung und Abfallentsorgung“ aus dem öffentlichen Haushalt ausgegliedert worden. Wegen der beschlossenen Rückwirkung zum 1. Januar 1992 sind aus dem Entwurf 1992 alle entsprechenden Einnahmen und Ausgaben herausgenommen und in den Eigenbetrieb übernommen worden. Es handelt sich hier sowohl auf der Einnahmen- wie auch auf der Ausgabenseite um ein Volumen von rund 220 Millionen DM.
- Wenn ich also, meine Damen und Herren, den Anschlag 1992 mit dem Anschlag 1991 vergleiche und dabei die Steigerungsrate so errechne, daß ich einen Haushaltsentwurf ohne den Bereich „Entwässerung und Abfallentsorgung“ mit dem vorangegangenen Haushaltsentwurf, der diesen Bereich noch enthielt, vergleiche, dann komme ich zu einer Steigerungsrate, die der Empfehlung des Finanzplanungsrates entspricht. Wenn ich aber entweder beide Anschläge mit den oder beide Anschläge ohne den 220-Millionen-DM-Bereich, also Gleiches mit Gleichem vergleiche, dann verfehle ich die Empfehlungen des Finanzplanungsrates.
- Meine Damen und Herren, die vorgelegten Entwürfe sind nicht verfassungswidrig. Bei der extremen Haushaltsnotlage Bremens ist eine solche Fest-
- (C)
- (D)

(A) stellung leider keine Selbstverständlichkeit mehr. Die Nettokreditaufnahme entspricht den Investitionsausgaben. Das Finanzierungsdefizit ist allerdings größer als die Nettokreditaufnahme von 875,6 Millionen DM beziehungsweise 803,2 Millionen DM.

Das Loch zwischen volkswirtschaftlichen Einnahmen und volkswirtschaftlichen Ausgaben beträgt für 1992 rund eine Milliarde DM und für 1993 940 Millionen DM. Neben der genannten Nettokreditaufnahme bedarf es daher noch einer allgemeinen Rücklagenentnahme von knapp 300 Millionen DM, um das Finanzierungsdefizit auszugleichen. Ohne diese Möglichkeit der Rücklagenentnahme hätte der Paragraph 18 der Landshaushaltsordnung nicht eingehalten werden können.

Die Haushaltsausschüsse, meine Damen und Herren, haben sich mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes insoweit befaßt, als sie ausdrücklich begrüßen, daß der Nachteilsausgleich für die Jahre 1987 bis 1991 unmittelbar zur Verminderung der Nettokreditaufnahme einzusetzen ist. Der Entwurf des Haushaltsgesetzes, der gleichzeitig mit dem Bericht der Haushaltsausschüsse vorgelegt wird, sieht deshalb vor, daß sich die gesetzliche Kreditermächtigung in dem Umfang ermäßigt, in dem Zahlungen aufgrund des Urteils an Bremen geleistet werden. Die Bestimmung soll auch für weitere Zahlungen aufgrund der Haushaltsnotlage genutzt werden.

Mit dem Bundesverfassungsurteil im übrigen, mit dem jetzt veröffentlichten Entwurf eines Sanierungsprogrammes und mit der erst seit gestern vorliegenden Finanzplanung 1992 bis 1996 haben sich die Haushaltsausschüsse schon aus Gründen des Zeitablaufes nicht beschäftigt. Daher, meine Damen und Herren, kann der Berichterstatter zu diesen Komplexen als Berichterstatter nichts sagen.

Die Ihnen vorliegenden Entwürfe enthalten beträchtliche Risiken. Ich nenne die Sozialhilfeausgaben, die 1993 die 800-Millionen-DM-Grenze überschreiten werden. Die Entwürfe gehen von einer Steigerungsrate von fünf Prozent für 1992 und 5,9 Prozent für 1993 aus. Die Ist-Zahlen des ersten Halbjahres 1992 weisen eine tatsächliche Steigerung der Sozialhilfeausgaben aus, die eher bei acht als bei fünf Prozent liegt.

Die veranschlagten Minderausgaben müssen erwirtschaftet werden. Auch hier liegen Risiken. Es wird nicht leicht sein, diese Einsparungen zu erwirtschaften und sie damit aus dem Pauschalen ins Konkrete zu überführen. Es handelt sich hierbei immerhin, der Finanzsenator hat es erwähnt, um eine Summe von knapp 180 Millionen DM. Dabei muß man sehen, es gibt keine Haushaltsvollzugspolizei. Wenn die Verwaltung am Ende die Einsparungen nicht erbracht haben sollte, erscheint darüber Jahre später eine Notiz im Bericht des Rechnungshofs. Ob das, meine Damen und Herren, zur Abschreckung reicht, bleibt fraglich.

(Beifall bei der CDU)

(C) Die Mitglieder der Haushaltsausschüsse waren gehalten, ihre Aufgaben im Rahmen des Aufstellungsverfahrens der Haushalte unbeschadet ihrer Fraktions- und Parteizugehörigkeit zu erfüllen. Sowohl die Existenz einer Ampelkoalition als auch der Vorsitz durch einen Abgeordneten der Opposition erforderten gewisse Umgewöhnungsprozesse auf allen Seiten. Wenn sich die Mehrheit einmal nicht sofort einig war, Frau Marken, meine Herren, dann —

(Zuruf von der FDP — Heiterkeit)

ja, natürlich — geriet der Vorsitz, ich will einmal sagen, zwangsläufig etwas zur Moderation, aber ich denke, es ist gelungen, das sage ich einmal scherzhaft, sowohl die Ausschüsse als auch die Koalition — wenn auch bisweilen nur mit dem Mittel milden Spottes — beieinander zu halten.

Ich bedanke mich bei allen Mitgliedern der Haushaltsausschüsse für die gute Zusammenarbeit, die wir im Interesse des Parlaments aufrechterhalten müssen, um dieses stärkste Kontrollgremium effektiv zu halten. Alle Mitglieder der Haushaltsausschüsse bedanken sich herzlich bei denen, die ihnen geholfen haben: beim Vorsitzenden des Gesamtpersonalrates, bei den einzelnen Personalräten, bei den Verwaltungen, aber ganz besonders bei der Finanzverwaltung, die die Hauptlast der Arbeit zu tragen hatte. — Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU, bei den GRÜNEN und bei der FDP) (D)

Präsident Dr. Klink: Auch ich möchte mich beim Vorsitzenden des Haushaltsausschusses für seinen Bericht bedanken.

Meine Damen und Herren, bevor ich den Bereich Grundsatzdebatte, Finanzen und Bremerhaven aufrufe, möchte ich Ihnen Kenntnis geben von einem Schreiben des Präsidenten des Senats:

„Hiermit gebe ich Ihnen davon Kenntnis, daß Herr Senator Beckmeyer an der Sitzung der Bremischen Bürgerschaft am 25. August 1992 nicht teilnehmen kann, weil er sich einer Kieferoperation unterzieht. Ich bitte, seine Abwesenheit zu entschuldigen und dies dem Plenum der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) zu Beginn der Sitzung mitzuteilen.“

Wir wünschen alle, daß die Kieferoperation nicht zu schmerzhaft für den Senator wird. Ich habe großen Respekt vor Zahnärzten, meine Damen und Herren.

Außerdem darf ich Ihnen davon Kenntnis geben, daß der Antrag „Fortsetzung der westdeutschen Schiffbauhilfen“, Drucksache 13/219, das ist ein Antrag der Ampelkoalition, inzwischen zusätzlich von Dr. Schrörs, Kudella und Fraktion der CDU unterschrieben worden ist.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

(A) Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt den ersten Bereich auf: Grundsatzdebatte, Finanzen, Bremerhaven.

Als erster hat das Wort der Abgeordnete Nölle.

Abg. Nölle (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist knapp drei Monate her, da hat das höchste deutsche Gericht ein für Bremen bedeutsames Urteil gesprochen. Obwohl wir doch alle den gleichen Text vor uns liegen hatten, kam es zu völlig unterschiedlichen Interpretationen.

Der Bürgermeister brach in Euphorie aus und erklärte, die hoch verschuldete Hansestadt sei wieder handlungsfähig. Die GRÜNEN wollten gleich ein Gutachten zur bremischen Selbständigkeit in Auftrag geben, Herr Isola wollte mit dem Geld, das er noch gar nicht hatte, eine neue Sozialpolitik einleiten, und die FDP sah Bremen wieder zu einer geordneten Finanzwirtschaft zurückkehren. Die CDU allerdings warnte vor dem Eindruck, das Karlsruher Urteil habe bereits den Durchbruch gebracht, und verwies auf die dringend notwendigen Eigenleistungen Bremens.

Inzwischen ist Nüchternheit eingekehrt, und ich darf einmal das Karlsruher Urteil in zwei Sätzen zusammenfassen. Die höchsten Richter sagen sinngemäß: Erstens, wenn Bremen geholfen werden soll, dann muß Bremen mit einem Sanierungsprogramm einen erheblichen Eigenbeitrag leisten. Zweitens, erhält Bremen vom Bund und den Ländern die erforderlichen Mittel als Sanierungsbeitrag, muß die Lebensfähigkeit Bremens nachgewiesen werden, sonst bleibt nur noch die Länderneugliederung.

(B) Neben den Haushalten haben Sie am Wochenende ein sogenanntes Sanierungsprogramm vorgestellt, mit dem Sie die Krise unseres Landes beenden wollen. In Ihrem Sanierungsprogramm ist der angebliche Eigenbeitrag Bremens die Beschreibung Ihrer Politik seit 1980, der vorgelegte Doppelhaushalt 1992/93 sowie die Finanzplanung bis 1996.

Sie glauben doch nicht ernsthaft, daß man Ihnen diese Vorschläge als Eigenbeitrag Bremens abnimmt! Ihre Politik zwischen 1980 und 1991 ist für uns kein Eigenbeitrag, sondern Ursache des Scherbenhaufens, den Sie hier hinterlassen haben.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie sich rühmen, im Zeitraum von 1980 bis 1991 den Ausgabenanstieg der bremischen Haushalte auf durchschnittlich 3,9 Prozent pro Jahr begrenzt zu haben gegenüber 4,4 Prozent der anderen Bundesländer, dann verschweigen Sie doch, daß Sie vor 1980 das Geld mit vollen Händen ausgegeben haben.

(Beifall bei der CDU)

Noch im Bremen-Plan der SPD von 1984 bis 1987 äußern Sie sich stolz über Ihre phantastischen Zuwachszahlen beim Personalbestand in den Jahren 1968 bis 1979: ein Anstieg von 26 100 auf 39 800 Mitarbeiter. 13 700 Stellen mehr in nur elf Jahren, das ist ein Zuwachs von über 50 Prozent! Im Ver-

gleich zu anderen Bundesländern jubeln Sie über Spitzenplätze beim Versorgungs- und Leistungsstandard. Ich haben den Bremen-Plan hier: Schüler-Lehrer-Relation Spitze, Kinder-Erzieher-Relation Spitze, Sporthallenflächen Spitze und so weiter. Ein ganzer Katalog, den Sie damals anführten!

Zugegeben, Sie haben versucht, diese Aufblähung in den Folgejahren teilweise zu korrigieren und versuchen nun, diese Korrektur uns und dem Bund und den Ländern als Ihr Sanierungsprogramm zu verkaufen. Über eine Änderung Ihrer Politik, die wir eigentlich schon immer für verfehlt gehalten haben, haben Sie nie ernsthaft nachgedacht.

(Beifall bei der CDU)

Jedenfalls habe ich darüber weder in den beiden Haushalten noch im Sanierungsprogramm ein einziges Wort gefunden.

Wenn Sie aber nicht bereit sind, Ihre Politik zu ändern, dann muß ich Ihnen bestätigen, daß für Ihre Politik so viel Geld ausgegeben werden muß. Eine falsche Schulpolitik kostet eben zur Zeit 45 Millionen DM im Jahr mehr, und in sieben Jahren werden das schon 100 Millionen DM mehr im Jahr sein. Hunderte von Millionen Ihrer gesamten Schulden sind allein durch die verfehltete Schulpolitik aufgelaufen.

(Beifall bei der CDU)

Die falsche Asylpolitik kostet eben mehr. Durch eine solche Politik ist Bremen zum Anziehungspunkt für Asylbewerber geworden, und dann wird man eben überproportional belastet. Die Einrichtung überflüssiger Ämter und der erhöhte Personalbestand kosten eben zig Millionen DM mehr, und die verfehltete Wirtschaftspolitik mit fehlenden Gewerbeflächen und der fehlenden Infrastruktur bringt eben nicht die Einnahmen, die man benötigt.

(Beifall bei der CDU)

Dann wollen Sie mit diesem Programm Bund und Länder auffordern, diese Politik, diese falsche Politik, weiter zu finanzieren, obwohl der erforderliche Eigenbeitrag Bremens, gemessen an der Gesamtverschuldung Bremens, 16 Milliarden DM gegen Null tendiert.

Der nächste Teil Ihres behaupteten Eigenbeitrages sollen nun die Haushaltsentwürfe 1992 und 1993 sein. Diese Haushalte basieren auf den Koalitionsvereinbarungen, die die verkehrte Politik auch in die Zukunft festschreiben. Ich erinnere an die Aufblähung des Senats, an Trüpel-Millionen, an Zersplitterung der bauenden und planenden Ämter, autofreie Innenstadt und so weiter.

Die längst notwendige Weichenstellung lassen diese Haushalte vermissen. Ihre Ansätze sind für uns kein geeignetes Mittel, Teil eines Sanierungskonzeptes zu sein, zumal Ansätze zur Sanierung durch die Veräußerung von Vermögen bereits im Keim erstickt worden sind.

(Beifall bei der CDU)

(C)

(D)

(A) Die von der FDP angekündigte Privatisierung ist ebenfalls auf der Strecke geblieben. Dafür sollen 30 Millionen DM ohne Deckung ausgegeben werden, ein Beispiel für die Fortsetzung Ihrer unsoliden Politik.

(Beifall bei der CDU)

Bremen hat jahrzehntelang über seine Verhältnisse gelebt, und obwohl Sie das jetzt einsehen oder besser gesagt einsehen müssen, scheuen Sie sich, die Politik zu ändern und längst fällige Korrekturen anzubringen. Die Ursachen dafür liegen für mich klar auf der Hand. In einer Koalition, in der von linken Grünen bis zu reinen Marktwirtschaftlern nahezu jede politische Richtung vertreten ist, kann eine gedeihliche Arbeit nicht möglich sein.

(Beifall bei der CDU)

Schon gar nicht, wenn jeder unter den Koalitionsvereinbarungen, die man einmal geschlossen hat, etwas anderes versteht!

Unsere Befürchtungen, daß sich diese Ampel gegenseitig blockiert, sind leider weit übertroffen worden. Dabei nützt es auch nichts, wenn man sich selbst lobt oder sich selbst gute Noten erteilt. Längst fällige Entscheidungen werden damit nicht herbeigeführt.

(B) (Beifall bei der CDU)

Hinzu kommt, daß diese Koalition einen Bürgermeister hat, der nicht regiert und gestaltet, sondern moderiert und verwaltet.

(Beifall bei der CDU)

Horst W. Franke, Senator a. D., hat einmal sinngemäß gesagt:

(Abg. Dittbrenner [SPD]: Das ist der beste Zeuge, den Sie bringen können!)

Herr Wedemeier ist ein großes politisches Talent, er ist ständig auf der Höhe der Aktenlage.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Lieber Herr Bürgermeister, nichts dagegen, daß Sie ständig auf der Höhe der Aktenlage sind, Bremen braucht aber auch einen Regierungschef mit Visionen und Perspektiven, einen Regierungschef, der allen zeigt, wo es langgeht, und einen Regierungschef, der auch einmal auf den Tisch haut, wenn es nötig ist. Sie haben doch nichts mehr zu verlieren. Hauen Sie doch einmal auf den Tisch, sprechen Sie Klartext, aber entschuldigen Sie sich bitte nicht anschließend wieder bei den Betroffenen!

(Beifall bei der CDU)

(C) Meine Damen, meine Herren von der Koalition, Sie haben sicherlich das Kunststück fertiggebracht, durch Formelkompromisse noch einmal einen auf dem Papier verfassungsgemäßen Haushalt aufzustellen. Perspektiven, die dieses Bundesland so dringend braucht, eröffnet dieser Haushalt nicht. Wesentliche Schritte zur Erbringung des Nachweises, daß Bremen aus eigener Kraft lebensfähig ist, werden nicht gegangen. Dieser Nachweis ist aber unverzichtbar, wenn Hilfen eingefordert werden sollen.

Die CDU-Fraktion ist deshalb der festen Überzeugung, daß Hilfen von Dritten nur dann zu erwarten sind, wenn Bremen glaubhaft machen kann, daß es nach den möglichen Hilfeleistungen vom Bund und den anderen Ländern nicht länger Dauerkostgänger und überproportionaler Subventionsempfänger bleibt.

Die Wahrheit ist, daß niemand in der Ampel das tut, was zwingend erforderlich wäre, nämlich mit tiefen Einschnitten in bestehende Strukturen und Besitzstände einzugreifen und mit Vorgaben, die ein überproportionales Wirtschaftswachstum ermöglichen, Perspektiven zu eröffnen.

Wahr ist auch, daß die Eröffnung von Perspektiven unbequeme politische Entscheidungen voraussetzen würde. Wer dieser Aufgabe nicht gerecht werden will, muß den Mut haben, den Bürgern reinen Wein einzuschenken. Man muß den Bürgern klar sagen, was machbar ist, man muß aber auch genauso klar sagen, welche Maßnahmen zwar wünschenswert wären, im Moment aber einfach nicht zu finanzieren sind.

(D)

(Beifall bei der CDU — Abg. Thomas [DIE GRÜNEN]: Das gilt aber auch für Ihre Anträge!)

Das gilt auch für die Anträge!

Statt dessen denkt die Koalition darüber nach, wie man Wohltaten an die eigene Klientel verteilen kann. Das beste Beispiel dafür sind die vorgesehenen Ausgaben in Höhe von 30 Millionen DM, die durch globale Minderausgaben gedeckt werden sollen. Das heißt doch auf gut deutsch, Geld ausgeben, das man noch nicht hat, ohne zu sagen, wo konkret gespart werden soll.

In früheren Jahren haben die Sozialdemokraten wenigstens gesagt, wo das zusätzlich auszugebende Geld nach ihren politischen Vorstellungen denn eingespart werden sollte. Dies ist jetzt offensichtlich aus der Mode gekommen, so etwas Unwichtiges darf künftig die Verwaltung allein entscheiden.

(Beifall bei der CDU)

Dabei hat sich bis heute nicht eine einzige müde Mark eingefunden, die man einsparen möchte und könnte, aber zig Millionen, die ausgegeben werden sollen. Ich sage deshalb hier ganz deutlich, die CDU-

(A) Fraktion ist dagegen, daß diese ungedeckten 30 Millionen DM ausgegeben werden.

(Beifall bei der CDU — Abg. Dittbrenner [SPD]: Man merkt, daß Sie in keiner Deputation sind, Herr Kollege!)

Hier werden Wohltaten mit ungedeckten Schecks verteilt, nur weil drei Regierungsparteien ihr jeweiliges Profil herausstellen wollen, wie Sie in der „taz“ vom 12.8.1992 so eindrucksvoll nachlesen konnten. Teures Profil, kann ich da nur sagen, und die Verantwortung für das Gemeinwohl bleibt auf der Strecke.

(Beifall bei der CDU)

Wenn das die neue Sparpolitik sein soll, dann müssen wir Ihnen sagen, daß keiner aus der Koalition etwas aus der verheerenden Schuldenkrise dieses Landes und aus dem Verfassungsgerichtsurteil gelernt hat. Wir alle wissen, daß die SPD dieses Land in die falsche Richtung geführt hat, und nun findet sich keiner in der Koalition, die Richtung zu ändern und einen neuen Kurs einzuschlagen. Statt dessen beteiligen Sie sich alle an den Wohltaten auf Kosten der Staatskasse.

(Beifall bei der CDU)

(B) Übrigens sind diese Minderausgaben nicht die einzigen in Ihrem Haushalt, insgesamt addieren sich die globalen Minderausgaben auf über 170 Millionen DM. Das heißt, in dieser Größenordnung müssen noch konkrete Einsparungen geleistet werden, aber niemand kann sagen, an welcher Stelle. Meine Fraktion hält dieses Verfahren für höchst unseriös, und allein schon aus diesem Grund darf man diesem Haushalt nicht zustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Das alles macht deutlich, daß eine ernsthafte Wende in der Politik bei der Bremer Ampel nicht ansteht. Damit verschlechtert sich allerdings die Ausgangslage des Landes für die bevorstehenden Verhandlungen mit dem Bund und den Bundesländern, zumal unser Finanzsenator am 15. Juni 1992 selbst zugegeben hat, daß ein verfassungsgemäßer Haushalt 1994 nicht mehr aufgestellt werden kann.

Die CDU-Fraktion sieht daher die einzige Chance zur Rettung Bremens in einem einschneidenden politischen Kurswechsel. Dieser Kurswechsel muß durch die drei folgenden Schwerpunkte erreicht werden:

Erstens: Sparen, insbesondere durch Verringerung der Personalkosten auf der Grundlage einer wirklichen Aufgabenkritik und nicht nach dem Rasenmäherprinzip.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens: Schuldenabbau durch Privatisierung und Veräußerung von Vermögen.

(C) Drittens: Erhöhung der Einnahmen durch eine wirtschaftsfreundliche, verlässliche Politik, die mehr Betriebe und Steuerzahler nach Bremen bringt.

(Beifall bei der CDU)

Diese drei Säulen — Sparen, Entschulden und Einnahmeerhöhungen — müssen zu einem Sanierungskonzept zusammengefaßt werden. Alle drei Komponenten sind erforderlich, denn allein durch Sparen ist der Bremer Haushalt nicht mehr zu retten. Vielmehr müssen im Mittelpunkt die mittel- und langfristig wirkenden Einnahmeerhöhungen stehen, denn nach wie vor ist Bremens Wirtschaftskraft unterentwickelt.

Bei der Einnahmeerhöhungen denken wir allerdings weniger an die Erhöhung von Steuern oder Gebühren, sondern an die Erhöhung der Steuerkraft durch überproportionales Wirtschaftswachstum in unserem Land. Leider ist es trotz vollmundiger Versprechungen nicht gelungen, Bremen wieder an die Wirtschaftsentwicklung der übrigen Bundesländer heranzuführen. Der Abkoppelungsprozeß beim Bruttoinlandsprodukt zwischen 1981 und 1986 ist noch mit keinem einzigen Prozentpunkt wieder aufgeholt worden. Die Bremer Arbeitslosigkeit liegt im Juli 1992 immer noch 70 Prozent über der des Bundesgebietes, und die Steuereinnahmen sind weiterhin unterproportional.

(D) Das alles wissen wir, und wir wissen auch, daß es bei den von der Ampel vorgegebenen Rahmenbedingungen keine Möglichkeit gibt, den Haushalt durch die Veränderung von Ansätzen auf den richtigen Weg zu bringen. Deshalb unternimmt die CDU erneut den Versuch, in einer Reihe von Anträgen eine politische Korrektur einzuleiten, wobei ich mich gern noch einmal wiederhole: Ohne eigenes Sanierungsprogramm, das diesen Namen auch verdient, sind keine Hilfen vom Bund und den anderen Ländern zu erwarten.

Das, was Sie vorgelegt haben, ist kein Sanierungsprogramm, denn ein Sanierungsprogramm setzt einen erheblichen Eigenbeitrag voraus. Sie aber schreiben in Ihrem Papier sinngemäß, daß die restriktive Haushaltspolitik Bremens in den Jahren 1980 bis 1991 und ihre Fortsetzung 1992 bis 1996 den Eigenbeitrag Bremens darstellen.

Meine Damen, meine Herren, das nimmt Ihnen keiner ab. Schon der Zuwachs des Haushaltes 1992 liegt höher als vom Finanzplanungsrat empfohlen, wenn Sie einmal richtig rechnen. Sie haben nämlich, wie wir gerade von Reinhard Metz gehört haben, den Aufgabenbereich Entwässerung und Abfallentsorgung einfach aus dem Haushalt 1992 ausgegliedert und in einen Eigenbetrieb übernommen. Damit fehlen 220 Millionen DM Ausgaben, die Sie eigentlich wieder hinzuziehen müßten. Wenn Sie das aber tun, verfehlen Sie die Empfehlungen des Finanzplanungsrats erheblich, der eine Steigerung von drei Prozent empfohlen hat, Sie kommen dann auf eine Steige-

- (A) rung von fünf Prozent und nennen das den Eigenbeitrag Bremens.

(Beifall bei der CDU)

Fünf Prozent Steigerungsrate, obwohl sich der Senat und die Koalition verpflichtet haben, die Empfehlungen des Finanzplanungsrats zu beachten!

Ich hoffe, Sie sehen ein, daß es so nicht geht, und ich hoffe, Sie verstehen, daß nur eine Änderung der Politik Bremen die erforderliche Sanierung bringen kann. Deshalb fordern wir in unseren Anträgen eine Abkehr von der bisherigen Politik und setzen auf folgende Schwerpunkte:

Erstens: konsequente Entstaatlichung und Entkommunalisierung nichtstaatlicher Aufgaben! Dazu gehört auch der Verkauf von Unternehmen, die sich im Besitz des Landes und der Kommune befinden. Wir denken insbesondere an den Verkauf von Anteilen der Stadtwerke, der Gewoba und der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft.

(Beifall bei der CDU)

Ein solcher Verkauf könnte Einnahmen von über einer Milliarde DM bringen, die unter anderem zur Tilgung der Schulden oder zu neuen Investitionen genutzt werden könnten. Wir freuen uns natürlich, daß Herr Senator Kröning diesen Vorschlag kürzlich aufgegriffen hat, und wir hoffen, daß Sie ihn nachher bei der Abstimmung nicht im Regen stehen lassen.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Zweitens: Die CDU ist der festen Überzeugung, daß die Häfen noch für lange Zeit wirtschaftlich das Rückgrat Bremens bilden. Sie sind das wesentliche Argument der Selbständigkeit Bremens und Bremerhavens. Deswegen treten wir nachdrücklich dafür ein, daß die Vertiefung der Außenweser und der Weiterbau des Containerterminals III ohne jede Verzögerung in Angriff genommen werden.

(Beifall bei der CDU)

Die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Häfen ist für uns unverzichtbar. Weiterhin treten wir dafür ein, daß die Option für ein Hafenbecken III in den Neustädter Häfen erhalten bleibt. Dies ist zumindest so lange nötig, bis die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern und in Osteuropa mit einiger Sicherheit eingeschätzt werden kann. Sollten wirklich die bis zum Jahr 2010 prognostizierten 19 Millionen Tonnen Umsatzzuwachs kommen, müssen wir dafür gerüstet sein.

Drittens: Ohne ausreichende Verkehrsinfrastruktur ist eine positive wirtschaftliche Entwicklung undenkbar. Wir brauchen vor allem funktionsfähige Verkehrsverbindungen an das regionale und überregionale Verkehrsnetz, insbesondere für die Hafengebiete, das Güterverkehrszentrum und andere Gewerbegebiete. Oberste Priorität haben für die CDU

die Trassierung und der Bau der A 281 und die Schaffung einer Verbindung zwischen Sebaldsbrücker Heerstraße und der A 1.

(C)

Viertens: Die CDU setzt sich nachhaltig für eine Erschließung und Vorratspolitik bei Gewerbeflächen ein. Die vorhandenen Gewerbeflächen reichen nicht aus, um den zukünftigen Bedarf zu erfüllen. Wir brauchen für die Gewerbe- und Industrieansiedlung größere Teile der Luneplate als bisher vorgesehen, wir brauchen für die Stadt Bremen auch die Gewerbegebiete Niedervieland III, die Hemelinger Marsch und den Industriepark West. Wer diese erforderlichen Voraussetzungen nicht schafft, verspielt die wirtschaftliche Zukunft Bremens.

(Beifall bei der CDU)

Fünftens: Die CDU tritt für eine Stärkung der oberzentralen Funktion unserer beiden Städte Bremen und Bremerhaven ein. Beide Städte schöpfen ihre Kaufkraft in ihren Regionen nur unzureichend ab. Beide Städte brauchen mehr Besucher und Käufer aus ihrem jeweiligen Bereich und aus dem jeweiligen Umland. Von einer einst blühenden Einkaufsmetropole Anfang der siebziger Jahre ist Bremen abgestürzt in die Bedeutungslosigkeit.

Bremens Einzelhandelszentralität ist auf den niedrigsten Wert aller deutscher Großstädte gesunken. Sie beträgt heute gerade noch 107 Prozent. Damit liegen wir hinter Delmenhorst, hinter Verden und auch hinter Osterholz-Scharmbeck. Um statistisch den Durchschnitt aller Großstädte zu erreichen, fehlt Bremen mindestens eine Milliarde DM Einzelhandelsumsatz. Das entspricht 4000 bis 5000 zusätzlichen Arbeitsplätzen, und es ist insbesondere das Verdienst der Sozialdemokraten, daß diese Arbeitsplätze nicht vorhanden sind.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Wer dem Einzelhandel ständig Knüppel zwischen die Beine wirft, wer die Erreichbarkeit der Innenstadt mit immer neuen Schikanen blockiert, wer den ÖPNV nicht ausbaut und wer das Auto verteuert, der darf sich nicht wundern, daß die Attraktivität Bremens verschwindet und Bremen immer mehr zur Provinz wird und Kaufkraft an das Umland verliert. Der darf sich auch nicht wundern, daß die Arbeitslosigkeit immer noch auf dem höchsten Niveau ist. Aus Sicht der CDU sind daher ideologische Spielwiesen nicht länger angesagt. Wer über eine autofreie Innenstadt oder über Seifenkistenrennen auf der Hochstraße nachdenkt, gibt Bremen der Lächerlichkeit preis und vergrault Besucher und Kunden.

(Beifall bei der CDU)

Auch was wir hier in den letzten Monaten sehr aktuell mit unkoordinierten Baustellen im Stadtgebiet Bremens erlebt haben, ist nichts anderes als die bewußte Schikane von Autofahrern, die dazu beiträgt, Menschen vom Besuch dieser Stadt abzuhalten. Ich

(A) frage mich ernsthaft, warum wir uns dauernd lächerlich machen mit ideologisch bestimmtem rotgrünen Unsinn.

(Beifall bei der CDU)

Sechstens: Die CDU will die Wirtschaftskriminalität, insbesondere die illegale Beschäftigung, nachhaltiger bekämpfen. Die Wirtschaftsstraftaten gehen heute weit über die relativ wenigen Angaben in der Polizeistatistik hinaus. Sie verursachen direkt und indirekt gewaltige Schäden. Man kann davon ausgehen, daß allein im Lande Bremen alljährlich etwa 200 Millionen DM an Steuern und Sozialabgaben durch die verschiedenen Formen der illegalen Beschäftigung verlorengehen. Die tatsächlichen Beträge dürften aber weit darüber liegen. Wenn die CDU in diesem Bereich zusätzliche Stellen fordert, so kostet dies insgesamt kein Geld, weil sich erhebliche Einnahmeerhöhungen erzielen ließen.

(Beifall bei der CDU)

Siebtens: Die CDU setzt einen weiteren Schwerpunkt beim Wohnungsbau. In Bremen und Bremerhaven fehlen bis zum Jahr 2000 20 000 neue Wohnungen. Wer nun glaubt, im Wohnungsbau wären wir Spitze, hat weit gefehlt. Bremen bildet beim Neubau das Schlußlicht unter allen alten Bundesländern. Ein im Jahr 1991 veröffentlichter Vergleich zeigt, daß Bremen für 1000 Einwohner gerade eine Wohnung fertiggestellt hat, in Rheinland-Pfalz waren es vier, in Baden-Württemberg sogar fünf. Die Schuldzuweisung an den Bund, er täte nicht genug für den Wohnungsbau, geht ins Leere, Wohnungsbau ist Ländersache, und Bremen tut eben nicht genug.

(Beifall bei der CDU)

Die Wohnungsnot in Bremen hat dazu geführt, daß in den letzten Jahren über 60 000 Bürger unser Bundesland verlassen haben, und dadurch haben wir Steuern in Höhe von 350 Millionen DM verloren. Die CDU fordert deshalb die Ausweisung und Beplanung von Wohnbauflächen zusätzlich zu den im Rahmen von Bebauungsplänen und Flächennutzungsplänen vorgesehenen Flächen. Wir schlagen zusätzlich die Osterholzer Feldmark, Brockhuchting und die Sportflächen am Vegesacker Bahnhof für eine Wohnbebauung vor.

Achtens: Die CDU tritt für eine Änderung des Schulsystems ein. Das von der SPD eingeführte und von der Ampelkoalition aufrechterhaltene Stufensystem kann die Aufgabe, das Recht auf Bildung durch öffentliche Einrichtungen zu sichern, kaum mehr leisten. Dieses Schulsystem ist teurer, aber nicht leistungsfähiger als das anderer Bundesländer. Bremen hat einen systembedingten Lehrermehrbedarf allein in der Stadt Bremen von etwa 500 Stellen, wenn man unser System einmal mit Hannover vergleicht.

Das bedeutet, daß wir jährlich bis zu 45 Millionen DM mehr ausgeben als in dem von uns gewünschten

gegliederten Schulsystem, wobei hinzufügen ist, daß das gegliederte Schulsystem sogar leistungsfähiger ist als die Stufenschule. Wenn wir bis zum Jahr 2000 vorausschauen, werden Sie bei dem jetzt noch vorhandenen Schulsystem sogar 1100 Lehrer mehr brauchen als bei einem anderen System. Das heißt, dann werden rund 100 Millionen DM mehr ausgegeben, als erforderlich wären. Die CDU fordert deshalb die Änderung des Paragraphen 3 des Bremischen Schulgesetzes zur Wiedereinführung des gegliederten Schulsystems mit eigenständigen Schularten und den entsprechenden Bildungsangeboten.

(Beifall bei der CDU)

Ein solcher Schritt würde ganz nebenbei bedeuten, daß das Angebot qualitativ und quantitativ sich bessern würde bei erheblich weniger Kosten.

Ein erster erfreulicher Ansatz wäre ja die Einrichtung von zwei Gymnasien gewesen, die von den Freien Demokraten schon kräftig gefeiert wurde. Laut Koalitionspapier sollten mit dem Schuljahr 1993/94 diese Gymnasien aufgebaut werden. Die Aufwendungen dafür müßten eigentlich in dem Haushalt 1993 vorgesehen sein. Wenn Sie dort nachsehen, finden Sie dort allerdings einen Leertitel, zu dem ich die FDP recht herzlich beglückwünsche.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU — Abg. Welke [FDP]: Sehen Sie sich den Antrag einmal ganz an! Es ist eben kein Leertitel!)

Herr Welke, ich habe ja nichts dagegen, kämpfen Sie weiter, wir drücken Ihnen die Daumen!

(Beifall bei der CDU)

Erschreckend ist allerdings die Tatsache, daß der gesamte Investitionsteil des Bildungshaushaltes nicht zeitgerecht und gesetzeskonform aufgestellt werden konnte. Entweder waren die Eckwerte unrealistisch oder die Verwaltung war nicht in der Lage, die Beschlüsse des Senats einzuhalten. Eines so schlimm wie das andere! Hier wird dokumentiert, daß in einem Einzelhaushalt der Zusammenbruch bremischer Politik schon passiert ist.

(Beifall bei der CDU)

Neuntens: Wir brauchen eine bessere Sicherheitspolitik. Hier ist die CDU bereit, eine Verstärkung der Polizei um zunächst 100 Planstellen vorzunehmen. Gleichzeitig können Einsparungen durch Straffung der Behörde des Senators für Inneres und durch strukturelle Veränderung bei nachgeordneten Verwaltungsbereichen erreicht werden.

(Abg. Dittbrenner [SPD]: Kostenneutral?)

Die Kriminalität hat teilweise beängstigende Formen angenommen. Es geht um die Erhöhung der Sicherheit der Bevölkerung und die Eindämmung der

(C)

(D)

(A) Kriminalität und um eine Verbesserung der Aufklärungsquote. Darüber hinaus muß der Polizei der Eindruck vermittelt werden, daß es von seiten der Politik ein klares Bekenntnis zum Auftrag der Polizei gibt.

(Beifall bei der CDU — Vizepräsident Frau Bernbacher übernimmt den Vorsitz.)

Meine Damen und meine Herren, eigentlich wollte ich an dieser Stelle lediglich noch etwas zum Asylverfahrensgesetz sagen, weil ich es für aussichtslos hielt, dieser Koalition die Notwendigkeit der Änderung des Artikels 16 Grundgesetz nahezubringen. Diese Situation hat sich allerdings seit Freitag letzter Woche grundlegend geändert. Ich mochte meinen Ohren nicht trauen, als ich hörte, daß die SPD-Führung in Bonn ihre bisherige Haltung zur Asylpolitik und zu den deutschen Uno-Einsätzen revidiert hat. Welch späte Einsicht, kann ich da nur sagen und hoffen, daß diese Erleuchtung auch die Bremer SPD ereilt.

(Beifall bei der CDU)

Zweifel sind allerdings angebracht angesichts jünger Äußerungen einiger Abgeordneter und der Parteispitze.

Ich will Ihnen an dieser Stelle aber noch einmal ganz deutlich sagen: Die SPD kann auf Dauer nicht gegen eine Mehrheit der Bürger Politik machen, sonst riskiert sie den inneren Frieden. In Bremen sind wir sehr dicht an einer solchen Situation, wie wir sie jetzt in Rostock erlebt haben.

(B)

(Bürgermeister Wedemeier: Unglaublich! — Abg. Dittbrenner [SPD]: Sie reden das ja hier herbei! Anstifter!)

Ich warne vor einer Situation, und ich rede sie nicht herbei! Auch deshalb ist es höchste Zeit, daß wir entschlossen die Voraussetzungen dafür schaffen, daß der Asylmißbrauch beendet und der unkontrollierte Zustrom von Ausländern gestoppt wird.

(Beifall bei der CDU)

Die meisten Asylsuchenden bedürfen nicht unseres Schutzes, sie kommen aus wirtschaftlichen Gründen. Aber dafür ist die Asylgarantie des Artikels 16 nicht gedacht, und deswegen müssen wir diesen Artikel ergänzen, um die enormen Belastungen, die die Bevölkerung tragen muß, und die Kosten in den Griff zu bekommen.

Ich behaupte nicht, daß mit einer solchen Ergänzung und der Schaffung der erforderlichen Ausführungsgesetze alle Probleme sofort gelöst sind. Natürlich lassen sich nicht alle Probleme lösen, aber ohne eine Grundgesetzergänzung ist eine Verbesserung unmöglich, und ohne eine Grundgesetzergänzung wird es für die Bundesrepublik Deutschland eine europäische Lösung nicht geben,

(Beifall bei der CDU)

(C) denn wir müssen bei den Verhandlungen mit unseren europäischen Nachbarn zur Kenntnis nehmen, daß sich ein europäisches Asylrecht nicht auf der Grundlage des Artikels 16 unseres Grundgesetzes verwirklichen läßt. Deshalb müssen wir unsere verfassungsrechtliche Sonderrolle beenden, um so zu einer tragfähigen europäischen Lösung zu kommen.

Ich sage es noch einmal, niemand — auch in Europa nicht — wird den politisch Verfolgten den erforderlichen Schutz vorenthalten oder ihnen die Zuflucht verwehren. Mit einem gemeinsamen europäischen Asylrecht haben wir allerdings die Chance, daß wir unsere europäischen Partner und Freunde dafür gewinnen, die Ursachen der Wanderungsbewegungen energischer und tatkräftiger zu bekämpfen als dies bisher der Fall ist, denn eines ist auch klar, solange unsere europäischen Nachbarn davon ausgehen können, daß die Mehrzahl der Asylbewerber in Deutschland sein wird, so lange ist die Bereitschaft der anderen, mit uns gemeinsam die Ursachen der Wanderungsbewegungen zu bekämpfen, nicht so groß, wie wir uns dies wünschen.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb ist die Änderung und Ergänzung des Grundgesetzes ein notwendiger Schlüssel, um zu weiteren Schritten zu kommen.

Aus diesen Gründen unterstützen wir auch Bürgermeister Wedemeier, der nach einem langen Zickzackkurs, aber immerhin vor allen anderen Bremer Genossen eingesehen hat, daß wir um eine Ergänzung des Grundgesetzes zur Bekämpfung des Asylmißbrauches nicht herumkommen.

(Beifall bei der CDU)

Gespannt bin ich allerdings auch hier, wenn wir am Ende der Debatte abstimmen werden, ob sich der Bürgermeister durchsetzen konnte in diesem doch für uns alle wichtigen Punkt.

Eine spürbare Entlastung unseres Haushaltes könnte auch schon heute eintreten, wenn nach dem Asylverfahrensgesetz die Aufgaben auf den Bund übertragen worden wären und die Außenstelle in Bremen ihre Aufgabe aufgenommen hätte.

(Abg. Frau Marken [SPD]: An wem liegt das denn? Fragen Sie einmal, an wem das liegt, daß es so lange dauert! — Abg. Dittbrenner [SPD]: Sie sind wohl nicht auf der Höhe der Aktenlage!)

Angesichts der Haushaltsnotlage ist es unverständlich, daß Bremen dieses Gesetz in Bonn nicht unterstützt hat!

(Beifall bei der CDU)

Sie hätten sich ja in Bonn für dieses Gesetz einsetzen können.

(Abg. Dittbrenner [SPD]: Ich werde den Teufel tun!)

(C)

(D)

(A) Das ist eben die falsche Politik, die wir so bekämpfen.

(Abg. T e i s e r [CDU]: Und wenn alles zum Teufel geht, ich werde den Teufel tun!)

In diesem Zusammenhang halten wir auch die konsequente Abschiebung von Ausländern, die das Betäubungsmittelgesetz verletzt haben, für dringend geboten, ebenso eine regelmäßige Identitätsermittlung der Asylbewerber, um zu vermeiden, daß Sozialhilfe mehrfach bezogen wird.

(Beifall bei der CDU)

Daß Sie auch hier die notwendige Korrektur Ihrer falschen Politik nicht vornehmen wollen, zeigt ein Blick in den Finanzplan bis 1996. Die Aufwendungen für Asylbewerber, die in diesem Jahr 64,3 Millionen DM betragen werden, sinken nicht, sondern sollen bis 1996 auf 87,5 Millionen DM steigen. Hier wird die falsche Politik einfach hochgerechnet, ohne zu berücksichtigen, welche Belastungen dies für die Bevölkerung bedeutet.

Wenn man dann einmal kritisch nachfragt, dann wird man als unsozial hingestellt. Die Bürger draußen haben ein anderes Verständnis von unsozial. Sie finden es nämlich unsozial, wenn durch schleppende Bearbeitung und Kurdenerlasse das Asylproblem in Bremen überproportional verschärft wird.

(Beifall bei der CDU)

(B) Sie finden es unsozial, wenn zu Lasten der Staatskasse Asylbewerber in Hotels und teuren Villen untergebracht und mit Bargeld versorgt werden.

(Beifall bei der CDU)

Sie finden es unsozial, wenn die innere Sicherheit in Bremen auf das äußerste beeinträchtigt wird und sich unsere Stadt zu einer Hochburg der Kriminalität entwickelt.

(Beifall bei der CDU)

Sie finden es unsozial, wenn durch mangelnde Planung nicht genügend Wohnraum zur Verfügung gestellt wird. Sie finden es unsozial, wenn durch eine falsche Verkehrspolitik bewußt die Interessen der Bevölkerung und der Wirtschaft mißachtet werden, und unsere Bürger finden es unsozial, wenn die wirtschaftliche Entwicklung dieses Landes so erschwert wird, daß wir die höchste Arbeitslosigkeit von allen Bundesländern haben.

(Beifall bei der CDU)

Diese Politik, die Bremen an den Rand des Abgrundes geführt hat, zu beenden, das ist unser Ansatz. Weil Sie in den von Ihnen vorgelegten Haushalten diese falsche Politik fortschreiben wollen, werden wir beide Haushalte ablehnen. — Ich danke Ihnen!

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

(C) **Vizepräsident Frau Bernbacher:** Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Blohm.

Abg. Frau **Blohm** (DVU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wer immer noch glaubt, daß Sie, lieber Herr Wedemeier, sozial und demokratisch sind, der sollte sein Gehirn verklagen wegen unterlassener Hilfeleistung.

(Beifall bei der DVU)

Was Sie mit Ihrem neuen Haushalt den Bürgern zumuten, ist eine Unverschämtheit. Noch nie wurden die deutschen Bürger so brutal ausgeplündert wie heutzutage.

(Beifall bei der DVU — Unruhe)

Noch nie wurden unsere Steuergelder derart unverfroren zum Fenster hinausgeworfen wie derzeit. Machen Sie nur weiter so, um so schneller kommt der Tag, daß die Politiker der Altparteien aus dem Parlament fliegen, wie dereinst die Pharisäer aus der Synagoge! Dafür wird das deutsche Volk, der oberste Souverän im Staate, sorgen. Eines nicht mehr fernen Datums wird auch dem arglosen Michel der Kragen platzen, dann, meine Damen und Herren der etablierten Bonzenparteien, ist es vorbei mit der Diätenherrlichkeit, dann werden Sie auf Diät gesetzt.

(Unruhe — Glocke)

(D) **Vizepräsident Frau Bernbacher:** Frau Abgeordnete Blohm, diese Sprache ist diesem Hause nicht gemäß!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU — Abg. T h o m a s [DIE GRÜNEN]: Es fällt alles auf die Rednerin zurück!)

Abg. Frau **Blohm** (DVU): Das macht nichts! Über zehn Millionen DM Steuergelder wollen Sie, lieber Herr Wedemeier, der selbstverständlich nicht da ist, 1992 und 1993 dafür ausgeben, daß die Innenstadt attraktiver wird. Schön und gut! Am wichtigsten aber wäre es, das ganze Gesindel hinauszuschmeißen, das sich bei uns breit macht, also Kriminelle aus allen Kontinenten.

(Unruhe — Glocke — Abg. T h o m a s [DIE GRÜNEN]: Volksverhetzung!)

Vizepräsident Frau Bernbacher: Frau Abgeordnete Blohm, ich hatte Sie eben ermahnt, sich den Sitten und auch der Sprache dieses Hauses anzupassen und Worte wie Gesindel und Bonzen hier zu unterlassen.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Abg. Frau **Blohm** (DVU): Ich werde Ihnen das nächste Mal meine Rede zur Korrektur vorlegen, diesmal habe ich es leider versäumt!

- (A) Also Kriminelle aus allen Kontinenten, Gangster, Gauner und Ganoven aller Hauttypen!

(Unruhe)

Die DVU fordert: Raus mit diesen Typen, dann wird auch unsere Innenstadt wieder attraktiver! Übrigens denken die anständigen Ausländer genauso.

Rund neun Millionen DM sollen 1992 und 1993 für den sogenannten Verfassungsschutz verwendet werden, eine reine Geldverschwendung, denn der Verfassungsschutz bekämpft ja nicht die wahren Verfassungsfeinde, die vor allem in den etablierten Altparteien sitzen.

(Unruhe — Widerspruch bei der SPD, bei der CDU, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Hunderte Male schon wurden Politiker, vor allem von der SPD und von der CDU, von den Verfassungsgerichten auf frischer Tat beim Verfassungsbruch ertappt. Leider ist bei uns Verfassungsbruch im Gegensatz zum Kaufhausdiebstahl nicht strafbar, sonst säßen viele etablierte Politiker der Altparteien hinter schwedischen Gardinen.

(Beifall bei der DVU — Unruhe — Abg. F I u B [SPD]: Die tickt nicht richtig!)

Weit über 100 Millionen DM Steuergelder sollen 1992 und 1993 für Asylbewerber im Lande Bremen ausgegeben werden. Wir wissen, daß 90 Prozent der Asylbewerber Asylbetrüger sind,

(B)

(Beifall bei der DVU)

die die politische Verfolgung nur vortäuschen, um bei uns abzukassieren. Die DVU fordert ganz energisch: Scheinasylanten raus, ohne lange zu fackeln!

(Beifall bei der DVU)

Gegen den Asylmißbrauch muß endlich radikal und rechtsstaatlich etwas unternommen werden. Schluß mit den vielen Worten! Aufhören mit dem Gewäsch! Jetzt ran an den Feind! Asylbetrüger raus aus unserer Stadt!

(Unruhe — Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN — Glocke)

Vizepräsident Frau Bernbacher: Meine Damen und Herren, es ist sehr viel Unruhe im Raum. Eben die letzte Bemerkung ist hier akustisch nicht angekommen.

Abg. Frau **Blohm** (DVU): Asylbetrüger raus aus unserer Stadt und aus unserem Land! Das freiwerdende Geld soll Deutschen in Not zukommen.

Am frechsten wird unser Geld unter dem Deckmantel Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen vergeudet. Über 36 000 DM zur Betreuung kurdischer Straffälliger und über 50 000 DM für Asylantenfreizeit und

-sport. Das sind doch unverschämte Summen! Unfaßbar, fast 150 000 DM werden zur Verbesserung der psychosozialen Versorgung für Sexualtäter hinausgeworfen. Das ist ein unheimlich dicker Hund! Ja, schämen Sie sich! Das Geld sollte lieber zum Schutz bedrohter Frauen ausgegeben werden.

(C)

(Unruhe — Abg. T h o m a s [DIE GRÜNEN]: Sie finanzieren die „Nationalzeitung“, Sie Heuchlerin!)

Wenn Sie nichts mit der „taz“ zu tun haben, dann ist es ja in Ordnung!

Zehntausende und Hunderttausende von D-Mark werden im Rahmen der AB-Maßnahmen zum Fenster hinausgeworfen. Ein Beispiel nur von vielen: über 40 000 DM zur Betreuung von Asylbewerbern, Hilfestellung bei Behördengängen, Arztbesuchen und so weiter. Meine Damen und Herren, wer hilft denn den Deutschen in Not? Wer steht Deutschen bei gegen eine oft unerträglich arrogante Obrigkeit?

(Beifall bei der DVU)

Für die eigene Bevölkerung hat man kein Geld. Das ist eine zum Himmel schreiende Ungerechtigkeit. Warum sagen Sie der Öffentlichkeit nicht endlich die Wahrheit über die unerhörten Mehrkosten für Fremde? Auch im neuen Haushalt wird kräftig verschleiert. Warum kann man nicht nachlesen, wieviel Sozialhilfe, wieviel Wohngeld beziehungsweise wieviel Kindergeld und so weiter an Ausländer geht? Die Öffentlichkeit hat einen Anspruch darauf, die wahren Fakten zu erfahren. Das sind Tintenfischmethoden, Herr Wedemeier, Prinzip alles vernebeln.

(D)

(Beifall bei der DVU)

Sie wollen auch, Herr Bürgermeister, viel Geld ausgeben zur Bekämpfung angeblicher Ausländerfeindlichkeit. Dazu können wir von der DVU nur sagen, die besten Maßnahmen zur Bekämpfung von Ausländerfeindlichkeit sind der Hinauswurf von kriminellen Ausländern und Asylbetrügern.

(Beifall bei der DVU — Abg. T h o m a s [DIE GRÜNEN]: Und Sozialwohnungsbetrügern!)

Diese Typen vergiften das Klima zwischen Deutschen und anständigen Fremden, und sie bedrohen sowohl die Deutschen als auch die anständigen Ausländer, die wir als Gäste bei uns gern willkommen heißen.

Als übelste Ausländerfeindlichkeit betrachten wir das, was Herr Geißler von der CDU vorhat, Import von Ausländern, weil die Deutschen nicht genug Nachwuchs haben. Das ist in meinen Augen Kapitalismus in des Wortes übelster Bedeutung. Man erniedrigt Menschen zur Importware, unterwirft sie den Mechanismen von Angebot und Nachfrage, ein widerliches, zutiefst inhumanes und antichristliches Gedankenschlecht, was dahintersteckt.

(Beifall bei der DVU)

(A) Statt endlich dafür zu sorgen, daß deutsche Familien und Alleinerziehende kräftig gefördert werden, will man uns massenhaft zusätzlich Fremde hereinholen. Die Folgen der multikulturellen Gesellschaft sind Mord und Totschlag. Wenn Sie nicht bald aufwachen, haben wir Rostock bald direkt vor der Tür.

(Unruhe — Abg. Dittbrenner [SPD]:
Das hat Herr Nölle auch schon gesagt! —
Abg. Mützelburg [DIE GRÜNEN]: Und
Sie sind mitten dabei!)

Das macht ja nichts! Wenn man uns schon Bomben ins Fenster wirft, damit müssen wir ja auch leben, nicht?

Der Herr Geißler kann ja einmal ein vierwöchiges Praktikum in New York-Harlem oder in der Bronx ablegen. Doch er lebt, wie die anderen Prediger von Multi-Kulti, in einer feinen Villa im Grünen und hat von Ausländerproblemen so wenig Ahnung wie Reinhold Messner vom Tiefseetauchen.

Meine Damen und Herren, zur Steuergeldverschwendung gehört auch die fast eine Million DM jährlich für die Bremer Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau. Daß es hierbei nur um Pöstchenbeschaffung und nicht um Gleichberechtigung geht, sieht man schon daran, daß dreiviertel der Summen für Personalkosten eingesetzt sind. Das viele Geld sollte lieber dafür verwandt werden, daß man als Frau auch nach Beginn der Dämmerung noch einigermaßen sicher spazieren gehen kann. Was nützt das viele Geschwafel von Gleichberechtigung, wenn es von Ganoven, die sogar das Recht auf Leben der Frau bedrohen, zunehmend wimmelt!

(Beifall bei der DVU)

Auch deswegen, Herr Bürgermeister, weil man sogar Schwerverbrecher auf sogenanntes Ehrenwort freiläßt! Die DVU fordert, Schluß mit der weichen Welle für die schweren Jungs!

(Beifall bei der DVU)

Als einen Anschlag auf den gesunden Menschenverstand wertet die DVU, daß 1992 und 1993 über eine Million DM Steuergelder an den dubiosen Verein Pro Familia vergeben werden sollen.

(Unruhe bei der SPD)

Da muß der Rotstift her, das Geld soll lieber Frauen in Not zugute kommen, damit die Ungeborenen zur Welt kommen können und nicht ums Leben gebracht werden.

(Beifall bei der DVU)

Auch die rund eine Million DM pro Jahr an Entwicklungshilfe sind nach Ansicht der DVU hinaus-

geschmissenes Geld, denn die wirklich Armen sehen davon doch keinen Pfennig. Wir wissen doch ganz genau, daß die Entwicklungshilfe in Wahrheit ein gigantischer Volksbetrug ist. (C)

(Abg. Frau Wischer [SPD]: Keine Ahnung von der Sache!)

Indira Gandhi hat einmal gesagt: „Entwicklungshilfe bedeutet, die Armen der Reichen geben den Reichen der Armen.“

Ich habe an dieser Stelle nur einige wenige von zahlreichen Skandalen in Ihrem neuen Haushalt angesprochen. Ich kann nur sagen: Wäre das Volk über den ganzen Umfang des Betrages ausreichend aufgeklärt, dann würden hier im Parlament die Wände wackeln. Dann würde das Volk den Herrschenden die Hammelbeine langziehen. Wir von der DVU wollen uns bemühen, die Mauer des Schweigens zu durchbrechen und den Bürgerinnen und Bürgern zu zeigen, wie mit ihrem sauer verdienten Geld Schindluder getrieben wird.

(Beifall bei der DVU)

Ich darf an dieser Stelle noch einmal ganz klar und deutlich die Grundsatzposition der DVU darlegen. Deutschland muß deutsch bleiben, die Türkei den Türken, Kurdistan den Kurden, Afrika den Afrikanern und Deutschland den Deutschen.

(Abg. Kudella [CDU]: Jawohl! — Abg. Thomas [DIE GRÜNEN]: Wie Klein Fritzen sich die Welt vorstellt! — Abg. Dittbrenner [SPD]: Und die Ameisen bleiben auch das, was sie sind!) (D)

Deutschland muß souverän bleiben, kein Ausverkauf der Selbstbestimmung an die sogenannte Europäische Gemeinschaft!

(Beifall bei der DVU)

Mit den Bonner Bonzen ist das deutsche Volk bestraft genug. Gott bewahre uns vor der totalen Machtübernahme des Brüsseler EG-Kommissars!

(Beifall bei der DVU)

Deutsches Geld muß zuerst für deutsche Ausgaben ausgegeben werden, daß heißt, wenn das Geld knapp ist, muß die Regierung zuerst bei Fremden und bei Geldern ans Ausland sparen. So wie jeder die Pflicht hat, zuerst für die eigene Familie zu sorgen, so haben die deutschen Politiker die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, sich zuerst um das eigene Volk zu kümmern. Dafür werden die Politiker bezahlt, und dafür wurden sie gewählt. Wir von der DVU fühlen uns in der Tradition wirklich bedeutender nationaler Sozialistenführer

(Unruhe und Zurufe — Abg. Welle [FDP]: Nationale Sozialisten!)

(A) wie Friedrich Ebert und Kurt Schumacher. Diese Sozialdemokraten waren volksbewußt. Ihnen hatten die Sieger nicht die Gehirnfalten geradebügeln können, wie es bei vielen führenden SPD-Bonzen noch heute der Fall ist.

(Beifall bei der DVU)

Ich schließe mit der klaren Aussage: Nichts für uns, alles für Deutschland!

(Beifall bei der DVU)

Das war keine Naziparole, meine Damen und Herren,

(Abg. **Thomas** [DIE GRÜNEN]: Doch!)

dieses Wort stammt von Karl Höltermann, dem großen sozialdemokratischen Patrioten und Reichstagsabgeordneten, der es für die antifaschistische rheinische Eiserne Front in der Weimarer Zeit geprägt hat. Nie war diese vaterländische Erkenntnis wichtiger als heute. Nichts für uns, alles für Deutschland!

Ich hatte unserem Herrn Wedemeier seinen Haushalt mitgebracht, leider ist er ja nicht da.

(Zurufe von der CDU: Wo sind Sie denn? — Heiterkeit)

(B)

Aber das macht nichts, das macht überhaupt nichts, denn man kann ja weiter damit überhaupt nichts anfangen, man kann —.

(Beifall bei der DVU — Glocke)

Vizepräsident Frau Bernbacher: Frau Abgeordnete Blohm, Sie müssen das wieder mitnehmen.

(Unruhe und Zurufe — Glocke)

Herr Abgeordneter Thomas, dennoch muß ich sagen, Sie haben vorhin einen Ausdruck gebraucht, der auch in diesem Haus nicht angemessen ist.

(Abg. **Gassdorf** [CDU]: Er ist GRÜNER, er darf das! — Abg. **Altermann**: Endlich einmal die Wahrheit! — Abg. **Thomas** [DIE GRÜNEN]: Ich habe Heuchlerin gesagt! Ich nehme das zurück!)

Also gut! Wer spricht jetzt für die SPD, oder haben Sie alle keine Lust mehr?

Das Wort hat der Abgeordnete Dittbrenner.

Abg. **Dittbrenner** (SPD): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich fand es im übrigen gut, wie Sie reagiert haben, ich darf das ein-

mal für mich sagen, vielleicht ist auch das Haus der Meinung. (C)

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Ich finde es aber darüber hinaus vielleicht anregenswert, daß sich der Verfassungs- und Geschäftsausschuß mit dem Inhalt der eben gerade gehörten Rede beschäftigt,

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

weil ich mir durchaus vorstellen kann, daß Passagen in dieser Rede enthalten sind, die, ich sage einmal, nicht in das Parlament gehören, sondern vielleicht noch andere Schritte nach sich ziehen. Ich bin nicht bereit, für die SPD-Fraktion hier still zu sitzen und mir solche Reden von Leuten anzuhören, die nur Gift in diesem Hause herumsprühen und darüber hinaus auch noch.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Es ist schon ein Ding aus dem Tollhaus,

(Abg. **Weidenbach** [DVU]: Dahin gehören Sie!)

da beziehe ich, leider muß ich das sagen, auch ein wenig die Rede von Herrn Nölle ein —. (D)

(Bürgermeister **Wedemeier**: Was ist das denn hier? — Abg. **Frau Blohm** [DVU]: Das ist Ihr Haushalt! — Glocke)

Vizepräsident Frau Bernbacher: Mehr Ruhe für den Redner, bitte!

Abg. **Dittbrenner** (SPD): Es ist schon ein Ding aus dem Tollhaus, da beziehe ich auch die Rede von Herrn Nölle ein, wie es sich gewählte Abgeordnete, gewählte Parlamentarier mit Minderheitenproblemen, mit Problemen der Bevölkerung, mit unseren Problemen leichtmachen, Herr Kollege Nölle, und der Bevölkerung draußen weismachen wollen, es handle sich um eine Problemlösung.

(Beifall bei der SPD)

Ich werde nachher noch einmal im einzelnen darauf eingehen. Es hat mich betroffen gemacht, ich will das ganz deutlich formulieren.

Mich hat auch betroffen gemacht, daß ich einen geschätzten Redner hier heute morgen nicht habe reden hören, das ist wohl der Wechsel innerhalb der CDU-Fraktion von Herrn Kudella auf Herrn Nölle.

(Zurufe von der CDU — Abg. **Teiser** [CDU]: Jetzt stimmt seine Rede nicht mehr! — Heiterkeit bei der CDU)

(A) Normalerweise ist es üblich, daß die Reden von den Fraktionsvorsitzenden gehalten werden, und die Aufregung in Ihren Reihen zeigt, daß ich auf dem richtigen Wege bin, was nämlich die personelle Veränderung in der CDU-Fraktion anbetrifft.

Ich sage Ihnen nur und gebe Ihnen auch nur den guten Rat, Herr Nölle, wenn Sie des öfteren vorhaben, hier zu reden, solche Grundsatzdebatten zu halten, daß Sie dies nicht in der Funktion des Vizepräsidenten tun, denn ich möchte nicht Ihre Argumente vernehmen, sollte unser Präsident Dr. Klink ständig solche staatstragenden Reden halten.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Obwohl ich sicher bin, daß er es besser machen würde, als Sie das hier gemacht haben, um das auch deutlich zu sagen!

(Beifall bei der SPD)

Auch wenn Sie aus dem gleichen Stall kommen, was die Sparkasse angeht, aber das ist beim Kollegen Klink lange her!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich wollte einige Bemerkungen machen, bevor ich mich mit politischen Fragen zum Haushalt auseinandersetze. Wir reden über Haushaltsberatung, das heißt, normalerweise sollte das Werk auf den Tischen liegen. Wenn ich mich hier so umschaue, liegt nichts mehr auf den Tischen, weil wir es ja alles im Kopf haben, es handelt sich hier um Haushaltsberatungen. Kollege Barsuhn hat es dort liegen und Kollege Schmurr auch.

(B)

(Heiterkeit und Zurufe)

Da können Sie einmal sehen, wie gut wir vorbereitet sind, wir können jederzeit jede Haushaltsstelle nachschauen, im Gegensatz zu Ihnen.

Wir reden also über einen Doppelhaushalt 1992/93, die Gründe dafür sind bekannt. Um auch gleich das aufzunehmen, was Kollege Nölle hier zum besten gegeben hat: Es ist in der Tat so, Herr Kollege, daß die Haushaltsentwürfe 1992/93 sich außerordentlich stark an den Vorgaben des Finanzplanungsrates orientieren. Sie liegen nicht über denen, sondern sie liegen deutlich darunter, 2,3 und 2,9 Prozent, und sie liegen somit auch im Vergleich mit allen anderen Länderhaushalten deutlich am unteren Ende. Da können Sie reden, was Sie wollen, da können Sie auch die Frage der Ausrechnung der Eigenbetriebe einbeziehen. Wenn Sie das tun, rate ich Ihnen, müssen Sie auch die Einnahmen einbeziehen. Dies ist ein nicht wegzudiskutierender Punkt, die Haushaltssteigerungen sind deutlich unter denen, die der Finanzplanungsrat angezeigt hat.

Zweite Bemerkung, auch mit Hinweis auf den Finanzplan, der uns auch vorgelegt wurde vom Senat durch Beschlußfassung von gestern! Es ist klar, daß

die Zuwendungen, die wir von Bonn erwarten durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, hier ihren Niederschlag noch nicht gefunden haben. Das können sie auch nicht, weil die Verhandlungen erst beginnen, und somit steht dann auch logischerweise, das muß man dann auch schon deutlich formulieren, der Finanzplan unter dem Vorbehalt, daß er vom Status quo ausgeht und sich dann entsprechend verändern wird, wenn die Verhandlungen von Erfolg gekrönt sind.

(C)

Ich will nicht verhehlen, daß dieser Haushalt ein Sparhaushalt ist. Er ist damit in der Kontinuität der Haushalte, die wir gerade in der letzten Legislaturperiode hier verabschiedet haben. Ich frage aber ganz deutlich, und das muß auch in einer solchen Debatte noch einmal gesagt werden: Wer hat das eigentlich dieser Koalition, außer uns, die wir das gewußt haben, sonst noch zugetraut? Gerade Sie waren es doch, die von Anfang an gesagt haben, die Haushaltsberatungen werde diese Koalition nicht überstehen, und im September 1992 sei dieser Spuk vorbei. Dieser vorgelegte Doppelhaushalt ist Ausdruck der Handlungsfähigkeit dieser Ampelkoalition.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Er ist konsensfähig, er ist ausgewogen, und er ist sparsam. Wir wissen sehr genau, welche Einschränkungen wir mit diesem Haushalt, wenn er denn beschlossen wird, woran ich keinen Zweifel haben den Bürgerinnen und Bürgern zumuten. Das sagen wir ihnen auch, und das spüren sie auch. Das spüren sie übrigens nicht nur durch Verabschiedung dieses Haushalts, sie haben es schon gespürt in den letzten Jahren.

(D)

Es ist doch fahrlässig, wenn Sie sagen, der Eigenbeitrag — ich schweife jetzt etwas ab in Sachen Sanierungskonzept — sei nicht deutlich geworden, wir hätten auch in den letzten Jahren im Grunde genommen das Geld mit den Händen hinausgeworfen. Unterhalten Sie sich eigentlich nie mit den Bremerinnen und Bremern? Nehmen Sie die Demonstrationen auf den Straßen nicht zur Kenntnis, mit denen die betroffenen Bürgerinnen und Bürger, die betroffenen Beschäftigten deutlich machen, welche Sparschritte, welche Sparkonzepte greifen, gerade im öffentlichen Dienst? Nehmen Sie das nicht zur Kenntnis? Das müßte ich doch zumindest von Ihnen erwarten können, daß Sie das, wenn Sie schon nicht den Versuch machen, fair mit uns zu diskutieren, zugestehen und sagen, jawohl, es sind Eigenleistungen des Landes Bremen in der Vergangenheit erbracht worden.

(Beifall bei der SPD und bei der FDP)

Das sagt sogar das Bundesverfassungsgericht. Es hat das deutlich formuliert, und es geht im Grunde genommen auch darüber hinaus, was im Verhältnis zu Bremen im Saarland gemacht wurde. Es schreibt ja, wenn Sie sich damit beschäftigt haben, daß Bremen hier wesentlich mehr an Eigenleistung erbracht hat.

(A) Kurze Bemerkung, weil es heute nachzulesen war in der Zeitung! Sie haben eine ganze Reihe von Punkten als nicht erledigt, als falsch erledigt oder als falsch auf den Weg gebracht angemahnt. Ich glaube, daß das, was die Ampelkoalition in den letzten neun Monaten auf den Weg gebracht hat, sich in der Tat sehen lassen kann. Ich gebe zu, ich war selbst überrascht, aber wenn man sich das einmal sehr genau anschaut, auch im Detail, was bereits beschlossen ist, was bereits auf den Weg gebracht wurde, was unmittelbar bevorsteht, entschieden zu werden, dann, meine ich, kann man durchaus davon ausgehen, und damit meine ich nicht das Pfeifen im Walde, daß diese Koalition bis zum heutigen Tage ordentlich, nach vorn gerichtet für dieses Land Bremen ihre Arbeit getan hat.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Daß ich, daß wir alle nicht zu denen gehören, die sich damit zufriedengeben, ist auch klar. Das hätte bei der einen Seite mehr sein können, bei der anderen vielleicht weniger. Wir werden auf dem aufbauen, und das, was am Wochenende aus der Klausurtagung des Senats herauskam, gibt mir doch große Hoffnung, daß wir das Tempo, was die Umsetzung von politischen Beschlüssen betrifft, auch noch erhöhen werden.

Meine Damen und Herren, es ist ja vom Kollegen Nölle das sogenannte 30-Millionen-DM-Programm angesprochen worden. Wir diskutieren über ein Haushaltsgesamtvolumen von rund 1,3 bis 1,4 Milliarden DM

(B)

(Zuruf: 13 Milliarden!)

für beide Haushalte. Die Koalitionsfraktionen haben sich in der Schlußrunde, während der Haushaltsausschuß mit der Schlußabstimmung beschäftigt war, verabredet, wie sich das gehört — wir hätten Sie ja auch einbeziehen können, wenn Sie entsprechende Wünsche gehabt hätten —, daß wir 30 Millionen DM umschichten wollen, 30 Millionen DM von 1,4 Milliarden DM!

(Zurufe von der SPD: 13 Milliarden! — Zuruf des Abg. Nölle [CDU])

30 Millionen DM von 13 Milliarden DM! Jetzt ruft er wieder dazwischen „ausgeben“. Herr Kollege Nölle, ich weiß nicht, ob Sie in einer Deputation sind, ich vermute nein. Wir haben bereits, um Ihnen das noch einmal zu sagen, im Haushaltsausschuß beschlossen, daß diese 30 Millionen DM von 13 Milliarden DM quasi durch Umlage wieder einkassiert werden von allen Ressorts, damit es dann nach Beschlußfassung hier ausgegeben werden kann.

(Abg. Nölle [CDU]: Also doch ausgeben!)

Ich weiß nicht, wie Sie Ihre Geschäfte bei der Sparkasse führen, ich versuche es noch einmal! (C)

(Beifall bei der SPD — Abg. Nölle [CDU]: Die Sparkasse hat damit nichts zu tun! Ich erinnere Sie auch nicht dauernd an Ihre Betriebsratszeit!)

Es wäre doch ganz hilfreich, Herr Kollege Nölle!

(Abg. Nölle [CDU]: Wir geben das doch nicht aus!)

Jetzt sagen Sie, wir geben es nicht aus. Dann bin ich Ihnen dankbar, daß Sie das jetzt kapiert haben. Wir geben es in der Tat nicht aus, weil durch die 30 Millionen DM die Eckwerte eben nicht überschritten werden, weil sie vorher im Umlageverfahren bei den einzelnen Ressorts wieder gekürzt werden.

(Abg. Nölle [CDU]: Sie sagen nicht wo! — Abg. Kudella [CDU]: Aber wo? — Zurufe von der CDU)

Das müßten Sie doch sehr gut wissen, Sie sitzen doch in Deputationen, Sie beschließen doch darüber mit! Also, liebe Frau Striezel, Herr Kollege Nölle —

(Unruhe — Glocke)

(D)

Vizepräsident Frau Bernbacher: Würden Sie bitte dann an das Mikrophon treten und Zwischenfragen stellen!

Abg. **Dittbrenner** (SPD): Mir macht es nichts aus, dann wird es hier ein bißchen lebendig. Aber Herr Kollege Nölle hat gesagt, die 30 Millionen DM seien nicht gedeckt, und das ist falsch.

(Widerspruch bei der CDU)

Die 30 Millionen DM sind gedeckt, nämlich durch das Kürzen vorher und dann durch das Ausgeben durch Beschlußfassung hier im Parlament. Wir sind der Budgetgeber, wird sind der Haushaltsgesetzgeber, wir können dies machen, und dann ist es entsprechend auch gedeckt innerhalb der Eckwerte. Kollege Teiser, das sollten auch Sie begreifen.

(Glocke)

Vizepräsident Frau Bernbacher: Herr Dittbrenner, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. **Dittbrenner** (SPD): Ja, bitte!

Vizepräsident Frau Bernbacher: Bitte, Herr Metz!

(A) Abg. Metz (CDU): Vielen Dank, Herr Kollege! Sie haben eben gesagt, die Ausgaben wären hier wieder eingespart worden. Haben Sie da nicht die Reihenfolge verwechselt? Sind nicht beschlossen worden, erstens, 30 Millionen DM Verstärkungsmittel mit der Auflage, den Haushaltsvollzug, das heißt bis zum 30. Oktober dieses Jahres beziehungsweise bis zum 30. Oktober nächsten Jahres,

(Abg. Dittbrenner [SPD]: Je nachdem!)

je nachdem, ob 1992 oder 1993 betroffen ist, dann konkret wieder einzusammeln, wobei Sie heute nicht sagen können, wo konkret?

Abg. Dittbrenner (SPD): Also, in dem ersten Punkt waren wir gar nicht auseinander, in dem zweiten Punkt weiß ich sehr konkret, die Sportdeputation hat das bereits in ihrer letzten Sitzung vorzüglich über die Bühne gebracht, dort haben wir diesen Beschluß bereits gefaßt, weil wir nicht bis Oktober warten wollten, haben wir es bereits vollzogen, weil wir es gern ordentlich, ich sage einmal, da sind die Sportler immer fair, immer frisch, bereits erledigt haben wollten, die Innendeputation auch. Also, Sie sehen, es gibt schon eine Reihe von Deputationen, die das schlichtweg vollzogen hat, deshalb ist es eben falsch, wenn Herr Nölle sagt, diese 30 Millionen DM seien nicht gedeckt, und sie können oben darauf.

(B)

(Glocke)

Vizepräsident Frau Bernbacher: Sind Sie bereit, eine weitere Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. Dittbrenner (SPD): Bitte sehr!

Vizepräsident Frau Bernbacher: Bitte, Herr Metz!

Abg. Metz (CDU): Darf ich eine Zusatzfrage stellen? Sind Sie denn der Meinung, daß das, was Sie angeblich schon erwirtschaftet haben, nun auch schon in dem Haushalt ist, konkret, so wie wir ihn in dieser Woche verabschieden wollen?

Abg. Dittbrenner (SPD): Aber, Herr Kollege Metz, das ist doch genau das, was Sie am Anfang gesagt haben, nämlich Frage des Haushaltsvollzugs.

(Abg. Metz [CDU]: Eben!)

In dem Moment, in dem das Geld beschlossen ist, ich bleibe einmal beim Sport, wir haben die Kürzungsquote erbracht, das ist beschlossen, wird es an die Finanz gegeben und wird dann in den Haushaltsvollzug, sowie wir die Änderungsanträge hier beschließen, eingearbeitet, und dann ist die Sache erledigt.

Egal, wie wir es diskutieren, es ist keine zusätzliche Ausgabe von 30 Millionen DM.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Sie wollten doch, Herr Kollege Nölle wollte doch den Eindruck erwecken bei den verehrten Zuhörern draußen, die Koalitionsfraktionen würden jetzt zu dem Defizithaushalt, den wir ja zugegebenermaßen haben, auch noch zusätzlich 30 Millionen DM legen. Dieser Eindruck ist schlichtweg falsch, weil wir das so haushaltsmäßig beschlossen haben, daß es eben nicht dazu kommt. Aber ich glaube, die Größenordnung ist nicht so wichtig, daß wir uns hier jetzt noch wesentlich darauf einlassen sollten, was diesen Punkt anbetrifft. Es gibt noch andere Dinge, die man bemerken sollte. Ich glaube, das haben wir insgesamt deutlich gemacht, wie es mit den 30 Millionen DM vor sich geht.

Ich will auf die von den Koalitionsfraktionen eingebrachten Anträge im einzelnen jetzt nicht eingehen. Das werden die Sprecherinnen und Sprecher meiner Fraktion während der Debatte nachher bei den Einzelpunkten noch tun. Ich wollte mich ganz gern noch mit Ihnen auseinandersetzen, auch damit ich nicht zu lange rede, Herr Kollege Nölle, mit Ihrer Rede. Ich will nicht verhehlen, daß ich Ihre Rede, ich sage einmal, als am Rand einer Brandrede interpretieren würde.

(Beifall bei der SPD)

(D)

Sie haben in vielen Bereichen der Gesellschaftspolitik in diesem Lande, ohne zu differenzieren, versucht, eine Schwarzweißpolitikgestaltung, Politiklösungsgestaltung dem Parlament und dem Volk draußen deutlich zu machen. Ich sage Ihnen ganz offen, Sie können sich ja mit dieser Rede weiter nach rechts profilieren,

(Beifall bei der SPD)

aber ich weiß nicht, ob das Ihrem persönlichen, bislang auch dem Ansehen der Union, so habe ich das jedenfalls immer verstanden in diesem Hause, liberalpolitischen Anspruch wirklich noch gerecht wird.

Ich will das auch deutlich machen an dem Punkt Asyl. Wissen Sie, ich habe an dieser ganzen Debatte über Asylpolitik nicht begriffen, wie es Positionsbeschreibungen gegeben hat, geben konnte oder gibt, bei denen man sich sicher ist, auf welchem Weg man sich richtig bewegt. Da sagen Sie, die Wirtschaftsasylanten müßten hinaus.

(Abg. Nölle [CDU]: Nicht herein!)

Das ist erst einmal, populistisch gesehen, eine Position, die wahrscheinlich draußen in der Bevölkerung mehrheitsfähig ist, behaupte ich einmal, es ist nicht untersucht, aber ich behaupte das einmal. Aber was

(A) heißt das politisch, Herr Kollege Nölle, wenn wir dies so sagen? Das heißt doch politisch, daß wir, weil es überwiegend Wirtschaftsasylanten sind, die ja nicht weniger werden, sondern eher mehr werden, eine Abkehr von unserem europäischen Grundgedanken, bedeutet doch eine Hinkehr zu der These „Grenze dicht“, Deutschland den Deutschen, und alles das, was um uns herum passiert, ist nicht mehr unser Bier.

(Abg. N ö l l e [CDU]: Das bedeutet die Einhaltung der europäischen Lösung, das ist der Unterschied!)

Nein, Herr Kollege Nölle, machen Sie es sich nicht so einfach, ich arbeite mich an diesem Thema auch ab und bin da ganz zurückhaltend, was öffentliche Erklärung anbetrifft, weil ich wirklich nicht weiß, Sie können darüber lachen, weil ich wirklich nicht weiß, welche Position denn eigentlich richtig ist. Ob es immer nur diese für uns bequeme, sage ich einmal, nicht nach rechts und nach links gerichtete Position ist, das ficht uns nicht an, oder ob wir uns nicht doch mehr mit dem auseinandersetzen müssen, was uns auch reibt, bei dem wir auch vielleicht einmal als Minderheit gegen die Mehrheit arbeiten müssen, auch argumentativ, um in dieser Position, in dieser Rechtsposition nicht weiter nachgeben zu müssen?

(B) Ich neige mehr zum letzteren. Ich weiß, daß es eine ausgesprochen schwierige Position ist, eine mühselige, mühevoll Diskussionsposition ist, die wir auch draußen den Bürgern deutlich machen müssen, das ist mir völlig klar. Wir tun dafür zu wenig, Sie genauso wie ich. Wann reden wir denn mit den Bremerinnen und Bremern, ich sage einmal, inhaltlich substantiell über diese Problematik? In der Regel ja nicht! Wir reden mit denen, die wir kennen, da wissen wir aber schon die Meinung, wir reden jedoch nicht mit denen, die im Grunde genommen meinungsbildend auch ansprechbar sind von jenen, die auf diesem Flügel hier sitzen. Da, meine ich, bringt es uns nicht weiter, wenn wir so tun, als hätten wir, als hätten Sie jetzt Lösungsmöglichkeiten. Das ist ein politischer Weg, ich sage Ihnen das, der in der Sackgasse enden wird!

(Beifall bei der SPD)

Deshalb bin ich auch gar nicht so froh über das, was meine Bundespartei dort beschlossen hat, um das auch an dieser Stelle zu sagen, weil Sie ja jetzt wieder fragen, na, greift er den Bürgermeister an, oder wirft er sich auf die Position von Isola. Das ist gar nicht mein Bier, das ist eine politisch inhaltliche Diskussion, bei der ich jedem seine Meinung gönne. Der muß sie auch haben,

(Beifall bei der SPD)

und der muß versuchen, sich damit auseinanderzusetzen. Was sich bundespolitisch getan hat, nun gut, das ist eine Meinung. Ich wäre dafür, daß es einen

(C) Sonderparteitag gibt, der das dann endgültig klärt, weil ich das nicht nur auf der Funktionärssebene diskutieren möchte. Ich möchte das ganz gern um ein paar Ebenen herunterziehen zu Leuten, die vielleicht diese Problematik auch kommunalpolitisch stärker beurteilen, als wir das tun oder das auf Bundesebene geschieht.

(Abg. K u d e l l a [CDU]: Was hat die SPD-Fraktion denn für eine Meinung, Herr Kollege?)

Herr Kollege Kudella, im Gegensatz zu Ihnen spreche ich für die SPD-Fraktion, und das war die Meinung der SPD-Fraktion!

(Beifall bei der SPD)

Soweit zu dem für mich gesellschaftspolitisch ausgesprochen schwierigen Feld Asyl! Ich fand das nicht nach vorn gerichtet, was Sie gemacht haben. Ich fasse noch einmal zusammen, ich glaube, daß es hier wirklich nur darum ging, populistische Positionen deutlich zu machen.

Eine weitere Geschichte, die ich ansprechen wollte, bei der ich mich frage, ob Sie Ihre Anträge eigentlich gelesen haben, ist: Sie kritisieren die Ausgabe von 30 Millionen DM. Wenn ich Ihre Anträge richtig gelesen habe, stelle ich fest, zum Teil gibt es deckungsgleiche Inhalte. Also, das ist bei Ihnen immer so das Problem, auf der einen Seite wird gefordert, aber auf der anderen Seite wird nicht gesagt, wo gespart werden soll.

(Abg. T e i s e r [CDU]: Wir erwirtschaften das!)

(D) Ausgaben im Polizeibereich haben Sie schon erwähnt, Ausgaben im Bereich der Kulturstiftung, im Bereich von Sport sind natürlich auch in Ihren Anträgen enthalten, wenn auch nicht konkret beziffert, aber Sie haben natürlich nicht gesagt, woher das Geld kommen soll, sondern Sie haben sich herumgemogelt, indem Sie gesagt haben, entsprechend der Haushaltslage solle das Geld ausgegeben werden. Es gibt in der Landeshaushaltsordnung so einen Grundsatz der Haushaltsklarheit und der -wahrheit!

Wenn Sie schon Anträge stellen, dann müssen Sie auch konkret sagen, woher das Geld denn kommen soll,

(Beifall bei der SPD)

und nicht populistische Anträge vorlegen, damit Ihre Sprecher bei den Organisationen und Verbänden draußen sagen können: Das haben wir beschlossen. Jeder stellt sich dort dann hin und sagt: Das haben wir beschlossen! Aber der Gesamtzusammenhang wird nicht deutlich gemacht,

(Beifall bei der SPD)

- (A) woher denn insgesamt das Geld kommen soll. Das kennen wir von Ihnen, das ist im Grunde genommen nichts Neues. Ich könnte das ellenlang fortsetzen, ich werde es nicht tun.

(Beifall bei der CDU)

Ich wollte zum Schluß noch etwas sagen, meine Damen und Herren, zu dem Sanierungskonzept. Wenn man nach der Kürze der Zeit dieses Konzept richtig beurteilt, wenn man es gelesen hat, wenn man es vielleicht ohne Vorurteile auch zur Kenntnis nimmt, dann bin ich schon der Auffassung, daß dieses Sanierungskonzept etwas ist, das einmal diesen Begriff verdient und zweitens sich insbesondere orientiert an dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Da unterscheiden wir uns auch, Herr Nölle.

Das Bundesverfassungsgericht geht von zwei, drei Grundpositionen aus: Teilentschuldung, Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkraft und Eigenbeitrag. Gegen Teilentschuldung kann man im Grunde genommen nichts sagen, weil diese Summe, die hier auch erwähnt wurde, die 8,3 Milliarden DM, im Urteil steht. Bei dem Investitionssonderprogramm kann man sich nicht, was die Grundposition Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkraft angeht, streiten, sondern da kann man sich allenfalls über die Höhe streiten und vielleicht über die Maßnahmen. Ich habe dieses Programm des Senats so verstanden, daß das der Beginn eines Dialogs ist, eines Dialogs mit den gesellschaftlichen Gruppen in diesem Land, mit den Betroffenen, aber auch der Beginn eines Dialogs mit der Union.

- (B) Ich kann nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß das, was Sie heute zu dem Sanierungsprogramm gesagt haben, einzureihen ist in, ich sage einmal, „Haushaltsdebatte muß immer ein bißchen spannend geführt werden“, und daß das, was Sie heute gesagt haben, nicht fortgesetzt wird, wenn es denn zu bilateralen Gesprächen kommt. Ich weiß, daß es Gespräche gibt, vereinbarte Gespräche zwischen dem Senat und der CDU-Bürgerschaftsfraktion. Ich begrüße das ausdrücklich. Ich glaube schon, daß es sinnvoll ist, gerade wenn es um das Überleben des Landes Bremen geht, daß man über die Koalition hinaus, die stabil nach vorn gerichtet ist, zu einem möglichst breiten Grundkonsens auch in diesem Hause kommt, und dazu gehört ja logischerweise auch, daß die Union mit einbezogen wird in solche Gespräche.

Es steht nicht umsonst „Entwurf“ über diesem Sanierungskonzept, dieses Wort Entwurf bedeutet, daß die Dialogbereitschaft ausdrücklich signalisiert wird von seiten des Senats. Wir werden Ihnen auch anbieten, ich kann das nicht, aber ich vermute das, daß man natürlich über Bestandteile dieses Programms reden kann, insbesondere was dieses Sonderinvestitionsprogramm betrifft. Dazu steht ja auch vieles in Ihren Anträgen. Ich vermute einmal, wenn Sie es gelesen haben, haben Sie vieles übernommen aus diesem Sonderinvestitionsprogramm, weil sich das wiederfindet in Ihren Anträgen. Aber ich habe die herz-

- liche Bitte an die Kollegen der Union, bestärken Sie mich in meiner Annahme, daß das, was Sie hier zum besten gegeben haben, nicht die Abkehr von einer Dialogbereitschaft ist beziehungsweise das Nichtvorhandensein einer solchen! Das wäre schädlich für das Land, das wäre schädlich für dieses Parlament, und das wäre schädlich für die Selbständigkeit. (C)

Meine herzliche Bitte ist, daß Sie sich einbinden lassen mit Ihren Vorschlägen, mit Ihren Ideen, daß wir gemeinsam versuchen können, daraus ein Gesamtpaket zu machen zum Wohle des Landes Bremen. Ich glaube, das ist ein Punkt, wo wir uns dann wieder treffen, und deshalb will ich auch versöhnlich meine Rede enden, daß es keinen Streit darüber gab, und das wurde auch mit keinem Satz hier erwähnt, daß Bremen selbständig bleiben soll. Dafür danke ich Ihnen ausdrücklich, daß Sie das nicht auch noch aufs Spiel gesetzt haben. — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frau Bernbacher: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Mützelburg.

- Abg. **Mützelburg** (DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Heute morgen bei der Einbringung des Haushalts, aber insbesondere in die Rede von Herrn Nölle, war viel von Notlagen die Rede. Es wurde ein schwarzes Bild von der Zukunft Bremens gemalt. Ich denke, wir sollten diese Begrifflichkeit ein klein wenig zurückschrauben. Sicher, der Landes- und der Kommunalhaushalt sind notleidend. Aber die wahren Notlagen finden in Bremen nur bei einem kleinen Teil der Bevölkerung statt. (D)

Weder wir hier im Hause noch die meisten Menschen, die in Bremen und Bremerhaven leben, leben wirklich in Notlagen. Die wahren Notlagen sind, wir sehen es doch jeden Tag im Fernsehen, woanders, in Somalia, im jugoslawischen Bürgerkrieg. Wir bekommen ein wenig davon mit, wenn wir hier auf die Straßen schauen und das Leid der Drogenabhängigen sehen oder wie in den letzten Tagen, als die bosnischen Flüchtlinge in Bremen Station machten.

Ich denke, wir sollten unsere Begriffe und unsere Sicht den Verhältnissen, der Wirklichkeit anpassen, dann können wir auch vernünftig über diesen Haushalt reden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Selbstverständlich wirken die Ausmaße dieser Notlagen in aller Welt und bei manchen Gruppen im eigenen Land auf diesen Haushalt zurück. Wir GRÜNEN, und nicht nur wir in der Koalition, halten es für wichtig, einen Haushalt vorzulegen, der nicht allein darauf achtet, so nötig es ist, die Wirtschaftskraft Bremens zu stärken, sondern gleichermaßen darauf achtet, daß er einen Beitrag leisten kann und wir mit diesem Haushalt auch in Zukunft einen Beitrag leisten können, Notlagen in unserem Land und in anderen Ländern mit eigenen Kräften abzuhefen.

(A) Die relative wirtschaftliche Notlage in Bremen und in anderen Ländern dieser Republik, insbesondere in den neuen Bundesländern, macht uns künftig große Schwierigkeiten. Das ist unbestritten. Die jetzt anlaufenden Verhandlungen über die Neuordnung des Länderfinanzausgleichs, sie hängen ja ein wenig zusammen mit dem notwendigen Sanierungsprogramm für den Bremer Haushalt, werden sicherlich schwierig, weil sich eine Tendenz abzeichnet, die wir ja im Moment überall in der Gesellschaft haben, daß die reichen Länder gern reich bleiben wollen, ohne zu sagen, wie sie den armen helfen wollen, aus ihrer Armut herauszukommen. Bei den Verhandlungen, um die es künftig geht, brauchen wir Gemeinsamkeit und Solidarität unter den Bundesländern und im Land Bremen.

Unserer Ansicht nach steht das vom Senat vorgelegte Haushaltssanierungsprogramm genau in diesem Zusammenhang. In ihm sehen wir eine erste Chance, ein wichtiges Ziel, genau das, was Herr Dittbrenner am Schluß angesprochen hat, mit dieser Koalition, und ich glaube, auch der großen Mehrheit dieses Parlaments, zu erreichen, nämlich die Bremer Selbständigkeit auch in Zukunft zu erhalten. Einzelmaßnahmen dieser Sanierung müssen sicherlich noch diskutiert werden. Manche Investitionspläne müssen überprüft werden. Vor allem dürfen noch keine ungefangenen Fische verteilt werden.

Herr Jäger ist nun gerade nicht im Raum, aber ich sage es an seine Adresse: Es kann nicht jede Maßnahme schon deshalb als zukunftsfruchtig bezeichnet werden, insbesondere im Straßenbau, weil sie aus Bonn bezahlt wird.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Doch insgesamt sagen wir, der Senat hat mit dem Sanierungsprogramm eine gute und zum Teil auch originelle Arbeit geleistet.

(Abg. Dr. Schulte [CDU]: Originelle oder original?)

Original und originell, Herr Schulte!

Herr Nölle hat in diesem Zusammenhang eingefordert, daß etwas über Verkäufe von Landesgesellschaften oder städtischen Gesellschaften und Anteilen an solchen Gesellschaften gesagt werden könne und müsse. Herr Nölle, wir freuen uns, daß in dem Sanierungsprogramm darüber keine Auskünfte gegeben worden sind, denn wer über Verkäufe von bremischem Eigentum redet, muß sagen, was es bringt, und muß sagen, was es in Zukunft Bremen kostet. Ich denke, ein Sparkassendirektor, Herr Nölle, wird rechnen können.

Bevor wir über Verkäufe reden, ich sage das ganz offen, wir haben heute keine Neigung, irgend etwas zu verkaufen, müssen wir erst einmal rechnen.

(Abg. Frau Motschmann [CDU]: Haben Sie das auch dem Finanzsenator empfohlen?)

(C) Ich glaube, der Finanzsenator ist in diesem Punkt überhaupt keiner abweichenden Meinung, was die Diskussion über Verkäufe hier und heute betrifft.

(Abg. Frau Motschmann [CDU]: Stimmt ja gar nicht! — Abg. Nölle [CDU]: Doch, neun Punkte!)

Ein Letztes dazu! Das Sanierungsprogramm kann nicht nur Sache der Koalition sein. Hier sind alle Bremer Parteien und alle Verbände gefordert. Wer, weil er die Niederlagen der Vergangenheit noch nicht verdaut oder weggesteckt hat, heute Unterstützung verweigert, verweigert letztlich Bremen eine Zukunftschance. Herr Hölle, ich verstehe, daß es eine schwierige Rolle ist, die Sie spielen, auf der einen Seite ohne haushaltspolitische Alternative zu sein, auf der anderen Seite dagegen sein zu müssen, weil Sie Opposition sind, und letztlich doch eigentlich danach zu drängen mitzuregieren. Ich denke, ob Sie mitregieren oder nicht, an dem Sanierungsprogramm, an der Unterstützung des Sanierungsprogrammes zeigt sich, ob wir gemeinsam etwas für Bremen tun können, oder ob Sie uns hängenlassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Verweigern ist ja nicht nur ein Problem, das sich bei dem Sanierungsprogramm stellt. Verweigern und Ausgrenzen ist ein Problem, das sich im Moment in vielen Teilen der Politik und insbesondere auch in der Bevölkerung wiederfindet. Ein Sanierungsprogramm und eine Finanzplanung, die lediglich deutlich machen, daß es in Zukunft um neue Gewerbebetriebe, neue Straßen, vielleicht auch um neue Museen geht, erfüllen nicht die Zukunftsverpflichtung der Politik in Bremen. Die Beseitigung von Wohnungsnot, ein preisgünstiger öffentlicher Personennahverkehr und eine ausreichende Gesundheitsvorsorge gehören genauso zu unseren Zukunftsaufgaben. Das wird Gegenstand der Debatten um die Zukunft Bremens sein müssen.

(D)

Verweigern und Ausgrenzen ist eine aktuelle Gefahr, die sich nicht nur in den letzten drei Tagen in Rostock gezeigt hat, sondern die sich bis hier ins Haus widerspiegelt. 45 Seiten Papier von der DVU sind 45 Seiten nackter Haß gegen Ausländer und andere Minderheiten dieser Gesellschaft.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der FDP)

Eine Gesellschaft, eine Politik, die das duldet, daß hier Haß gesät wird, der morgen, in der Tat, Herr Nölle, insofern stimmt natürlich Ihr Zusammenhang, auch in Bremen zu Ereignissen wie in Rostock führen kann — so betrachtet, würde ich Ihnen recht geben, nur so betrachtet —, eine Politik, die das zuläßt, fördert selbst die Ausgrenzungs- und Verweigerungshaltung der Bürger.

(A) Deshalb sage ich, dieses Parlament muß sich nicht nur von diesen Anträgen, sondern vom Geist und von den Absichten, den Aufruf zum Völkerhaß, wie es Frau Blohm hier getan hat, deutlich abgrenzen, eine klare Absage erteilen. Wer heute nicht nein zu dieser Art von Verhetzung sagt, der wird morgen die schrecklichen Folgen ernten.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der FDP)

Deshalb, Herr Nölle, hätte ich gern von Ihnen auch ein klares Wort dazu gehört, ob Sie die Meinung Ihres Ministerkollegen in Schwerin teilen, der „einiges Verständnis“ für die Position von Brandstiftern und jubelnder Bevölkerung in Rostock gezeigt hat. Ich glaube, hier werden wir eine klare, deutliche Abgrenzungslinie nach rechts ziehen müssen. In diesem Zusammenhang ist die Debatte um den Artikel 16 Grundgesetz natürlich nicht ohne Bedeutung. Ich will hier heute nicht die Diskussion darüber führen. Unsere Position ist klar. Wir halten diese ganze Debatte um den Artikel 16 für eine vorgeschobene Debatte, die keine Lösung der Einwanderungspolitik in diesem Lande bringen kann und bringen wird. Deshalb lehnen wir die Änderung des Artikels 16 auch nach wie vor ab.

Dennoch gilt es auch für diejenigen, die sich die Änderung des Artikels 16 auf die Fahnen geschrieben haben, zu überprüfen, ob ihre Politik letztlich nicht der Politik von Völkerhaß und von Völkerausgrenzung, wie sie Frau Blohm hier vorgetragen hat

(B)

(Abg. Frau Blohm [DVU]: Das haben Sie doch gar nicht richtig verstanden! Das ist doch Unsinn, was Sie da reden!)

Ich glaube, alle Leute hier im Parlament und alle, die draußen am Radio sitzen und zuhören, werden gehört haben, wie hier öffentlich Haß gegen andere Völker gefördert wurde!

Wer über den Artikel 16 redet, ich muß das immer wiederholen, damit das klar ist, wer über Artikel 16 — die Änderung — redet, muß klarmachen, welchen Beitrag er dazu leistet, daß er nicht zu weiteren Ausgrenzungen und Verweigerungen von Unterstützung beiträgt. Deshalb ist es heute meiner Ansicht nach noch wichtiger als in der Vergangenheit, sich in der Praxis gegen jede Ausgrenzung zu wenden.

Ich freue mich, und da komme ich zum Haushalt zurück, daß wir in diesem Haushalt, unterstützt durch das 30-Millionen-DM-Programm der Koalitionsfraktion, wenigstens einige Akzente zur Verstärkung der Integrationsarbeit mit Ausländern setzen konnten, zur Verstärkung der Arbeit im Drogenhilfereich, nämlich für Gruppen, die Sie von der DVU gern ausgrenzen würden.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Zum Haushalt zurück! Dieser Haushalt, das ist an den Zahlen ablesbar, ist ein Haushalt der Begrenzung und der Einschränkungen. Das ist gewollt. Die Wachstumsrate liegt unter drei Prozent, die Zins/Steuerquote unter 25 Prozent, und eine Menge Sozialleistungen werden eingeschränkt. Das ist für viele Bürgerinnen und Bürger schmerzlich. Aber das war eine Aussage, die die Koalition getroffen hat, als sie den Vertrag unterzeichnet hat. Es führt im Moment kein Weg darum herum. Diese Einschränkungen, die dieser Haushalt mit sich bringt, werden alle Bremerhavenerinnen und Bremerinnen spüren müssen.

Für die nächsten Jahre ist Sanierung die Devise, nicht Neubau. Das heißt ganz handfest, es wird so schnell kaum neue Schulen, Kindertagesstätten, Sportplätze geben, und nur die dringlichsten Sanierungen werden in den nächsten Jahren stattfinden können.

In dieser Situation, Herr Nölle, zu sagen, es bedürfe viel drastischerer und schärferer Einschnitte, heißt doch in Wirklichkeit, die Leute viel heftiger, als wir es im Moment schon erleben, auf die Straße und in den Protest zu treiben. Das ist eine Politik, die nicht nur sozial, sondern auch mittelfristig politisch unverantwortlich ist. Auch in diesem Punkt müssen Sie höllisch aufpassen, daß Sie die Leute auf Ihrer Seite haben, statt sie genau dahin zu treiben, wo Frau Blohm sie gern hätte.

(Abg. Frau Blohm [DVU]: Glauben Sie wirklich, was Sie da sagen?)

(C)

(D)

Der öffentliche Dienst wird künftig weniger werden, an Leistungen und an Personal. Über 1000 Stellen werden in den Haushalten gestrichen, der Finanzplan sieht noch einmal die Streichung von 1000 Stellen bis 1996 vor. Für uns GRÜNE ist wichtig, daß die Stellenstreichung endlich mit der überfälligen Reform des öffentlichen Dienstes, und wenn ich nach vorn blicke, würde ich mir wünschen, auch des öffentlichen Dienstrechts verbunden wird.

Mit diesem Haushalt schaffen sich die Koalition und mit ihr das Parlament den Rahmen, in dem künftig regiert wird. Er ist jetzt ein Zeichen von Normalität in zweierlei Hinsicht. Ein rechtmäßig von diesem Parlament beschlossener Haushalt bedeutet auch, daß keiner der Regierungspartner sich jetzt noch beliebig auf „Altlasten“, ich lasse einmal die Filzprobleme beiseite, berufen kann. Aber auch niemand aus den Koalitionsressorts kann sich noch hinter Projekten verstecken, die vor Jahren und Jahrzehnten angedacht sind, ohne daß sie jetzt in den Haushalten sich wiederfinden.

Die Fraktion der GRÜNEN trägt diese Haushalte insgesamt mit. Dennoch werden Sie natürlich keine Begeisterung von uns erwarten, so wie niemand hier in diesem Haus von diesem Haushalt begeistert sein kann. Das ist Ausdruck des Sparens, wie es nun einmal ansteht. In der Tat werden auch manche Wünsche der Bevölkerung, auch solche, die wir verein-

(A) bart haben, nicht so schnell erfüllt, wie wir es gern hätten. Das betrifft die Personalsituation in den Kindertagesheimen, das betrifft die Beschleunigung des Baus von Straßenbahnstrecken, und das betrifft auch die Bereitstellung von ausreichend Wohnungen für Wohnungslose.

Wir stimmen dennoch dem Haushalt zu, und zwar weil für die Selbständigkeit Bremens die zukünftige Sicherung eines selbstfinanzierten Haushalts ohne Steigerung der Verschuldung und die Stärkung der Wirtschaftskraft des Landes, der Kommunen und jeder einzelnen Bürgerin jetzt dringlich und zudem Ziel dieses Haushalts sind. Wir stimmen dem Haushalt auch zu, weil und solange er noch immer im großen Umfang die Grundversorgung der Bremer Bürgerinnen und Bürger mit sozialen, kulturellen und auch sportlichen Einrichtungen sichert. Bremen bleibt auch nach den Haushalten 1992 und 1993 ein Sozialstaat. Allerdings, es werden von Jahr zu Jahr mehr Bürger, die durch dieses soziale Netz fallen. Es wird Aufgabe unserer Politik und auch unserer künftigen Haushaltspolitik sein müssen, sich um diese besonders zu kümmern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Trotz dieser Einwände hat der Haushalt natürlich auch einige positive Akzente aus unserer Sicht. Die Kürzung der Arbeitsbeschaffungsmittel aus Bonn konnte nicht kompensiert werden, aber es konnten immerhin mit zwölf Millionen DM Selbsthilfeprojekte finanziell durch Senatsbeschluß und zum Teil auch schon im Haushalt gesichert werden. Wir erwarten vom Senat, daß er auch die restlichen Mittel zur Projektförderung, wie vereinbart, noch in diesem Herbst absichert, so daß wir sagen können, Bremen hat in einem Bereich, der auch von der CDU zum Teil als förderungswürdig anerkannt worden ist, einen guten Schritt aus eigener Kraft geleistet, ohne künftig noch immer Bundesmittel in Anspruch nehmen zu müssen.

Der Kulturretat bietet uns neue Spielräume und Möglichkeiten, die der Attraktivität der Stadt nützen können, aber auch Möglichkeiten, möglichst viele Bürger in kulturelle Aktivitäten einzubeziehen und Kultur sowohl nach außen wie auch nach innen in Bremen weiter zu entfalten.

Die Verselbständigung der Abfall- und Entsorgungswirtschaft gibt Chancen für eine umweltgerechtere Gebührenpolitik und für einen Einstieg in den Ausstieg aus den Müllexporten, aus der größeren Vermehrung von Abfall, überhaupt für den Ausstieg aus einem umweltfeindlichen Umgang mit den natürlichen Ressourcen. Das wird allerdings auch den Bürger Geld kosten.

Auch die so oft geschmähte Bildungspolitik, Herr Bürger, stagniert nicht. Nicht nur, daß es die Gymnasien geben wird, die so heftig bei GRÜNEN und SPD umstritten sind, nein, es wird auch eine Stadtteilschule geben, es wird pädagogische Innovationen geben, und es wird größere Autonomie für die Schu-

len geben, so daß sich ein neues Leben in den Schulen auch unter verschärften und engen Rahmenbedingungen entwickeln kann, wenn Lehrer, Schüler, Eltern das tatsächlich wollen und befördern, und das liegt in unserer eigenen Hand.

Meine Damen und Herren, neben diesen positiven Seiten ist der Haushalt ein Zeichen für die Richtung, in die bremische Politik in Zukunft gehen soll. Neben den schwierigen und noch nicht gelösten Problemen der Drogenpolitik und dem Umgang mit Asylbewerbern gibt es Zukunftsthemen, bei deren Erledigung wir GRÜNEN in Zukunft noch mehr Engagement von allen drei Koalitionspartnern erwarten, weil ohne sie Bremen und Bremens Bürger keine erfreuliche Zukunft haben werden.

Erstens: Verkehrspolitik! Herr Nölle, war Ihnen das nicht ein bißchen peinlich, als Sie gesagt haben, mit einer autofreien Innenstadt macht sich Bremen lächerlich? Prag, Bologna, Lübeck, sind das Städte, die sich lächerlich gemacht haben, weil sie eine autofreie Innenstadt haben?

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Werden nicht vielleicht Ihre Enkel darüber weinen, wenn Sie auf der einen Seite Verminderung von Schadstoffausstoß, von Lärm — es steht in Ihren Anträgen — durch den Straßenverkehr fordern und auf der anderen Seite die Beschränkung von Straßenverkehr nicht hinnehmen wollen?

(Abg. N ö l l e [CDU]: Wo fängt für Sie die Innenstadt denn an?)

Herr Nölle, Wohnungsbau, das ist der zweite Punkt, tut dringend Not, damit Wohnungslose, damit junge Menschen, damit Ausgegrenzte, damit auch Familien, die nicht das dicke Geld haben, sich endlich wieder Wohnungen leisten können. Sozialer Wohnungsbau muß ein zentrales Element der Wohnungsbauprogramme sein. Ich habe dankbar gelesen, daß die Bundeswohnungsbauministerin neue Vorschläge hat, wie man Wohnungen künftig in der Sozialbindung halten will. Ist es da nicht völlig kontraproduktiv, Herr Nölle, daß Sie in großen Umfang Sozialwohnungen in Eigentum umwandeln wollen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Drittens: Politik für Kinder und Jugendliche ist immer noch an den interventionistischen Konzepten der letzten 15 Jahre orientiert. Damit werden wir den rechtsradikalen Strömungen nicht begegnen können. Wir erwarten eine neue Konzeption, die von den tatsächlichen Bedürfnissen und Erfahrungen der Jugendlichen ausgehen muß und private wie staatliche Betreuungstreffe und Aktionsmöglichkeiten für Jugendliche erhält. In dem Zwölf-Millionen-DM-Programm haben wir versucht, wenigstens einige Anstöße in diese Richtung zu geben. Auch das ist eine Aktivität dieser Koalition.

(C)

(D)

(A) Meine Damen und Herren, im Rahmen des für Bremen finanziell Möglichen sind die Haushalte 1992 und 1993 politisch noch auszuhalten für jeden in der Koalition und, ich meine, für die meisten der Bremer Bürgerinnen und Bürger. Sie können, es ist zu Recht darauf hingewiesen worden, natürlich gefährdet werden. Es gibt ökonomische und politische Erschütterungen, die wir heute nicht absehen. Wissen wir, wie die Wirtschaftskonjunktur sich wirklich entwickelt? Können wir die Hand dafür ins Feuer legen, daß die Autoindustrie so weiterboomt wie bisher? Das kann niemand! Das wird nicht nur Bremen betreffen, aber es ist ein Risiko für unseren Haushalt.

Wissen wir, ob die Bundesregierung irgendwann einmal durch den Bundestag eine Pflegeversicherung durchbringt, die die kommunale Sozialhilfe entlastet? Das ist eine Sache, die Sie in der Hand haben, Herr Nölle, und Ihre Partei. Auch das ist ein Risiko, das auf uns zukommt. Insbesondere kann es gefährlich werden für die Haushaltspolitik, wenn die Zukunft dieses Landes nur in kurzfristigem Wirtschaftswachstum gesehen wird.

Anhäufung von Reichtum bei wenigen kann nicht das Ziel unserer Haushaltspolitik sein, ebenso wichtig ist die Verteilung des Reichtums, Sicherung der Lebensfähigkeit, was auch immer Sicherung der Umwelt und Verantwortung heißt, Verantwortung für die Menschen in Bremen und — ich habe es eingangs gesagt — außerhalb. Dazu, da schließt sich der Kreis, gehören auch zukunftsichernde Maßnahmen und zukunftsichernde Einnahmen, denen sich die Opposition bisher verweigert.

(B) Zur Umsteuerung des Verkehrs gehören Nahverkehrsabgaben und ein ÖPNV-Gesetz. Zur Umsteuerung der Rüstungsindustrie gehören Mittel für Rüstungskonversion und eine Politik gegen Rüstungsexporte. Eine Leerstelle leider noch in der Koalition! Zur Abfallvermeidung gehören Abfallgebühren. Zur Sicherung unserer Wasservorräte gehören Wasserabgaben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch wenn das eine oder andere Bundesland in der Bundesrepublik das heute noch nicht so kraß sieht, bei all diesen Punkten handelt es sich um Dinge, die über kurz oder lang kommen. In diesem Fall, denke ich, kann Bremen ein Vorreiter für eine zukunftsgerichtete Politik sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zur Verantwortung für die Menschen in aller Welt gehört nicht allein die Bereitschaft, Militär im Rahmen der Uno einzusetzen. Darüber wird ja heftig diskutiert, obwohl die verfassungsrechtlichen Fragen und die tatsächliche politische Effektivität umstritten sind. Zur Verantwortung für die Menschen in aller Welt gehört unserer Meinung nach viel dringlicher die eigene, hiesige Bereitschaft, andere Völker nicht nur als Exportmacht und militärische Partner

zu sehen, sondern als Menschen. Nur wenn das gelingt, kann die so beschworene europäische politische Union auch von den Völkern, auch von den Bremern, akzeptiert werden.

Das Motto unserer Haushaltspolitik und damit, so hoffe ich, ein Motto dieser Koalition im Umgang mit dem Haushalt sollte sein, daran fehlt es sicherlich im Detail, manchmal noch an Mark, an Pfennig und manchmal auch am guten Willen, Helfen statt Ausgrenzen, Verteilen statt Verschwenden!

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der FDP)

Vizepräsident Frau Bernbacher: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Welke.

Abg. **Welke** (FDP): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Lösung der finanzpolitischen Probleme dieses Landes ist die zentrale Aufgabe bremischer Politik in dieser und der nächsten Legislaturperiode!

(Beifall bei der FDP)

Die ersten beiden von der Ampelkoalition zu verantwortenden Haushalte für die Jahre 1992 und 1993 sind ein richtiger Schritt zu der im Koalitionsvertrag vereinbarten Wende in der Finanzpolitik. Die strengen Vorgaben der Koalitionsvereinbarungen wurden voll eingehalten. Prophezeiungen der Opposition und ihr nahestehender Kräfte, daß hieran die Koalition zerbrechen werde, haben sich als gegenstandslos erwiesen.

(Beifall bei der FDP, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich darf, weil es eben doch eine erstaunliche politische Leistung ist, hier noch einmal die Zahlen vortragen.

Erstens! Der Paragraph 18 LHO wird eingehalten, das heißt, die Nettokreditaufnahme wird die Summe der Investitionen nicht übersteigen. Zusätzlich, der Kollege Dittbrenner hat eben schon darauf hingewiesen, erwarten wir aufgrund des Karlsruher Urteils eine erhebliche Nachzahlung für den Nachteilsausgleich. Der Senat hat beschlossen, daß dieses Geld, diese zusätzliche Einnahme, nicht ausgegeben wird, sondern daß das voll und ganz für Entschuldung verwandt wird.

(Beifall bei der FDP)

Das heißt also, diese Gelder, die wir, so hoffe ich, spätestens im nächsten Jahr zu erwarten haben, werden dann der Einstieg in das notwendige Entschuldungsprogramm sein.

Zum zweiten! Die Zinssteuerquote konnte stabilisiert werden. Der Anteil der Zinsausgaben an den Steuereinnahmen beträgt 1992 23,7 Prozent und 1993 24,4 Prozent. Er liegt damit in beiden Jahren unter dem Satz von 1991 in Höhe von 24,6 Prozent.

(C)

(D)

(A) Herr Nölle, wenn Sie sich diese Zahlen einmal vor Augen führen, dann werden Sie zugeben müssen, daß es sicher nicht einfach war, dies einzuhalten angesichts der erheblichen Schuldenlast, die diese Koalition übernehmen mußte. Wer angesichts der enormen Zinszahlungen, die wir zu leisten haben, eine Senkung der Zinssteuerquote erreichen konnte, der kann, glaube ich, auf seinen Haushaltsentwurf stolz sein.

(Beifall bei der FDP)

Der dritte Punkt! Das Wachstum des bremischen Haushaltes bleibt für beide Jahre unter der vom Finanzplanungsrat empfohlenen Steigerungsrate von drei Prozent. Herr Kollege Metz hat als Berichterstatter schon darauf hingewiesen, daß hierbei natürlich hilfreich war, das Amt für Stadtreinigung und Stadtentwässerung aus dem Haushalt herauszunehmen.

Andererseits muß man sagen, auch ohne diese Maßnahme stellt sich die Entwicklung positiv dar. Wenn Sie die realen Zahlen, also das Ist 1991 sich einmal ansehen, das lag ja durch Nachbewilligung deutlich über dem Soll, dann werden Sie feststellen, daß das Soll für 1992 unter dem Ist 1991 liegt. Das heißt also, wir haben sogar, wenn man den Anschlag mit den tatsächlichen Ausgaben des letzten Jahres vergleicht, eine Absenkung. Dies muß man alles berücksichtigen, wenn man über das Wachstum des bremischen Haushaltes insgesamt redet.

(B)

(Zuruf des Abg. G a s s d o r f [CDU])

Herr Kollege Gassdorf, uns geht es leider nicht gut, aber wir leiten jetzt Maßnahmen ein, ich glaube, erfolgversprechende Maßnahmen, die dazu beitragen werden, daß es uns in einigen Jahren wieder gut geht.

(Beifall bei der FDP)

Mit diesem Haushalt hat die Koalition aus SPD, GRÜNEN und FDP bewiesen, daß sie in der Lage ist, auch schwierige und häufig unpopuläre Entscheidungen zu treffen. Diese Koalition hat eindrucksvoll in der Finanzpolitik ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt.

(Abg. B o r t t s c h e l l e r [CDU]: Na!)

Der Senat wird bei den bevorstehenden Verhandlungen mit Bund und Ländern über die Neuordnung der Finanzströme auf erfolgreiche Eigenanstrengungen des Bundeslandes Bremen zur Haushaltskonsolidierung verweisen können.

Die Haushalte 1992 und 1993, Herr Kollege Nölle, sehen drastische Einschnitte vor. Sie haben die Frage gestellt, welche Einschnitte die Koalition vorgenommen hat. Ich will Ihnen das deshalb anhand von einigen Zahlen und Daten noch einmal vorstellen.

Diese Einschnitte erfolgten insbesondere im Bereich Personalkosten und bei den konsumtiven Ausgaben. Bei den Personalkosten haben wir den sehr schwierigen Beschluß, daß von drei freierwerbenden Stellen zwei nicht wieder besetzt werden, das heißt also eine Abschöpfung der Fluktuationsquote von zwei Drittel.

(C)

Im Finanzplan ist vorgesehen, daß wir dies über die Haushalte 1993 hinweg fortsetzen, allerdings nicht mehr mit dieser Quote von zwei Dritteln, sondern daß zukünftig nur noch jede zweite freierwerbende Stelle eingespart wird. Das sind erhebliche Einschnitte, Herr Nölle, da kann man sich doch nicht hinstellen und sagen, diese Koalition ist nicht in der Lage, auch schwierige Vorgaben einzuhalten!

Außerdem, Herr Nölle, wurden einnahmeverbessernde Maßnahmen beschlossen, zum Beispiel höhere Straßenbahntarife, zum Beispiel höhere Verwaltungsgebühren, über die wir morgen zu beschließen haben, oder Anhebung der Abgabepreise für Gewerbeflächen und zum Beispiel die Anhebung der Mietobergrenzen. Das sind alles keine populären, aber zweifellos notwendige Maßnahmen in dieser Situation. Wir, Herr Kollege Nölle, hätten uns sehr gewünscht, daß die CDU hier einmal Flagge gezeigt und uns Unterstützung signalisiert hätte.

(Beifall bei der FDP)

Dieser Sparkurs muß fortgesetzt werden, insbesondere brauchen wir weitere aufgabenkritische Ansätze. Hierzu einige Stichpunkte: Wir brauchen eine Erhöhung der Kostentransparenz in Einzelbereichen. Ich will das an einem Beispiel verdeutlichen: Wenn das Hochbauamt heute für Ressorts Leistungen erbringt, so gehen die Kosten des Hochbauamtes nicht in die Kalkulationen der Bedarfsträger ein. Wir meinen, das muß dringend geändert werden. Wir müssen hier für die Einzelressorts deutlich machen, daß dies keine kostenlose Leistung ist, sondern Bestandteil einer Gesamtausgabe. Wenn dies einmal durchgeführt wird, dann wird man auch eine sehr gute Entscheidungsgrundlage haben, ob man nicht wesentliche Teile des Hochbauamtes völlig aus der staatlichen Verwaltung herausnimmt und es nur auf hoheitliche Aufgaben oder Überwachungsaufgaben beschränkt.

(D)

Ein weiterer Punkt, der für alle kostenwirksamen Beschlüsse zu gelten hat, und da bitte ich auch die Opposition, dies zukünftig zu bedenken, auch wenn es um unpopuläre Beschlüsse geht: Wir müssen stets den Vergleich mit den Leistungen anderer Länder und Kommunen im Auge behalten.

(Beifall bei der FDP)

Dieses Land kann sich nicht Überdurchschnittliches leisten. Das gilt nicht nur für Sozialaufgaben, Wohnungsbau oder ähnliches, sondern auch zum Beispiel für Subventionen der Wirtschaftskammer.

Die Wirtschaftskammer bezieht jährlich Subventionen von über einer Million DM. Sie ist in der Ver-

(A) fassung verankert, und daher ergibt sich möglicherweise auch ein Anspruch auf finanzielle Ausstattung. Aber was nicht verfassungsmäßig abgesichert ist, ist die Höhe der Einzelbeträge, das heißt also: Personalkosten für diese Einrichtung, die Erstattung von Personalkosten in beliebiger Höhe sind sicher kein Verfassungsgebot. Hier hat die Koalition Ihnen einen entsprechenden Kürzungsantrag für 1993 vorgelegt. Wir werden in Zukunft darüber nachdenken, ob wir das Wirtschaftskammergesetz nicht ändern müssen.

(Beifall bei der FDP und bei den GRÜNEN)

Außerdem müssen weitere Ämter entstaatlicht werden. Zu nennen sind hier insbesondere das Rechenzentrum der bremischen Verwaltung, das Fernmeldetechnische Amt, die Kfz-Werkstätten und das Gartenbauamt.

Einsparungen und Strukturänderungen wird es aber auch im Bildungsbereich geben, Herr Nölle, und da bin ich wiederum bei Ihrem Redebeitrag. Ich halte Ihnen zugute, daß vorhin noch nicht die Drucksachen der Stadtbürgerschaft vorlagen, aber sie sind inzwischen bei Ihnen angekommen, liegen auf dem Tisch, und ich bitte Sie dann einmal nachzulesen: Drucksache 13/123 S. Das ist der angebliche Leertitel, von dem Sie sprachen.

(Abg. N ö l l e [CDU]: Den hatte ich ja nicht!)

(B) Deshalb will ich Ihnen das sagen. Bloß, wenn man nicht informiert ist, dann soll man nicht von Leertiteln reden,

(Beifall bei der FDP — Abg. N e u j a h r [FDP]: Jawohl!)

denn man sollte nur darüber reden, was man schwarz auf weiß vor sich liegen hat, und nicht spekulieren.

(Zuruf des Abg. G a s s d o r f [CDU])

Herr Kollege Gassdorf, ich habe zur Kenntnis genommen, daß die Anträge der Koalition eher da waren als die Anträge der Opposition.

(Beifall bei der FDP und bei der SPD)

Herr Kollege Nölle und Herr Kollege Kudella, wir werden im Einzelhaushalt Bildung zukünftig wieder ein Kapitel Bildung haben.

(Bürgermeister W e d e m e i e r : Kapitel Bildung? Gymnasium!)

Entschuldigung, im Einzelhaushalt Bildung wieder ein Kapitel „Gymnasien und durchgängige Schulen mit dem gymnasialen Abschluß“ haben! Wenn Sie sich das Deckblatt des Einzelhaushalts Bildung ein-

mal ansehen, dann finden Sie dort heute Gesamtschulen, Sekundarstufe-I-Zentren und Sekundarstufe-II-Zentren. Das heißt also: Zukünftig wird hier auf dem Deckblatt auch wieder das Wort „Gymnasien“ erscheinen.

(Beifall bei der FDP)

Ich meine, das ist eine Rückkehr zu bundesrepublikanischer Normalität.

(Beifall bei der FDP)

Dieser Titel ist kein Leertitel, denn wenn Sie den Haushaltsvermerk sehen, werden Sie feststellen, daß die Finanzdeputation ermächtigt wird, die notwendigen Maßnahmen für die Einrichtung der neuen Schulen beziehungsweise auch die schon bereitstehenden Mittel für Gymnasien, die in anderen Haushaltskapiteln enthalten sind, hier zusammenzufassen.

Zum anderen, Herr Kollege Nölle, haben wir für den Bildungsbereich verabredet, daß wir hier — exemplarisch vielleicht auch für andere Behörden — an der Spitze erhebliche Einsparungen vornehmen wollen. Das heißt zum Beispiel, die Stelle des Landeschulrats bleibt gesperrt.

(Abg. N ö l l e [CDU]: Sehr anerkennenswert!)

Wir haben Kw-Vermerke, also Kann-wegfallen-Vermerke, für zehn Oberschulratsstellen.

(Abg. D i t t b r e n n e r [SPD]: Damit war aber die Stelle gemeint!)

Beides ist gesperrt. Das heißt, es wird auch keine neuen Besetzungen von Oberschulratsstellen mehr geben. Das, Herr Kollege Nölle, hoffe ich, trifft wenigstens auf Zustimmung der CDU.

(Abg. N ö l l e [CDU]: Ja sehr, und ich habe Sie ja auch beglückwünscht! — Abg. B ü r g e r [CDU]: Halbtags!)

Mit Einsparungen allein werden die bremischen Finanzen aber nicht zu sanieren sein, darüber sind wir uns alle klar. Ergänzend muß eine Entschuldung im größeren Umfang hinzukommen, und wir brauchen zukünftig verstärkt ertragsbringende Investitionen. Die FDP-Fraktion hat den am Wochenende vorgestellten Entwurf eines Konzeptes des Senats zur Sanierung der bremischen Finanzen zustimmend zur Kenntnis genommen. Wir unterstützen die Zielsetzung. Erstens: Die erforderliche Entschuldung in Höhe von 8,5 Milliarden DM muß geschehen, um die Zinslast so weit zu drücken, daß wir wenigstens wieder Anschluß an Länder wie Schleswig-Holstein finden. Das Bundesverfassungsgericht hat ja in seinem Urteil einen eindeutigen Richtwert gesetzt: Die Zinssteuerquote Bremens muß auf 13 bis 14 Prozent gedrückt werden.

(C)

(D)

(A) Zweitens: Bremen muß seine Wirtschafts- und Finanzkraft so steigern, daß wir auf Dauer nicht mehr auf Finanzhilfen von Bund und Ländern angewiesen sind. Ich glaube, dies wird besonders wichtig sein, wenn es um die Frage geht, ob andere diesem Sanierungskonzept zustimmen werden. Wir müssen den anderen die Erfolgsaussicht geben können, daß Bremen in einigen Jahren nicht mehr Kostgänger anderer Gebietskörperschaften sein wird.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, diese Sanierungsaufgabe ist eine schwierige Aufgabe. Sie ist nicht in zwei Jahren, sondern nur auf mittlere Sicht zu leisten. Die Haushalte für 1992 und 1993 enthalten aber dafür die richtige Weichenstellung. Bei der Umsetzung des geplanten langfristigen Sanierungsprogramms besteht die Aussicht, daß Bremen wieder eine Zukunftsperspektive gewinnt. Wir bitten auch die Opposition, sich an dieser Arbeit zu beteiligen. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der FDP und bei der SPD)

Vizepräsident Frau Bernbacher: Meine Damen, meine Herren, es ist jetzt 12.54 Uhr. Zu diesem Tagesordnungspunkt wollte noch Herr Bürgermeister Wedemeier sprechen. Ich schlage vor, daß wir jetzt in die Mittagspause gehen und diesen Tagesordnungspunkt unterbrechen und dann um 14.30 Uhr — seien Sie bitte recht pünktlich, daß wir dann auch um 14.30 Uhr anfangen können — fortfahren.

(B) Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist unterbrochen.

(Unterbrechung der Sitzung 12.54 Uhr)

*

Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 14.32 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Unter anderen nimmt heute nachmittag eine Gruppe des Altenkreises des Ernst-Barlach-Hauses in Bremerhaven an unserer Sitzung teil.

Ich begrüße die Zuhörer in unserem Kreis.

(Beifall)

Wir fahren in der Haushaltsdebatte fort. Wir befinden uns im ersten Komplex Grundsatzgespräche, Finanzen, Bremerhaven.

Als nächster hat das Wort Herr Bürgermeister Wedemeier.

Bürgermeister Wedemeier, Präsident des Senats und Senator für kirchliche Angelegenheiten: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst noch etwas zur Koalition sagen, bevor ich zum Sanierungsprogramm komme und am Ende, Herr Nölle, auf Ihre Rede eingehen darf! Ich glaube, es zeigt sich mittlerweile, daß die Bildung dieser Koalition in der schwierigen Lage, in der sich Bremen befindet, die richtige Bündelung der Interessen dieser Stadt gewesen ist.

(C)

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Man muß in einer auch finanzpolitisch schwierigen Lage versuchen, so viel wie möglich an solchen Interessen zusammenzubekommen. Ich weiß, daß die Zusammenarbeit, und das weiß jeder, der in der Koalition mitarbeitet, sich auch schwierig gestaltet, warum auch nicht. Die Koalition hat auch keine Bedenken, wenn es darum geht, diesen oder jenen Konflikt auch öffentlich, solidarisch öffentlich auszutragen. Vielleicht fehlt uns das, ein bißchen mehr Öffentlichkeit in unserem politischen Tun, in unseren politischen Diskussionen.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Aber sie hat allen Unkenrufen zum Trotz eines der schwierigsten Probleme bewältigt. Ich erinnere mich, wie zu Beginn dieser Koalition schon bei der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages gesagt worden ist, daß wir keinen Haushalt 1992/93 zustande bringen werden, dasselbe, als die Eckwerte im Senat beschlossen wurden und auch als die Deputationen darüber beraten haben.

(D)

Nun ist es unpopulär, einen Haushalt zu beschließen, der nicht, wie behauptet wird, Wohltaten über alle ausschüttet, sondern einen Haushalt zu beschließen, der mit den knappen Ressourcen gezielt Menschen hilft, denen geholfen werden muß.

(Beifall bei der SPD und bei der FDP)

Das steht in diesen Haushaltsentwürfen. Darauf haben wir uns verständigt.

Wenn über das Ausschütten von Wohltaten die Rede ist, dann frage ich mich, ob ausgerechnet wir dazu aufgerufen sind, dieses Wort in den Mund zu nehmen, wenn wir zum Beispiel wissen, daß nahezu 30 000 Menschen in Bremen von der Sozialhilfe abhängig sind, daß Tausende von Menschen davon abhängig sind, daß wir ihre Pflegekosten bezahlen, weil der Bund es nicht schafft, endlich eine Pflegeversicherung in Deutschland einzuführen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir geben 800 Millionen DM pro Jahr allein für die Sozialhilfe aus.

(Zuruf des Abg. Eckhoff [CDU])

(A) Ich habe Ihren Zwischenruf nicht verstanden.

Der zweite Schwerpunkt, den wir haben, ist der des Wohnungsbaues. Es ist falsch, was Sie zum Wohnungsbau gesagt haben, Herr Nölle. Im Jahr 1992 sind wir voll in der Planung unseres Wohnungsbaues, des sozialen Wohnungsbaues, des freifinanzierten Wohnungsbaues, und ich habe mir noch einmal die Tabelle von 1991 herausgesucht, da lagen wir an fünfter Stelle im Bundesgebiet. Sie haben die zwei, drei vorgelesen, die vor uns lagen und die anderen vergessen, die dahinter lagen.

(Abg. N ö l l e [CDU]: Bremen liegt an elfter Stelle!)

Außerdem soll man Ballungszentren mit Ballungszentren vergleichen.

Wenn es um die Frage von Umwelt- und Wirtschaftspolitik geht, dann habe ich den Eindruck, daß viele in unserer Gesellschaft noch nicht begriffen haben, daß ein Umdenken im Bereich des Flächenverbrauchs zum Beispiel dringend notwendig ist. Wir können doch nicht so wie in den vergangenen 20, 25, 30 oder 40 Jahren mit den vorhandenen Flächenressourcen umgehen. Wir haben das alle gemeinsam zum Teil in unverantwortlicher Weise getan.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

(B) Das muß doch jedem mittlerweile einleuchten, daß hier eine Kurskorrektur erforderlich war, was nichts damit zu tun hat, daß wir nicht genügend Gewerbeflächen bereitstellen wollen.

Wenn Herr Nölle die Vision dieser Koalition wissen will, dann soll er die Koalitionsvereinbarung lesen. Wir wollen Brachen, die auch lange Zeit ungenutzt herumgelegen haben, nutzen, auch durch einen erheblichen Mitteleinsatz Flächen wieder herrichten, an die man sich früher nicht gewagt hat. Wir brauchen beides, wir brauchen Arbeitsplätze für die Menschen in diesem Land, wir brauchen Freiraum für die Menschen in diesem Land und Freizeitmöglichkeiten für die Menschen in diesem Land und eine Umwelt für uns und die nachfolgenden Generationen. Das ist die Politik der Koalition.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie sehen das auch an Einzelbeispielen. Ich will das kurz machen. Die Wirtschaft in Bremen ist weiter als so mancher aus der größten Oppositionsfraktion in diesem Hause. Was wir zum Beispiel mit Klöckner vereinbart haben, ist an Ihnen allemal vorbeigegangen. Es ist ein Erfolg dieser Koalition, mit der Wirtschaft zusammen zu vereinbaren, welche Maßnahmen eingeleitet werden, um die Weser zu schützen. Sie sind nicht gefragt worden, ob das richtig ist. Aber es ist ein Erfolg dieser Koalition.

Was wir mit dem Dualen System machen, indem wir selbst den Auftrag der DSD uns holen und bekommen, um diese Aufgabe zu erfüllen, ist etwas an-

deres als andere, die mit Müllexport glauben, die Bevölkerung in Deutschland entlasten zu können und andere belasten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Was wir mit der Sanierung des Mobil-Oil-Geländes machen, zeigt, daß wir vorhandenes Gelände, vorhandene Brachen nutzen wollen für die Industrieansiedlung. Ähnliches bei der Arbeitsmarktpolitik und bei der Wirtschaftspolitik! Wir haben gemeinsam das WAP III beschlossen in der Wirtschaftsstrukturkommission des Senats, einstimmig. Dieses WAP III gilt, und ich hoffe, wir können es auch mit Ihrer Hilfe, ich komme darauf noch zurück, erfüllen.

In diesem WAP III finden Sie einen Faden von der Forschungs- und Entwicklungspolitik über die Mittelstandspolitik bis hin zur Ökologiepolitik und der Politik für die Innenstadt. Beim Stichwort Innenstadt sage ich, es ist nicht nur Aufgabe der Politik, auch Aufgabe der Politik, für eine attraktive Innenstadt zu sorgen, aber für attraktive Einkaufsmöglichkeiten muß auch die Wirtschaft sorgen.

(Beifall bei der SPD)

Sie kann sich nicht davonstehlen, indem zum Beispiel immer weiter attraktive Lagen nur an Ketten verkauft werden, anstatt sie mit ordentlichen Mieten den Fachgeschäften anzubieten.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der FDP — Abg. M ü t z e l b u r g [DIE GRÜNEN]: Und hinterher jammern!)

Bei der Drogenpolitik, meine Damen und Herren, stehen wir alle vor einem riesigen, nahezu unlösbaren Problem. Da warne ich davor, Stadtteile gegeneinander aufzuhetzen, Bevölkerung gegeneinander aufzuhetzen.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der FDP — Abg. F r a u M o t s c h m a n n [CDU]: Wer macht das denn?)

Wer macht das denn? Ich habe Sie auch im Fernsehen gesehen. Ich war entsetzt über das, was der Bundestagsabgeordnete Klein sich da geleistet hat in Oberneuland.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Ich glaube, das ist ein Problem, das wir nicht zwischen den Parteien hin und her schieben können. Woher kommen denn die Kinder zum großen Teil, die drogenabhängig geworden sind, Herr Nölle? Es sind unsere Elternhäuser, wir als Elternhaus, nicht persönlich gemeint, Sie verstehen das richtig, aber schichtenspezifisch gemeint, und da kann man nicht nur einem Stadtteil das Problem überlassen.

(C)

(D)

(A) Wenn hier nicht Solidarität zwischen allen Stadtteilen und zwischen den Parteien in der Problemlösung einsetzt, dann werden wir alle gemeinsam etwas erleben, was wir nicht gewollt haben bei der Lösung dieses Problems. Darum warne ich davor, solche Themen zu nutzen! Kritik ist da immer angebracht, selbstverständlich, was zum Beispiel die Umsetzung eines Drogenhilfeplanes angeht. Aber wer hat einen solchen Drogenhilfeplan, wie Bremen ihn hat?

(Beifall bei der SPD)

Ich rede jetzt darüber, wie man draußen agiert.

Ein Letztes noch zur Wirtschaftspolitik! Wir haben in der Koalitionsvereinbarung vereinbart, CTB III zu bauen und die Unterweser zu vertiefen, unter gewissen Bedingungen. Aber, meine Damen und Herren, Gesetze zu beachten, haben wir auch vereinbart. Das gilt auch für den Bereich einer eventuellen Vertiefung der Unterweser oder des Ausbaues des CTB III.

Meine Damen und Herren, ein paar kurze Worte zum Sanierungskonzept! Wir haben ein Bundesverfassungsgerichtsurteil, das uns den Rücken stärkt, außerordentlich starkt bei dem, was wir jetzt zu verhandeln haben mit den anderen Ländern und mit dem Bund. Wir, und wenn ich wir sage, meine ich alle, sollten diese Chance nutzen. Das Sanierungskonzept zeigt deutlich die Zukunftsperspektive dieses Landes auf.

(B) Ich will auch noch etwas zum Aufbau und insbesondere zum Eigenbeitrag sagen. Das Sanierungskonzept hat ja drei Teile, einmal den Eigenbeitrag, dann die Teilentschuldung und das Sonderinvestitionsprogramm. Unser Eigenbeitrag besteht auch wiederum aus drei Teilen. Wir haben in den Jahren 1980 bis 1991 enorm in unseren Haushalten eingespart, und es ist ja bezeichnend, daß man auf Zeiten vor 1980 zurückgehen muß, wenn man die Koalition oder frühere Senate kritisieren will.

Wenn hier gesagt wird, wir hätten in den Jahren 1980 bis 1991 nicht genug Einsparungen erbracht, dann muß ich Ihnen einmal sagen, daß wir in 1989 pro 1000 Einwohner in Bremen 52 öffentliche Bedienstete hatten gegenüber 59 in Frankfurt, 67 in Düsseldorf oder, was besser zu vergleichen ist, 80 in Hannover.

Ich will an dieser Stelle auch einmal den Bediensteten des öffentlichen Dienstes sagen, sie haben in diesen zehn Jahren auch einen erheblichen Eigenbeitrag erbracht zur Sanierung unseres Haushaltes.

(Beifall bei der SPD)

Das muß man auch einmal anerkennen. Täusche sich niemand, das, was in den Haushalten heute beschlossen wird, das, was in der mittelfristigen Finanzplanung angelegt ist, sind weitere erhebliche Eigenbeiträge, die zu leisten sind!

Es wird doch nicht so einfach sein, jede zweite Stelle in Bremen zu streichen, die frei wird, bei dem was

(C) schon gewesen ist. 3000 Stellen sind eingespart worden, 2200 weitere sollen eingespart werden. Ich höre hier schon, auch aus der Opposition, das Wehklagen darüber, daß Stellen gestrichen worden sind. Dies ist ein Eigenbeitrag, mit dem man sich sehen lassen kann.

Sie haben sicherlich unserer Begründung entnommen, daß andere Länder und Gemeinden weitaus höhere Zuwachsraten planen als wir. Dabei muß man die Zinsausgaben anderer berücksichtigen. Wer es nicht weiß mit dem Eigenbeitrag, dem sage ich, er möge bitte das Bundesverfassungsgerichtsurteil noch einmal lesen. Wenn das Bundesverfassungsgericht selbst feststellt, daß vor allem Bremen Anstrengungen unternommen hat, die Nettokreditaufnahme zu senken, und das dann näher ausführt, dann ist das auch ein Beweis dafür, daß wir uns seit 1980 bemühen, die Nettokreditaufnahme zu senken, und das muß als Eigenbeitrag anerkannt werden.

Die Diskussionen in der Bevölkerung über das, was vor uns liegt von 1992 bis 1996, werden nicht einfach sein. Wir werden diese Zuwachsraten nicht so ohne weiteres einhalten können. Da müssen hier und da harte Entscheidungen getroffen werden. Ich denke, da sind wir dann alle dabei.

Der dritte Teil ist die Teilentschuldung. Die Teilentschuldung steht mehr als deutlich ebenfalls in diesem Verfassungsgerichtsurteil. Das Sonderinvestitionsprogramm ist ein Programm, das die Eigensteuerkraft des Landes gewaltig stärken soll, damit wir, auch wenn wir im Rahmen des Länderfinanzausgleichs darin bleiben, nicht zum Kostgänger des Bundes werden, so wie das heute ist.

(D) Wenn dieses Sanierungsprogramm umgesetzt wird, dann wird die Verschuldung Bremens von heute knapp 16 Milliarden DM nicht auf 21 Milliarden DM anwachsen, sondern auf zehn Milliarden DM sinken. Bremen ist dann ein leistungsfähiges Land, das will ich einmal besonders herausstreichen. Man kann nicht so tun als ob, wenn dieses Programm umgesetzt werden würde, Bremen immer noch ein Land sei, das nicht leistungsfähig ist. Wir werden auf Dauer Paragraph 18 Landeshaushaltsordnung einhalten können. Wir werden auf Dauer eine Kreditfinanzierungsquote von 17 Prozent einhalten können, wenn dieses Sanierungsprogramm umgesetzt wird. Hier entsteht ein Land, das wieder so leistungsfähig, auch finanziell leistungsfähig sein wird, wie das bis 1969 war.

Es werden ja auch oft die Ursachen der Finanzschwäche dieses Landes vergessen, die Steuerreform 1970, das, was in den siebziger Jahren hier in Bremen passiert ist, doch auch in Schleswig-Holstein, als die CDU noch regiert hat. Die Schiffbaukrise ist doch keine von Sozialdemokraten herbeigeführte Krise, das waren die Eigentümer, die diese Krise herbeigeführt haben, die nicht rechtzeitig umgestellt haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das sind doch die Gründe unserer Finanzkrise heute.

(A) Ich bitte sehr darum, daß wir alle gemeinsam das beachten und auch die Vorteile der Selbständigkeit auf allen Seiten des Hauses dabei betrachten. In welchem Land außer in den Stadtstaaten gibt es die Möglichkeit, durch das Ineinandergreifen von Kommunalpolitik und Landespolitik schnell Probleme zu lösen? Wenn wir erst einmal zum Regierungspräsidenten gehen müßten mit dem, was wir an politischen Entscheidungen in der Kommunalpolitik von den Beiräten bis hin zur Stadtbürgerschaft treffen, dann wüßten wir erst, was Eingriff von oben bedeutet.

In welchem Land gibt es so viel demokratische Mitbeteiligung wie in den Stadtstaaten, ob das Bezirksparlamente oder Beiräte sind, bei allen Auseinandersetzungen, die dann natürlich da sind und die auch sein müssen? Das allein sind Vorteile, die man nicht aufgeben sollte! Ganz zu schweigen davon, daß wir doch durch die Selbständigkeit den großen Vorteil haben, den direkten Zugang nach Brüssel zum Beispiel wahrnehmen zu können, den direkten Zugang zu den Bonner Finanztöpfen, die für die Länder zur Verfügung stehen!

Nur diese Selbständigkeit hat doch dazu geführt, daß wir in Brüssel zum Beispiel bei den Sozialfonds weit über unseren Anteil hinaus, der uns nach der Bevölkerung zustehen würde, bedient worden sind, weil wir direkt vortragen durften und nicht in irgendeine entfernte Landeshauptstadt gehen mußten und sie bitten mußten, doch mit uns dahin zu gehen. Das gleiche gilt für Bonn. Ich behaupte, wenn dieses Land Bremen nicht selbständig gewesen wäre, gäbe es heute keinen Vulkanverbund mehr im Lande Bremen mit all den Arbeitsplätzen, die wir dadurch gesichert haben.

(B)

(Beifall bei der SPD und bei der FDP)

Da werden Sie auch zustimmen.

Es gäbe nicht den Ausbau der Forschung, Entwicklungsinfrastruktur, da sind wir im Vergleich zu anderen Ländern noch unterbesetzt. Das war nur durch die Selbständigkeit zu machen, sonst hätten wir das alles nicht geschafft. Wir hätten nicht über Nacht, ganz nebenbei, da fällt mir noch eine Firma in Bremen-Nord ein, und Sie wissen, was ich meine, die Bremer Wollkämmerei, retten können. Das wäre über einen Instanzenweg nicht gegangen. Die kurzen Wege, auf denen man sich oft in Bremen verständigen kann, haben den Menschen dort die Arbeit gesichert.

Wer glaubt denn, daß wir bei Aufgabe der Selbständigkeit die wichtigen Entscheidungen für die Häfen, die in der Tat zu treffen sind, würden treffen können, wenn irgendwo im fernen Hannover, Hamburg, Lübeck oder sonstwo Entscheidungen über die Nordseehäfen getroffen werden würden? Das alles bitte ich, wenn über das Sanierungskonzept geredet wird, zu bedenken.

Ein Wort noch zu den Standards! Wir reden doch nicht darüber, wenn wir über Standards reden, wo wir oft heute oben liegen, Platz eins, zwei, drei, vier,

uns auf den letzten Platz zu bewegen. Wir reden über durchschnittliche Standards. Es wird Standards geben, da sind wir weiter oben, und es wird Standards geben, da sind wir weiter unten. (C)

Im Kulturbereich, im Forschungsbereich sind wir nicht Spitze, da haben wir noch einiges aufzuholen, woanders sind wir besser. Aber der Standard, den wir erreichen werden, ist allemal mehr für die Menschen in diesem Land als der Standard, den wir hätten, wenn wir eingegliedert werden nach Niedersachsen, das muß man wissen.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Auch dafür lohnt es sich einzutreten. Das müssen wir deutlich machen! Ich weiß, daß da noch eine Informationslücke, auch in der Öffentlichkeitsarbeit, besteht. Ich hoffe auch, das können wir gemeinsam deutlich machen.

Ich hatte mir vorgestellt, und ich bleibe dabei, daß wir über dieses Sanierungsprogramm einen offenen Dialog führen. Es ist heute morgen gesagt worden, nicht ohne Absicht steht Entwurf über diesem Sanierungskonzept. Dieses Land Bremen wird nur so stark in Bonn sein, soweit es gelingt, so viel wie möglich an politischen und gesellschaftlichen Kräften hinter ein Sanierungskonzept zu verbünden, zu versammeln. Deshalb habe ich diesen Dialog angeboten.

Er ist geradezu geboten, nicht nur mit der größten Oppositionsfraktion, mit der CDU als Partei in Bremen, sondern mit allen gesellschaftlichen Kräften, Kammern, Gewerkschaften, allen anderen, die sich beteiligen wollen, und lassen Sie uns doch nicht am Anfang dieses Dialogs, bevor wir überhaupt miteinander geredet haben, das Sanierungskonzept und vielleicht die Zukunft Bremens zerreden! Das können wir doch nicht tun! (D)

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Der erste, dem ich einen Termin angeboten habe zu diesem Sanierungskonzept, Herr Nölle, jetzt komme ich zu dem, was Sie heute morgen gesagt haben, ist Ihr Landesvorsitzender gewesen. Da hatte ich noch keinen Termin mit meinem Landesvorsitzenden, mit den Koalitionsfraktionen, mit Ihrem Landesvorsitzenden aber.

Wir treffen uns diese Woche, Herr Kudella, Herr Neumann und ich. Vielleicht war es deshalb geschickt, daß Sie nicht geredet haben, Herr Kudella, vielleicht haben Sie Herrn Nölle auch nicht eingeladen zu diesem Gespräch, aber lassen Sie uns doch erst einmal das Papier erläutern, bevor wir über solche Vorschläge herziehen! Ich habe bisher nichts anderes, Besseres gehört! Vielleicht gibt es das, darüber sollten wir reden. Aber es darf nicht sein, daß von Bremen aus dies, bevor man diesen Dialog begonnen hat, zerredet wird und eventuelle Signale an Bonn gegeben werden. Im Saarland ist das ein biß-

(A) chen anders gelaufen, vielleicht hätten Sie vorher einmal gefragt.

Wir haben heute morgen eine Rede gehört, Herr Nölle, die, das muß man sagen, geschickt aufgebaut war.

(Widerspruch bei der SPD)

Ich bin ja noch nicht fertig! Streckenweise mit humorvollen Highlights.

(Abg. Frau H a m m e r s t r ö m [SPD]: Wo waren die denn?)

Darauf komme ich auch noch zurück. Aber bei so manchen Inhalten, Herr Nölle, konnte einem angst und bange werden in diesem Hause.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich hatte zunächst das Gefühl, er redet, um der möglichen Gefahr zu entgehen, Senator zu werden. Das ist ja eine, wäre eine, ist keine!

(Heiterkeit bei der CDU)

Heute morgen hat es einen Kommentar gegeben in einer Zeitung, weil Herr Jäger, Herr Fücks und ich gestern eine Pressekonferenz gemacht haben, und etwas bissig wurde dort kommentiert: „Die Bilanz dient offenbar dazu, die eigenen Parteimitglieder bei der Stange zu halten.“ Wenn das denn nötig ist, dann werde ich dieser Bilanz Ihre Rede beilegen, Herr Nölle,

(Beifall bei der SPD)

denn Sie haben sich weit entfernt von vielem, sage ich einmal, was in diesem Hause zum Teil bisher auch Konsens gewesen ist.

(Beifall bei der SPD)

Das halte ich für, ich will nicht sagen gefährlich, aber bedenklich. Ich hoffe, was das Sanierungskonzept angeht, daß die CDU, jetzt meine ich die Partei in erster Linie, aber auch die Fraktion, anders denkt als Sie denken, damit wir diesen Dialog zustande bekommen, und daß das nicht, wir reden über die Interessen Bremens, heute morgen die Aufkündigung dieses Dialogs gewesen ist. Ich wünschte mir das sehr für die Menschen in dieser Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Zum Eigenbeitrag habe ich schon etwas gesagt, Herr Nölle, wie man das zu bewerten hat. Nun möchte ich einmal konkret auf die Punkte eingehen, die Sie uns als Alternative anbieten: Sparen durch Ver-

ringerung der Personalkosten. Wo ist da die Alternative zur Koalition? (C)

(Abg. N ö l l e [CDU]: Sie benutzen den Rasenmäher! Jede zweite Stelle wird eingespart, das ist Rasenmäher!)

Herr Nölle, ich sage Ihnen einmal, weil wir beide rechnen können, jede zweite Stelle wird eingespart, ist zunächst einmal rein rechnerisch, daß dies gezielt gemacht werden muß, das ist doch jedem klar. Da braucht man sich nur mit den bisherigen Ergebnissen der Aufgabenkritik zu beschäftigen, man kann sich auch mit der Koalitionsvereinbarung beschäftigen und weiß genau, was wir meinen. Darüber gibt es ja entsprechende Aussagen. Ich habe übrigens von Ihnen, wenn Sie sagen, global wird eingespart, keine gezielten Einsparungsvorschläge gehört, die werden ja dann eventuell noch kommen.

Punkt zwei: Schuldenabbau durch Privatisierung und Veräußerung von Vermögen. Meine Damen und Herren, für mich ist das immer wieder ein Phänomen, daß man glaubt, veräußere dein Vermögen, das, was du vielleicht auch noch dringend brauchst, und dann bist du saniert. Das macht man weder im Berufsleben, noch macht man das in der Politik. Wer Vermögen veräußern will, der ist mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn er sich öffentlich hinstellt und so tut, als ob er es veräußern muß.

(Abg. K u d e l l a [CDU]: Das würde ich mir nicht gefallen lassen!) (D)

Dann lassen Sie mich zu einem Punkt etwas Genaueres sagen! Wir haben über einen Fall, Herr Nölle, geredet, und zwar über die Gewoba. Wir haben, Sie in Ihrer beruflichen Funktion und ich in meiner, ein gemeinsames Gespräch gehabt, da ging es um andere Dinge, die wir hier nicht ansprechen, da habe ich gefragt, wie das denn sei mit der Möglichkeit, dort weitere Anteile zu übernehmen. Da haben Sie mir gemeinsam mit Ihrem Vorstand gesagt, ich gebe Ihnen einmal einen guten Rat, sehen Sie zu, daß Sie das mit dem Kapital hinbekommen, und halten Sie dann Ihren Mund, in Sachen Gewoba.

(Abg. D i t t b r e n n e r [SPD]: So deutlich?)

So deutlich!

Noch etwas anderes, wir müssen doch auch an die denken, die dort wohnen. 45 000 Menschen in Bremen sind abhängig davon allein bei der Gewoba, daß es sozialen Wohnungsbau gibt. Politik machen heißt, an alle denken und nicht nur an einige denken.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Ein Wort noch zum Asyl, Herr Nölle! Seien Sie ganz sicher, daß Sie mich so, wie Sie hier argumentiert haben, nicht vereinnahmen werden. Ich bin dar-

(A) über, wie das Thema insgesamt diskutiert wird, be-
trübt. Ich habe einmal gesagt, wir brauchen eine of-
fene Diskussion, jeder muß seine Meinung sagen
können. Das ist richtig. Aber wer das miteinander
verbindet, was in Rostock geschehen ist, mit dem,
was in Bremen geschehen könnte, muß sich die Fra-
ge gefallen lassen, ob er dies nicht geradezu herbei-
redet.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und
bei der FDP)

Die Sprache spielt auch eine große Rolle in der Po-
litik. Ich bitte, da auch bei anderen Äußerungen dar-
auf zu achten und grundsätzlich zu beachten, auch
wenn ich persönlich der Meinung bin, wir müßten da
etwas tun. Sie können nicht die schlichte Änderung
des Grundgesetzartikels 16 fordern, ohne gleichzeit-
ig sich über die Frage der Zuwanderer und der
Kriegsflüchtlinge Gedanken zu machen.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und
bei der FDP)

Das haben Sie völlig ausgelassen. Bei uns werden
Kriegsflüchtlinge in vielen Gemeinden immer noch
gezwungen, Asylanträge zu stellen, obwohl das jetzt
schon gar nicht mehr nötig tut.

(B) Obwohl die Wirtschaft zum Beispiel der Meinung
ist, daß wir bis zu 300 000 Zuwanderer pro Jahr
brauchen, um im Jahre 2010 noch die Arbeitskräfte
zu haben, die wir benötigen, äußert sich die CDU zu
diesem Thema nicht. Nein, Sie spitzen es nur zu, weil
Sie wissen, was Sie damit anrichten, das wollen Sie
dann ja auch, auf die Frage Änderung des Artikels 16
ja oder nein. Ich verbinde das ja auch mit den ande-
ren Themen.

Darüber sollten wir uns unterhalten und nicht Ro-
stock zum Anlaß nehmen und sagen, wenn wir Arti-
kel 16 ändern, dann ist Rostock vorbei. Denjenigen,
die das gemacht haben in Rostock, ob da Artikel 16
geändert wird oder nicht, hilft das gar nicht. Die
stecken heute ein Asylbewerberheim an und mor-
gen ein Altenheim. Das Problem, mit dem wir uns
auseinandersetzen müssen, sind diejenigen, die da-
beigestanden haben und Beifall geklatscht haben!

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und
bei der FDP)

Das sind die Menschen, mit denen wir uns auseinan-
dersetzen müssen!

Ich rufe noch einmal dazu auf, diskutieren wir das
Thema anders als bisher! Wir alle hier können wenig
daran ändern, aber wir alle sollten unsere Kraft ein-
setzen, auf Bundesebene und auf europäischer Ebe-
ne vor allen Dingen, daß sich da in Europa etwas än-
dert. Was ist das für ein Europa, das Menschen nicht
aufnimmt, die keine 1000 Kilometer entfernt abge-

(C) schlachtet zu werden drohen, wenn sie nicht Auf-
nahme finden? Was ist das für ein Europa!

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und
bei der FDP)

Ich finde, da muß man so manche Diskussion in Euro-
pa mit dem Problem verbinden. Die Deutschen sind
die einzigen, die bereit sind, diesen Menschen zu hel-
fen.

Ich glaube, daß das in Europa auch bei anderen
Dingen nicht lange gutgeht, wenn das so ist. Da spre-
chen Sie bitte nicht von schleppender Bearbeitung
und tun so, als ob der Senat hier schuld sei! Für die
Nichtbearbeitung von 400 000 Asylbewerberanträ-
gen ist nicht der Bremer Senat, sondern Ihr Bundes-
innenminister zuständig!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Der hat uns das Problem serviert und bis heute kei-
nen Lösungsansatz gefunden.

Sprechen Sie nicht von — Ihr Schluß war ja so, es
sei alles mögliche unsozial in Bremen — Hochburg
der Kriminalität!

(Abg. N ö l l e [CDU]: Ja, mit Frankfurt er-
ster Platz!)

Diese Art von undifferenzierter Betrachtung lehne
ich ab. Damit kann man sich nicht auseinanderset-
zen, Herr Nölle.

(D) Ich will zu den anderen Dingen, die Sie gesagt ha-
ben, jetzt nicht weiter Stellung nehmen, weil wir uns
ja auch sehr eng in der Zeit begrenzen müssen. Aber
vielleicht, das ist meine Hoffnung, kommen auch wir
beide, Herr Nölle, noch auf einen Nenner, wenn es
denn darum geht, beim Sanierungsprogramm zum
Beispiel das zu tun, was getan werden muß, nämlich
zusammenzuhalten.

Damit es einen versöhnlichen Abschluß findet, Sie
haben Horst-Werner Franke zitiert: „Der Wedemei-
er ist ein politisches Talent, immer auf der Höhe der
Aktenlage.“ Ich glaube, wenn er Sie heute gehört
hätte, hätte er von Ihnen weder das eine noch das an-
dere behauptet.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und
bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der
Abgeordnete Ruffler.

Meine Damen und Herren, wir befinden uns noch
immer in der Grundsatzdebatte, Finanzen und Bre-
merhaven.

Abg. **Ruffler** (DIE GRÜNEN): Sehr geehrter Herr
Präsident, meine Damen und Herren! Ich werde dem
vorgelegten Haushaltsentwurf nicht zustimmen und
möchte dies kurz begründen.

Meines Erachtens läßt der Haushalt beträchtliche
Defizite in ökologischer und sozialer Hinsicht deut-

(A) lich werden. Eine Ursache dafür ist, daß der Senat keine aufgabenkritische Sichtung des Gesamthaushalts vorgenommen hat,

(Beifall bei der CDU)

was zur Umschichtung von Haushaltsmitteln zwischen den Ressorts hätte führen müssen. Da allerdings stelle ich mir eine andere Umschichtung vor, als der Beifall von der rechten Seite eben

(Abg. Teiser [CDU]: Nur für den einen Satz!)

wahrscheinlich vermuten ließ.

Unter ökologischem Gesichtspunkt finde ich einen großen Teil der in das Wirtschaftsressort eingestellten Mittel äußerst problematisch. Die damit zu finanzierenden Maßnahmen tragen wesentlich zur Steigerung des Verkehrsaufkommens und zu einem vermehrten CO₂-Ausstoß bei. Das steht im Widerspruch zu dem im Koalitionsvertrag vereinbarten Ziel, den CO₂-Ausstoß bis zum Jahre 2005 um 30 Prozent zu senken.

Ich will diesen Mechanismus der vermehrten Umweltbelastung und damit auch der vermehrten Belastung von Menschen exemplarisch deutlich machen an dem Einzelhandelskonzept für die Innenstadt. Der Umsatz des Einzelhandels in der Bremer City soll von jetzt 1,4 Milliarden DM um eine halbe Milliarde DM jährlich, das heißt um mehr als ein Drittel, gesteigert werden. Das Wirtschaftsressort rechnet deswegen mit fünf Millionen zusätzlichen Einkaufsfahrten pro Jahr. Das sind im Schnitt 20 000 zusätzliche Einkaufsfahrten pro Tag. 70 bis 80 Prozent dieser Fahrten werden schätzungsweise aus dem Umland kommen. Es entsteht eine beträchtliche zusätzliche Verkehrsbelastung Richtung Innenstadt.

(B) Da diese Autos irgendwo abgestellt werden müssen, werden mehrere große Parkräume rings um die City vorgeschlagen, zum Beispiel das Güterbahnhofsgelände, der Grünenkamp und unter dem Rembertikreisel. Geht man davon aus, daß der größte Teil der aus dem Umland kommenden Kunden mit dem Auto fährt und nimmt man eine durchschnittliche einfache Fahrtstrecke von 25 Kilometern an, so ist schätzungsweise mit einem vermehrten CO₂-Ausstoß von 40 000 Tonnen pro Jahr zu rechnen. Das sind etwa 80 Prozent der Menge, die durch ein neues Weserkraftwerk eingespart werden. Das läuft dem zuwider, was die Verkehrs- und Umweltpolitik der GRÜNEN zum Ziel hat.

Bremen liegt damit zwar im Bundestrend, denn das Bundesumweltamt erwartet im Verkehrssektor einen Zuwachs beim CO₂-Ausstoß von 50 Prozent bis zum Jahre 2005, doch ein Trost ist das nun auch wieder nicht.

Dem Überfluß an Haushaltsmitteln für ökologisch problematische Investitionen im Wirtschaftsbereich steht ein Mangel an Mitteln für soziale Zwecke gegenüber. Eine Aufgabenkritik des Gesamthaushalts

(C) hätte hier zu einer Umschichtung führen müssen. Es gibt beträchtliche Defizite bei der Grundversorgung von Menschen. Es ist einfach nicht zu fassen, daß keine ausreichenden Mittel zur Versorgung von Obdachlosen mit Wohnraum bereitgestellt werden. Es ist meines Erachtens mit sozialstaatlichen Grundsätzen unvereinbar, wenn Obdachlose lediglich nachts untergebracht werden und tagsüber wieder auf die Straße gesetzt werden.

Was speziell drogenabhängige Junkies angeht, ist die Versorgung mit Wohnraum zudem eine wichtige Bedingung für psychische Stabilisierung und erfolgreiche Therapie. Sozialsenatorin Gaertner und Innensenator van Nispen haben ja bei ihrem Rundgang durch das Viertel gestern einen Eindruck von der Zuspitzung der Konfliktsituation bekommen. Gerät aber das Sozialgefüge aus den Fugen, dann ist das auch keine gute Visitenkarte für Akquisitionen im Wirtschaftsbereich. Investitionen in Menschen sind eine Investition in die Zukunft und auch in die ökonomische Zukunft.

Kurz nach der letzten Bürgerschaftswahl mit dem beträchtlichen Erfolg der DVU waren sich fast alle hier im Raume einig, daß man durch eine entsprechende Politik in der kommenden Legislaturperiode der DVU politisch den Boden entziehen müsse.

(Abg. Altermann: 1987 auch schon!)

(D) Dieser parteiübergreifende Konsens Ende letzten Jahres schlägt sich nicht ausreichend im Haushalt nieder. Der Doppelhaushalt 1992/93 ist Teil eines übergreifenden Sanierungskonzeptes. Nach allem, was bisher über dieses Sanierungskonzept bekannt ist, werden sich die von mir an einigen Beispielen kritisierten Tendenzen nicht abschwächen, sondern vielmehr verstärken, was ich bedauere.

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Kudella.

Wir sind noch in der Aussprache zum ersten Komplex Grundsatzdebatte, Finanzen, Bremerhaven.

Abg. Kudella (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte gern ein paar Bemerkungen zur Rede des Bürgermeisters machen. Mein Eindruck ist, meine Damen und Herren, wer soviel Eigenlob wie in der Pressekonferenz und auch heute über sich selbst und die Koalition zum Ausdruck bringt, der hat es besonders nötig.

(Beifall bei der CDU)

Daß gleich anschließend der Abgeordnete Ruffler von den GRÜNEN sprach, war von der Regie sicher nicht so beabsichtigt, aber wirft doch ein bezeichnendes Bild auf den Zustand in Ihrer Koalition,

(Abg. Frau Dr. Hackstein [DIE GRÜNEN]: Das ist Meinungsfreiheit!)

- (A) nämlich daß hier zumindest ein Abgeordneter dem Haushalt nicht zustimmt, aber dahinter scheint ja auch eine bestimmte Strategie und Taktik zu stecken. Der eine redet für die Regierung und der andere für die Basis. So können die GRÜNEN vielleicht in dieser Koalition noch eine Weile überleben und an ihren Ämtern kleben.

(Beifall bei der CDU)

Herr Mützelburg, das war ja bei dem Papier vor Ihrer Klausurtagung auch schon klar erkennbar. Sie haben doch in Wirklichkeit nie einen Gedanken darauf verschwendet, aus dieser Koalition auszutreten. Das hatte den Zweck, Ihrer Basis, die mit Ihnen unzufrieden ist, zu signalisieren, na ja, auch wir sind nicht zufrieden, auch wir machen uns Gedanken, wir müssen das kritisch hinterfragen, und so retten Sie sich über die Runden. Aber sich über die Runden zu retten, meine Damen und Herren, ist in dieser Situation, in der sich Bremen befindet und in der es regiert werden muß, aber nicht regiert wird, einfach zu wenig. Das muß man Ihnen sagen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Wedemeier, ich sage Ihnen hier für die CDU in Bremen, für die Fraktion wie für die Partei, es wird keine Abkehr der CDU von einem notwendigen Dialog mit dieser Regierung im Interesse Bremens geben. Was uns betrifft, werden wir uns um diesen Dialog bemühen und ihn offen führen. Ich füge allerdings hinzu, eines wird nicht gehen, wie es sich punktuell auch in den vergangenen Tagen abgezeichnet hat, daß Sie mit der Koalition die Wohltaten verteilen und die Opposition dann eingebunden wird, wenn es um das Unangenehme geht, wenn es um Besitzstände, in die eingeschritten werden muß, geht und wenn die Politik schwierig wird. Wenn Dialog und wenn Beteiligung im Interesse Bremens, dann aber bitte auf beiden Seiten! Anders machen wir das nicht mit!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, dieser Dialog, das sage ich an die Senatsbank hier noch einmal ausdrücklich, setzt voraus, daß es auch ein echter und offener Dialog ist und daß die taktischen und strategischen Überlegungen nicht Oberhand über politische Entscheidungen gewinnen. Da will ich Ihnen konkretisierend sagen, was ich mit dieser Aussage meine. Wenn ich Ihr Sanierungskonzept lese, von dem ich behaupte, es ist in Wirklichkeit bis heute noch keines, dann ist, etwas vereinfacht gesagt, aber im Kern stimmt das, dort eine Modellrechnung enthalten, und Sie sagen: Wir brauchen 8,5 Milliarden DM! Wenn Sie hinten in die Tabellen schauen, dann stellen Sie fest, diese Forderung wird an den Bund gestellt, nämlich dort steht dann: Bundesergänzungszuweisung, 8,3 Milliarden DM.

(Bürgermeister Wedemeier: Inklusive der 700 Millionen DM!)

Inklusive der 700 Millionen DM!

(C)

Meine Damen und Herren, wenn ich erst drei Tage Politik machen würde, wäre ich vielleicht nicht darauf gekommen, aber was dieses Spielchen bedeuten soll, ist natürlich einem der länger als drei Tage dabei ist, sofort klar: Sie versuchen hier, den Schwarzen Peter an die Bundesregierung zu schieben, obwohl das Bundesverfassungsgericht ja sehr eindeutig in seinem Urteil sagt, daß die Sanierung eine Aufgabe von Bund und den anderen Bundesländern ist. Sie wollen aber hier bereits signalisieren: Dies ist Bundesangelegenheit in erster Linie! Hier ist die Bundesregierung gefordert, und sie ist verantwortlich, weil Sie sich doch wahrscheinlich sehr genau und sehr schnell ausrechnen können, daß Sie insbesondere mit den anderen Bundesländern Schwierigkeiten bekommen. Oder glauben Sie im Ernst, daß Ihr Parteikollege Rau in Nordrhein-Westfalen oder der hessische Ministerpräsident — es ist egal, welchen SPD-Ministerpräsidenten ich jetzt nehme — nun sagt: Lieber Klaus, das machen wir, und wir schieben dir eben ein paar Milliarden herüber!

Sie wissen genau, daß das so nicht läuft! So läuft das nicht! Deswegen versuchen Sie schon, eine Schiene in Richtung Bonn zu schieben, um dann argumentieren zu können: Die Bundesregierung und die CDU haben uns im Stich gelassen. Also, wenn Dialog, meine Damen und Herren, dann bitte nicht mit solchen Tricks, sondern offene Analysen!

(Beifall bei der CDU)

(D)

Zweitens: Die CDU wird Ihnen auch keinen Persilschein für die achtziger Jahre ausstellen, wenn Sie in Ihrem Sanierungskonzept jetzt schreiben: Wir haben schon große Anstrengungen erbracht! Meine Damen und Herren, von dem hohen Niveau der Personalkosten, Herr Nölle hat darauf hingewiesen, abzuspecken, ist zwar richtig, aber das Bundesverfassungsgericht hat kein Urteil über Ihre Politik gefällt und darüber, was Sie vorher falsch gemacht haben. Es hat nur festgestellt, es ist ein Teil eingespart worden, was ja auch richtig ist, aber von einem sehr hohen Niveau, und das reicht insgesamt noch nicht aus.

Was mich allerdings erstaunt hat, meine Damen und Herren aus den Fraktionen von FDP und von den GRÜNEN: Sie haben in den achtziger Jahren diese unzureichende Politik der SPD mit uns gemeinsam bis aufs Messer bekämpft, und jetzt sagen Sie, das haben Sie mit verabschiedet und mit unterschrieben in dem Sanierungskonzept, das war ein Sanierungsbeitrag Bremens!

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Vielleicht glauben Sie, daß das in Bonn oder in den anderen Ländern keiner merkt, aber seien Sie einmal sicher, daß die Leute der Ministerialbürokratie so etwas sehr genau registrieren und wissen, wie die Vergangenheit war. Ich finde auch, mit solch unglaublich

(A) würdigen Aussagen erschwert man seine Startposition bei den anstehenden Verhandlungen.

Ich will eine weitere Bemerkung machen, Herr Bürgermeister. Sie haben in Ihrem Beitrag, der ja sehr moderat war, mehr Fragen gestellt, als daß Sie Antworten gegeben haben. Ich finde, was wir dringend brauchen, nicht nur für das Sanierungskonzept, sondern generell, sind Antworten! Aber das ist ja genau das, was die Schwierigkeit in der Ampelkoalition ausmacht. Ihre Rede war nichts anderes, wenn man einmal von den emotionalen Aussagen und allgemeiner Politik, von Flüchtlingsproblemen bis zur Altenpflegeproblematik absieht, als ein allgemeiner Appell an Ihre eigenen Genossen und Koalitionspartner, die dort sitzen, doch endlich zu Entscheidungen zu kommen, aber Sie haben wiederum nichts vorgegeben. Sie haben nur Fragen gestellt und zu wenige — ich will nicht sagen keine —, aber zu wenige Antworten gegeben!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, dabei gibt es geradezu kuriose Dinge, wenn wir über Privatisierung und Entkommunalisierung reden. Die FDP erinnere ich daran, Sie haben noch vor den Wahlen gesagt: Ohne Privatisierung und Entkommunalisierung ist eine Sanierung der bremischen Haushalte nicht möglich! So die FDP! Nun sehen Sie einmal, wo Sie da sind! Dazu gehört auch der Verkauf von Anteilen bremischer Unternehmen, Land oder Stadt. Der Finanzsenator hat ja einen Vorschlag gemacht. Er hat einen Vorschlag, den ich in die Debatte gebracht habe, nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts dankenswerterweise aufgegriffen und hat gesagt, über den Verkauf der Stadtwerke könne man nachdenken. Sie sagen heute, hier eben in Ihrer Rede: Wer so etwas sagt, ohne Herrn Kröning zu nennen, der müßte ja eigentlich mit dem Klammerbeutel gepudert sein!

(B)

(Abg. Dittbrenner [SPD]: Haben Sie mit Herrn Kröning einmal darüber gesprochen, Herr Kollege, ob er das eigentlich so gesagt hat?)

Meine Damen und Herren, die Wahrheit ist: In einer Situation der totalen Überschuldung, privat wie in Unternehmen, wie auch im Staat, in einem Land, müssen Sie, wenn Sie nicht mehr liquide sind, wenn Sie die Grundlage fürs Handeln schaffen wollen, ich will es einmal auf gut deutsch sagen, auch das Tafelsilber verschauern, damit Sie wieder Bewegungsfreiheit gewinnen. Dazu gehört, daß man offen über den Verkauf der Stadtwerke, der Gewoba, der Bremer Lagerhausgesellschaft und vieler anderer nachdenkt. Dann haben Sie vielleicht eine Chance, den Eigenbeitrag zu erbringen, den man in Bonn von Ihnen erwartet, ohne den wird das nicht möglich sein!

(Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen: Das gilt auch für die Themen, die Sie ausgeklammert haben, wie Außenweservertiefung, wie die Frage Wohnungsbau. Sie haben Versäumnisse in der Vergangenheit, aber das Problem der Zukunft stellt sich ja, wie Sie über 20 000 Wohnungen erreichen wollen. Da fehlt es an den politischen Entscheidungen über die Flächen. Das ist ja nicht in erster Linie eine Finanzierungsfrage, sondern eine Frage des politischen Willens, ob ich das will, und das hat dann etwas mit Finanzen zu tun.

(C)

Jeder Einwohner, der hier in den Grenzen Bremens bleibt, bedeutet unter dem Strich eine Steuer-mehreinnahme von jährlich rund 5500 DM. Sie müssen verhindern, daß die Leute abwandern, weil sie dann ihre Lohn- und Einkommensteuer in Syke oder Kirchweyhe oder weiß Gott wo im Umland, jedenfalls in Niedersachsen, bezahlen und nicht in Bremen. Sie müssen die politischen Voraussetzungen schaffen, daß die Leute hier bleiben und hier ihre Steuern bezahlen, dazu bedarf es politischer Entscheidungen, und da sind Sie eben in der Ampel blockiert. Wir sagen Ihnen klipp und klar in unseren Anträgen, wo wir das machen wollen!

(Beifall bei der CDU)

Ich will einen vorletzten Punkt ansprechen: Ausgeklammert worden ist auch — Herr Nölle hat heute morgen bereits darauf hingewiesen — das Thema Schulpolitik. Ich sage Ihnen, daß dies auch ein zentraler Punkt ist. Ihr Schulsystem, politisch seinerzeit von der SPD gewollt und von dieser Koalition zumindest mitgetragen, mehr oder weniger willig oder unwillig, bedeutet, daß Sie dann, wenn Sie in die entscheidenden Finanzverhandlungen mit dem Bund und den anderen Ländern eintreten, denen sagen müssen: Unser politisch gewolltes System ist zwar nicht besser, aber es kostet fast — zu dem Zeitpunkt, zu dem Sie dann verhandeln — 100 Millionen DM jedes Jahr mehr, die wir aus dem Staatshaushalt bezahlen müssen. Damit werden Sie nicht über die Runden kommen! Das werden Ihnen die anderen nicht gestatten!

(D)

Sie lösen das Problem nicht, indem Sie mit allen Debattenbeiträgen heute nicht auf die Vorschläge von Herrn Nölle eingehen, sondern diese verschweigen, weil Sie sich nicht einigen können. Sie müssen politische Entscheidungen herbeiführen, und Sie müssen bei den Ländern und im Bund darüber Rede und Antwort stehen! Ich sage Ihnen: wenn Dialog, dann Dialog auch darüber und offen und ehrlich! Sie müssen auch in dieser Koalition sagen: Wollen Sie das, oder wollen Sie das nicht? Wollen Sie verkaufen, wollen Sie Eigentum verkaufen, wollen Sie privatisieren, wollen Sie da sparen, wo wir noch sparen können, oder wollen Sie es nicht?

All dies gehört zu dem offenen Dialog. Wir werden keinen Dialog führen können mit einer Seite der Regierung, die nicht in der Lage ist, Entscheidungen herbeizuführen. Wir werden nicht dafür sorgen, daß diese Regierung so tun kann, als ob sie regiert, hier

(A) oder da Einschnitte vornimmt und dafür die Opposition mit haftbar macht.

Ich sage also noch einmal: Wir brauchen, meine Damen und Herren, diesen Dialog. Wir wollen auch diesen Dialog von seiten der CDU, aber er setzt voraus, daß wir es mit einer Regierung zu tun haben, die entscheidungsfähig ist, die den Mut hat, auch Unpopuläres zu tun und die mit einem Papier antritt gegenüber dem Bund und den anderen Ländern, das vom Inhalt her die Überschrift Sanierungsprogramm verdient!

(Beifall bei der CDU)

Wenn dies, meine Damen und Herren, nicht der Fall sein sollte, dann glaube ich, daß dieser Dialog nur sehr gestört zustande kommen wird. Wir werden ja, Sie haben es gesagt, am Freitag ein erstes Gespräch führen. Ich bin sehr gespannt, welche Chancen es für einen echten, für einen offenen Dialog in Bremen gibt. Wir sind bereit! Ich habe das Gefühl, auf seiten der Regierenden müssen noch einige Schularbeiten nachgeholt werden!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort Herr Bürgermeister Jäger.

(B) **Bürgermeister Jäger, Senator für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hätte nicht gedacht, daß ich in dieser Debatte Gelegenheit haben würde, nach dem Fraktionsvorsitzenden der CDU zu sprechen, aber ich greife diese neue Erfahrung im Parlament gern auf und bekenne hier zunächst einmal die Dialogbereitschaft dieses Senats.

Meine Damen und Herren, wenn wir die Haushaltsberatungen heute für zwei Jahre führen, dann befinden wir uns ja in einer besonderen Situation, die der Senat so, als er sich entschlossen hatte, zwei Jahreshaushalte vorzulegen, nicht hat voraussehen können. Es ist in den letzten Jahren ja häufiger schon einmal die Geschichte bemüht worden, was die Besonderheit einer Situation angeht, aber ich glaube, man kann sagen, daß das, was in diesen Wochen vom Senat, von der Bürgerschaft und von Bremen als Land und Gemeinwesen zu entscheiden ansteht, eine Herausforderung darstellt, die wenige Regierungen und Generationen gehabt haben. Lassen Sie mich das in wenigen Worten beschreiben!

Das Bundesverfassungsgericht hat im übrigen, Herr Kudella, die 8,5 Milliarden DM errechnet,

(Abg. N ö l l e [CDU]: Als Lücke errechnet!)

das ist keine Zahl des Senats. Das Bundesverfassungsgericht hat den Sanierungsbedarf, die Summe, die notwendig ist, damit dieses Land wieder handlungsfähig wird und nicht weiter von seinen Alt-

(C) schulden erdrosselt wird, mit 8,5 Milliarden DM benannt, und es hat weiterhin gesagt, hören Sie gut zu, auf Seite 158: „Handlungsobjekt aus dieser Pflicht ist zunächst der Bund.“ Deshalb, weil der Bund bei der ersten Entscheidung des Verfassungsgerichts versucht hat, sich aus der Verantwortung zu stehlen, und das diese neue Klage erst erforderlich gemacht hat, ist es natürlich folgerichtig, daß der Senat sich mit seiner Sanierungskonzeption an den Bund wendet, wohlwissend, Herr Kudella, daß natürlich die öffentlichen Finanzen insgesamt ein Verbundsystem sind, und wohlwissend, daß wir nicht nur den Bund, sondern vielmehr auch andere Länder gewinnen müssen.

Erster Parameter dieser Verfassungsgerichtsentscheidung ist, daß sie uns unter Zwang setzt, tätig zu werden. Ich empfinde das als einen sehr heilsamen Zwang, weil wir die Chance nützen müssen aufgrund der Beschreibung der Situation durch das höchste deutsche Gericht und wegen der Möglichkeit und der Notwendigkeit, die Folgerungen aus diesem Urteil zu ziehen, bevor die Ansprüche Bremens und des Saarlandes in einer Gesamtfinanzierungsdebatte um den Bund-Länder-Finanzausgleich im nächsten oder übernächsten Jahr zerredet werden und keine Chancen mehr bestehen. Deshalb steht diese Landesregierung, stehen wir alle unter dem Zwang, ein solches Sanierungskonzept vorzulegen.

Meine Damen und Herren, und nun schaue ich mir einmal an, was denn dieser Senat vorgelegt hat. Ich habe, Herr Wedemeier, mit Interesse gehört und finde das ausdrücklich richtig, daß so verfahren worden ist, daß die Repräsentanten der Opposition unverzüglich, nachdem der Senat sich diese Gedanken gemacht hat, informiert worden sind.

Was steht nun darin, Herr Kudella? Zunächst einmal darf man in aller Bescheidenheit sagen — ich vermeide jetzt irgendwelche Äußerungen, die dann wieder so als das Pfeifen im Walde mißverstanden werden können, deshalb sage ich das sehr zurückhaltend, wir kennen uns, wir kennen Bremen, wir wissen über die Möglichkeiten, Herr Kudella, Sie wissen es auch —, das, was hier vorgelegt wurde, ist respektabel. Ich weiß, was das Saarland vor Wochen vorgelegt hat. Ich kenne auch die öffentliche Diskussion über diese Vorlage, und wir haben mittlerweile feststellen können, daß, nachdem die ersten Sondierungsgespräche über eine gemeinsame Strategie stattgefunden haben, die zweite Version des Saarlandes sehr viel Ähnlichkeit mit diesem Konzept haben wird.

Um Ihnen noch einmal ganz deutlich zu machen, was die, wie ich finde, unerhört überzeugende Konzeption dieses Programms ist, die auch aus Gesprächen mit dem Bund herausgekommen ist, hier wird dargelegt, daß durch eine Rückführung der Zinsen, indem Altschulden reduziert werden, die dafür zu zahlenden Zinsen reduziert werden, über einen Zeitraum von fünf Jahren 1,8 Milliarden DM eingespart werden, und diese Mittel werden dann eingesetzt für Investitionen. Das heißt, gegenüber dem Bund und

(D)

- (A) allen Ländern, wenn diese Konzeption greift, sie wird politisch schwierig sein, dazu sage ich noch etwas, aber wenn diese Konzeption läuft, dann ist nachgewiesen, daß dieses Bundesland Bremen aus sich selbst heraus weiterhin lebensfähig ist.

(Beifall bei der FDP)

Das ist die entscheidende Aufgabe, der wir uns alle stellen müssen, Herr Kudella. Wir haben durch Einflüsse, die nicht allein in unserer politischen Kompetenz lagen, durch die Veränderung der Veranlagungssysteme bei der Steuer eine strukturelle Krise in den Einnahmen bekommen. Ich distanzieren mich aber in keiner Weise von dem, was wir bis vor einhalb Jahren in der Opposition in diesem Hause gesagt haben, wir haben selbstverständlich auch bremische Fehler einzuräumen. Eines müssen Sie aber bitte auch zur Kenntnis nehmen, ich habe es ja auch zur Kenntnis genommen, das Bundesverfassungsgericht hat im Quervergleich bei der Finanzausstattung, der Personalausstattung Bremens mit Kommunen — und der wissenschaftliche Mitarbeiterstab des Bundesverfassungsgerichts hat Berechnungen angestellt, deren Ausmaß wir uns kaum vorstellen können — nachgewiesen, daß die Personalentwicklung, der Finanzsenator hat es heute morgen dargelegt und mit Zahlen untermauert, in Bremen zwar viel zu spät, das ist eingeräumt, aber immerhin seit Anfang der achtziger Jahre rückläufig war. Dadurch sind Millionen zusätzlicher Ausgaben eingespart worden.

- (B) Ein Zweites, Herr Kudella, ich glaube, auch das müssen wir, wenn wir fair sind, und fair wollen wir doch miteinander sein, ob wir nun in der Opposition sind oder jetzt in der Regierung, auch konzedieren: Bremen hat etwa seit Mitte der siebziger Jahre in doppelter Hinsicht sich einem Problem ausgesetzt gesehen. Einmal bestand die mangelnde Eigenfinanzierung aufgrund der Veränderung bei der Lohn- und Einkommensteuer, und zweitens bestand die Notwendigkeit, aufgrund von Strukturveränderungen in der Wirtschaft, im Schiffbau, beim Stahl, bei der Luft- und Raumfahrt, der Nahrungsmittelindustrie wegen der Abwanderung nach Berlin zusätzliche Mittel einzusetzen, um die Struktur hier zu halten. Das wurde nicht gemacht, deshalb bekamen wir eine Entwicklung zwischen Bund und Ländern und Bremen in der wirtschaftlichen Steigerungsrate, die entgegengesetzt verlaufen ist. Sie haben das in dem Sanierungsprogramm auch sehr überzeugend in einer Kurve des BAW dargelegt bekommen.

Seit Mitte der achtziger Jahre ist es Bremen gelungen — wir können uns streiten, wie stark der Anteil war, natürlich hat den Hauptanteil die allgemeine konjunkturelle Entwicklung in der Bundesrepublik, ganz ohne Frage —, durch das Wirtschaftspolitische Aktionsprogramm, das ja auch schwierig der damaligen Mehrheit in der SPD zu vermitteln war — gelegentlich spüre ich das heute noch —, mit diesem Wirtschaftspolitischen Aktionsprogramm eine Gegenbewegung einzuleiten.

Bremen hat im letzten Jahr, Herr Kudella oder besser Herr Nölle, Sie haben ja den Part der Grundsatzauseinandersetzung übernommen, statistisch nachweisbar, nicht aufgrund von Prognosen, sondern aufgrund hart ermittelter Fakten, in der Bundesrepublik Deutschland die zweithöchste Steigerungsrate im Wirtschaftswachstum gehabt: 10,2 Prozent. Hamburg mit zehn Prozent ist fast so hoch. Der Norden ist insgesamt übrigens besser als der Süden, auch das ist signifikant, es ist ableitbar wegen der Vereinigungseffekte. Wir wissen aber auch, daß Bremen wegen seiner größeren Entfernungen zu den neuen Bundesländern davon weniger profitiert hat. Es ist eine Umorientierung feststellbar. Das sollten Sie anerkennen!

Nehmen Sie dazu eine weitere Zahl: Wir haben im letzten Jahr bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen wieder mit gut 370 000 den Stand erreicht, den wir 1974 einmal hatten. Dazwischen hatten wir das riesige Loch eines Verlustes von über 30 000 Arbeitsplätzen. Das ist durch neue Arbeitsplätze von 40 000 ausgeglichen worden, aber natürlich sind inzwischen auch wieder welche weggefallen. Das heißt, meine Damen und Herren von der Opposition, wir müssen, wenn wir gemeinsam daran arbeiten wollen, dieser Stadt, diesem Land wieder eine Zukunft zu ermöglichen, auch da, wo sich Erfolge gezeigt haben, diese benennen.

Sie wissen doch viel besser als mancher andere hier, wie stark Wirtschaftspolitik mit Psychologie zu tun hat, das wissen Sie doch. Ich kann doch hier offen sagen, die Gewerbesteuerhebesätze sind doch nicht der Punkt. Das ist häufig das Argument, das Sie hören. Das ist aber nicht der eigentliche Punkt. Der eigentliche Punkt ist, lohnt es sich in diesem Markt, an diesem Standort zu investieren? Die Antwort wird nur dann positiv ausfallen, wenn die Faktenlage das bestätigt. In diesem Jahr, in den letzten Monaten bestätigt es die Faktenlage. Ich finde, eine faire, eine bremische Opposition sollte das einmal einräumen.

(Beifall bei der FDP)

Ich kann mir vorstellen, meine Herren Kollegen Nölle und Kudella, weil wir ja lange in der Opposition waren und das auch sehr genossen haben, wie schwierig es ist, seine Rolle zu finden. Das ist schwierig in dieser Konstellation. Einmal haben wir in diesem heterogenen Bündnis, Herr Ruffler hat ja eben, wie ich das in der Deputation von ihm auch immer erfahren, das deutlich gemacht, in dieser Koalition ein breites politisches Spektrum. Das ist schon so angelegt, daß die Konflikte, Kollege Fücks wird auch noch das Wort ergreifen, dann werden Sie das sicher auch noch einmal spüren, oder die unterschiedlichen Positionen nicht verborgen bleiben. Das finde ich auch gut so. Nur, wenn sie nicht verborgen bleiben, wird ein Zwang erzeugt, daß man sie lösen muß. Dieses Untermauscheln, das ist das Schlimmste. Sie haben hier also ein breites Spektrum, und damit werden viele Positionen, die Sie vielleicht hier und da

(C)

(D)

(A) gern einnehmen würden, schon abgedeckt. Das ist nicht leicht für die Opposition.

(Beifall bei der FDP)

Ein Weiteres: Sie haben wahrscheinlich erwartet, einige von uns übrigens auch, daß diese Koalition von Leuten, die eigentlich lieber staatliches Geld ausgeben, und einigen anderen, die auf dem Portemonnaie sitzen, die Herausforderung eines solchen Haushaltes, eines Sparhaushaltes, nicht meistern würde. Da gab es auch bei uns Bedenken. Nun müssen Sie feststellen, die erste Herausforderung, der Koalitionsvertrag mit klarer finanzpolitischer Zielsetzung und rigider Bestimmung, war eingehalten.

Als zweites kam die Eckwertediskussion im Senat! Eine unerhört schwierige Angelegenheit, der Berichterstatter des Haushaltsausschusses hat darauf hingewiesen, wie weit teilweise Anmeldungen und Eckwerte auseinanderlagen. Das Ergebnis aber nach intensiver Beratung, bei der wir natürlich auch nachgegeben haben, ich sage das gern auch einmal an die Kollegen der GRÜNEN, war, wir haben bei den AB-Maßnahmen nachgegeben. Wir haben gesehen, daß bestimmte Strukturen nicht einfach zusammenbrechen können und daß man dafür Geld bereitstellen muß, sonst läuft eine Koalition auch nicht. Aber Sie mußten feststellen, auch da hat der Senat zugestanden, die Eckwerte wurden gehalten.

(B) Jetzt haben wir die dritte Herausforderung, diese Doppelhaushalte einzubringen und das Sanierungsprogramm. Meine Damen und Herren, ich könnte Ihnen Hinweise geben, wo Sie vielleicht einhaken könnten — aber wir können ja nun nicht alles machen, Herr Nölle, ein bißchen muß die Opposition auch leisten,

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

aber Sie bekommen zwei Stichworte —, da fehlt mir wirklich der Nachweis, wo denn dieser Senat der gemeinsamen Aufgabe, die Selbständigkeit, die Existenzfähigkeit dieses Landes durch ein Sanierungsprogramm zu sichern, nicht nachgekommen ist. Was ich gehört habe, mit Verlaub, Herr Nölle, Sie haben die FDP, wie es ja auch der Landesvorsitzende der CDU schon beinahe in für uns bedenklicher Weise vorher gemacht hat, sehr zurückhaltend behandelt, aber wir haben von Ihnen keinen Hinweis, keine Unterstützung bekommen, beispielsweise in den wichtigen Streitfragen, die wir ja noch zu lösen haben. Da hätte ich mir heute in der Debatte gewünscht, daß Sie etwas durchblicken lassen, wo wir Ihre Unterstützung haben.

Damit dies in einem dritten Beitrag noch kommen kann, nenne ich jetzt ein paar Beispiele: Der Kollege Fücks sagt mit Recht, wir wollen nicht so viel Tiefbau haben. Ich gebe ihm zurück, ohne Tiefbau bekommen wir keine neuen Kanalsysteme, und die wollen

(C) wir doch haben für die Umwelt. Das heißt, die bloße Auseinandersetzung, mehr Beton, weniger Beton —.

(Abg. Kudella [CDU]: Das war aber nicht der Konflikt, den Sie genannt haben!)

Nein, aber, Herr Kudella, wenn Sie nun schon Stichworte bekommen haben, mehr dürfen Sie nun nicht auch noch verlangen. Aber das Stichwort ist doch da, ich komme doch zum Klöckner-Tunnel. Wir sind der Meinung, wir jetzt als Partner in dieser Regierung, es gibt keinen Koalitionsbeschluß, damit das nicht mißverstanden wird, wir sind der Meinung, daß wir für die Verkehrsproblematik in dieser Stadt, gerade auch was die Überlastung von Wohnvierteln angeht, eine vernünftige Entlastungskonstruktion finden müssen, was in der Vergangenheit nicht geleistet worden ist. Da das bislang aus finanziellen Gründen nicht darstellbar war, das wußte jeder, deshalb steht in dem Koalitionsvertrag auch nur das, was finanziell durchsetzbar ist. Da das nicht darstellbar war, ist diese Frage offengeblieben.

(Abg. Kudella [CDU]: Die A 281?)

(D) Jetzt ergibt sich möglicherweise im Rahmen eines Sanierungsprogrammes die Chance, daß wir eine solche Investition durch den Bund bekommen können. Da gibt es natürlich in dieser Koalition, übrigens nicht nur in dieser Koalition, einen Konflikt. Herr Kudella, machen wir uns das nicht so einfach! Aber die Konfliktlage, die wir hier in der Regierung austragen, ist ja die Konfliktlage unserer Gesellschaft, unserer Stadt. Wenn Sie sich einmal ansehen, wer am Sonnabend, als wir in Dinklage zusammensaßen, auf der Kreuzung Langemarckstraße/Neuenlander Straße denn gesessen hat und die blockiert hat, glauben Sie, daß das nur Anhänger der GRÜNEN waren?

(Abg. Welke [FDP]: Einzelhändler!)

Glauben Sie, daß das etwa nicht unsere, Ihre, unser aller Wähler waren, die einfach der Frage, daß man nicht gleichzeitig mit seinem Auto überall hinfahren können möchte und vor seiner Straße alles absperren kann, ausweichen?

Das sind unser aller Wähler. Das ist nicht ein Konflikt, den man parteipolitisch separieren kann. Deshalb wäre es folgerichtig, wenn eine Opposition, da es auch taktisch in diese Regierung noch mehr Pfeffer hineinbringen würde, da Flagge zeigen würde. Wo sind Sie denn gewesen, als vor drei Jahren die Frage beim Flughafen angestanden hat? Wo waren Sie denn? Da waren Sie weg wie Schmidts Katze!

(Beifall bei der SPD und bei der FDP)

Wir waren doch die einzigen, die bereit waren zu sagen, der Flughafen soll voll genutzt werden. Da war die CDU taktisch untergetaucht.

(Abg. Gassdorff [CDU]: Das stimmt nicht, Herr Jäger!)

(A) Zum Stichwort Privatisierung, das habe ich mir hier auch notiert, wo waren Sie denn bei dieser wichtigen Frage? Jeder Kundige hier im Saale weiß, wer bremische Verhältnisse kennt, die Neuordnung im öffentlichen Dienst, eine Veränderung, eine Aufweichung verkrusteter Strukturen setzen bestimmte Flexibilität, ich drücke mich jetzt sehr zurückhaltend aus, beim Personalvertretungsgesetz voraus. Das ist so. Wo waren Sie denn da, als das thematisiert wurde, Herr Teiser? Wo waren Sie denn da? Sie haben sich doch hier hingestellt, Sie, die angeblichen Privatisierungsapostel, Herr Nölle, und haben Garantieerklärungen für das PVG abgegeben durch Herrn Teiser!

(Beifall bei der FDP)

Diese Regierung läßt ja keinen Konflikt aus, sie stellt sich dem. Wir werden das Personalvertretungsgesetz so, wie es im Koalitionsvertrag steht, einer Prüfung unterziehen. Das werden wir tun. Da wird ein Ausschuß eingesetzt, und dann, Herr Nölle, da Sie heute sozusagen den Part von vorn gespielt haben, erwarte ich, daß die Vertreter der CDU in diesem Parlamentsausschuß dann auch einmal das tun, was Sie vorher erklärt haben. Das wäre ein Beitrag der CDU, in Konfliktsituationen, die nicht einfach sind, Lösungen im Interesse des Ganzen zu erleichtern. Da wären wir dankbar für konstruktive Vorschläge.

(B) Das Stichwort Privatisierung ist gefallen. Die Stadtwerke und so weiter, das ist ein schwieriges Thema, aber nicht, weil hier möglicherweise unterschiedliche Auffassungen bestehen.

(Abg. Kudella [CDU]: Nein!)

Herr Kudella, ich komme ja darauf. Ich muß den Kollegen Kröning jetzt in Schutz nehmen, denn Sie haben ja gemeint, daß Sie ihm ein Stichwort gegeben haben, das kann der Senat nicht auf sich sitzen lassen. Aber wir haben ja schon einmal eine Diskussion über die Stadtwerke geführt — Sie erinnern sich, Kraftwerk Hastedt und Preag-Vertrag, Atomenergiezukauf, wissen wir alle, so Mitte der achtziger Jahre, 1985 —, da haben wir uns schon einmal die doch überhaupt nicht so furchtbar revolutionäre Idee erlaubt, warum machen wir keine Volksaktie bei den Stadtwerken. Nicht alles an die Preag, sondern vielleicht auch, daß Bremer Bürger sich engagieren und dazu beitragen.

Aber eines dürfen wir natürlich nicht tun: Wir dürfen nicht durch öffentliche Diskussionen die Preise kaputtreden. Das ist der Punkt, das dürfen wir nicht, denn natürlich wird das, was geäußert wird, auch mit Interesse vermerkt.

(Abg. Borttscheller [CDU]: In Wirklichkeit wollten Sie verhandeln! Und wir reden die Preise kaputt!)

Nein! Deshalb ist es wenig förderlich, in eine Strategie einzustimmen, die das Ganze zerredet. Daß wir

(C) alles das, was eingesetzt werden kann, um die Haushaltsnotlage zu beseitigen und die Mittel für Investitionen zu gewinnen, einsetzen müssen, das ist doch völlig unstrittig.

Im übrigen ist noch eine interessante Information mitzuteilen: Es war ja seinerzeit verabredet worden, daß die Gewoba privatisiert wird. Der Staat hatte die Gesellschaft für eine DM übernommen, und die Banken mußten dazu überredet werden, sich zu beteiligen. Nach dem, was man so hört, gibt es sogar Bankenvertreter, Herr Nölle, die den Staat geradezu daran erinnert haben, daß er sich doch bitte nicht zurückziehen möge. Ich weiß jetzt nicht, ob das irgendwo abgestimmt worden ist zwischen den einzelnen Vertretern, aber das finde ich doch immerhin bemerkenswert, vielleicht sollten Sie sich da doch einmal umhören, ob denn eine Privatisierung auch wirklich getragen wird von den Banken, das wäre sehr schön.

Ein letztes Wort, meine Damen und Herren, zu dem Flächenkonflikt! Dieser Konflikt ist offenkundig. Er hat den Wahlkampf bestimmt, Stichwort Hemelinger Marsch, er bestimmt, Herr Dr. Schrörs, jede zweite oder dritte Sitzung der Wirtschaftsdeputation, wenn wir konkrete Ansiedlungen beraten oder wenn wir Fortschreibungen beraten, er bestimmt die Debatte im Senat, wenn wir demnächst zur Hemelinger Marsch uns einlassen werden. Er wird so oder so gelöst werden müssen in einer Fortschreibung des Gewerbeflächenerschließungsprogramms.

(Abg. Kudella [CDU]: So oder so!)

(D)

So oder so, und Sie können doch dazu beitragen, daß es so wird und nicht so. Das können Sie doch.

(Heiterkeit bei der CDU — Abg. Kudella [CDU]: Es lebe die Koalition!)

Da die CDU sich ja nun so sehr dabei engagiert, kann ich mir doch eines nicht verkneifen. Das, was Sie an Schlußfolgerungen aus diesen sommerlichen Auseinandersetzungen innerhalb eines Koalitionspartners gezogen haben, war doch nur eines, nämlich die reine Taktik, überhaupt nichts Inhaltliches: Sie haben sich sofort als Alternative angeboten und natürlich eines erreicht, ob Sie es erreichen wollten, weiß ich nicht, daß Sie den GRÜNEN ganz klar vor Augen geführt haben, welche Alternative, wenn sie sich denn so verhalten, gegeben ist.

Meine Damen und Herren, die Flächenproblematik, ich sagte es, wird uns beschäftigen, und es wäre im Sinne dieses Wirtschaftsstandortes, im Sinne der Wiedergewinnung der Handlungsfähigkeit, weil wir ertragbringende Investitionen dringend brauchen, denn das Einmaleins, daß die beste Wirtschaftspolitik Voraussetzung jeder Sozialpolitik ist, das muß man hier und da immer noch vermitteln, eine solche Unterstützung zu bekommen, damit hier die richtigen Entscheidungen fallen. Das wäre ein Beitrag in der Diskussion, das wäre ein Beweis für Ihre Dialog-

(A) fähigkeit. Ich wünsche mir sehr, daß Sie in den weiteren Beiträgen von der Mäkelei und von dem Nichtwahrnehmen dieser Chancen herunterkommen mögen, Herr Kudella.

(Beifall bei der SPD und bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Herr Bürgermeister Jäger, Sie haben verschiedentlich die Abgeordneten Nölle und Kudella mit Kollege angesprochen. Leider haben Sie nicht mehr den Vorzug, Mitglied dieses Hauses zu sein. Sie sind jetzt im Senat. Die Anrede Kollege Fücks war richtig.

(Abg. K u d e l l a [CDU]: Herr Präsident, wir ertragen auch Schlimmeres!)

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Blome.

Abg. **Blome** (DVU): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Haushaltsberatung hier im Landtag! Ich persönlich erlebe dies ja zum ersten Male, und ich muß schon sagen, meine Damen und Herren von den alten Parteien, was Sie morgen als Haushalt verabschieden wollen, das ist keine Bremer Zukunftspolitik, sondern das ist schlicht und einfach eine Zumutung für die Bevölkerung,

(Beifall bei der DVU)

(B) eine Zumutung für die Wähler und eine Zumutung auch für Ihre Anhänger, meine Damen und Herren von der SPD, von den GRÜNEN und von der FDP.

Die DVU-Fraktion hat ihre Ablehnung zu diesem Machwerk ja vorhin durch Marion Blohm sehr eindrucksvoll dokumentiert,

(Abg. Frau M a r k e n [SPD]: Eindrucksvoll? Das war ja wohl nichts!)

und jeder Abgeordnete der sogenannten Ampelkoalition sollte sich ausnahmsweise einmal unabhängig von seinem Fraktionszwang ganz genau überlegen, ob er sich mit seiner Ja-Stimme zu diesem Haushalt mitschuldig machen will, mitschuldig an einer Politik, die die eigentlichen Interessen der Bürger völlig ignoriert

(Beifall bei der DVU)

und statt dessen Gelder in für mich kaum noch vorstellbaren Summen regelrecht verpraßt.

(Beifall bei der DVU)

Ich bin sogar ganz sicher, daß viele Bürger gar nicht ahnen, welche Unverschämtheiten — man muß das wirklich einmal so deutlich sagen — sich in diesem Haushaltsplan verbergen. Aber, meine Damen und Herren, ich versichere Ihnen, Ihre Verschlei-

(C) rungspolitik, eingepackt in Schönwetterreden, wird nicht aufgehen. Die DVU-Fraktion wird Mittel und Wege finden, die Bevölkerung darüber aufzuklären, was Sie hier im Landtag eigentlich leisten.

(Beifall bei der DVU)

Daß wir die Bürger aufklären werden, das können auch Ihre Hofberichterstatter von den Massenmedien nicht verhindern.

(Beifall bei der DVU)

Wir werden den Leuten sagen, daß Sie hier großzügig Abermillionen für Asylbetrüger lockermachen, wir werden dem Bürger vermitteln, daß Sie zwar für Sexualverbrecher Abertausende verplempern, aber für Schwangere und Kinderreiche das Geld angeblich fehlt.

Meine Damen und Herren, für wie dumm und dämlich halten Sie eigentlich die Bremerinnen und Bremer? Glauben Sie wirklich, daß Sie so das Vertrauen von Wählern wiedergewinnen,

(Beifall bei der DVU)

die Sie ohnehin verteufeln, weil sie es entgegen Ihrer Propaganda gewagt hatten, die DVU zu wählen? Wenn es nicht so furchtbar traurig wäre, was sich hier abspielt, dann könnten wir von der DVU durchaus noch über Sie lachen. Denn, meine diesmal sogar hochverehrten Damen und Herren von der SPD, von der CDU und von den GRÜNEN und von der FDP, Sie sind und bleiben unsere treuesten Wahlhelfer.

(D)

(Beifall bei der DVU)

Ihr Totalversagen wird uns 1995 einen großartigen Triumph bescheren.

(Beifall bei der DVU)

Tatsache ist doch, daß Sie sogar Steuergelder mißbrauchen, um die DVU und damit eine Ihnen unbequeme Partei zu bekämpfen. Frei nach dem Motto „Und willst du nicht mein Bruder sein“ fördern Sie dubiose Zirkel, die sich dem sogenannten Kampf gegen angebliche Rechtsextreme verschrieben haben. Wir haben das einmal nachgerechnet: Gute 300 000 DM lassen Sie springen, um angebliche Rechtsextreme zu bekämpfen, und daß Sie unter Rechtsextremen die DVU sehen, das haben Sie ja nun mittlerweile oft genug betont.

Des weiteren zahlen Sie Unsummen an die Spitzelbehörde Verfassungsschutz, auch so eine Behörde, die zu Ihren Handlangern zählt. Durch Steuergelder geförderte Aufgabe: alles zu bespitzeln, was Ihnen politisch in irgendeiner Form unangenehm ist.

(Beifall bei der DVU)

(A) Ihre Verfassungsbrüche, die Verfassungsbrüche der alten Parteien, und davon gibt es ja nun wirklich wahrlich genug, wie das Bundesverfassungsgericht bestätigt, finden sich im sogenannten Verfassungsschutzbericht nicht wieder. Der Verfassungsschutzbericht wäre dann allerdings auch ein mehrbändiger Schinken.

Meine Damen und Herren, so sind denn also die Eindrücke meiner ersten Haushaltsdebatte, die ich hier im Hause erlebe, verheerend. Ich hatte mir früher nicht ausmalen können, wie Sie die Bürger hinter Licht führen, und ich hätte es auch nicht geglaubt, das muß ich Ihnen wirklich sagen, doch Sie, meine Damen und Herren von den etablierten Parteien, haben mich mittlerweile von Ihrer Unfähigkeit überzeugt.

(Beifall bei der DVU)

Meine Damen und Herren, daß wir diesen Haushalt — wobei Sie gestatten, daß ich zu Protokoll gebe, daß ich das Wort „Haushalt“ in diesem Zusammenhang in Anführungsstrichen verstanden wissen möchte — ablehnen, das versteht sich von selbst. — Ich bedanke mich!

(Beifall bei der DVU)

(B) **Präsident Dr. Klink:** Herr Blome, ich möchte hier nichts zu Ihren politischen Ausführungen sagen, Sie haben aber einmal in pauschaler Weise das Wort „Asylantenbetrüger“ gebraucht. Das weise ich zurück. Außerdem haben Sie den Verfassungsschutz als Handlanger der alten Parteien hingestellt. Auch das weise ich zurück.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Neujahr.

Ich gehe davon aus, daß jetzt der Komplex Bremerhaven kommt.

Abg. Neujahr (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Drohungen in dem vorangegangenen Beitrag, der beeindruckend gewesen sein soll, haben bei mir nur so wenig Eindruck hervorgerufen, daß ich es ablehne, ihn in irgendeiner Form zu würdigen.

(Beifall bei der SPD)

Kommen wir zu einem Teilgebiet der Koalitionsvereinbarung! Meine Damen und Herren, Sie wissen, daß die Koalitionsvereinbarung den Auftrag enthält, die Finanzzuweisung an die Stadt Bremerhaven zu überprüfen und eine Neugestaltung dieser Finanzzuweisung vorzunehmen. Dabei sollten berücksichtigt werden: eine weitere Schuldenübernahme durch das Land mit dem Ziel einer Angleichung der Pro-Kopf-Verschuldung, die Prüfung der Finanzausstattung,

(C) unter anderem durch Vergleich mit der Finanzausstattung anderer Städte, die Gleichbehandlung Bremen—Bremerhaven bei Schlüsselzuweisungen und Ausgleichszuweisungen. Eingehalten werden sollte dabei das Prinzip der Kostenneutralität.

Das Ergebnis liegt Ihnen mit der Änderung des Gesetzes über die Finanzzuweisung vor: 828 Millionen DM Schuldenübernahme durch das Land, 7,75 Prozent Zinsentlastung, das macht etwa umgerechnet 64 Millionen DM pro Jahr, 90 Prozent, also eine Absenkung von zehn Prozent und in der Festlegung der Ausgleichszuweisung, 18,5 Prozent die Schlüsselzuweisung. Diese Entlastung bewerten wir positiv.

(Vizepräsident Frau Bernbacher übernimmt den Vorsitz.)

Ich sage dies ausdrücklich, weil durch die Entlastung von einem Schuldenberg in Höhe von 828 Millionen DM zugleich auch eine Entlastung der Zinslast gegeben ist. Die Folge aus dieser Festlegung ist natürlich die Absenkung der Ausgleichszuweisung um zehn Prozent, wenn man das Prinzip der Kostenneutralität zu beachten hat. Das Prinzip der Kostenneutralität ist notwendig, wenn man das Land Bremen in seiner Existenz sichern will und außerdem auch im Hinblick auf das Verfassungsgerichtsurteil.

Der Auftrag der Koalitionsvereinbarung — Neugestaltung der Finanzzuweisung — ist nach unserer Auffassung damit erfüllt, unser Dank gilt denjenigen, die die hauptsächliche Arbeit daran geleistet haben.

(Beifall bei der FDP und bei der SPD)

Warum ist nach unserer Auffassung für Bremerhaven diese Neugestaltung der Finanzzuweisung notwendig? Die Rückführung des Schuldenstandes Bremerhavens auf den Stand Bremens bietet für Bremerhaven einen Neuanfang, gewissermaßen unter gleichen Voraussetzungen, wie sie für die Stadt Bremen gegeben sind, und bietet zugleich einen Handlungsspielraum, der sich etwa aus 64 Millionen DM Zinsentlastung pro Jahr ergibt.

Die, wie bereits betont, notwendige Absenkung der Ausgleichszuweisung weist Bremerhaven zugleich neue Aufgaben zu, deren Lösung bisher unterblieben ist. Ich skizziere kurz: Erhöhung der Steuerkraft Bremerhavens und Einsparungen auf der Ausgabenseite in einem sehr viel deutlicheren Maße vorzunehmen, als bisher geschehen. Die Notwendigkeit der Ausgleichszuweisung im Prinzip ist aufgrund der wirtschaftlichen Schlechterstellung Bremerhavens selbstverständlich unbestritten und wird auch hier nicht in Zweifel gezogen.

Die Absenkung der Ausgleichszuweisung erscheint zunächst einmal unlogisch, weil die Ausgleichszuweisung ja erreichen will, daß der Unterschied in der Steuerkraft beider Städte ausgeglichen wird. Die Erklärung, wie gesagt, liegt in der Notwendigkeit der Kostenneutralität. Bremerhaven hat jedoch die Möglichkeit, eben dies auszugleichen. Ver-

(A) änderungen in der Wirtschaftsstruktur, Aufgabenkritik, bedingt durch überproportionale Personal- und Sachausgaben im Ländervergleich sind deutliche Hinweise auf diese Aufgaben.

Die Neugestaltung der Finanzzuweisung schafft also Voraussetzungen für die Lösung dieser eben genannten Aufgaben. Dabei ist es entscheidend, daß künftig keine Mehrbelastung mehr durch das Land auf die Kommune Bremerhaven fällt. Scheitert trotz aller anerkannten Bemühungen der Einsparungen auf der Ausgabenseite und aller Bemühungen zur Stärkung der Steuerkraft das ganze Unternehmen, dann allerdings muß in Zukunft die Absenkung der Finanzzuweisung neu überdacht werden.

Welche Lösungsmöglichkeiten sind vorhanden? Zunächst einmal scheint mir sehr wichtig zu sein, daß auch in Bremerhaven die Schärfung des Bewußtseins stattfindet, daß auch Bremerhaven seinen Anteil an der Sicherung der Selbständigkeit des Landes Bremen leisten muß,

(Beifall bei der FDP — Bürgermeister W e d e -
m e i e r : Sehr gut!)

denn Bremerhaven ist, glaube ich, wenn sie verlorengelht, in einem sehr viel höheren Maß betroffen als die Stadt Bremen.

(Bürgermeister W e d e m e i e r : Das ist
wahr!)

(B) Ich habe mit großem Interesse die Studie des BAW „Bremerhaven 2000“ gelesen. Darin wird eine Reihe von Schwachstellen Bremerhavens analysiert. Ich zähle kurz einige Punkte dieser Skizze auf: einseitige Wirtschaftsstruktur, ein zu geringes Wachstum im produzierenden Gewerbe, zu hoher Arbeitsplatzabbau, unterdurchschnittliche Exportorientierung, mangelnde Verflechtung der Wirtschaft mit dem Bundesgebiet, weit überdurchschnittliches Ausgabegaren.

Die BAW-Studie nennt im übrigen auch Maßnahmen, die zu der Behebung dieser Schwächen notwendig erscheinen. Ich nenne auch hier nur einige Stichworte: Konsolidierung der Haushaltsbilanz durch Angleichung der Ausgaben im Sozialhilfe- und im Verwaltungsbereich an die bundesdurchschnittlichen Ausgaben, Vermeidung einer Nettoneuverschuldung, angemessene Investitionsquote für zukunftsgerichtete Investitionsmaßnahmen, Neugestaltung der Organisation der Wirtschaftspolitik und der Wirtschaftsförderung, Verlagerung seebezogener Landeseinrichtungen und Hafentätigkeiten nach Bremerhaven, Stärkung der Infrastruktur im Forschungs- und Entwicklungsbereich, Erhöhung der Wertschöpfung an den in Bremerhaven umgeschlagenen Waren. Dies sind einige Punkte.

Sie werden feststellen, wenn Sie den jetzigen Haushalt sehen, daß die Bremer Koalition bereits hierzu eine Menge von Weichen gestellt hat. Diese Leistungen, meine Damen und Herren, müssen selbstver-

ständig durch Bremerhavener Anstrengungen ergänzt werden. Hier liegt nach meiner Auffassung ein Mangel der rotgrünen Kooperation in Bremerhaven. Eine Umsetzung der sogenannten Perspektivplanung 1995, eine Aufgabenkritik für die gesamte Verwaltung in Bremerhaven hat bislang so gut wie nicht stattgefunden.

Die rotgrüne Ausgabenmentalität in Bremerhaven, auch sichtbar geworden während der Kooperationsverhandlungen, die ich in Leitung der FDP-Kommision führen durfte, und dann auch dokumentiert durch erneute Mehrausgaben im jetzigen Haushalt, durch neue Stellenbewilligungen, durch die Nettokreditaufnahme von 14,5 Millionen DM im neuen Haushalt, gibt keinen Anlaß zur Hoffnung.

(Beifall bei der FDP)

Dies alles, meine Damen und Herren, ist nicht ein Beitrag Bremerhavens zur Sicherung des Landes Bremen. Dies ist geschehen gegen die Mahnungen und den Einspruch der FDP. Dies wäre mit uns niemals geschehen!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Frau Bernbacher: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Teiser.

Abg. **Teiser** (CDU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich werde mich hier zu zwei Bereichen äußern, damit auch gleich klar ist, wie wir das Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes behandeln können. Wir können dann anschließend ohne Debatte abstimmen. Ich möchte aber trotzdem, weil es hier um Bremerhaven geht, drei Sätze dazu sagen.

Wir werden diesem Gesetz unsere Zustimmung geben. Ich möchte allerdings hier deutlich machen, daß es im Prinzip nicht ganz unsere Intention getroffen hat. Es war auch für uns unverständlich, daß diejenigen Parteien und Fraktionen, die eigentlich mit uns der Auffassung waren, zumindest, wenn man in ihrem Wahlprogramm nachblättert, daß die Wahlzeit von zwölf auf sechs Jahre verringert werden sollte, anschließend nicht mehr dafür waren. Wir haben es dann zumindest erreicht, daß insgesamt über alle Parteigrenzen hinweg diese Wahlzeit von hauptamtlichen Magistratsmitgliedern auf acht Jahre reduziert wird, und das Gesetz soll ja wohl dazu dienen, daß morgen oder übermorgen in Bremerhaven ein neuer Dezernent gewählt werden kann. Insofern werden wir uns dem nicht verschließen.

Ich darf allerdings auch kritisch anmerken, daß das Verfahren schon manchmal etwas merkwürdig ist. Bei der letzten Sitzung vor der Sommerpause war das Ganze dringlich, dann war man sich wieder nicht so einig, und es wurde wieder abgesetzt. Jetzt ist es mit dem Haushalt verbunden worden, obwohl es eigentlich mit dem Haushalt nicht viel zu tun hat. Wir werden es im Sinne und zum Wohle Bremerhavens heute

(C)

(D)

(A) hier so in erster und zweiter Lesung beschließen, um dann in Bremerhaven zur Wahl zu schreiten.

Meine Damen und Herren, zum wichtigeren Punkt: Neugestaltung des Finanzausgleichs in Bremerhaven! Ich verstehe meinen Vorredner, und ich werde auch wohl meine Nachrednerin verstehen, die alle in Koalitionen eingebunden sind und deswegen natürlich bestimmte Dinge sagen müssen oder andere Dinge nicht sagen können. Wir werden wie in der Finanzdeputation schon, und zwar mit Rücksichtnahme insbesondere auf die Finanzsituation des Landes Bremen, uns hier der Stimme enthalten, in Abwägung der Interessen Bremerhavens und des Landes.

Es muß hier ganz deutlich gesagt werden, daß das, was mit diesem Finanzausgleich jetzt erwirkt wird, natürlich nicht das ist, Kollege Neujahr, was sich die Parteien und Fraktionen in Bremerhaven bis zur Vorlage dieses Finanzausgleichsgesetzes eigentlich vorgestellt haben, denn wir hatten natürlich in unseren Überlegungen in Bremerhaven die Kostenneutralität nicht so auf unsere Fahne geschrieben, wie das aus verständlichen Gründen der Finanzsenator dann gemacht hat. Wenn man hintenherum dann hört, wie die Verhandlungen gelaufen sind, hat das ja wohl auch dazu geführt, daß zumindest Teile des Magistrats während der Verhandlungen auf einmal gar nicht mehr so ein großes Interesse an dieser Neugestaltung hatten.

(B) Einige Parteien in Bremerhaven und deren Vorsitzende bejubeln immer noch den Zuwachs an Finanzmitteln, weil sie es wohl, auch das war aus Senatskreisen und dem, was dazu gehört, zu vernehmen, bis heute noch nicht begriffen haben, was da eigentlich vor sich geht. Fakt ist, daß die Kostenneutralität ausschließlich auf den Status 1992 gerechnet worden ist. Im Ergebnis — durch die Reduzierung der Ausgleichszuweisung — bedeutet das natürlich, daß in den kommenden Jahren in diesem Bereich kein Zuwachs stattfindet, an dem Bremerhaven sonst pro Haushaltsjahr mit zirka zwei Millionen DM partizipiert hätte. Der fällt weg. Das heißt also, ohne die Neugestaltung dieses Finanzausgleichs hätte Bremerhaven finanziell besser gestanden. Nun gebe ich zu, daß das so keiner gewollt hat, der eine oder andere vielleicht in Bremerhaven bis jetzt auch noch nicht verstanden hat, und die Frage ist, ob das dann wirklich bejubelt werden muß.

Ich sage hier noch einmal deutlich, wir enthalten uns der Stimme, weil wir natürlich sehen, daß jede Mark, die mehr ausgegeben wird, von irgendwoher kommen muß und daß Bremerhaven unter Vergleichsbedingungen mit anderen deutschen Großstädten gar nicht so schlecht gestellt war, vielleicht sogar relativ gut gestellt war. Das ist aber für uns nicht immer der entscheidende Punkt gewesen, sondern für uns ist immer entscheidend gewesen, wie die Relation zwischen der Stadt Bremen — Land Bremen — und der Stadtkommune Bremerhaven ist.

Wenn ich hier vielleicht nur zwei Dinge zitieren darf aus der Vorlage des Senats, dann heißt das natürlich nicht nur, wie Bremerhaven gestellt war, son-

(C) dern es heißt auch: „Für die Stadtgemeinde Bremen läßt sich erkennen, daß die Finanzausstattung erheblich besser ist als die Ausstattung vergleichbarer Städte. Dies resultiert vorwiegend aus geringeren Zinsaufwendungen.“ Hierzu muß man anmerken, daß sich Bremerhaven natürlich hoch verschuldet hat, Zinsen zahlen mußte für eine falsche Politik. Der Umkehrschluß ist aber nicht, daß in Bremen richtige Politik betrieben worden ist, weil die Stadtkommune Bremen keine Schulden hatte, sondern weil sich die Stadtkommune Bremen über viele Jahre zu Lasten des Landes von Schulden freigehalten hat, das muß man natürlich deutlich sehen.

Also heißt es: „Dies resultiert vorwiegend aus geringeren Zinsaufwendungen, geringerem laufendem Sachaufwand sowie den wesentlich höheren Zuweisungen vom Land“, während es dann bei Bremerhaven heißt: „Nach diesem Ergebnis der Städtetag-Umfrage ist die verfügbare Finanzmasse, bereinigt um die Sonderbelastung aus höheren Sozialhilfeausgaben“, und so weiter „deutlich höher als im Durchschnitt der vergleichbaren Großstädte. Die unterdurchschnittliche eigene Steuerkraft und die höheren strukturbedingten Ausgaben werden durch Zuweisungen des Landes überkompensiert.“

Hier ist unter anderem ein Punkt angeschnitten, den wir selbstverständlich mittragen, weil uns auch das Schicksal Bremerhavens natürlich immer am Herzen liegt. Es kann auf Dauer nicht richtig sein, daß für jede Mark, die Bremerhaven aus eigener Steuerkraft nicht erwirtschaftet, das Land 1,20 DM darauflegt. Das führt natürlich zur Lähmung und zur Untätigkeit. Insofern ist es richtig, wenn das so geregelt wird, daß auch die Herren, die jeweils immer gerade in Bremerhaven regieren oder so tun, motiviert sind, selbst etwas zu tun.

(Abg. Dittbrenner [SPD]: Keine Schärfe!)

(D) Ich möchte noch eine letzte Anmerkung zu den beiden anderen Punkten, die von diesem Bereich auch noch berührt werden, machen. Heute morgen wurde unter anderem auch über das Sanierungskonzept und alles, was das Finanzverhältnis zwischen Land und Bund darstellt, ausgiebig diskutiert, nicht nur die 600 Millionen DM, die das Land schon einmal von Bremerhaven wegen verfehlter Politik übernehmen mußte, sondern auch die 828 Millionen DM, die jetzt übernommen werden, sind natürlich mehr oder minder sang- und klanglos mit eingegangen in den Bereich, für den jetzt der Bund und die anderen Länder tätig werden sollen. Trotz alledem begrüßen wir, und zwar insbesondere den Aspekt des psychologischen Moments, daß Bremerhaven nicht mehr die höchstverschuldete Stadt Deutschlands ist, diese Entschuldungsmaßnahme.

Ich muß aber hier auch im Interesse der Stadt Bremerhaven an den Finanzsenator und den Senat insgesamt die Aufforderung richten: Schauen Sie Ihren Kollegen der rotgrünen Koalition in Bremerhaven

(A) auf die Finger! Seitdem die wissen, daß ihre Verschuldung in absehbarer Zeit bei 2500 DM pro Einwohner ist, fangen die böse an zu überlegen, welche Jugendheime, Seniorentagesstätten und ähnliches sie neu errichten können, und zwar bis hin zu zweistelligen Millionenbeträgen.

(Abg. **Dittbrenner** [SPD]: Das ist Seeräubermentalität!)

Die ersten Erklärungen ohne Öffentlichkeit, ob wir jetzt 2500 DM oder 3500 DM Pro-Kopf-Verschuldung haben, das ist dann doch egal, jetzt können wir wenigstens endlich einmal wieder etwas tun, sind schon unter der Hand zu hören, und das, was man unter der Hand hört, wird irgendwann Regierungsprogramm. Also, achten Sie darauf, daß das Sanierungsprogramm nicht nur für das Land Bremen erstellt wird, sondern daß die Kommune Bremerhaven und, ich sage jetzt, auch die Kommune Bremen, dem nicht konträr entgegenlaufen! — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Frau Bernbacher: Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Marken.

Abg. **Frau Marken** (SPD)*): Frau Präsidentin, ich habe gerade festgestellt, das ist ein seltener Anblick hier in diesem Hause, daß vorn jetzt nur Frauen vertreten sind, darauf möchte ich einmal aufmerksam machen.

(B)

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Herr Teiser, ich bin nicht gezwungen worden, hier in Euphorie auszubrechen, und ich könnte mir auch vorstellen, daß es eine Menge Wünsche in Bremerhaven gibt, wie man das hätte anders machen können. Aber ich denke einmal, auch die öffentlichen Äußerungen, die es bisher gegeben hat, bestätigen, daß wir uns über etwas Positives für diese Stadt unterhalten, und die maßgeblichen politischen Kräfte in dieser Stadt, in der Seestadt Bremerhaven, haben sich ja auch entsprechend geäußert. Es wäre auch das erste Mal gewesen, daß eine Opposition gesagt hätte, daß sie etwas gut findet. Ich denke einmal, man sucht dann auch nach Anlässen, um etwas Gutes trotzdem schlecht zu finden.

Ich will mich auch kurz fassen, weil Herr Neujahr die wichtigsten Elemente dieser Neugestaltung des Finanzausgleichs schon genannt hat. Für uns ist das Kernstück ganz klar die Schuldenübernahme in Höhe von 828 Millionen DM und damit verbunden die Senkung der Pro-Kopf-Verschuldung von 8500 DM auf 1926 DM. Das heißt, Bremerhaven, Sie haben das auch festgestellt, Herr Teiser, verliert sein Negativimage als höchstverschuldete Gemeinde und befindet sich zukünftig unter dem Durchschnitt ver-

gleichbarer Gemeinden, was die Pro-Kopf-Verschuldung (C) anbelangt.

Was ich aber nicht unerwähnt lassen möchte: Zweckzuweisungen sind unverändert geblieben, das ist etwas Positives für diese Stadt. Ich stelle hier im Parlament auch einmal fest, daß wir es sehr begrüßt haben, daß nicht in diesem Zusammenhang die personelle und organisatorische Eigenständigkeit der Seestadt Bremerhaven, was Schule und Polizei anbelangt, angetastet wurde. Ich stelle für die Bremerhavener Abgeordneten hier einmal fest, daß wir es auch nicht zulassen würden.

(Beifall bei der SPD)

Einen wichtigen Aspekt möchte ich noch aufgreifen, weil der noch einmal benannt werden sollte. Die Stadtverordnetenversammlung hat gefordert, gleiche Lebensbedingungen in beiden Städten herzustellen und dabei die wesentlich höhere Arbeitslosigkeit und auch die höhere Zahl von Sozialhilfeempfängern zu berücksichtigen. Wir sind auch der Auffassung, daß dieses Ziel nicht allein durch eine entsprechende Finanzausstattung erreicht werden kann, sondern in erster Linie durch eine Beseitigung der wirtschaftlichen Strukturschwäche Bremerhavens. Es ist der richtige Ansatz zu sagen, daß hierfür eine Aufstockung der Wirtschaftsförderung über die WAP-Ansätze hinaus, natürlich auch mit Beteiligung Bremerhavens, gut geeignet ist.

Zu Herrn Teiser! Die Haushaltslage Bremerhavens wird auch zukünftig nicht zulassen, das hat sie in den letzten Jahren nicht, und das wird sie auch zukünftig nicht, daß alle Wünsche, die immer wieder geäußert werden, auch befriedigt werden können. Der Magistrat der Stadt Bremerhaven hat genauso wie der Senat hier in Bremen aufgabenkritische Beschlüsse gefaßt, die nicht auf dem Papier stehen bleiben werden, sondern die überprüft werden sollen und, ich denke, auch in die Tat umgesetzt werden können. Insofern ist Ihre Befürchtung, daß es nun wesentlich mehr Wunschbefriedigung einiger Gruppen geben wird, nicht angebracht.

(D)

Abschließend: Wir begrüßen die Neugestaltung des Finanzausgleichs und werden der Änderung des Gesetzes über Finanzausweisungen an die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frau Bernbacher: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Schramm.

Abg. **Schramm** (DIE GRÜNEN)*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zu diesem Thema zunächst einen kleinen Schritt in die Historie! Es ist ja klar, daß gerade in der Bevölkerung Bremerhavens eine offene politische Debatte entbrannt war, gerade im Wahlkampf, angesichts der horrenden Unter-

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) schiede, die festzustellen waren, was die Wirtschaftsstruktur angeht und was die Pro-Kopf-Verschuldung angeht. Wir wissen ja, daß die Stadt Bremen eine Pro-Kopf-Verschuldung von zirka 1926 DM hat und Bremerhaven eine Verschuldung von 8000 DM. Das hat eben dazu geführt, daß hier ein Schuldenberg entstanden ist, der sich eben in Höhe von 828 Millionen DM Belastung für die Seestadt ergeben hat.

Auf dem Hintergrund dieser politischen Ereignisse war es natürlich selbstverständlich, daß alle politischen Parteien im Wahlkampf diese Frage aufgegriffen haben und versucht haben, das auf ihre Mühlen zu lenken und hier für die Seestadt einen gerechteren Finanzausgleich zu bekommen. Entsprechend ist dann der Auftrag an die Koalition ergangen. Eines, denke ich, hat jetzt die Arbeitsgruppe, die dann eingerichtet worden ist, erreicht, daß zumindest in der Frage der Gerechtigkeit in der Finanzausstattung zwischen den beiden Städten jetzt einigermaßen eine Klarheit herrscht, wie sie vorher wahrscheinlich nie existierte.

(Abg. Dittbrenner [SPD]: Was heißt denn einigermaßen, Herr Kollege?)

Die Zahlen, die in dem Arbeitsausschuß von der Finanzverwaltung vorgelegt worden sind, lassen keinen Zweifel an der Seriosität dieser Zahlen entstehen. Das ist von allen Fraktionen, die sich an diesen Verhandlungen beteiligt haben, noch einmal ausdrücklich bestätigt worden.

(B) Das heißt also, wir haben eine Analyse vorliegen, auf die man sich tatsächlich auch berufen kann. Das Ergebnis ist eben, daß man sagen kann, die Seestadt Bremerhaven hat bisher eine Reihe von Vorteilen gehabt, die zum einen resultierten aus der Aufteilung der Schlüsselzuweisung unabhängig von der Einwohnerzahl und in der Verteilung von drei zu eins anstatt, wie es eigentlich gerecht gewesen wäre, in der Verteilung von 4,2 zu eins und zum anderen aus der Aufteilung der Ausgleichszuweisungen zum Ausgleich der unterschiedlichen Steuerkraft in Höhe von 100 Prozent.

Ein Novum war es eben auch, daß zu diesen 100 Prozent noch einmal 20 Prozent hinzugekommen sind und dann die Situation entstanden ist, daß Bremerhaven eben für jede verlorene Steuer-D-Mark noch einmal 20 Pfennig gratis dazubekommen hat. Ich denke, das ist in der Tat kein Anreizsystem für eigene Anstrengungen, die Wirtschaftsstruktur in der Stadt Bremerhaven zu verbessern, sondern das war eher gedacht als ein finanzieller Ausgleich für die entstandenen Schuldenlasten, die durch diese Großprojekte in der Ära Lenz für Bremerhaven dann entstanden sind.

Die Folgekosten mußten dann irgendwie aufgefangen werden. Das sagt ja auch die Mitteilung des Senats, daß eben diese Nachteile überproportional finanziell ausgeglichen worden sind, aber man muß natürlich sagen, daß es durch diesen finanziellen

(C) Ausgleich nicht geschafft worden ist, die Wirtschaftsstruktur zwischen den beiden Städten auch tatsächlich anzugleichen. Bremerhaven hat hier immer noch ein sehr großes Defizit in der Steuerkraft und in der gesamten Wirtschaftsstruktur.

Fazit der Arbeitsgruppe war dann: Wenn man finanzpolitisch völlig steril die Finanzbeziehungen betrachtet, kann man sagen, daß Bremerhaven zirka 54 Millionen DM mehr kassiert hat als die Stadt Bremen. Man kann außerdem sagen, daß die Stadt Bremerhaven wesentlich besser in der Finanzausstattung abgeschnitten hat als vergleichbare Städte in einem Flächenstaat. Das trifft übrigens auch für die Stadt Bremen in erheblichem Maße zu. Das ist natürlich ein Argument dafür zu sagen, daß die Eigenstaatlichkeit des Bundeslandes Bremen tatsächlich erhalten werden muß, denn das kommt beiden Städten finanziell zugute.

Vor dem Hintergrund dieser sehr guten finanziellen Ausstattung war es eigentlich nicht verwunderlich, sage ich einmal, zumindest bei den Bremern nicht verwunderlich, daß sie das Prinzip der Kostenneutralität dem Prinzip der Gerechtigkeit dann gleichgestellt haben. Eine Alternative wäre es eben gewesen, überhaupt keinen Finanzausgleich zu fordern. Das Ergebnis für die Stadt Bremerhaven ist, das muß man sagen, de facto eine sogenannte Bilanzverkürzung. Das heißt, auf der einen Seite der Bilanz werden die Vorteile, die Bremerhaven bisher bekommen hat, gestrichen, und auf der anderen Seite werden ihnen aber auch die zusätzlichen Zinsbelastungen genommen. Das sind zirka 64 Millionen DM, so daß als Ergebnis ein Nullsummenspiel herauskommt.

(D) Für das Land Bremen ist es keine Verkürzung, sondern nur ein Tausch auf der Passivseite. Das Land Bremen bekommt jetzt die Schulden Bremerhavens serviert, muß dafür aber ja die höheren Zuweisungen an Bremerhaven nicht mehr bezahlen, so daß sich das auch hier sozusagen kostenneutral ausgleicht.

Noch eine Anmerkung zu den Äußerungen der CDU in der letzten Zeit, die trotz der Erkenntnis und dieser vorliegenden Zahlen immer noch darauf beharrt, die Ausgleichszuweisung an Bremerhaven erhöhen zu wollen! Ich denke, das ist eine politisch völlig unangemessene Forderung, die angesichts der Finanzknappheit des gesamten Bundeslandes Bremen völlig überzogen ist und auf reinem Populismus beruht.

(Abg. Teiser [CDU]: Darf ich einmal an Herrn Mützelburg erinnern, was er gesagt hat bei der Debatte zu den Koalitionsvereinbarungen? Mehr Geld für Bremerhaven!)

Man muß natürlich bei diesem Prinzip mehr Geld für Bremerhaven auch die exakten Zahlen, Herr Teiser, zugrunde legen, die den bisherigen Finanzausstattungen zugrunde liegen, und da kann man nicht einfach blauäugig oberflächlich darüber hinweggehen. Trotz dieses Nullsummenspiels, denke ich, sind

(A) für Bremerhaven auch noch einige positive Akzente durch dieses neue Gesetz hervorzuheben.

Erstens: Bremerhaven, und das scheint mir wesentlich, wird endlich vom Stigma, eine der höchstverschuldeten Kommunen zu sein, befreit, und man kann nur hoffen, daß sich diese Nachricht dann auch schnell in der gesamten Bundesrepublik verbreitet.

Zweitens: Bremerhaven kann zunächst darauf verzichten, sich weiterhin zu verschulden. Das ist übrigens ein Privileg einer solchen Stadt im Vergleich zu anderen Städten, die mit ähnlich hohen Arbeitslosenzahlen zu rechnen haben, und mit ähnlich hohen Sozialhilfeausgaben ist Bremerhaven sozusagen fast einmalig in der Lage, mit einer Nettoverschuldung von null auszukommen. Ich denke, das ist auch ein Merkmal, das es einmal hervorzuheben gilt.

Auf der anderen Seite würde dadurch die Möglichkeit entstehen, in Bremerhaven sozusagen in sehr geringem Maße mit Augenmaß noch einmal darüber nachdenken zu können, daß man eine gewisse Neuverschuldung ins Auge faßt, wenn es um die Erhöhung der Wirtschaftsförderung geht, die ja die Wirtschaftsstruktur Bremerhavens sehr nötig hat.

Wir haben, das muß ich auch noch einmal sagen als Mitglied der Arbeitsgruppe des Finanzausgleichs, auch noch einige Erfolge erzielt. Die Verwaltung der Stadt Bremen hatte eigentlich, sage ich einmal, noch etwas ganz anderes mit der Stadt Bremerhaven vor, das konnten wir weitgehend zurückweisen. Ich denke, das ist ein Erfolg der Koalition.

(B) Ein weiterer Punkt, den man ansprechen muß und den Herr Neujahr dankenswerterweise auch noch erwähnt hat, ist, daß es endlich jetzt darauf ankommt, auch gleiche Kriterien bei den Eigenleistungen einzufordern. Das bedeutet, daß auch Bremerhaven sich einer sogenannten Aufgabenkritik stellen muß. Ein entsprechender Antrag übrigens, und da teile ich Ihre Kritik wieder nicht, Herr Neujahr, ist ja von Rotgrün jetzt in der Stadtverordnetenversammlung eingebracht. Da wird genau diese Aufgabenkritik eingefordert. Sie ist notwendig, das wissen wir alle, weil nämlich die Sozialhilfeausgaben und die Personalausgaben pro Kopf in Bremerhaven merkwürdigerweise sehr viel höher liegen als in vergleichbaren Städten, die mit ähnlichen Belastungen zu rechnen haben. Das ist meines Erachtens in der Mitteilung des Senats noch nicht ganz auf seine Ursachen hin überprüft und konsequent zu Ende gedacht worden. Hier muß es noch eine externe Überprüfung geben, und wir werden dann sehen, welche Ursachen für diese sehr überhöhten Ausgaben vorhanden sind.

Folgendes Fazit kann ich ziehen: Unter den Bedingungen der Finanzknappheit kann Bremerhaven zufrieden sein. Die Ursachen für die unterschiedliche Wirtschaftsstruktur zwischen Bremen und Bremerhaven sind nicht behoben. Der kommunale Finanzausgleich des Stadtstaates ist wesentlich günstiger als der in Flächenstaaten. Das ist ein Argument für den Erhalt der Eigenstaatlichkeit. Es müssen zusätzliche Maßnahmen zur Erhöhung der Einwohnerzahlen getroffen werden, ich denke da an den Woh-

nungsbau. Bremerhaven muß sich, das habe ich bereits gesagt, mit einem Eigenbetrag durch erneute Aufgabenkritik an der Entlastung beteiligen. Für die Erhöhung der Investitionsquote müssen zusätzliche Hilfsmaßnahmen von Bund und Ländern nach Bremerhaven und zum Land, hier in diesem Fall nach Bremerhaven, fließen. (C)

Frau Marken, in einem stimme ich Ihnen auch nicht ganz zu. Ich denke schon, daß die im Haushaltsansatz jetzt bereitgestellten WAP-Mittel durchaus ausreichend sind in der Höhe. Ich denke, es kommt darauf an, und da sehe ich ebenfalls ein Defizit in der Historie dieser Stadt, aus diesen Geldern auch wirklich eine neue Wirtschaftsstruktur zu formen. Das heißt, daß Bremerhaven endlich politisch auch in die Lage versetzt werden muß, entsprechende Projekte anzumelden, die dann aus dem WAP finanziert werden können. Das wird besonders auf die Stadt zukommen, wenn es darum geht, Projekte aus dem sogenannten Sanierungsprogramm einzufordern.

Ich denke, daß eine oder zwei Personen aus der sogenannten wirtschaftspolitischen Leitstelle für die Anmeldung dieser Projekte doch in erheblichem Maße überfordert sein werden. Hier muß es zu einem runden Tisch, zu einem Gespräch zwischen den Fraktionen kommen, und das ist auch eine Aufgabe der rotgrünen Kooperation in Bremerhaven. Hier bitte ich, die Diskussion um eine Erneuerung der Wirtschaftsstruktur anzuleiern. Ich denke, daß gerade auch im ökologischen Bereich Großprojekte hier einen wesentlichen Anteil haben werden. Aber diese Diskussion müssen wir noch führen, und ich denke, das ist auch eine Aufgabe der rotgrünen Kooperation für die Zukunft! (D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Frau Bernbacher: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Meine Damen, meine Herren, ehe ich den zweiten Bereich aufrufe, rufe ich jetzt erst einmal den Tagesordnungspunkt 34 auf.

Interfraktionell ist vereinbart worden, das Beamtengesetz heute in erster und zweiter Lesung zu behandeln.

Die Beratung ist eröffnet. Die Begründung durch den Antragsteller hat Herr Teiser von der CDU vorhin in seinem Redebeitrag geleistet.

(Abg. K u d e l l a [CDU]: Er hat zwar keinen Antrag gestellt! — Abg. T e i s e r [CDU]: Aber ich habe ihn begründet! — Abg. J u n g - c l a u s [FDP]: Er ist nicht Antragsteller!)

Entschuldigung! Liegen noch weitere Wortmeldungen vor? — Nein! — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

(A) Wer das Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, DIE GRÜNEN und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen DVU)

Stimmenthaltungen?

(Abg. A l t e r m a n n)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Meine Damen, meine Herren, es ist beantragt worden, unmittelbar nach der ersten Lesung in die zweite Lesung einzutreten.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, DIE GRÜNEN, FDP und Teile der CDU)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist damit einverstanden.

Wir kommen zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

(B) Wer das Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, DIE GRÜNEN und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen DVU)

Stimmenthaltungen?

(Abg. A l t e r m a n n)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Meine Damen, meine Herren, ich rufe jetzt den Bereich zwei, Wirtschaft, Häfen, Schifffahrt, auf.

(Abg. M ü t z e l b u r g [DIE GRÜNEN]:
Könnten Sie die verbleibenden Redezeiten mitteilen?)

Die verbleibenden Redezeiten! Die SPD hat noch 105 Minuten, die DVU 117 Minuten, die FDP 98 Minuten, die GRÜNEN 88 Minuten, die CDU 95 Minuten und der Senat noch 84 Minuten.

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Schrörs.

Abg. Dr. Schrörs (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bremen muß ei-

nen entscheidenden Beitrag zur Sanierung seiner Finanzen leisten. Dies ergibt sich aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 27. Mai 1992. Ein zentraler Mangel bremischer Politik bestand und besteht aber darin, daß die dringend gebotenen Struktur- und Investitionsentscheidungen, mit denen Wirtschaftswachstum erreicht werden soll, nicht getroffen werden.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Eine der wichtigsten Rahmenbedingungen für die Sicherung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen ist ein quantitativ ausreichendes und qualitativ attraktives Angebot von Gewerbeflächen. Mit der Senatsbildung 1991 haben sich jedoch die Chancen für eine vorausschauende Gewerbeflächenpolitik weiter verschlechtert. Statt die Hemelinger Marsch als Gewerbefläche auszuweisen, wie die CDU gefordert hat, werden fällige Entscheidungen nicht getroffen.

Die Hemelinger Marsch ist ein ganz besonders gravierendes Beispiel dafür, daß sich einzelne Ampelteile gegenseitig blockieren. Wirtschaftsminister Jäger handelt nicht, die FDP äußert sich nicht, die Sozialdemokraten sind zerstritten, die GRÜNEN sind gegen eine Gewerbeerschließung in der Hemelinger Marsch, und der Umweltsenator, der vor allem Stadtentwicklungssenator ist, läßt immer neue Gutachten erstellen, die ihm beweisen, daß er unrecht hat, und schickt zudem zu Nachtzeiten seine Mitarbeiter in die Marsch.

Eine Blockade jedoch findet nicht nur im Bereich der Gewerbeflächenpolitik statt, sondern ebenso bei der Frage der verkehrlichen Anbindung von Wirtschaftsstandorten in Bremen-Stadt. Wie weit, meine Damen und Herren, sind wir eigentlich schon in Bremen gekommen, wenn ein Wirtschaftsminister die Kenntnisnahme eines Papiers seines Ressorts durch die Deputation als Erfolg verkauft?

(D)

(Beifall bei der CDU — Bürgermeister J ä g e r : Da können Sie einmal sehen, wie schwierig das ist!)

Meine Damen und Herren, um zu dieser Kenntnisnahme, Herr Jäger, innerhalb der Koalitionäre zu gelangen, bedurfte es zweier Sitzungen und eines Zeitraumes von fast drei Monaten. Hier, Herr Jäger, haben Sie die Unterstützung der CDU, die Sie vorhin angemahnt haben. Nur Sie, Herr Jäger, haben nicht die Unterstützung Ihrer Koalitionspartner!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Sie stellen in Ihrem Beitrag Streitkultur als Erfolg dieser Koalition dar. Herr Bürgermeister, gemessen werden Sie aber nicht an der Länge des Streites, sondern Sie werden gemessen an der sachgerechten Umsetzung von Entscheidungen. Dabei haben Sie bisher keinen großen Erfolg gehabt.

(Beifall bei der CDU)

(A) Meine Damen und Herren, dies ist aber das Tagesgeschäft der Koalitionäre. Über Vorlagen wird so lange debattiert, bis man den kleinsten gemeinsamen Nenner der Übereinstimmung erzielt hat und es wieder einmal gelungen ist, Streit in der Koalition zu vermeiden, die Koalitionsfrage nicht stellen und Entscheidungen nicht treffen zu müssen.

Neben diesen beiden Bereichen, der Gewerbeflächenpolitik und der Verkehrspolitik, gibt es aber einen weiteren Bereich, der von den Sozialdemokraten in der Vergangenheit, aber auch von den Ampelkoalitionären bislang sträflichst vernachlässigt wurde. Hierbei handelt es sich um Maßnahmen zur Verbesserung der Attraktivität der Innenstadt. Dringend gebotene Struktur- und Investitionsentscheidungen werden auch hier nicht getroffen. Die Ampelkoalitionäre sind weit davon entfernt, ein Stadtmarketingkonzept vorlegen zu können, geschweige denn ein Veranstaltungs- und Messekonzept für die Stadthalle beziehungsweise das hoffentlich bald fertige Kongreßzentrum zu erstellen. Lediglich die Planung des Seifenkistenrennens, so hört man, ist nach zwei Senatssitzungen nahezu abgeschlossen.

(Beifall bei der CDU)

(B) Meine Damen und Herren, der Einzelhandelsumsatz in Bremen betrug 1991 zirka sechs Milliarden DM und liegt damit um zirka 1,4 Milliarden DM unter dem erreichbaren Marktvolumen, das Prisma 1986 schon errechnet hatte. Die bremische Einzelhandelszentralität lag Anfang der siebziger Jahre noch bei über 130 Prozent. Heute liegt sie bei zirka 107 Prozent und hat damit den niedrigsten Wert aller westdeutschen Großstädte und liegt auch noch unter der von Oldenburg, Delmenhorst und Osterholz-Scharmbeck. Dies, meine Damen und Herren, zeigt, daß unser Umland nicht nur für die eigene Bevölkerung attraktiver ist als die Großstadt Bremen, sondern auch viele Bremer lieber Angebote im Umland nutzen als in ihrer eigenen Stadt.

Noch eine Kennzahl zeigt die desolote Situation im bremischen Einzelhandel. Während der bremische Einzelhandelsumsatz zwischen 1972 und 1991 real um 27 Prozent stieg, betrug das Wachstum im Bundesdurchschnitt mehr als das Doppelte. Die Einzelhandelsleitlinien des Senats haben 1990 bereits aufgezeigt, daß bis zu 200 000 Quadratmeter Einzelhandelsflächen in Bremen insgesamt fehlen. Hier, meine Damen und Herren, ist der Senat gefordert, Konzepte auf den Tisch zu legen und endlich zu handeln!

Hierzu gehört die Schaffung von weiteren attraktiven Einzelhandelsstandorten in der City, und es gehört auch dazu, daß den Kunden das Parken in der Innenstadt weiterhin ermöglicht wird. Wenn es nach den Koalitionären geht, so würde Bremen im Jahre 2000 wahrscheinlich so aussehen: Das Mittelalter feiert fröhliche Urständ. Es gibt wieder Stadtmauern, Wassergräben und Zugbrücken. Wer mit seinem motorisierten Gefährt um Einlaß bittet, muß einen

Obolus entrichten, erst dann öffnet sich das Tor.

(Vizepräsident N ö l l e übernimmt den Vorsitz.)

Da dies aber offensichtlich nicht unmittelbar umsetzbar ist, wird zunächst das Pilotprojekt „Autofreier Sonnabend“ installiert. Meine Damen und Herren, erste Zwischenbilanzen über das Projekt Aachen ergaben folgendes Ergebnis: Es gibt gravierendere Probleme als erwartet. Bei den Aachener Filialen größerer Warenhäuser liegt der Umsatz mittlerweile bis zu 15 Prozent unter dem der vergleichbaren Häuser in anderen Städten. Pluszahlen einiger Firmen mit branchenbedingter Konjunktur stehen Minusergebnissen bis zu 60 Prozent gegenüber. Im übrigen habe der autofreie Samstag zu einer Umorientierung auf andere Städte geführt. Selbst Einzelhändler im rund 70 Kilometer entfernt liegenden Mönchengladbach vermerkten nach dem Beginn des Verkehrsexperiments einen Zuwachs an Kunden aus der Gegend von Aachen. Der hier in Bremen geplante Versuch wird die Oldenburger freuen, Herr Jäger!

Meine Damen und Herren, auch das Teilentwiddungsverfahren für den Straßenzug Ostertorsteinweg/Vor dem Steintor läßt den Schluß zu, daß die Koalitionäre an einer Verbesserung der Wirtschaftsstruktur in Bremen ernsthaft nicht interessiert sind, obwohl der derzeitige Wirtschaftssenator doch sein Ressort extra in Wirtschaft, Mittelstand und Technologie umfirmierte.

(D) Es kann doch auch den Koalitionären nicht verborgen bleiben, daß eine Umsetzung der beabsichtigten Maßnahme viele Handwerksbetriebe und Einzelhandelsgeschäfte in ihrer Existenz gefährden beziehungsweise sie zur Standortverlegung zwingen würde. Daß hierdurch der Charakter des Ostertor- und Steintorgebietes, das durch ein enges Miteinander von Wohnen, Arbeiten und Einkaufen geprägt ist, grundlegend verändert würde, zeigt, daß hier erneut zu Lasten eines großen Teils der gewerblichen Anlieger dieses Stadtteils Politik gemacht wird.

(Beifall bei der CDU)

Dies, meine Damen und Herren, ist dann die Mittelstandskomponente des Ampelsenats!

Meine Damen und Herren, in der Lage, in der Bremen sich befindet, reicht es eben nicht, Vorhaben zu präsentieren, die bestenfalls dazu geeignet sind, Versäumnisse der Vergangenheit nachzuholen. Vielmehr muß zukunftsorientiert eine Einzelhandelskonzeption für die Bremer Innenstadt vorgelegt werden und endlich an die Erstellung und nachfolgend an die Umsetzung eines Stadtmarketingkonzepts herangegangen werden.

(Beifall bei der CDU)

Diese Erkenntnis ist offensichtlich bei den Koalitionären noch nicht einmal im Ansatz erkennbar.

- (A) Meine Damen und Herren, wir sollten uns fragen, für wen wir Bremen attraktiv gestalten wollen: für den, der Steuern einbringt, oder für den, für den wir Steuern aufbringen müssen? Kümmern wir uns doch zukünftig wieder mehr um diejenigen, die wagemutig ohne staatliche Hilfe Neues auf eigenes Risiko schaffen!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Nölle: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Schramm.

Abg. Schramm (DIE GRÜNEN)*: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dr. Schrörs, Sie haben hier mit Ihrer Rede wirklich eben eine umweltpolitische Leistung vollbracht. Sie haben ein sogenanntes Rede-Recycling eingeführt. Das finde ich sehr positiv.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP — Zurufe von der CDU)

Sie wiederholen gebetsmühlenartig immer die gleichen Argumente, und das ist natürlich eine Art von Ressourceneinsparung. Das gebe ich zu.

(Zurufe von der CDU)

- (B) Da bin ich mir nicht so sicher!

Für uns GRÜNEN, ist es ja das erste Mal, glaube ich, in unserer Geschichte hier in Bremen, daß wir auch einem Wirtschaftshaushalt zustimmen, der mehr oder weniger auf Wachstum abstellt, auf ein Wachstum sowohl der traditionellen Bereiche, aber auch auf ein Wachstum, das die ökologischen Techniken einbezieht, aber eben eine Ökologie, die auch auf Wachstumsmärkte zielt.

Gerade an dem Wirtschaftshaushalt als Quelle von Wirtschaftswachstum, aber auch als Quelle der Entstehung aller Einkommen und ihrer entsprechenden Verteilung, bricht sich ja ganz leicht eine grüne Programmatik, wenn sie ausschließlich auf die Grenzen von Wachstum abzielt, ohne auch ein bestimmtes qualitatives Wachstum einzubeziehen. Diese Debatte wird sich gerade innerhalb der GRÜNEN-Partei, denke ich, auch angesichts des Sparprogramms, das vor uns steht, noch verschärfen.

Durch die horrende Finanzknappheit, durch die Notwendigkeit der Erhaltung der Eigenstaatlichkeit, durch die Forderung an die finanzielle Bereitstellung von Mitteln für die Reparatur von Natur und von sozialer Zerstörung wächst natürlich der Druck auf rentable Investitionen, die neben den Arbeitsplätzen auch noch hohe Einnahmen und Steuerkraft abwerfen sollen. Folgerichtig ist deshalb ein Verzicht der vorgelegten Wirtschaftsförderung zugunsten ande-

rer eher sozial-konsumtiver Bereiche, also sozusagen eine richtige Umverteilung, in diesem Wirtschaftshaushalt nicht abzusehen.

Der Wirtschaftshaushalt ist im Vergleich zum Vorjahr von größeren Sparorgien ausgenommen. Die mittelfristige Finanzplanung sieht dann wieder enorme Steigerungsraten vor, die durch die zusätzlichen Mittel des Sparprogramms finanziell auch unterfüttert werden können. Es wird meines Erachtens in der Zukunft darauf ankommen, diese Zuwachsraten eben durch ökologische Projekte, die sowohl den Anforderungen an den Erhalt der Steuerkraft als auch an den tatsächlich zu fordernden ökologischen Umbau erfüllen, zu erzielen.

Fazit: Es gibt für das Wirtschaftsressort keine Austeritätspolitik, wie sie für andere Ressorts vorgesehen ist, und deswegen sagen wir zu diesem Bereich auch harter Politikbereich. Trotzdem ist es der Ampelkoalition meines Erachtens gelungen, in diesem harten Politikbereich, erstmalig vielleicht in der Geschichte Bremens, erste finanzielle Pflänzchen einer ökologischen Umsteuerung auszusäen.

Das WAP III forciert nicht mehr die Aufholjagd, sondern leitet Schwerpunkte für einen richtigen Strukturwandel ein. Diese Schwerpunkte liegen im Branchenrecycling, im Dienstleistungssektor, in der Technologie, aber auch im Umweltschutz. Sowohl für das WAP 93 als auch in den Projektanmeldungen in Brüssel im Rahmen der Ziel-zwei-Programme für die kommenden Jahre sind erhebliche Mittel für ökologische Projekte veranschlagt worden. Für die Haushaltsjahre 1992 und 1993 sind allein im neuen WAP Ökologieanteile von mehr als 100 Millionen DM enthalten. Hierfür ist eine besondere Öko-WAP-Liste erarbeitet worden, die Bestandteil dieser Haushaltsberatungen ist.

Neben dem Ökofonds als eigenständigem Fonds im WAP III selbst enthalten die vielen anderen Fonds mit insgesamt über 80 Millionen DM eine finanzielle ökologische Komponente, und in der mittelfristigen Finanzplanung bekommt diese ökologische Komponente auch eine steigende Tendenz. Die Ökologie wird im Gegensatz zu den vorherigen Haushalten, meine ich, nicht mehr nur als Wurmfortsatz eines Ökofonds im Wirtschaftspolitischen Aktionsprogramm behandelt, sondern zieht sich als finanzieller Faden durch das gesamte WAP, wenn es auch noch nicht ganz der rote Faden ist.

Die Vereinbarungen zum ökologischen Umgang bei der Gewerbeflächenvergabe, bei dem Gewerbebranchenrecycling, bei der Subventionierung von Gewerbeansiedlungen, bei den Abwasser- und Sonderabfallabgaben, bei der Förderung regenerativer Energiequellen, bei der Förderung von Energieeinsparmaßnahmen tragen ihre ersten Früchte innerhalb des WAP und tragen somit gleichfalls zur Vermeidung von Umweltzerstörung bei.

Das WAP enthält somit sowohl die Förderung ökologischer Techniken als Techniken des End-of-the-Pipe als auch Anreize an der Basis des Vermeidungsprinzips. Hier nur kurz einige Beispiele aus den ver-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) schiedenen Fonds: Mittelstandsfonds, über 20 Millionen DM an Investitionsförderung zur Nutzung von Brachen oder für flächensparende Investitionen, Förderung von Umweltberatung, Förderung von ökologisch beispielhaften Bauweisen. Oder aus dem Technologiefonds: Forschung und Entwicklung, Infrastruktur für Umwelttechnologien über 30 Millionen DM, Risikofonds für ökologische Projekte zwei Millionen DM, neue Energietechnologien 15 Millionen DM. Ein Beispiel aus dem Gewerbeflächenfonds: Für das Brachenrecycling werden über 40 Millionen DM ausgegeben.

Ein Beispiel aus dem Industriefonds: Wir haben es geschafft, auch das ist erstmalig in Bremen, als Koalition erhebliche Mittel für eine Rüstungskonversionsprogrammatische einzubeziehen. Wir werden versuchen, diese Mittel zu bündeln und dann auch tatsächlich für die Förderung von Abrüstungsprojekten einzusetzen. Wir haben dafür erhebliche Beträge auch als VE eingeplant. Ich denke aber, daß die Debatte darüber, wie man diese finanziellen Mittel dann auch bündeln wird und daß sie tatsächlich auch ihr Ziel erreichen, von uns noch geführt werden muß.

Durch das Ziel-zwei-Programm werden zahlreiche Projekte für die Stadt und für die Verbesserung der Innenentwicklung und der Flächenökologie angemeldet. Beispiele aus dem Ziel-zwei-Programm: Europahafenrecycling eine Million DM, Lürssen-Gelände fünf Millionen DM, Klöckner-Gelände zwei Millionen und sieben Millionen für die Neustrukturierung des AG-„Weser“-Geländes. Ich denke, hier sind auch Zeichen gesetzt, die wir in der Zukunft nutzen wollen.

(B) Für Bremerhaven wird ein Entwicklungszentrum für angewandte Biotechnologie geplant. Hierfür sind über sechs Millionen DM angemeldet. Ich hoffe, daß diese angemeldeten Gelder dann auch in konkrete Projekte einmünden.

Natürlich haben wir mit der Wirtschaftspolitik, das will ich nicht verhehlen, und das ist auch in dieser Ampel in der öffentlichen Diskussion mehrere Male deutlich geworden, auch unsere Probleme. Wir wollen nicht alles in den Himmel heben. Tatsache ist ja, daß in der Welt nichts vollkommen ist, und wir können uns durchaus noch gewisse Verbesserungen im WAP vorstellen. Ich denke, daß eine richtige strategische Offensive, so wie wir sie gern hätten, zur wirklichen Entgiftung der Produktion, eine strategische Allianz Umweltschutz, erst noch einmal eingeleitet werden muß. Ich denke, daß die politische Zielsetzung, wirklich flächensparend mit zukünftigen Gewerbegebieten umzugehen, auch tatsächlich formal in das WAP eingebracht werden muß.

Wir sagen auch, daß die Bedarfsprognosen für zu erwartende Gewerbeansiedlungen, die im WAP zugrunde gelegt sind, unseres Erachtens doch im wesentlichen zu hoch sind. Wir könnten uns vorstellen, daß die Gutachten, die zu anderen Ergebnissen kommen, wie das BAW auch, in ihren Ergebnissen Einfluß finden in die Bedarfsprognose für die zukünftige Gewerbeansiedlung. Es wird sich dann herausstel-

len, daß der zukünftige Flächenbedarf für Bremen erheblich unter den Zahlen des BAW liegen wird. (C)

Wir meinen auch, daß der Subventionskodex mit Niedersachsen noch weiter ausverhandelt werden muß. Er ist in seiner bisherigen Form noch nicht ganz ausreichend, um auch wirklich gemeinsame Projekte bei der Gewerbeansiedlung zu realisieren. Hier gibt es noch einen gewissen Nachholbedarf.

Ich will auch nicht verhehlen, wir haben gewisse Probleme, und die machen uns besondere Bauchschmerzen, wahrscheinlich auch in der Zukunft, mit den Vorstellungen des Wirtschaftssenators über die Anbindung der Wirtschaftsstandorte über neue Verkehrswege, mit seiner Konzeption der Vermischung von Güterverkehr und Individualverkehr in der Stadt Bremen. Ich denke, hier wird es noch einen zusätzlichen Diskussionsbedarf geben, wie man zukünftig wirklich die Wirtschaftsstandorte mit ökologischen Verkehrsverbindungen sinnvoll anbinden kann.

Die Gewerbeflächenpolitik und die Verkehrspolitik werden also noch Aufgabe zukünftiger Auseinandersetzungen und zukünftiger Politik in der Ampelkoalition sein. Ich denke, das ist aber kein Nachteil, sondern das ist, wie gesagt, immer noch ein Vorteil dieser Ampelkoalition. Es ist eine konstruktive Kritik, die wir aufgreifen müssen, und es ist sozusagen der erste Schritt in eine neue politische Kultur.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Nölle: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Lojewski. (D)

Abg. Lojewski (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, Herr Dr. Schrörs, das kann ja noch nicht alles gewesen sein. Sie wollten wahrscheinlich die Debatte dadurch beleben, indem Sie uns zunächst einmal den Vorrang einräumen, um sich dann an den Wortbeiträgen der Koalition abzuarbeiten.

Das war ja nicht der Hauch des Versuchs, ein halbwegs ernsthaftes und halbwegs seriöses wirtschaftspolitisches Konzept der großen bürgerlichen Oppositionspartei anzudeuten. Das war es ja nicht, darauf hätten wir aber gehofft,

(Beifall bei der SPD — Abg. B o r t t s c h e l -
l e r [CDU]: Diese Einleitung kennen wir
schon!)

weil wir Sie natürlich auch vor dem Hintergrund der heutigen Debatte wirklich fordern möchten, sich doch an der Erarbeitung eines Sanierungsprogramms, insbesondere eines Programms zur Strukturverbesserung, aktiv zu beteiligen.

Wenn es jetzt aber dabei bleibt, daß Sie zum einhunderttausendstenmal meinen, das Heil der Wirtschaftspolitik liege darin, daß man jetzt und sofort zehn Hektar mehr Gewerbeflächen zur Verfügung stellt, sage ich Ihnen, wenn wir das auf dieser Ebene

(A) diskutieren, wird leider nicht viel dabei herauskommen.

(Beifall bei der SPD)

Ihr Redebeitrag war aber deswegen so interessant, weil er in einem Nebensatz zum Schluß, er war wirtschaftspolitisch nicht interessant, schlaglichtartig, viele haben es nicht gemerkt, deutlich gemacht hat —

(Heiterkeit bei der CDU)

nein, viele haben es nicht gemerkt, es war ja so zum Schluß, ich habe es gemerkt —,

(Heiterkeit bei der CDU)

deutlich gemacht hat, Herr Kudella, worin wir uns unterscheiden, denn Sie haben gesagt, es käme darauf an, Politik für diejenigen zu machen, die erwirtschaften, die solvent sind, denen es gut geht, und nur für diejenigen. Das waren Ihre Ausführungen. Ich sage, dies ist ein menschenverachtendes Politikkonzept.

(Beifall bei der SPD)

(B) Auch Wirtschaftspolitik hat sich, wie alle anderen Politikfelder auch, am Interesse aller Menschen zu orientieren und kann und darf sich nicht ausspielen lassen gegen Sozialpolitik, gegen Bildungspolitik und auch nicht gegen Umweltpolitik. Weil diese Koalition genau dieses Projekt angeht, nämlich unter schwierigen Rahmenbedingungen, auch finanziellen Rahmenbedingungen, Politik für die Menschen in Bremen zu leisten, deswegen werden Sie auch in der Opposition bleiben, wenn Sie Klassenpolitik betreiben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD — Abg. B o r t t s c h e l -
l e r [CDU]: Rauschender Beifall!)

Ich möchte auf Herrn Nölle zurückkommen. Herr Nölle, Sie haben gesagt, es gäbe weiterhin eine Abkopplung in der Wirtschaftsentwicklung, und haben sich dabei wohl auf Zahlen des realen Bruttoinlandsproduktes bezogen. Wir sollten, wenn wir in eine ernsthafte Debatte eintreten, auch fair bleiben! Das, was Sie versucht haben zu suggerieren, trifft nicht zu.

(Abg. B o r t t s c h e l l e r [CDU]: Alle anderen sind unfair!)

Es ist zu verzeichnen, das werden Sie auch in dem Sanierungskonzept finden, daß wir nach dem Greifen des wirtschaftsstrukturpolitischen Programms, dessen Ausfüllung Sie ja im wesentlichen mitmachen und welches ja auch von Ihnen alternativlos im großen und ganzen mitgetragen wird, unseren Beitrag geleistet haben, eine Umkehr dieser Abkopplungsentwicklung herzustellen, und daß wir seit 1986

(C) nicht erkennen können, daß wir aufgeholt haben, was das Bruttoinlandsprodukt angeht, aber erkennen können, daß wir uns angekoppelt haben an die allgemeine bundespolitische Konjunkturentwicklung.

Wenn Sie Wirtschaftspolitik betreiben, auch als Opposition verantwortlich betreiben vor dem Hintergrund eines Sanierungskonzepts, dann müssen Sie wissen, daß Psychologie, wie ja auch Ihr Kanzler und Ludwig Erhard und Müller-Armack, all diese Protagonisten der sozialen Marktwirtschaft deutlich gemacht haben, ein ganz wesentlicher Punkt ist. Es ist meines Erachtens, gestatten Sie mir diesen Hinweis in aller Zurückhaltung, wirklich kontraproduktiv, wenn versucht wird, schlechtzureden, und wenn Sie sich als die große Opposition, die auch für Wirtschaftspolitik ja in gewisser Weise steht, als wirtschaftspolitische Unke gerieren. Das ist absolut kontraproduktiv, das nutzt auch unserer Wirtschaftsentwicklung überhaupt nicht.

(Beifall bei der SPD — Vizepräsident Frau
B e r n b a c h e r übernimmt den Vorsitz.)

Sie haben es wirklich nicht nötig, denn Sie wirken ja in der konkreten Politik durchaus konstruktiv mit. Da gab es einmal leichte Irritationen in der letzten Zeit, aber das haben wir ja dann auch wieder über die letzte Debatte in der Wirtschaftsdeputation zum neuen Ziel-zwei-Programm aufgefangen.

(D) Sie betreiben ja eine konstruktive Opposition, eine konstruktive Mitwirkung, in der Praxis stellt sich Ihre Politik ganz anders dar, als sie hier von Ihnen suggeriert wird. Ich finde, Sie sollten doch hier in der Bürgerschaft nicht mit dem einen Körperteil das umstoßen, was Sie in mühseliger Kleinarbeit in den Ausschüssen an Gemeinsamkeiten und an konstruktivem Streiten mit dem Kopf aufrichten. Deswegen halte ich es für absolut verfehlt, wenn Sie immer wieder, ohne Alternativen aufzuzeigen, die wirtschaftsstrukturellen Bemühungen, die natürlich laufend verbessert werden müssen, bestreiten.

Ich glaube, daß wir wirklich mit dem neuen WAP III nicht nur den Versuch unternommen haben, sondern einen Schritt vorangegangen sind, die neuen Herausforderungen zu meistern. Wir haben eindeutige Schwerpunkte gesetzt. Ich will einige kurz benennen: Ich denke an die ökologische Durchdringung des Wirtschaftspolitischen Aktionsprogramms, Kollege Schramm hat darauf hingewiesen, ich habe die Zahl 54 Millionen DM im Jahr im Gedächtnis, übrigens eine gewaltige Anstrengung, wie das gesamte Wirtschaftspolitische Aktionsprogramm, welches ja ein Volumen von fast 300 Millionen DM hat und, wenn denn der Bund mithilft, zukünftig 340 Millionen DM erreichen wird, eine gewaltige Anstrengung vor dem Hintergrund der knappen Kassen in Bremen!

Wir haben also unsere Ziele programmatisch erreicht und sind, wie Sie aus den Wirtschaftsförderungsausschüssen auch entnehmen können, dabei,

(A) das neue Programm Schritt für Schritt umzusetzen. Wir stärken, wie Sie in Ihrem Antrag auch sagen, den Dienstleistungssektor und haben einen entsprechenden Fonds eingerichtet und aufgestockt. Wir tun etwas für den Mittelstand, wir vervollkommen unsere Forschungs- und Entwicklungsinfrastruktur, aber auch das betriebliche Instrumentarium, mit dem wir einzelne Projekte, Verbundprojekte und ähnliches fördern, auch eine gewaltige Anstrengung, die in der Vergangenheit, wie die Arbeitsmarktzahlen zeigen, wie die Zahlen zum Wirtschaftswachstum zeigen, ihre Wirkung gezeigt hat.

Ich finde, das können wir anerkennen und dann darüber streiten, wie wir im einzelnen am Projekt und in der Feinsteuerung des Programms gemeinsam weiterkommen und welche Punkte noch zu erledigen sind. — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frau Bernbacher: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Braun.

Abg. **Braun** (FDP): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Grundzüge bremischer Hafenpolitik berühren den Lebensnerv unserer Stadt, und deshalb, glaube ich, ist es angemessen, am ersten Tag dieser Haushaltsberatungen diesen Stellenwert hier auch zu dokumentieren. Die Stille der Opposition zu diesem Thema nehme ich einmal optimistisch als Beitrag entgegen, daß die Opposition zu der Hafenpolitik, wie sie die Koalition darstellt, Zustimmung erteilen kann. Ich glaube, auch in der Gesamtheit der Deputationsarbeit ist das deutlich geworden.

Rund ein Viertel aller Bremer Arbeitsplätze, meine Damen und Herren, hängt direkt und indirekt von Hafentätigkeiten ab. Es ist deshalb unabdingbar, speziell in Zeiten knapper finanzieller Ressourcen sich in der Hafen- und Hafeninvestitionspolitik nicht von kurzfristigen Aspekten leiten zu lassen, sondern zu versuchen, mittel- bis langfristige Zielsetzungen zu erarbeiten.

(Beifall bei der FDP)

Ich glaube, diese Verhaltensnorm wird deutlich in der Arbeit dieser Ampelkoalition, und aus diesem Grunde begrüßt die FDP-Fraktion das Unterfangen des Hafensensors, ein Gesamthafenkonzept zu entwickeln, in dem die Leitlinien der nächsten Jahre festgeschrieben werden sollen.

Die bremischen Häfen, das ist bekannt, sollen nach umfassenden Untersuchungen seriöser Institute — darauf komme ich nachher noch — im Jahre 2000 ein Umschlagsvolumen von rund 44 Millionen Tonnen bewältigen. Auf diese Zahl muß Politik vorbereitet sein. Es ist deshalb folgerichtig für uns, daß von seiten der Politik der Versuch unternommen wird, vor allen Dingen mit den betroffenen hafenwirtschaftlichen Unternehmen in einen Erfahrungsaustausch einzutreten, um verlässliche Leitlinien für den

Ausbau von Infra- und Suprastruktur, Telematik und logistischen und distributiven Anforderungen gemeinsam festzulegen. Dies, und das muß man ganz deutlich sagen, ist neu für unser Bundesland und ist ein wesentlicher Aspekt der hafenwirtschaftlichen Bemühungen dieses Ampelsenats.

(Beifall bei der FDP)

Dabei ist aber davon auszugehen, meine Damen und Herren, daß Hafenpolitik für die FDP-Fraktion integrativer Bestandteil von Wirtschaftspolitik allgemein ist und sich nicht an Ressortgrenzen orientieren kann, und so fordern wir auch eine permanente Diskussion zwischen dem Wirtschaftssenator und dem Hafensenator, auch wenn es um alte Reviere geht, um eine sinnvolle Entwicklung dieser Region herbeizuführen.

Es ist die Erwartung von uns an diese Hafenstrukturkommission, daß sie auch, meine Damen und Herren, traditionelle, aber überlebte Hafenstrukturen in Frage stellt und um neue Konzepte sich bemüht. Dies tangiert nicht nur den Überseehafen, aber ich meine, dieser Ampelsenat und diese Koalition sind gefordert, sich Gedanken über neue Hafenstrukturen zu machen, die, wie gesagt, integrative Charakter haben müssen.

Nur so können wir auch den FruchtKompromiß — ich spreche den offen an — so verstehen, daß er Optionen für die Zukunft offenbart. Die Ausgliederung von rund 25 Hektar aus den alten Hafenrevieren ist für uns ein erstes Signal, hier eine koordinierte, integrative Vorgehensweise zu realisieren. Aus diesem Grunde begrüßen wir diesen Kompromiß und gehen davon aus, daß die hafenwirtschaftliche und allgemein gewerbliche Nutzung dieses Industrieareals ein weiterer Schritt zur Stärkung des Standortes Bremen sein wird.

(Beifall bei der FDP)

Das heißt, meine Damen und Herren, Tabus sollte es bei der Diskussion über ein zukunftsorientiertes Hafenkonzept nicht geben. So müssen auch Überlegungen zu einer wesentlich höheren Flexibilität der Umschlagsfacilitäten — ich spreche hier ganz offen das Monopol der BLG an — durch Gewinnung und Ausweitung von privaten Anbietern im Umschlagbetrieb angestellt werden. Wir werden uns dafür einsetzen, daß diese Diskussionen verstärkt werden und echte Alternativen zu einem flexiblen Umschlagwesen im Hafen führen.

(Beifall bei der FDP)

Mittelpunkt, meine Damen und Herren, aller haushaltsrechtlichen Anstrengungen sind natürlich die Großprojekte im Hafenbereich, ist naturgemäß die Realisierung des Großprojektes CT III. Dies ist für uns, für die FDP-Fraktion, und, wie ich hoffe, auch für den Ampelsenat eine unabdingbare Zukunfts-

- (A) investition für das Land Bremen, verbunden mit der unabdingbaren Vertiefung der Außenweser.

(Beifall bei der FDP)

Ich betone ausdrücklich, daß die FDP-Fraktion die Berücksichtigung der Außenweservertiefung im Bundesverkehrswegeplan an höchster Priorität ausdrücklich begrüßt und es als einen wichtigen Meilenstein zur Realisierung dieser Großprojekte bewertet.

(Beifall bei der FDP)

Wir werden ja über den Containerterminal in dieser Woche noch ausführlich zu diskutieren haben, und da werden wir sicherlich von seiten der FDP-Fraktion die Verhaltensnormen und die Argumentation der Ökoverbände noch ausdrücklich zu würdigen haben.

Gemäß des Koalitionsvertrags geht die FDP-Fraktion von einem zeitgerechten, zügigen Ausbau des Containerterminals aus. Nur so kann die internationale Wettbewerbsfähigkeit der bremischen Häfen gesichert werden.

Meine Damen und Herren, was im Moment von den Ökoverbänden auf der Grundlage des sogenannten AKN-Gutachtens hier an Argumentationen eingebracht wird, kann nur als schädlich für das Bundesland Bremen bewertet werden. Wir werden am Donnerstag die Chance nutzen und uns inhaltlich mit den Argumenten, soweit man es überhaupt kann, dieser Verbände auseinandersetzen. Die gleiche Entscheidung erwarten wir aber auch von unseren Koalitionspartnern in dieser Frage.

- (B) Statt permanenter Auseinandersetzung, meine Damen und Herren, mit diesen Verbänden sollte Bremen vielmehr offensiv dieses Großprojekt international vermarkten, um bei ausländischen und inländischen Reedern Vertrauensbildung zu initiieren, um den Hafenstandort Bremen langfristig zu sichern.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich glaube, diese offensive Vermarktung dieses Großprojektes wird eine wichtige Aufgabe dieses Ampelsenats sein und wird auch die Glaubwürdigkeit dieses Senats deutlich unterstreichen müssen.

Im Rahmen des zu erarbeitenden Leistungsprofils im Rahmen der Hafenstrukturkommission der bremischen Häfen müssen unserer Ansicht nach die quantitativen und qualitativen Kriterien für die Arbeitsteilung der Häfen Bremen-Stadt und Bremerhaven neu definiert werden, müssen Antworten auf die künftigen Angebotsfelder, vor allen Dingen auch der Handelshäfen als hochqualifizierte Distributions- und Logistikzentren, gegeben werden und, meine Damen und Herren, müssen Entwicklungslinien für den Neustädter Hafen mit seinem umfassenden Distributionsangebot weiter vorangeschrieben werden. Eine umfassende Aufgabe, die nur unter der Prämisse geleistet werden kann: Erhöhung der Wert-

schöpfung in den Bremer Häfen, Erhöhung der Rentabilität! Dies muß Grundlage von Entscheidungen sein, und dies muß auch Grundlage dafür sein, daß man gegebenenfalls bisherige traditionelle Hafengebiete in Frage stellt.

(C)

(Beifall bei der FDP)

Dazu, und das ist der FDP-Fraktion nicht ganz leichtgefallen, sind Gutachten erforderlich. Wir werden dafür Sorge tragen, daß diese Gutachten mit einem sehr engen Anforderungsprofil versehen werden, um gerade angesichts der sehr engen Finanzlage hier Effizienz in der Gutachterbestimmung herbeizuführen.

(Abg. T ö p f e r [SPD]: Das haben wir gemeinsam beschlossen!)

Das haben wir gemeinsam beschlossen, Herr Töpfer, aber man sollte immer wieder darauf hinweisen. Sie wissen, daß wir noch ein bestimmtes Volumen zur Verfügung haben, das noch verteilt werden muß, und diese Frage kann bei jedem neuen Verteilungsprozeß neu besprochen und diskutiert werden. Das haben wir in der Deputation auch entsprechend festgelegt.

Hinzu kommt, meine Damen und Herren, daß die bisherige grundsätzliche, recht positive Entwicklung der Hafenvirtschaft — und hier muß angemerkt werden, im Verhältnis zu Hamburg läßt sich das ja eher nur als Verhalten bewerten — den Blick nicht davor verschließen darf, daß Bremen konjunkturellen und strukturellen Schwankungen unterworfen sein kann. Wir müssen uns darauf vorbereiten. Ich denke nur, daß zum Beispiel im Bereich der Autoverladung durchaus sich veränderte Determinanten ergeben können. Hierauf müssen die Häfen vorbereitet sein. Ich hoffe, daß die Hafenstrukturkommission Antworten für diese Fragen findet, Antworten, die eben auch gemeinsam von Unternehmen aus der Hafenvirtschaft getragen werden.

(D)

Meine Damen und Herren, ein weiterer Aspekt hafenvirtschaftlicher Politik ist die Förderung der Küstenschifffahrt. Schon heute verfügt die Küsten- und Binnenschifffahrt über mehr Tonnagen als die Bahn. Hier muß Bremen gerade auch im Verhältnis zu den Handelshäfen — Stichwort Überseehafen, Stichwort Europahafen — sich Gedanken machen, wie wir diese Marktnische offensiv angehen.

Meine Damen und Herren, generell ist festzustellen, daß durch die Einigung Deutschlands und die Entwicklung in den anderen osteuropäischen Ländern die geographische Position der bremischen Häfen wieder in den Mittelpunkt gerückt ist. Es ist jetzt unsere Sache, uns auf diese veränderten Strukturen einzustellen, Konzepte vorzulegen, die national und international interessant sind. Nur so ist die Attraktivität der bremischen Häfen in Bremen und Bremerhaven weiterhin zu festigen.

(Beifall bei der FDP)

(A) Kollege Schrörs, Sie können sich vorstellen, daß mich eine ganze Reihe von Punkten, die Sie dargelegt haben, außerordentlich reizen würde, darauf zu entgegnen. Ich begrenze mich auf meine hafenspolitische Aufgabe, im Rahmen des vielzitierten Dialogverfahrens wird Senator Jäger auf Ihre Überlegungen eingehen. Dennoch möchte ich vielleicht als Beitrag, nicht unbedingt als produktiven Beitrag, aber vielleicht als kurze Anmerkung zu Ihrem Beitrag hier ein Zitat bringen aus einer völlig unverdächtigen Zeitung. Es geht um die „Welt am Sonntag“, die Ihrer Partei ja recht aufgeschlossen gegenübersteht, da wurde die CDU bewertet, und darin steht: „Die Opposition ist wie eine Pappel im Wind. Sie sollte einen Oppositionsmanager zur Erarbeitung von realisierbaren Alternativkonzepten verpflichten.“

(Abg. Borttscheller [CDU]: Sie machen doch Personalberatung, nicht?)

Da ging es, Herr Kollege Borttscheller, um die Hamburger CDU, und da angeblich bei der Hamburger CDU ja alles besser ist, sollten Sie sich über diese Fragestellung Gedanken machen, wenn es da schon so schlimm ist. Insofern wird Kollege Jäger zu Ihren Ausführungen gleich noch Stellung nehmen.

Lassen Sie mich noch einen Aspekt hier anführen!

(Zuruf des Abg. Borttscheller [CDU])

(B) Herr Borttscheller, das letzte Mal haben Sie das mit der Banane dokumentiert, daß Sie nicht so ganz auf der Höhe des Geschehens sind, mit dieser Fragestellung leisten Sie Kontinuität in Ihren Zwischenrufen. Insofern Kompliment!

(Beifall bei der SPD)

Einen letzten Aspekt möchte ich noch erwähnen. Im Rahmen des 30-Millionen-DM-Projektes hat die FDP sich ja dafür eingesetzt, drei Millionen DM für den Gewerbeflächenfonds aufzubringen. Ich meine, hier dokumentiert sich weiterhin, Herr Dr. Schrörs, und vielleicht wäre das auch eine Anmerkung wert gewesen, daß hier der Gewerbepark Airport deutlich unterstützt wird und damit weitere Perspektiven in der Gewerbeansiedlung geschaffen werden. Ich glaube, das kann man nicht nur mit Ignorieren beantworten, sondern hier muß auch einmal deutlich gemacht werden, wo bestimmte Schwerpunkte von diesem Ampelsenat gesetzt werden. Dazu sollten Sie auch einmal Stellung nehmen.

Meine Damen und Herren, abschließend meine ich, wenn ich zurückkommen darf auf die hafenspolitischen Grundlagen, es ist eine Situation, in der wir am Jahresende die ersten Ergebnisse der Hafenstrukturkommission haben werden. Wir werden die sicherlich auch in diesem Hause zu bewerten haben. Ich gehe davon aus, daß aufgrund der Breite der Diskussion und vor allen Dingen auch der Breite der Zielgruppen, die an dieser Diskussion teilnehmen,

die hafenspolitische Kompetenz dieses Ampelsenats sich deutlich erweisen wird, und ich glaube, daß von der Seite aus auch Bremen gewisse Signale aussenden kann, daß in der Hafenspolitik in Bremen die Welt in Ordnung ist. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Frau Bernbacher: Als nächster hat das Wort Herr Bürgermeister Jäger.

Bürgermeister Jäger, Senator für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Da auch im Senat die Redezeit verteilt wird, gestatten Sie, daß ich das sehr kurz mache! Aber ich bin vom Kollegen, darf ich ja nicht sagen, sondern vom Abgeordneten Dr. Schrörs benannt worden und dann von dem Abgeordneten Braun noch einmal aufgefordert worden, deshalb dazu drei Sätze!

Erstens, Sie haben ja schon an dem differenzierten Beitrag des Abgeordneten Schramm gemerkt, wo sich hier für Sie ein breites Betätigungsfeld der Unterstützung der Wirtschaftspolitik auftut. Ich bedanke mich gleichwohl für die differenzierte Zustimmung zu unserem Haushalt, muß allerdings sagen, Herr Abgeordneter Schramm, es ist nicht so, leider nicht so, daß das WAP von den Einsparungsmaßnahmen im Investitionshaushalt verschont geblieben ist. Ganz im Gegenteil, das WAP ist sogar mit Rücksicht oder in Erwartung des Sonderinvestitionsprogramms über Gebühr herangezogen worden für Einsparungen im Finanzplan, damit sich hier keine falschen Erwartungen bei Ihnen festsetzen.

Zweiter Punkt zu Dr. Schrörs und zu den Gewerbeflächen! Ich habe in der Deputation gesagt und erkläre das hier noch einmal, wir werden noch bis Jahresende das Gewerbeflächenerschließungsprogramm in Fortschreibung vorlegen, das heißt, in diesem Programm wird dann sowohl die Frage der Hemelinger Marsch wie des Brachen-Recyclings wie die Gesamtkonzeption erörtert werden, und das bedeutet auch, die politische Entscheidung über dieses Programm muß vorher erfolgen. Da bin ich zuversichtlich, nachdem wir, genau wie im Koalitionsvertrag vereinbart, die Gutachten in Auftrag gegeben haben und jetzt bei der Auswertung sind, daß wir das durchziehen.

Dritter Punkt zur Verkehrspolitik! Die Bürgerschaft wird ja, sie hat das heute vertagt, im September die Anbindung des GVZ und die vorübergehenden Maßnahmen diskutieren. Ich habe es vorhin schon in einem Beitrag gesagt, ich wäre dankbar über eine breite Zustimmung zu Vorschlägen, auch wenn diese vor Ort ganz gleich welcher politischen Partei oder welcher Interessengruppe zuwiderlaufen. Dabei kann dann auch von der CDU unter Beweis gestellt werden, daß sie es ernst meint. Zum Thema Hemelinger Tunnel! Da wird voraussichtlich in wenigen Wochen die Wirtschaftsdeputation Gelegenheit haben, weil wir ja für Wirtschaftsverkehre,

(C)

(D)

(A) und das steht im Koalitionsvertrag gerade unter diesem Kapitel obenan, zuständig sind, über Möglichkeiten dieser Anbindung zu diskutieren.

Auch hier wäre ich dankbar, wenn bei bestimmten Fragen, die sicher noch kontrovers sind, nicht nur verbal etwas hier deklamiert wird an Unterstützung, sondern konkret auch in kontroversen Diskussionen in Beiräten dies im Interesse des Wirtschaftsstandortes abgeleistet wird, Herr Dr. Schrörs. Ich lade Sie herzlich ein, das dort unter Beweis zu stellen!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Frau Bernbacher: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Schmurr.

Abg. **Schmurr** (SPD): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte ein paar kurze Bemerkungen zu unseren beiden Anträgen zum Bereich Wirtschaftspolitik machen, und zwar zum Antrag Konversionsanstrengungen und zum Antrag Schiffbauhilfen. Zum Antrag Konversionsanstrengungen möchte ich nur soviel sagen, daß wir erstmalig im bremischen Haushalt — und zwar im wirtschaftspolitischen Aktionsprogramm — ab den Jahren 1992/93 einen eigenen Konversionsfonds vorfinden werden.

(B) Dieser Konversionsfonds wird, wenn die Europäische Gemeinschaft kräftig mithilft, und wir erwarten da noch einige Mittel, in den beiden Haushaltsjahren insgesamt 20 Millionen DM umfassen, und zwar sowohl an bremischen Haushaltsmitteln als auch an Mitteln aus der Europäischen Gemeinschaft, aber auch einbezogen die Verpflichtungsermächtigung, die wir zu diesem Punkt beantragt haben.

Ich möchte Ihr besonderes Augenmerk, insbesondere von Seiten der CDU, auf die Ziffer 2 unseres Antrages richten. Wir haben es außerordentlich bedauert, daß der Bund nicht bereit war, die Länder, die bei ihren Konversionsbemühungen in einem schwierigen Umstrukturierungsprozeß sind, zu unterstützen. Es wäre deshalb sehr gut, wenn wir hier gemeinsam diesen Antrag zur Konversion beschließen würden mit einer Aufforderung an den Bund, sich an den Konversionsbemühungen zu beteiligen.

(Beifall bei der SPD)

Soviel zu dem Antrag Konversion!

Ein paar Bemerkungen zum Antrag Schiffbauhilfen! Ich vermute, es ist einer der wenigen Anträge, die wir in diesem Parlament während der Haushaltsberatungen einstimmig beschließen werden, denn das bremische Landesparlament hat immer große Einmütigkeit gezeigt, wenn es um den Erhalt der westdeutschen und jetzt neuerdings auch der ostdeutschen Schiffbauindustrie gegangen ist. Wir freuen uns und bedanken uns dafür, daß auch die größte Oppositionspartei, die CDU, unseren Koalitionsantrag mit unterschrieben hat.

(C) Um was es geht, ist in der Diskussion des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages klar geworden. Es geht um vier Punkte, und da wir uns mit dem Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages in dieser Frage einig sind, und zwar über alle Parteigrenzen hinweg, darf ich kurz diese vier Punkte benennen.

Erstens: Der deutsche Schiffbau ist außerordentlich beeinträchtigt durch die Subventionspraxis, nicht nur hier in Europa, sondern insbesondere in Fernost. Wir wissen, daß der Schiffbau in Fernost, in Südkorea, in Japan hoch subventioniert ist und daß wir da kaum mithalten können.

Aber auch in Europa gibt es unterschiedliche Subventionspraktiken. Wir haben zwar von der EG festgelegte Obergrenzen in bezug auf den Vertragspreis mit knapp 40 Prozent zum Beispiel in den Jahren 1987/88, in der Bundesrepublik betrug er aber nur 20 Prozent und mittlerweile 9,9 Prozent auf europäischer Ebene und 7,5 Prozent in der Bundesrepublik.

Meine Damen und Herren, es wäre zu hoffen und zu wünschen, daß dieser Prozentsatz in einer ähnlichen Höhe verbleibt, wie es 1991 gewesen ist, nämlich bei 9,5 Prozent, weil das nämlich wenigstens einigermaßen die Marge ist, im europäischen Wettbewerb mitzuhalten.

Zweiter Punkt: Die nationale Werftenhilfe ist nach unserer Auffassung erst dann entbehrlich, wenn internationale Wettbewerbsverzerrungen beendet sind. Erst dann kann sich auch der deutsche Schiffbau diesem Wettbewerb stellen, und wir finden nach wie vor, daß der Schiffbau eine nationale Aufgabe ist und deswegen entsprechend unterstützt werden muß.

(Beifall bei der SPD)

(D) Dritter Punkt: In dieser für die deutsche Werftindustrie zentralen Frage darf es auch künftig keinen nationalen Alleingang geben, das heißt, wir müssen uns mit aller Kraft als ein Land, in dem die Werftindustrie eine bedeutende Rolle spielt, dagegen wehren, daß die Subventionen auf null zurückgeführt werden. Wir werden also auch in Zukunft auf Werftenhilfe nicht verzichten können. Wettbewerb ja, aber, wie gesagt, zu gleichen Bedingungen!

Vierter Punkt: Wir fordern gemeinsam mit dem Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages den Bundeswirtschaftsminister auf, für 1993 die entsprechenden Mittel bereitzustellen. Wir haben das sehr genau formuliert in unserer Ziffer 2 des gemeinsam unterschriebenen Antrages. Vermutlich wird es aber so sein, daß der Haushaltsausschuß beziehungsweise der Deutsche Bundestag die entsprechend erforderlichen Mittel in den Bundeshaushalt hineinstimmen wird, so wie wir ja auch heute und morgen uns über Änderungsanträge unterhalten.

Wir sind sehr erfreut zu hören, so hört man es jedenfalls aus dem Hause des Bundeswirtschaftsministers, daß dieser zwar nicht bereit ist, von vornherein die Mittel einzustellen, daß er sich aber gegen

- (A) diese Praxis auch nicht zur Wehr setzen wird, und dafür sind wir Herrn Möllemann sehr dankbar;

(Beifall bei der FDP)

die Werftindustrie ist ihm ja nicht so nahe wie uns.

Meine Damen und Herren, abschließend, die Lage ist dramatisch, die Akquisition von neuen Aufträgen ist nur bei klaren Subventionszusagen durch den Bund möglich, die leider bisher nicht vorliegen. Im Bericht von Bürgermeister Jäger über den Weltschiffbau ist dargestellt, daß sowohl der EG-Anteil als auch der deutsche Anteil am Weltschiffbau laufend und ständig zurückgeht, die Schmerzgrenze ist in der Bundesrepublik schon lange erreicht.

In der Europäischen Gemeinschaft ging der Anteil am Weltschiffbau, ich will nur diese eine Zahl nennen, von 1988 bis 1991 von 27 auf 18 Prozent zurück, während Japan seinen Anteil von 40 Prozent gehalten hat und Korea seinen Anteil von 13 auf 19 Prozent innerhalb dieser drei Jahre erhöht hat.

Durch die deutsche Einheit ist die Lage für den westdeutschen Schiffbau noch dramatischer geworden, wir finden jetzt nicht nur einen verschärften Wettbewerb im EG- und Weltmaßstab vor, sondern einen Wettbewerb auch auf deutschem Boden. Wir wissen, daß für die ostdeutschen Werften höhere Wettbewerbshilfen gezahlt werden und daß Verluste ausgeglichen werden durch die Treuhand. Dennoch, wir sagen das ausdrücklich in unserer Ziffer 3, wir begrüßen ausdrücklich und uneingeschränkt die entsprechenden Beschlüsse der Europäischen Gemeinschaft bezüglich der ostdeutschen Werften. Dies ist ein Gebot der Solidarität, und wir finden uns hier in Übereinstimmung mit den Arbeitnehmern auf den westdeutschen Werften.

Man wird aber dennoch wohl sagen dürfen, trotz dieser Solidarität, daß man darauf achten muß, daß die Wettbewerbsverhältnisse in der Bundesrepublik so gestaltet sind, daß ein Überleben der westdeutschen Werften auch die großen Anstrengungen der Bundesregierung für Mecklenburg-Vorpommern zusätzlich unterstützt, ohne eine intakte Werftindustrie im Westen hat auch der Osten keine Chance. — Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frau Bernbacher: Meine Damen, meine Herren, wir kommen jetzt zu dem Bereich Inneres, Justiz und Sport.

Vorher lese ich Ihnen noch einmal die Redezeiten vor: SPD 89 Minuten, DVU 117 Minuten, FDP 86 Minuten, GRÜNE 78 Minuten, CDU 84 Minuten, und der Senat hat noch 80 Minuten.

Ich bitte um Wortmeldungen zu diesen Fachbereichen!

Das Wort hat der Abgeordnete Borttscheller.

Abg. Borttscheller (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Das Ressort

Inneres gehört sicherlich nicht zu den geliebten Kindern dieser Ampelkoalition, denn sonst wäre zum einen das Interesse des Senators für Inneres größer, an dieser Debatte vielleicht teilzunehmen, und zum anderen ließe die Koalition dieses Ressort nicht permanent im Regen stehen. Es ist nicht überzogen, wenn wir heute feststellen müssen, daß das Ressort völlig daniederliegt, daß es sich von vierzigjähriger sozialdemokratischer Dominanz bis heute nicht erholt hat und kaum noch in der Lage ist, seine gesetzlichen Aufgaben zu erfüllen.

(Abg. A d a m i e t z [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

Vizepräsident Frau Bernbacher: Herr Borttscheller, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. Borttscheller (CDU): Nein, ich würde ganz gern meinen Beitrag liefern und dann mit Herrn Adamietz diskutieren.

Die Kriminalität hat inzwischen in Bremen Formen angenommen, wie wir sie nie zuvor gehabt haben, über 100 000 Straftaten im vergangenen Jahr, eine Aufklärungsquote, die unter 35 Prozent gefallen ist, in Teilbereichen weit unter zehn Prozent, mit der Tendenz weiter fallend.

(Präsident D r . K l i n k übernimmt wieder den Vorsitz.)

Im Viertel hat die Drogenkriminalität Ausmaße angenommen, die für die Bevölkerung nicht mehr tolerabel sind, nicht von ungefähr sind heute die Viertelbewohner mit einem Flugblatt an die Öffentlichkeit gegangen und beklagen zu Recht, daß das Viertel in den vergangenen Jahren zum öffentlichen Druckraum, zum Freiluftbordell, zur Hochburg der Beschaffungskriminalität verkommen ist. Nur eines ist an diesem Flugblatt falsch, daß darin steht „die Bremer Politiker“. Man sollte gelegentlich auch so differenzieren, daß man diejenigen in die Verantwortung nimmt, die auch die politische Verantwortung tragen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Drogenkriminalität hat nur deshalb die Formen annehmen können, wie wir sie heute nahezu in allen Stadtteilen antreffen, weil in Bremen nicht der ernsthafte Versuch überhaupt unternommen worden ist, aus dem Bereich des Innenressorts, aus dem Bereich der Polizei den Beitrag zu leisten, den die Polizei im repressiven Teil zu leisten in der Lage ist, und wie wir das aus anderen deutschen Großstädten kennen.

Es wäre undifferenziert zu behaupten, daß man heute Drogenkriminalität allein mit polizeilichen Mitteln noch in den Griff bekommen könnte, das wird kein verantwortungsbewußter Politiker landauf, landab — mit Ausnahme der Kollegen auf der

(C)

(B)

(D)

(A) äußersten Rechten — noch behaupten wollen, aber eines ist auch sicher, wenn die immer wieder angesprochenen berühmten ressortübergreifenden Maßnahmen greifen sollen, dann müssen sie auch initiiert, müssen durchgeführt, müssen vor allen Dingen finanziert werden, und der gemeinsame Wille muß da sein. Es reicht nicht, daß da immer wieder leere Worthülsen fallen und neue Papiere vorgelegt werden, es bei diesen Worthülsen bleibt, die nicht mit Inhalt angereichert werden und letztlich die Leute in den Stadtteilen mit ihren Problemen alleingelassen werden.

Fakt ist, daß es in Bremen kein wirksames Konzept zur Bekämpfung der Drogenkriminalität gibt. Es gibt keine abgestimmten Maßnahmen zwischen dem Bereich Soziales und dem Bereich Inneres. Tatsächlich ist die gängige Praxis, daß die Mitarbeiter des Ressorts Soziales eher Probleme haben, mit den Beamten aus dem Bereich der Polizei zu einer konstruktiven Zusammenarbeit zu kommen. Jedenfalls ist das, was wir immer wieder feststellen, bezeichnend für die heutige Debatte, daß Frau Gaertner, die zuständige Senatorin, anwesend ist und der, den ich sonst angesprochen habe, durch Abwesenheit glänzt.

(Zurufe: Er kommt gerade herein!)

(B) Meine Damen und Herren, wir erwarten, daß bremische Politik aus der dramatischen Lage im Bereich der inneren Sicherheit Konsequenzen zieht und endlich eine Trendwende, eine Kehrtwende vornimmt, die die betroffenen Bürger erkennen läßt, daß der Staat sie nicht allein läßt und daß man bereit ist, Opfer für den Schutz des einzelnen Bürgers zu bringen und entscheidende Schritte einleitet, um die Arbeit der Polizei zu erleichtern, zu optimieren und dem Bürger wieder das Gefühl zu geben, daß er auch in belasteten Stadtteilen ohne weiteres des Nachts auf die Straße gehen kann und nicht das Gefühl hat, jederzeit Opfer einer Straftat zu werden.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, was derzeit das Sozialressort, das Innenressort praktiziert, ist nicht etwa der Versuch, das Problem an den Wurzeln zu kurieren, sondern hier werden Symptome angegangen. Man versucht, lästige Begleiterscheinungen der Kriminalität wie zum Beispiel die Straßenprostitution aus der Friesenstraße in weniger belastete Stadtteile zu verdrängen. Es ist hier nicht Zeit und Raum, das im einzelnen zu diskutieren, wir werden diese Debatte noch führen, aber eines ist klar: Gegen den Willen der dort Betroffenen wird das wahrscheinlich nicht möglich sein. Das Konzept ist dann zum Scheitern verurteilt, und das Ergebnis darf nicht sein, daß wir dann Drogenprostitution an einem staatlich verordneten Platz haben und im Viertel, wo wir sie in den letzten Jahrzehnten, kann man schon sagen, hatten und wo sie von Amts wegen toleriert worden ist.

(C) Meine Damen und Herren, die Konsequenz muß sein, daß hier zwischen den Ressorts Konzepte abgestimmt werden und auf der anderen Seite die Polizei endlich in die Lage versetzt wird, im repressiven Teil ihren Part so zu leisten, wie sie das in anderen vergleichbaren Großstädten tut.

Man muß einfach feststellen, daß die Sparrunden das Ressort Inneres in verstärktem Maße betroffen haben. Hier sind Stellen massiv abgebaut worden. Wenn Sie sich die Stellenpläne aus den späten siebziger Jahren ansehen und mit den heutigen vergleichen, werden Sie feststellen können, daß die Polizei über 500 Stellen verloren hat.

Wenn Sie gleichzeitig feststellen, daß die Polizei mit immer neuen Aufgaben belastet wird und die Dinge immer schwieriger werden, weil die Bevölkerung immer weniger bereit ist, Obrigkeit auch in diesem Bereich zu tolerieren, und gleichzeitig die Kriminalität eine Qualität erreicht hat, die nicht vergleichbar ist mit Kriminalität aus früheren Jahrzehnten, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn bei der Polizei Resignation aufkommt und häufig das Gefühl vorherrscht, von den politisch Verantwortlichen im Stich gelassen worden zu sein.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie deshalb bitten, unserem Antrag zuzustimmen! Wir fordern in einem Bereich, der nach unserer Auffassung vitale Lebensinteressen der Bevölkerung betrifft, dem Bereich der inneren Sicherheit, auch personelle Verstärkung. Uns ist klar, daß das in einer Zeit der schmalen Kassen ein gewagter Schritt ist, aber nicht nur ein gewagter, sondern ein notwendiger, mutiger Schritt ist.

(D) Wenn Sie den Antrag gelesen haben, werden Sie sehen, daß durchaus Sparmöglichkeiten, in anderen Bereichen selbstverständlich auch, wir werden über den Bildungsbereich morgen noch lange Debatten führen, aber auch im Innenressort unserer Meinung nach bestehen müssen.

Auch Serviceleistungen, die der Bürger heute als selbstverständlich entgegennimmt, müssen zur Diskussion gestellt werden. Niemand kann mich davon überzeugen, daß es lebensnotwendig ist, elf Meldestellen in Bremen-Stadt zu haben. Ich meine auch, daß man wie früher mit erheblich weniger Meldestellen auskommen kann, ohne daß dadurch Bürgerbelange massiv tangiert werden. Ich meine, es ist wichtiger, mehr Streifenpolizisten zu beschäftigen als Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst, die an teils abgelegenen Ortsämtern auf den Bürger warten.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich möchte aber auch einen weiteren Bereich ansprechen, und das ist leider in Bremen untrennbar mit Drogenkriminalität verbunden, das Problem der Asylbewerber. Ich hätte gehofft, den Bürgermeister noch direkt ansprechen zu können, denn heute morgen bei dem Beitrag des Kollegen Nölle zuckte er zusammen, als dieser sagte,

(A) wir müssen aufpassen, daß nicht Rostock auch in Bremen möglich werden könnte.

(Abg. B a r s u h n [SPD]: Der Kollege Nölle ist aber auch nicht da! — Heiterkeit bei der CDU — Abg. P f l u g r a d t [CDU]: Ich würde mich jetzt aber wenigstens entschuldigen!)

Meine Damen und Herren, wer zusammenzuckt und meint, das, was in Rostock geschehen ist, sei nicht in Bremen möglich, hat leider ein sehr kurzes politisches Gedächtnis. Meine Damen und Herren, ich behaupte, daß auch in Bremen latent ein Gewaltpotential vorhanden ist, das uns befürchten lassen muß, daß so etwas hier möglich wäre.

Wenn schon im Jahre 1980, vor zwölf Jahren, bei einem, heute würde man sagen, vergleichbar nichtigen Anlaß, einer Vereidigung von Rekruten der Bundeswehr im Weserstadion, Menschen bereit waren, Fahrzeuge anzustecken, Dutzende von Polizisten durch gezielte Steinwürfe schwer zu verwunden, muß man doch nicht glauben, daß zwölf Jahre danach und nach den Erlebnissen, die wir hatten mit Brandstiftungen, Plünderungen an der Sielwallkreuzung, wir in Bremen in einer Idylle des Friedens leben, wo so etwas nicht möglich ist!

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen nur sagen, beugen wir vor durch eine realistische, vernünftige Asylpolitik, die vom Bürger akzeptiert wird, die für ihn nachvollziehbar bleibt, damit so etwas nicht geschieht!

(B)

(Abg. T h o m a s [DIE GRÜNEN]: Den Bürger gibt's bloß nicht, Herr Borttscheller!)

Lieber Herr Thomas, nicht zuletzt Ihre Partei trägt ja dazu bei, daß eine breite Mehrheit der Bevölkerung heute mit großem Unverständnis diese Diskussion verfolgt. Vielleicht reift auch bei Ihnen die Einsicht, ich habe neulich einen Artikel in der „taz“ gelesen, der von Herrn Rüpel oder Rüdell, glaube ich, mit verfaßt worden ist, wo er das Problem angesprochen hat,

(Abg. T h o m a s [DIE GRÜNEN]: Rüpel ist schon richtig!)

daß vielleicht Politik auch in Bremen nicht mehr darin bestehen kann, daß man die Interessen von Randgruppen, Exoten und sonstigen Minderheiten primär im Auge hat und die Interessen und die Sicherheitsbedürfnisse von drei Vierteln der Bevölkerung außer acht läßt.

Ich meine, daß man darüber nachdenken sollte, und ich sehe auch Ansätze, daß in Bremen darüber nachgedacht wird. In dem Punkt will ich auch den Innensenator ausdrücklich loben. Ich meine, Herr Senator van Nispen, es ehrt Sie, wenn Sie eine Position, die Sie vor diesem Hause vor einem Jahr noch mit Vehemenz vertreten haben, heute nicht mehr ein-

(C) nehmen, sondern sagen: Die Entwicklung in Bremen und im Bund zeigt, daß hier eine Reform des Artikels 16 stattfinden muß, daß wir die Probleme in ihrer Massivität nur noch dann lösen können, wenn wir im Rahmen einer europäischen Lösung zu akzeptablen Asylverfahren kommen, die sicherstellen, daß der groteske Mißbrauch, den wir ja alle in Bremen kennen, abgestellt wird.

Das Sozialressort, insbesondere Staatsrat Hoppen-sack, hat das noch im März völlig in Abrede gestellt. Inzwischen wissen wir, daß die Fälle von Mißbrauch von Sozialhilfe nicht ein Dutzend Fälle, sondern hundert und mehr sind. Es liegt ja auch ein Papier des Innensenators darüber vor. Wenn wir das berücksichtigen, ist es realistisch. Auch der Bürgermeister zeigt hier die richtigen Denkansätze, daß wir zu einem Konsens kommen und die Verfassung ändern.

Meine Damen und Herren, es kann doch nicht wahr sein, und es ist doch für Bremen eine, ich sage einmal, Entwicklung ins Lächerliche, wenn außer der SPD in Hessen-Süd vielleicht noch Ihr Bremer Landesverband die Fahne hochhält und damit untergeht, nur weil Frau Wiczorek-Zeul und der Landesvorsitzende Isola sagen, daß wir einen Parteitagsschluß brauchen, frei nach der Devise: Zwischen den Parteitagen wird das Hirn abgeschaltet!

(Beifall bei der CDU)

(D) Meine Damen und Herren, das sind doch genau die Gründe, warum der Bürger diese Politik nicht mehr akzeptiert, weil er einfach sagt: Ich sehe keine Bewegung, die Politik zieht keine Konsequenzen aus den Dingen, wie Sie sie tagtäglich auf der Straße erleben!

Meine Damen und Herren, gehen Sie in sich, diskutieren Sie die Dinge aus, aber nicht so, wie Herr Dittbrenner gesagt hat: In unserer Fraktion hat jeder eine Meinung! Sonst halten Sie die Solidarität und die Gemeinsamkeiten im Schulterschluß in anderen Fragen auch aufrecht, und ich frage mich, warum Sie hier nach monatelanger quälender Diskussion nicht endlich zu einem vernünftigen Ergebnis kommen sollen.

(Beifall bei der CDU)

Ich will Ihnen sagen, wir wollen Ihnen bei dem Denkprozeß behilflich sein, und deshalb haben wir einen eigenen Antrag formuliert, um Ihnen Gelegenheit zu geben, in einer gesonderten Abstimmung über die Änderung des Artikels 16 zu zeigen, ob Sie hier bereit sind, dem Innensenator und Ihrem Bürgermeister die notwendige Rückendeckung für eine vernünftige zukünftige Ausgestaltung des Asylrechts zu gewähren. — Ich bedanke mich!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Marken.

(A) Abg. Frau **Marken** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zum Antrag der CDU-Fraktion! Also, Herr Borttscheller, das fängt schon falsch an im Antrag. Sie schreiben: „Unter Berücksichtigung der Haushaltsnotlage wolle die Bürgerschaft daher beschließen: Verstärkung der Polizeien um 100 Stellen.“ Das ist Populismus!

(Abg. **Borttscheller** [CDU]: Lesen Sie einmal weiter!)

Dann müssen Sie sich auch einmal fragen lassen: 100 Stellen, ja, was heißt das, Neuschaffung von Stellen? Ich habe eigentlich ein wesentliches Interesse daran, daß die zur Zeit nicht besetzten Stellen bei der Polizei besetzt werden. Was soll dann die Neuschaffung, und wie soll das aufgeteilt werden? Wollen Sie Besetzungen bei der Wasserschutzpolizei, bei der Bereitschaftspolizei, bei der Schutzpolizei und bei der Kriminalpolizei? Das ist mir zu wenig konkret. Im übrigen wissen Sie, daß wir uns darauf verständigt haben, daß der Bereich Inneres noch in diesem Herbst ein Zielzahl vorgeben wird, wie denn Polizei personell besetzt sein soll.

Sie vergessen allerdings immer eines dabei: Damit wird etwas suggeriert, was ich noch nicht so ganz verstehen kann. Ich hoffe, Sie trauen mir zu, daß ich das eigentlich auch ganz gut beurteilen kann, weil ich ziemlich intensiv auch mit diesem Bereich zu tun habe, daß das nicht der einzige Weg ist, Stellen zu fordern oder zu sagen, wir brauchten mehr Polizei, sondern sich vielleicht auch einmal die Frage zu stellen, ob unsere Polizei eigentlich richtig organisiert ist. Stimmt das noch alles so, wie das abläuft?

(B) Unterhalten Sie sich einmal mit Polizeibeamten auf Polizeirevieren, die im täglichen Geschäft merken, wie viele Anlässe es gibt zu kritisieren! Ich bin auch der Auffassung, wenn man darüber nachdenkt, wie man Polizei effektiver gestalten kann, nicht nur Stellen zu fordern, sondern auch darüber nachzudenken, daß man einmal alte Zöpfe abschneiden kann bei der Polizei, daß man beispielsweise Verantwortung verlagern kann, daß man Führungsstrukturen verändern kann. Das spielt alles eine große Rolle auch bei der Motivation der Polizeibeamten, die täglich auf der Straße herumlaufen müssen.

(Beifall bei der SPD — Zuruf des Abg. **Herderhorst** [CDU])

Ein weiterer Punkt ist, und das unterstütze ich voll, das steht auch in unserer Koalitionsvereinbarung, wir müssen überprüfen, wieviel polizeifremde Tätigkeiten eigentlich Polizeibeamte machen. Ein paar einfache Beispiele: Bezirksbeamte, die auf den Revieren sind und eigentlich die Aufgabe haben, auch Kontakt zur Bevölkerung zu halten, können das gar nicht mehr schaffen, weil sie mit Verwaltungskram so viel zu tun haben, daß sie kaum noch auf der Straße zu sehen sind. Das sind Dinge, über die man nachdenken muß. Ich habe ja gesagt, ich bin durchaus

(C) lernfähig, man muß nur konkrete Vorschläge machen, wie es auch in eine andere Richtung gehen könnte, nicht immer nur mit Stellennachforderung.

Ein weiteres Beispiel ist der Erkennungsdienst. Da sind vollausgebildete Vollzugsbeamte mit Tätigkeiten beschäftigt, die im Grunde auch Angestellte machen können. Das sind Tatbestände, die wir auch in der Innendeputation behandeln werden. Darauf lege ich auch gesteigerten Wert.

Sie wissen alle, zumindest die Mitglieder des Haushaltsausschusses, daß wir im Haushaltsausschuß einen einstimmigen Beschluß gefaßt haben. Ich benenne ihn einmal „Verbesserung der Besoldungsstruktur für die uniformierte Polizei und die Kriminalpolizei“. Das beinhaltet den Versuch, das sage ich ausdrücklich, durch diese Maßnahmen Motivationen bei der Polizei zu steigern und vielleicht auch Zukunftschancen zu eröffnen. Ich sage ausdrücklich nicht, das sei das Optimalkonzept, das man sich auch als Polizeibeamter vorstellen könnte. Es ist das Minimalkonzept, das auch berücksichtigt, daß wir uns in einem bestimmten Ländervergleich bewegen müssen. Es wird auch im Bereich Inneres keinen Ausreißer mit „Spitzenstellungen einnehmen“ geben, sondern wir müssen uns da orientieren, wie andere Länder vorgehen und welche Beschlüsse sie fassen.

(D) Ich will nur einmal kurz benennen, welche Maßnahmen wir dort beschlossen haben. Es geht um drei verschiedene Dinge, einmal über die Überführung von 56 Stellen, jeweils 1992 und 1993, aus dem mittleren Dienst in den gehobenen Dienst. Es geht darum, im mittleren Dienst durchzuschlüsseln. Das heißt, daß die Beamten, die nun in den gehobenen Dienst aufgerückt sind, Stellen freimachen, die neu besetzt werden können. Das heißt weiter: Es gibt Beförderungsmöglichkeiten im mittleren Dienst.

Des weiteren haben wir eine Angleichung an die Stellenplanobergrenzen beschlossen, das bedeutet Beförderungsmöglichkeiten in den Besoldungsgruppen A 10 und A 11. Der letzte Beschluß, der sich auf die Kriminalpolizei bezieht: eine weitere Abarbeitung des Stufenplans zur zweigeteilten Laufbahn bei der Kriminalpolizei bis zum Jahre 2000. Ich habe schon einmal gesagt, das wird mit Sicherheit nicht alle befriedigen, aber wir stellen uns vor, daß es das ist, was wir unter diesen finanziellen Voraussetzungen auch anbieten können.

Die CDU formuliert in ihrem Antrag, und das möchte ich noch einmal präzise zitieren: „ein klares Bekenntnis zum Auftrag der Polizei“. Wir können das noch etwas weiterführen. Es gibt nämlich einen Anlaß dazu. Vielleicht ist er hier in Bremen nicht so bekannt geworden, in Bremerhaven haben wir ihn allerdings. Wir müssen feststellen, daß seit einigen Monaten Polizeidienststellen in Bremerhaven Giftanschlägen, Bombenanschlägen ausgesetzt sind. Das führt zu einer besonderen Situation. Ich glaube, man muß das in der Öffentlichkeit auch einmal sagen, daß es nicht nur die Linie gibt, „Polizei ist für den Bürger da“. Wir haben zur Zeit eine Situation, zu der ich mir vorstellen könnte, daß der Bürger auch einmal deut-

(A) lich machen könnte, wie er denn zu seiner Polizei steht. Es geht um einen ganz konkreten Fall.

Es ist wohl offensichtlich, daß durch solche Anschläge auch Ängste derjenigen wachsen, die dort beschäftigt sind, daß es gerade für einen Polizeibeamten unheimlich schwierig ist, mit solchen Ängsten zu leben oder sie zuzugeben. Das hat ja mit Psychologie zu tun. Wenn ich als Polizeibeamter ausdrücke, daß ich Angst habe, vielleicht hat dann die Bevölkerung noch mehr Angst, weil sie sich ja durch Polizei geschützt sehen will. Vielleicht machen wir alle einmal deutlich, daß wir auch in diesem Falle Verständnis haben für Polizeibeamte, die so etwas auch zugeben, und auch Verständnis haben für Polizeibeamte, die sich nicht mehr in die Öffentlichkeit trauen, weil sie Angst haben, daß der nächste Anschlag ihnen gilt.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte alle dazu auffordern, vielleicht den Polizeibeamten in Bremerhaven einmal deutlich zu machen, daß wir da auch an ihrer Seite stehen, und die Bevölkerung auffordern, alles zu tun, damit derjenige, der das seit Monaten anstellt, endlich damit aufhört und auch verhaftet werden kann, denn das ist eine Situation, die man längerfristig nicht gut durchhalten kann.

(Beifall bei der SPD)

(B) Zu Ihrem Antrag Drucksache 13/303 kann ich nur fragen: Wer ist denn nun eigentlich der Adressat? Da geht ja alles durcheinander, Inneres und Soziales. Vielleicht sollten Sie sich das noch einmal genau überlegen, in welche Richtung das eigentlich gehen soll. Ich will mir auch nicht ersparen, Herr Borttscheller, etwas zur Änderung des Artikels 16 zu sagen. Ich hätte Ihnen empfohlen, das nicht im Zusammenhang mit Maßnahmen für die Polizei zu machen, sondern getrennt. Nun gut, das ist Ihre Entscheidung! Aber ich habe mich zu dem Thema auch hier schon mehrfach geäußert im Haus, und ich will das noch einmal tun.

Ich bin mir selbst nicht sicher, was der richtige Weg ist. Ich denke, diese Unsicherheit ist ehrlicher, als nun immer wieder kurz und bündig festzustellen: Nur die Änderung des Artikels 16 wird es bringen. Ich frage mich: Was machen wir eigentlich, wenn es zu dieser Änderung kommt? Was erzählen wir dann der Bevölkerung, wenn es nicht greift?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Welchen Weg gehen wir eigentlich dann? Das habe ich mich oft gefragt. Wenn mir jemand beweisen würde, daß die Änderung nun tatsächlich den Erfolg bringt, den sich einige davon versprechen, dann will ich dem ja gern folgen. Aber allein die Tatsache, daß nun auch unser Bundesinnenminister ganz kurz und bündig erklärt, in Rostock wäre alles nicht passiert,

wenn die Sozialdemokraten sich bewegt hätten, das ist mir wirklich zu wenig. (C)

(Beifall bei der SPD)

Das ist mir wirklich zu wenig, weil es die Bevölkerung auf einen falschen Weg bringt.

(Abg. Frau M o t s c h m a n n [CDU]: Er hat aber mehr dazu gesagt! — Abg. N i e d e r - b r e m e r [CDU]: Das hat sie aber nicht gehört! Das wollte sie nicht hören!)

Er hat es aber als Begründung genommen. Ich sage gleich noch etwas dazu. Ich habe also Bedenken dagegen, kurz und bündig eine Änderung zu fordern. Es gibt ja eine Menge Wege, Einschränkungen, Änderung des Artikels 16, so ganz konkret ist da bisher niemand geworden, man muß darüber reden. Ich will das auch nicht ausschließen, auf keinen Fall.

Könnte es nicht auch heißen — ich entwickle einfach nur einmal so einen Gedanken —, daß wir hier dann vor der Situation stehen, nicht weniger Armutsflüchtige zu haben, sondern die gleiche Anzahl, weil wir eben nicht von einem drei Meter hohen Zaun, Gott sei Dank nicht, umgeben sind, der besetzt ist mit Soldaten, die darauf achten, daß keiner dieses Land mehr betritt? Vielleicht ist das ja die richtige Lösung. Wollen wir das alle mit dem Ziel Europa? Das wäre doch dann eine Abschottung, die damit erreicht würde. (D)

Es wird doch auch zukünftig möglich sein, diese Grenze zu überschreiten. Schauen wir doch einmal in andere Länder! Schauen Sie sich doch einmal die Situation in Spanien, in Frankreich oder auch in den USA an! Diese Länder haben kein Asylrecht in dem Sinne wie wir, aber sehr viele illegal sich aufhaltende Ausländer innerhalb ihrer Grenzen! Dafür werden ganze Behörden eingerichtet, um das zu verfolgen.

Ich weiß nicht, Herr Borttscheller, Sie sind doch ein Freund der Polizei,

(Abg. B o r t t s c h e l l e r [CDU]: Vielen Dank!)

wissen Sie eigentlich, was Sie damit tun? Damit erreichen Sie, daß Polizeibeamte im Endeffekt diese Entscheidung auch noch ausbaden müssen, indem sie nämlich jeden Tag überprüfen müssen, wer sich illegal in dieser Stadt aufhält,

(Zuruf des Abg. B o r t t s c h e l l e r [CDU])

mit allen Schwierigkeiten, die dazugehören.

Ich habe ja deutlich gesagt, ich will diese Diskussion nicht ausschließen. Ich finde es auch legitim, daß da jeder seine Meinung vertreten kann. Ich will auch hier deutlich machen, daß ich mich nicht festgelegt habe, sondern daß ich überlege und mir auch genau anhören will, wie könnte denn so etwas aussehen. Ich will das ganz deutlich machen. Ich glaube,

- (A) das ist auch ehrlicher, als wenn man sich dahinter versammelt, nur eine Änderung bringe etwas.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiterer Hinweis, der damit etwas zu tun hat! Wir waren ja alle froh, daß es nun endlich geklappt hat, das Gesetz zur Beschleunigung von Asylverfahren in Bonn zu beschließen. Der Wermutstropfen für mich war, daß dieses Gesetz nun nicht gleich Folgerungen hat, sondern daß es eine Übergangsfrist gibt, die deutlich macht, daß es frühestens im Frühjahr 1993 greifen wird. Das hatte ich mir etwas anders vorgestellt.

Sie verweisen immer wieder auf die Verantwortung Bremens. Ich verweise einmal auf die Verantwortung des Bundes! Ich stelle mir vor, daß wir sehr wohl in der Lage gewesen wären, hier in Bremen alles auch verwaltungsmäßig abzuarbeiten, nämlich Asylanträge über eine Außenstelle Zirndorfs. Aber Zirndorf kommt leider nicht in die Füße. Die können ihre Schwierigkeiten zugegebenermaßen auch nicht so leicht bewältigen. Wenn man Mitarbeiter sucht, die in diesem schwierigen Arbeitsgebiet arbeiten sollen, und sie nicht findet, dann ist das schwierig. Aber dann bitte nicht die Verantwortung auf dieses Land schieben, sondern auch da lassen, wo sie hingehört, nämlich zum Bund!

(Beifall bei der SPD)

- (B) Vielleicht ein kleiner Hinweis! Es sind auch 2000 bremische Asylanträge dabei in Zirndorf. Die Asylbewerber sind hier. Da können wir leider nichts unternehmen, weil Zirndorf diese Anträge nicht bearbeitet hat. Das müssen Sie wissen, wenn Sie so etwas behaupten. Es gibt noch einen weiteren Punkt, wo sich der Bund leicht drückt vor seiner Verantwortung. Wer also kennt, wie das Bundeskriminalamt organisiert ist, der weiß, daß es dort nach Prioritäten-setzung geht. Wenn denn der Bund im Fingerabdruckabgleich so eine Priorität gesehen hätte, dann frage ich mich, warum es dieses System noch nicht in computergestützter Datenerfassung gibt, sonst geht es nämlich.

(Beifall bei der SPD)

Aber da wird auf bremische Verhältnisse verwiesen und nicht bedacht, daß ein Abgleich nur funktioniert, wenn das bundesweit organisiert ist, sonst nützt es uns nämlich überhaupt nichts.

Noch ein Punkt, der leider nicht geklärt ist! Sie sagen bei anderer Gelegenheit ja auch, Abschiebung werde hier nicht vollzogen. Darf ich Ihnen einmal ein Problem nennen, das Beamte dann auch bei der Abschiebung haben? Viele Asylbewerber haben keine Paßunterlagen. Das ist eine schwierige Situation auch bei der Abschiebung. Da kommt es nämlich nicht darauf an, daß wir abschieben wollen, sondern es kommt auch darauf an, daß das Herkunftsland aufnimmt. Es gibt da Fälle, die kann ich Ihnen belegen,

- (C) da landeten Polizeibeamte mit einem Abgeschobenen im Herkunftsland, und das Herkunftsland verweigerte die Annahme, weil der Abgeschobene nämlich nicht die richtigen Paßunterlagen hatte.

Da frage ich einmal: Wer ist denn dafür zuständig? Ich denke einmal, das Auswärtige Amt hätte längst einmal Verhandlungen aufnehmen können, wie man das denn mit den Herkunftsländern regelt, wenn die Paßunterlagen nicht vollständig sind. Das wird leider auch nicht abgearbeitet.

Ich sage Ihnen, Herr Borttscheller, es geht nicht nur über einen Weg, sondern man muß der Bevölkerung auch klarmachen, daß es mehrere Wege gibt, die im Endeffekt auch zum Ziel führen würden. Ganz los werden Sie das Problem nie. Dazu stehe ich auch.

(Beifall bei der SPD)

So, und jetzt noch einmal zu Frau Blohm! Heute morgen hat sie ja den Satz gesagt: Schluß mit der weichen Welle gegen schwere Jungs. Was Rostock anbelangt und das Verhalten von Skinheads, schweren Jungs, die von Ihrer Ideologie geprägt sind, bin ich nicht damit einverstanden, daß die weiche Welle gefahren wird, sondern da bin ich einverstanden mit der harten Welle, Frau Blohm. Wenn Sie so etwas sagen, müssen Sie immer überlegen, wen Sie da treffen und wen Sie schützen wollen.

(Beifall bei der SPD)

(D) Ganz allgemein zu Rostock, auch wenn ich nicht diesem Bundesland angehöre, auf die Polizei bezogen, und zwar ausschließlich! Es war ein gutes Beispiel für fehlende Polizeiführung und das totale Aufreiben von Polizeibeamten in zwanzigstündigem Dienst. Darüber hat leider noch keiner gesprochen. Vielleicht sollte man darüber auch einmal nachdenken, auch über Strukturen bei der Polizei, wer im Endeffekt die Zeche bezahlt, nämlich der Streifenbeamte auf der Straße. — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der GRÜNEN)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Thomas.

Abg. Thomas (DIE GRÜNEN): Meine Damen und Herren! Herr Borttscheller, Sie haben zu Recht gesagt, es ist heute weder die Zeit noch die Möglichkeit, umfassend innerpolitische Konzeptionen hier zu entwickeln und zu diskutieren, insofern kann man sich nur auf einige wesentliche Gedanken konzentrieren.

Was mich insgesamt stört und auch enttäuscht, ist, da ich Sie und Ihre Arbeit auch aus den vier Jahren gemeinsamer Oppositionstätigkeit kenne, daß Sie faktisch nichts Neues entwickeln, daß Sie auch diese Regierung überhaupt nicht herausfordern mit neuen Konzeptionen, mit neuen Überlegungen, mit neuen Vorschlägen und insofern sich ziemlich nahtlos an-

(A) gleichen, oder Sie folgen der Rede von Herrn Nölle heute morgen, bei der ich teilweise dachte, der Mann ist immer noch im Wahlkampf und hat eigentlich die Herausforderung nicht angenommen, vor der ja Politiker und Politikerinnen heute alle stehen in einer doch immer komplexer werdenden Gesellschaft, einer politischen Situation in unserem Land, die nach historischen Umwälzungen doch an uns alle ganz neue Herausforderungen stellt, wo durch ökologische Fragen, durch soziale Fragen, durch wirtschaftspolitische Fragen bis hin zur großen Verschuldung des Bundes, dem hohen Zinssatz und alles das, was ja die Situation gegenwärtig prägt, die Politik auch herausgefordert ist. Da wird überhaupt nichts Neues gedacht und vorgeschlagen.

Ich habe fast den Eindruck, daß Sie auch für sich überhaupt noch nicht Ihre Rolle als Opposition, als einzige Oppositionspartei, muß man jetzt ja sagen, in diesem Parlament gefunden haben. Ich behaupte aber — —.

(Abg. Borttscheller [CDU]: Mit den Vorwürfen kann ich leben!)

Ja, diese Damen und Herren, das ist kein Vorwurf, spielen für mich eine Sonderrolle, damit muß man sich extra auseinandersetzen, aber Sie sind die Opposition hier, und ich sage das auch mit einem Stück Bedauern, daß ich nämlich der Meinung bin, daß eine schwache Opposition auch für eine Regierung etwas Schlechtes ist.

(B)

(Zurufe von der CDU)

Frau Motschmann, den Vorwurf müssen Sie sich gefallen lassen, daß Sie eine Politik machen, die Sie vier, acht, zwölf Jahre vorher auch schon gemacht haben, obwohl sich durch die Ampelkoalition einerseits und die gesamtpolitische Veränderung andererseits doch für Sie auch neue Herausforderungen stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich glaube, daß Politik heute auch dazu da ist aufzuhören, den Menschen Dinge zu versprechen, Allmachtsphantasien auch noch zu fördern, Ansprüche an die Politik, an den starken Mann vielleicht, den es glücklicherweise gegenwärtig ja nicht gibt, zu fördern, anstatt die Menschen vorzubereiten auf äußerst schwierige Zeiten.

Ich glaube, daß eine ganz bestimmte Periode auch der sozialen Sicherheit zu Ende ist in unserem Land, daß die Flüchtlingsprobleme einfach nicht durch Artikel 16 geändert werden können. Man kann darüber diskutieren, welche Möglichkeiten es gibt, Asylmißbrauch zu verhindern, das ist völlig klar, aber Sie erwecken immer noch den Eindruck, und das ist für mich eine alte, eine überfällige, eine Politik von

gestern, daß Sie glauben in Ihrer Schwarz- und Weißmalerei, (C)

(Abg. Frau Motschmann [CDU]: Erzählen Sie das einmal Herrn Engholm!)

wenn Sie kommen, wird alles besser, und dann geht es vorwärts. So ist es nicht mehr.

(Beifall bei der GRÜNEN — Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, auch wenn man jetzt konkret, Herr Borttscheller, über die Innenpolitik diskutiert, Sie erwecken hier den Eindruck, als wenn hier nichts passiert wäre. Es gibt einen neuen Innenminister, der mit sehr viel Engagement seinen Job angetreten hat. Allein das können Sie schon einmal nicht leugnen!

Sie können auch nicht leugnen, da Sie selbst in der Innendeputation sitzen, daß sich einiges geändert hat, daß es Veränderungen gibt, daß es auch Schritte, Erfolge gibt, um nur ein Beispiel zu nennen auch in der Zusammenarbeit zwischen Innen- und Sozialpolitik, jetzt als die bosnischen Flüchtlinge nach Bremen kamen. Das muß man doch einmal positiv erwähnen, daß es dort mit diesem Krisenstab dem Innenressort und dem Sozialressort gelungen ist, hier in Bremen in vorbildhafter Art und Weise dieses Problem anzupacken und sich hier auch zu bewähren. Das sind doch positive Sachen, die man auch einmal erwähnen muß. (D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und dieser Eindruck, den Sie hier erwecken! Erstens! Selbst haben Sie faktisch nur noch die alten Hüte von gestern. Sie setzen nur noch auf den repressiven Bereich, wenn es um Polizei geht, und erkennen überhaupt nicht, daß neben dem repressiven Bereich der präventive Bereich immer mehr an Bedeutung gewinnt. Da stehen wir noch ganz am Anfang. Der Innenminister hat in der letzten — —.

(Zurufe von der CDU)

Ja, da waren wir aber nicht mit an der Regierung! Es ist viel darüber diskutiert worden, aber jetzt, das können Sie doch nicht leugnen, in der letzten Sitzung der Innendeputation ist beschlossen worden ein Hearing zur Prävention.

(Abg. Borttscheller [CDU]: Erzählen Sie das den Leuten im Viertel auch so?)

Es geht nicht darum, was Sie den Leuten im Viertel alles versprechen, Herr Borttscheller. Wenn Sie hier an unserer Stelle säßen, es würde sich so schnell auch nichts ändern. Sie wissen das doch!

Aber Sie können doch nicht leugnen, daß wir zum Beispiel in der letzten Sitzung der Innendeputation beschlossen haben, ein Präventionshearing durchzu-

(A) führen, und daß endlich begonnen wird, auch praktisch diese Frage ernst zu nehmen. Früher ist darüber nur diskutiert worden, und wenn Sie sich zum Beispiel die Schriftenreihe ansehen, die Sie eigentlich lesen sollten, Herr Borttscheller, die Schriftenreihe der Polizeiführungsakademie, dann kann man hier feststellen, da sagt der Referent: „Eine kritische Auseinandersetzung mit der Veränderung der Kriminalität und den Reaktionen der Polizei ergibt ein klares Ergebnis. Die traditionellen repressiven Ansätze der Kriminalitätsbekämpfung haben nicht den gewünschten Erfolg gebracht, nämlich die Kriminalität auf ein gesellschaftlich vertretbares Maß zu reduzieren.“

Das ist ein Problem, das wir in Bremen haben, aber das wir in Hamburg genauso haben wie in Berlin, wo Sie mitregieren. Es ist in allen Großstädten vorhanden, es treibt uns um, die Kriminalität, und nicht nur sie. Aber Sie bieten inhaltlich nichts an, sondern dreschen Ihre alten Phrasen und versprechen den Menschen etwas, was Sie selbst nicht halten könnten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD —
Zuruf des Abg. Borttscheller [CDU])

Nein, mir geht es darum, zumindest von Ihnen als Opposition zu verlangen, daß Sie dann wenigstens konkrete Vorschläge machen. Statt dessen die alten Hüte: mehr Polizei, anstatt eher auf Qualität zu setzen und nicht nur immer auf Quantität! Das werfe ich Ihnen vor. Sie wissen doch, die gleiche Debatte — —.

(B)

(Abg. Frau M o t s c h m a n n [CDU]: Das muß kein Widerspruch sein!)

Das ist aber ein Widerspruch, weil Sie es nicht bezahlen können, und irgendwann ist innere Sicherheit nur noch für diejenigen ein Problem, die sie nicht bezahlen können, und das will ich auch verhindern.

(Zuruf der Abg. Frau M o t s c h m a n n [CDU])

Von daher interessiert mich die Kriminalität sehr. Frau Motschmann, umgekehrt haben Sie die Debatte doch auch oft, wenn Sie in der Regierung sind, daß die Opposition ankommt und sagt, wir brauchen mehr Polizei, und die GdP fordert das auch. Denken Sie daran, als Sie in Niedersachsen an der Regierung waren! Das sind Konzepte, die nicht mehr klappen. Es ist nicht allein mit mehr Polizei getan.

(Abg. v. d. S c h u l e n b u r g : [CDU]: Wer soll denn Prävention betreiben?)

Ich zitiere einmal, was hier der Referent der Polizeiakademie sagt, Herr von der Schulenburg, Sie haben ja bisher überhaupt noch nichts dazu gesagt. Hier heißt es: „Wir müssen uns besinnen,“ — —.

(Zuruf des Abg. v. d. S c h u l e n b u r g [CDU])

Ja, wenn von Ihnen keine Ideen kommen, dann halte ich Ihnen wenigstens diese Ideen vor. Es ist ja eigentlich Ihr Job. (C)

(Abg. B o r t t s c h e l l e r [CDU]: Nun lesen Sie ja auch wieder Ihre Rede vor!)

Ja, weil ich die auch sehr gut finde.

„Wir müssen uns besinnen, daß der Rechtsbruch eine Folge von komplexen Vorgängen im gesellschaftlichen und persönlichen Bereich des Straftäters ist, dem zwangsläufig auch genauso komplex entgegengesteuert werden muß. Alle sind gefordert, die staatlichen Institutionen neben der Polizei und Justiz wie Erziehungswesen, Gesundheits- und Sozialverwaltung, die Jugendbehörden, Ordnungs- und Bauverwaltung, örtlichen Bereiche, kurzum die gesamte Kommunalverwaltung.“

(Beifall bei der GRÜNEN und bei der SPD —
Zurufe von der CDU)

Diese Konzeptionen zu entwickeln, daran werde ich mich als Innenpolitiker allerdings beteiligen. Da denke ich, daß der Innensenator zum Beispiel gerade in der letzten Sitzung der Innendeputation einen entscheidenden Schritt getan hat. Dann arbeiten Sie doch daran weiter, damit Sie selbst überhaupt noch glaubwürdig werden in der Innenpolitik und nicht nur einfach Forderungen aufstellen, die Sie selbst nie erfüllen würden! (D)

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, natürlich kommt es auch darauf an, den Polizeiberuf attraktiver zu machen. Auch das wird seit langem gesagt, aber auch hier können Sie der Ampel nicht vorwerfen, daß sie nichts getan hat. Sie ist den Einstieg in die zweigeteilte Laufbahn für die Polizei gegangen. Jetzt bekommen wir ja plötzlich die Briefe der Gewerkschaft der Polizei, sonst haben Sie die ja immer bekommen, Herr Borttscheller.

(Abg. B o r t t s c h e l l e r [CDU]: Ich komme die weiter!)

Sie bekommen die weiter, aber wahrscheinlich nicht die gleichen Briefe, die die Fraktion der GRÜNEN bekommen hat. Die Gewerkschaft der Polizei schreibt uns: „Besonders erfreut ist die Gewerkschaft der Polizei darüber, daß nunmehr offiziell der Weg in die zweigeteilte Laufbahn für die gesamte Polizei geebnet worden ist. Wir sind uns darüber im klaren, daß dieser Prozeß nur in einem Stufenplan erfolgen kann. Die GdP wertet das als Indiz für die politischen Bemühungen, den Polizeidienst gerechter zu bewerten und für junge Menschen in diesem Land attraktiver zu machen.“

(Zuruf von der CDU)

(A) Genau das ist auch das Ziel. Ja, das schmeckt Ihnen nicht! Das ist genau das Ziel der Ampelpolitik, da anzusetzen, wo es darum geht, auch qualitativ im Polizeidienst etwas zu verändern, und natürlich heißt das, diesen Beruf attraktiver zu machen, um die Bewerberlage auch zu verbessern und Polizeibeamte zu gewinnen, die mit der nötigen Sensibilität, mit dem Wissen und der Durchsetzungskraft sich auch erfolgreich kümmern in dem Kampf gegen die Kriminalität. Das der Ampel abzusprechen und hier ein Bild zu malen, als wenn nichts passieren würde, das ist einfach unlauter, und Sie wissen das selbst!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, zum Schluß: Die Diskussion über den Artikel 16 können wir hier heute nicht führen, Herr Borttscheller, aber mich hat gewundert, da Sie selbst ja auch wissen, daß das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz mit Ihren Stimmen in Bonn beschlossen wurde, wenn Sie schon der Meinung sind, daß Asylmißbrauch bekämpft werden muß, warum setzen Sie sich dafür nicht ein, daß dieses Gesetz durchgesetzt wird, und das heißt, daß es letztendlich auch behördlich umgesetzt wird? Dafür braucht man die entsprechenden Stellen, dafür braucht man auch das Geld.

(B) Ich habe das Gefühl, Sie haben zwar dieses Gesetz mitbeschlossen, aber an der Umsetzung haben Sie kein Interesse, wollen Sie die Grundsatzdebatte um Artikel 16 führen und dann der Bevölkerung ein rosa Bild malen.

Ich weiß, daß der Artikel 16 irgendwann einmal geändert wird. Da bin ich mir sicher. Ich kenne die gesellschaftlichen Kräfte und auch die politischen Kräfte, da bin ich Realist genug, aber ich sage Ihnen, auch anschließend wird sich nicht groß etwas ändern, und wir haben die gleiche Diskussion dann wieder, und Sie haben Erwartungen geweckt in der Bevölkerung, die sich wieder nicht erfüllt haben, und das wird auf uns alle in der Politik zurückschlagen, nicht nur auf Sie, sondern auf uns alle, auf alle Politikerinnen und Politiker.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Was mir Sorgen macht, Herr Borttscheller, ist, daß Sie in diesen gesamten Diskussionen um den Artikel 16, um die Asylproblematik, die Flüchtlingsbewegungen in dieser Welt, nicht reflektieren, daß letztendlich das Feindbild oder, sagen wir, dieser Sündenbock Ausländer auswechselbar ist und daß es ein ganz gefährlicher Prozeß ist, den wir ja gerade in Rostock gesehen haben, der sich da abspielt, und daß da Differenziertheit gefordert ist und Argumentation.

Ich behaupte, daß viele Ängste, die auf die ausländischen Mitbürger und Mitbürgerinnen und auf Asylbewerber abgeleitet werden, Probleme sind, die die Menschen haben, weil diese Phase der sozialen Sicherheit vorbei ist, weil die Angst, heute sozial schnell abzustiegen, mittlerweile unheimlich groß

(C) ist und die Menschen mit dieser Unsicherheit auch nicht zurecht kommen. Da suchen sie nach jemandem, der dafür verantwortlich gemacht werden kann, und da äußere Feindbilder durch das Ende, das glückliche Ende des Ost-West-Blocks nicht mehr existieren, sucht man nach neuen Feindbildern, und da findet man innere Feindbilder.

Alles das muß man doch mitbedenken in dieser ganzen Debatte und muß sich doch um Sensibilität bemühen, wenn man über die Asylproblematik und auch über den Mißbrauch diskutiert. Ich werfe Ihnen vor, daß Sie unheimlich oberflächlich diese Debatte geführt haben, daß Sie nicht differenzieren und daß Sie, ob Sie wollen oder nicht, damit Strömungen in der Bevölkerung unterstützen, denen man ganz anders begegnen muß, wo man in der Tat Ängste ernst nehmen muß, indem man zum Beispiel in der Sozialpolitik verhindert, daß es eine Verteilung von unten nach oben gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man muß für die sozial Schwachen mehr tun und muß verhindern, daß es eine Zwei-Drittel-Gesellschaft gibt. Das wäre für mich eine Alternative. Ich glaube, wenn diese Menschen diese Ängste nicht mehr hätten, dann wäre auch diese Feindschaft oder diese Aggression, die wir ja jetzt gerade erleben gegen Ausländer, nicht so stark. Dann könnte man sie auch trennen, die Schaulustigen von den wirklichen Gewalttätern, die man natürlich auch klar bekämpfen müßte. Auch das würde ich eigentlich heute hier von Ihnen erwarten, daß Sie hier nicht über den 6. Mai von neunzehnhundert-was-weiß-ich-wann diskutieren, sondern daß Sie über die Gewalt konkret in Rostock diskutieren.

(Abg. Borttscheller [CDU]: Da waren Sie ja dabei, Mensch!)

(D) Ich war erstens nicht dabei, und zweitens lebte ich da noch gar nicht in Bremen, aber das nur nebenbei, Herr Borttscheller! Aber es hat doch keinen Sinn, diese Debatte zu erwähnen. Da brauchen wir uns doch nichts mehr vorzumachen. Die sehe ich doch auch kritisch genug. Es geht um die Aktualität und über das, was an Gewaltpotential existiert und wie Sie dem begegnen, und da sind Sie die Antwort heute schuldig geblieben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Weidenbach.

Herr Abgeordneter Weidenbach, wir haben ja schon einige Male Ihre Ausführungen gehört und wissen, welchen Wortschatz Sie haben. Ich habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben, daß Sie lernfähig sind, daß Sie die politischen Auseinandersetzungen in einem Stil führen, der unter Demokraten angemessen ist. — Bitte sehr!

(A) Abg. **Weidenbach** (DVU): Herr Präsident, Damen und Herren! Ich habe auch die Hoffnung, daß hier in diesem Parlament noch einige in der Lage sind hinzuzulernen. Ich möchte von den Traumtänzereien und den wirklichkeitsfremden Theorien, die hier verbreitet wurden, doch wieder mehr den Blick auf die Tatsachen richten. Von den im Vorjahr bekanntgewordenen Straftaten je hunderttausend Einwohner in Deutschland liegt das Land Bremen mit mehr als 17 370 Fällen nach Hamburg und Berlin eindeutig an der Spitze einer erschreckenden Entwicklung.

(Abg. Frau **Marken** [SPD]: Kennen Sie den Unterschied zwischen Stadt- und Flächenstaat?)

Auch für das laufende Jahr weist der Trend weiter nach oben, das heißt zugunsten Krimineller und zu Lasten gesetzestreuer Bürgerinnen und Bürger, die zu Recht immer mehr um Sicherheit und Schutz bangen müssen.

(Beifall bei der DVU)

Noch nie war in Bremen die Gefahr so groß, Opfer einer Straftat zu werden. Schon 1991 mußten im Land Bremen mehr als 1 18 400 Verbrechen und Vergehen angezeigt werden, das waren fast 26 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Aufgeklärt wurden im Zwei-Städte-Staat nur noch rund 33 Prozent der Delikte, wobei noch zu sagen ist, daß die Fälle, die den Sicherheitsorganen bekannt werden, kaum die ganze Kriminalität in ihrem Ausmaß widerspiegeln, von dem Bürgerinnen und Bürger im SPD/FDP/GRÜNEN-regierten Bremen mit zunehmender Tendenz betroffen sind.

(B) Es ist jedoch nicht nur die enorme Zunahme krimineller Taten, die die Polizei vor beinahe unlösbare Probleme stellt, sondern neben einer erschütternden Zunahme brutaler Gewalt bei Straftaten und einer Verlagerung zu den schweren Formen innerhalb bestimmter Deliktbereiche ist es vor allem völliges Versagen etablierter Politik,

(Beifall bei der DVU)

was den Rechtsstaat regelrecht aus den Angeln hebt und Bürger in Angst und Schrecken versetzt, denn nicht nur wegen des Personalmangels bei der Polizei sind Sicherheit, Recht und Ordnung im Lande Bremen kaum noch gewährleistet. Als Folge falscher politischer Weichenstellungen realitätsferner Ideologien müssen heute Polizei und Justiz über weite Strecken vor dem Verbrechen kapitulieren.

(Beifall bei der DVU)

Aufweichungen im Strafrecht und Strafvollzug und eine unverantwortliche Asylpolitik gehen voll zu Lasten der inneren Sicherheit.

(C) Damen und Herren, wir von der Deutschen Volkunion stellen insbesondere auch hinsichtlich des Strafvollzugs im Lande Bremen fest, daß die gegebene Praxis offenbar weniger dem Schutz potentieller Opfer dient, vielmehr aber dem Wohl Krimineller.

(Beifall bei der DVU)

Der Schutz der gesetzestreuen Bürger hat aber eindeutig im Vordergrund zu stehen, und nur eine Strafe, die als Übel empfunden wird, wirkt letztendlich abschreckend und kann eine Sühne sein. Es darf nicht Aufgabe etwa des Strafvollzuges sein, den Freiheitsentzug so angenehm und erträglich wie möglich zu gestalten.

(Beifall bei der DVU)

Darüber hinaus ist es nach Auffassung der DVU nun wirklich höchste Zeit, endlich wirksame Maßnahmen gegen Dealerasylanten und sonstige Asylschwindler zu ergreifen und beispielsweise eine Intensivierung der Strafverfolgung multinationaler Rauschgifttäter durchzusetzen.

(Beifall bei der DVU)

(D) Wenn nämlich der Drogentourismus nicht gestoppt wird, wird sich die zu einem erheblichen Teil von Ausländern beherrschte Rauschgiftszene über das ganze Stadtgebiet weiter ausweiten, zumal schon jetzt nach den Vorstellungen von Innen- und Sozialbehörde beabsichtigt ist, die Drogenproblematik in Bremen auf alle Bereiche der Stadt zu verteilen.

(Beifall bei der DVU)

Noch ein Wort zur Bremer Justiz!

(Abg. **Dittbrenner** [SPD]: Wo ist eigentlich der Rest Ihrer Fraktion?)

Es ist wirklich unfaßbar, aber geradezu exemplarisch, was zum Beispiel an Vorgängen des Monats Februar deutlich wurde. Da gelang es nun der Polizei, jugoslawische Rauschgift Händler, noch dazu schwer bewaffnet, unter Einsatz des Lebens der Beamten und dank einiger Hinweise aus der Bevölkerung festzunehmen. Doch die Staatsanwaltschaft läßt die Dealer wieder laufen, damit diese Ausländer dann weiter ungehindert ihr verderbenbringendes Treiben fortsetzen können.

(Beifall bei der DVU)

Es stellt sich die Frage, wie die Polizei überhaupt ihre Aufgabe lösen kann, wie sie ihrer Aufgabe gerecht werden kann, wenn ihr die Staatsanwaltschaft auch noch in den Rücken fällt. Sicher wäre es angebrachter, statt mit falscher Moral den Zeigefinger gegen angebliche Ausländerfeinde zu erheben, end-

(A) lich energisch gegen alltägliche, multikriminelle Energie, gegen multikriminellen Terror, gegen Einbrüche, Raubtaten, Überfälle und Vergewaltigungen vorzugehen.

(Beifall bei der DVU)

Auch vor diesem Hintergrund können wir von der Fraktion der Deutschen Volksunion nur feststellen, daß einmal mehr die Kluft zwischen der Praxis etablierter Politiker der Altparteien und dem Anliegen der Bürgerinnen und Bürger in Bremen und Bremerhaven deutlich zum Ausdruck kommt. Es liegen tatsächlich Lichtjahre dazwischen.

(Beifall bei der DVU)

Es ist keine Frage, längst ist Bremen zum Paradies gewisser potentieller Krimineller, potentieller Asylkrimineller auch geworden, und das Wirken des Ampelensatzes läßt auch für die Zukunft hervorragende Möglichkeit für multikriminelle Banden und Scharen individuell tätiger Gauner fremder Nationalität erahnen.

(Beifall bei der DVU)

(B) Die Rekordzahl von über 5000 Neuasylanten des Vorjahres wird 1992 noch bei weitem übertroffen, denn schon bis Ende Juni waren es mehr als 2600, und es ist kein Geheimnis, daß sich der Hauptauschgifthandel im Stadtstaat einerseits fest in schwarzafrikanischer und andererseits fest in kurdischer Hand befindet und daß beispielsweise sogenannte Balkanflüchtlinge, man könnte auch im Klartext Zigeuner sagen, in enger Verbindung mit dem dramatischen Anstieg von Wohnungs- und Autoeinbrüchen und Autodiebstählen und der ständig wachsenden Straßenkriminalität stehen.

(Beifall bei der DVU)

Wer an diesen Tatsachen als politisch Verantwortlicher vorbeiblickt, wer diese Tatsachen nicht wahrhaben will, möglicherweise aufgrund ideologischer Engstirnigkeit, kann nicht Erfordernisse einer wirksamen Bekämpfung einer mehr und mehr internationalisierten mafiaähnlichen Kriminalität umsetzen.

(Beifall bei der DVU)

Darüber hinaus, wer eine multikulturelle Gesellschaft predigt, propagiert nicht nur den Verlust nationaler Identität, sondern zieht auch das Risiko der Konflikte, Unruhen, der Kriminalität der Drogen, der Verdrängung alteingesessener Bürger nach sich.

(Beifall bei der DVU)

Wer heute in unserem Land jährlich geradezu Massen von Angehörigen fremder Kulturen aufgrund

(C) gewisser Einwanderungsvorstellungen duldet, der bürdet dem eigenen Volk und späteren Generationen ein schweres Erbe auf.

(Beifall bei der DVU)

Schon jetzt zeigen sich Erblasten auch darin, daß beispielsweise die Steuermittel auf fast vier Millionen DM jährlich für die bremische Verwaltungsgerichtsbarkeit gestiegen sind. Was den Bürgern in diesem Zusammenhang nämlich verschwiegen wird, ist, daß mit dem Mehraufwand an Steuergeldern nicht etwa mehr Rechtsstaatlichkeit finanziert wird, die es sogenannten kleinen Leuten ermöglicht, sich besser gegen die Obrigkeit und eventuelle Unrechtsmaßnahmen durchzusetzen, der Grund dafür, daß die Verwaltungsgerichtsbarkeit zusätzliche Hunderttausende und Millionen DM verschlingt, liegt in erster Linie bei Scheinasylanten, die mit ihren Verfahren nämlich alles zustopfen.

(Beifall bei der DVU)

Es sind ja nicht nur Riesensummen deutscher Steuerzahler auch in Bremen, die für Sozialhilfe an Asylschwindler draufgehen, sondern darüber hinaus werden potentiellen Scheinasylanten auch noch die Prozesse bezahlt, die dann nur dazu dienen, länger hierbleiben und unberechtigt abkassieren zu können. Die DVU fordert deshalb den Senat auf, einen Zahlenspiegel über die Kosten von Asylverfahren vor bremischen Verwaltungsgerichten zu veröffentlichen.

(Beifall bei der DVU)

(D) Die totale Überlastung unserer Verwaltungsgerichte mit Verfahren von Asylausländern hat auch empfindliche Folgen für den Rechtsstaat insgesamt, denn deutsche rechtstreue Bürgerinnen und Bürger, die sich gegen Unrechtsmaßnahmen der hiesigen Obrigkeit zur Wehr setzen wollen, müssen oft unzumutbar lange warten, weil Asylbetrüger mit ihren Verfahren Schlange stehen.

(Beifall bei der DVU)

Konsequentes Vorgehen gegen Asylmißbrauch würde also unseren Bürgern nutzen, die vor den Verwaltungsgerichten Schutz gegen Maßnahmen auch der Obrigkeit suchen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang allerdings betonen, daß die Verwaltungsrichter keinerlei Schuld an dieser Entwicklung haben, verantwortlich auch dafür sind politisch herrschende, etablierte Parteien, die den Skandal des Asylbetrugs in unserem Lande zulassen.

(Beifall bei der DVU)

Ein weiteres Beispiel aus dem Katalog der Steuergeldskandalverschwendung ergibt sich aus den rund

(A) zehn Millionen DM, die 1992 und 1993 aus der Steuerkasse an das Bremer Landesamt für Verfassungsschutz gehen. Der sogenannte Verfassungsschutz, der in der Vergangenheit schon sehr häufig damit beschäftigt gewesen ist, verfassungsfeindliche Aktivitäten selbst zu entfalten, und von politisch Herrschenden nicht selten zweckentfremdet angewendet wird, ist nach Auffassung der DVU so ziemlich das letzte, das aus Gründen des Sinnvollen mit Geldern der Steuerzahler bedacht werden sollte.

(Beifall bei der DVU)

Auch hier liegt eine gefährliche Steuergeldverschwendung vor. Nach Meinung der DVU sollen die Mittel des Verfassungsschutzes um die Hälfte gekürzt werden. Die freiwerdenden rund zweieinhalb Millionen DM sollen dem Gesundheitswesen, nach unserer Meinung besonders der Behebung des Pflege-notstandes in Kinderabteilungen unserer Krankenhäuser, zufließen.

(Beifall bei der DVU)

Ansonsten sollte sich das Landesamt für Verfassungsschutz nach unserer Meinung besser darauf konzentrieren, die wahren Gefahren für unsere Verfassung abzuwehren, das heißt scharfe Beobachtung von Politikern der Altparteien, die Tausende Male gewissenlos gegen die Verfassung verstoßen haben und Hunderte Male von den Verfassungsgerichten des Bundes und der Länder beim Verfassungsbruch auf frischer Tat erwischt worden sind.

(B)

(Beifall bei der DVU)

Das ist ja eine Tatsache! Allein das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat schon 292 vom Bundestag beschlossene Gesetze in Teilen oder insgesamt für verfassungswidrig erklärt, mit anderen Worten, hätte das Verfassungsgericht nicht den Verfassungsbrechern der Altparteien so erfreulich häufig das Handwerk gelegt, wären in der Bundesrepublik Deutschland fast 300 verfassungswidrige Gesetze in Kraft. Das wäre einem kalten Staatsstreich von oben gleichzusetzen gewesen.

(Zuruf des Abg. T h o m a s [DIE GRÜNEN])

Daß es Ihnen im Kopfe weh tut, Herr Thomas, das ist mir schon lange bekannt.

Diese Zahlen beweisen, wie wichtig es ist, daß unsere Verfassung vor skrupellosen Verfassungsbrechern in den Reihen etablierter, herrschender Altparteien geschützt wird.

(Beifall bei der DVU)

Zusammenfassend kommen wir von der DVU angesichts der vom Ampelsenat zu verantwortenden Lage im Bereich des Innern nur zu einer Schlußfolgerung: Die Politik des Bremer Senats, die Politik der

Ampel, die Politik etablierter Kräfte ist nicht geeignet, Schaden von der deutschen Bevölkerung abzuwehren und Gerechtigkeit, Sicherheit und Schutz für alle Bürger im Lande Bremen zu gewährleisten.

(C)

(Beifall bei der DVU)

Präsident Dr. Klink: Herr Weidenbach, ohne im einzelnen auf Ihren Wortschatz einzugehen, möchte ich nur zurückweisen, daß die Verfassungsbrecher in den etablierten Parteien sitzen.

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Adamietz.

Abg. **Adamietz (FDP)*:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Debatte über einen Haushalt müßte, als ganze jedenfalls, eine Debatte über die gesellschaftlichen Probleme sein und darüber, wie die Politik sich schlecht und recht bemüht, damit umzugehen. Die Regierung und die sie tragenden Fraktionen müssen Konzepte anbieten, und die Opposition müßte sie kritisieren, und wenn sie denn dazu in der Lage ist, vielleicht auch Gegenkonzepte vorstellen.

(Beifall bei der FDP)

In wohl keinem anderen Bereich als dem, den wir hier haushaltsmäßig diskutieren, nämlich Inneres und andererseits Justiz und Verfassung, zeigt sich so deutlich die Problematik des Einsatzes staatlicher Machtmittel in der Bewältigung gesellschaftlicher Probleme und Konflikte. Wirtschaft präsentiert sich als Förderung, Bildung mit allen Problemen kann doch vielleicht etwas Aufbauendes, Emanzipatorisches zeigen und Soziales wenigstens noch eine Hilfestellung, wie immer schlecht und recht in den Zeiten der knappen Mittel.

(D)

Im Bereich Inneres und Justiz müssen wir zeigen, wie geht der Staat mit seiner eigenen Macht, mit den eigenen Machtinstrumentarien um. Wir müssen reagieren auf Konflikte, Interessenlagen, aber auch Egoismen, eine Unübersichtlichkeit in den Auffassungen der Bevölkerung selbst. Wir müssen reagieren auf etwas, was wir als gesellschaftliche Problematik jeden Tag spüren, und das, was wir heute und gestern nacht von Rostock gehört haben, macht uns das nur noch um so erschreckender deutlich.

Diese Frage stellt sich, denke ich, zentral auch für eine Haushaltsdebatte: Wie gehen wir eigentlich damit um, um nun diese gesellschaftlichen Probleme auch integrativ zu erfassen und dann das zu leisten, was für die Bürger zunehmend schwieriger wird, nämlich den gesellschaftlichen Zusammenhang herzustellen und nicht einer gegen den anderen, bei jeder politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und finanziellen Belastung nach dem Sankt-Florians-Prinzip vorzugehen, bei jedem örtlichen Problem, ein Beirat hier, ein Beirat dort, zu sagen, lastet das bitte einem anderen auf?

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Das ist, denke ich, das Hauptproblem, das wir politisch haben in dieser Situation. Ich denke, der Bremer Wähler hat das verstanden, daß einer allein das nicht leisten kann, und er hat auch tatsächlich eine bis dahin absolut regierende absolute Mehrheit im letzten Jahr abgewählt. Das, denke ich, ist der Kernpunkt, der politisch auch neu ist und auch neu an diesem Haushalt ist, nämlich daß sich hier verschiedene gesellschaftliche Kräfte, die sich parteipolitisch verschieden artikulieren und dafür auch Wählerstimmen bekommen haben, zusammengetan haben, ja vom Wähler regelrecht auch zusammengezwungen wurden.

Die CDU hat ein bißchen geschmolzt. Sie hätte eine Opposition, die berühmte Schwampel, vielleicht mit einem kühnen, vielleicht zu kühnen Schritt ergreifen können. Sie hat es nicht, aber eine gesellschaftliche Koalition ist hier zustande gekommen über in der Tat parteipolitische Grenzen hinweg. Das ist etwas Positives, das ist nicht zu kritisieren, denn das zeigt genau, was wir leisten müssen. Wir müssen über diese Auffassungsgrenzen hinweg doch zu einem kommen, nämlich zu einer Verständigung von politischen Inhalten, Zielen und Taten, bis hin auf Heller und Pfennig zwei Stellen hinter dem Komma.

(Beifall bei der FDP)

(B) Dies ist die Leistung dieser Ampel, und dies ist die Fragestellung, die Sie haben sollten, ob das die Ampel denn leistet. Ich selbst jedenfalls und wir — das Papier von den GRÜNEN neulich, von Herrn Mützelburg, zeigt es doch — stellen uns diese Frage, wir leisten gewissermaßen in uns selbst immer wieder dieses Problem, das aufzugreifen und diese Verständigung neu herzustellen.

Ich denke, das ist das Thema, die Kontroversen auszutragen und dann umzusetzen in politische Handlung. Deswegen zeigt diese Ampel politisch, denke ich, das neue Signal der Verständigung über solche durchaus sich gegenüberstehende politische Auffassungen und das Signal, daß sie in der Lage sind, zu politischer Handlung zu gelangen, und zwar mit demokratischen, mit parlamentarischen Mitteln, mit der Diskussion, mit der Überzeugung und mit dem Mittel des Kompromisses. Das ist die elementare Leistung der Ampel, und das ist auch die Antwort gegen alle jene, die meinen, mit Feuer, mit Steinewerfen wie gestern in Rostock könnten politische Konflikte ausgetragen werden.

(Beifall bei der FDP)

Das ist auch die Antwort auf alle diejenigen, und das ist in das Stammbuch der Opposition geschrieben, die sagen, wo ist denn in der Ampel die Handschrift in Reinheit, sagen wir, der FDP oder der GRÜNEN — manchmal gibt sie sich ja ökologischer als die GRÜNEN, Herr Niederbremer, wie ich höre — oder der SPD. Sie wollen sozusagen alles in allem immer in Reinschrift und sehen nicht, daß es darauf ankommt,

(C) die politischen Auffassungen aller Gruppierungen in der Bevölkerung zu integrieren und zusammenzufassen. So schmerzlich das ist und soviel Kritik wir in der Bevölkerung auch immer wieder bekommen, weil das so lange und so langsam geht, das ist tatsächlich das Neue. Das ist das Signal für die Zukunft.

Nun zurück zu dem konkreten Punkt! Ändert es etwas daran, daß wir in der Lage wären, Handlungsfähigkeit zu zeigen? Ich entnehme dem Antrag der CDU, entscheidend für Inneres ist das klare Bekenntnis zum Auftrag der Polizei. Da ist doch einfach die Frage auch zu stellen an die Opposition: Haben Sie die letzten neun Monate verschlafen? Sind Sie nicht im Lande Bremen existent gewesen? Wenn es in den letzten 20 Jahren ein klares Bekenntnis zum Auftrag der Polizei, wie sie es verstehen, gegeben hat, dann doch unter dem neuen Ampelinnensenator!

(Beifall bei der FDP)

Können Sie das leugnen? Wollen Sie es leugnen? Wenn Sie es leugnen wollen, dann verkennen Sie nicht nur die politische Entwicklung, nein, Sie verkennen ja auch die eigene Interessenlage, daß es nämlich darum geht, solche Auffassungen vorwärtszubringen und zu integrieren.

Ich verkenne überhaupt nicht, daß wir Schwierigkeiten haben. Ich verkenne überhaupt nicht, daß wir andere Interessenlagen, andere Beurteilungen haben. Stichwort Grünenstraße, sozusagen ein stadtpolitisches Thema! Da sind wir von der FDP völlig anderer Meinung. Wir hätten gesagt, es hätte geräumt werden sollen. Das können wir gar nicht leugnen. Aber das Entscheidende ist, daß die Ampel insgesamt zu politischen Lösungen kommt und mit einem Innensenator van Nispen jetzt jemanden stellt, der dies erstmals anpackt und genau das, was Sie ansprechen, erreicht, nämlich daß die Polizei auch wieder Mut schöpft.

(Beifall bei der FDP)

(D) Die Polizei muß nämlich das, was wir politisch an Konflikten haben, überall austragen, ob das in Rostock ist oder in den politischen Konflikten sonstwo, insbesondere aber auch hier in Bremen. Das klare Bekenntnis wollen Sie doch nicht leugnen. Das klare Bekenntnis zieht sich durch den Haushalt. Ich habe mir das hier noch einmal herausnotiert. Ich will Sie gar nicht mit den Zahlen jetzt langweilen. Lesen Sie vielleicht einmal den Haushaltsplan, bevor Sie abstimmen, dann sehen Sie das doch! Das ist die Verstärkung der polizeilichen Präsenz auf der Straße, sie geht bis in alle Einzelheiten hinein, das konsequente Vorgehen gegen Drogen- und Straßenkriminalität, Modernisierung der polizeilichen Arbeit, alles mit den Maßnahmen, die da bis in Heller und Pfennig ausgerechnet sind: Bildschirmarbeitsplätze, Datenschutz, Verstärkung des Bezirksdienstes.

(Unruhe — Glocke)

(A) **Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, ich bitte um mehr Aufmerksamkeit!

(Abg. T h o m a s [[DIE GRÜNEN]: Er redet schneller, als wir hören können!)

Dann müssen Sie etwas schneller hören können!

Abg. **Adamietz** (FDP): Ich spreche demnächst auf Band, das lassen wir dann langsamer ablaufen.

Die Diskussion um mehr Stellen in der Polizei, um die Stellenzielzahlen wird noch kommen. Wir werden sie Ende dieses Jahres ja führen. Wir haben den Einstieg in die zweigeteilte Laufbahn angesprochen. Das sind klare Aussagen, das ist ein klares Bekenntnis zum Auftrag der Polizei. Aber wir haben noch mehr, wir haben nämlich die Erkenntnis, daß der Auftrag der Polizei eben nicht nur ist, da einen Polizeibeamten hinzustellen und ihn dann allein zu lassen. Wir wissen nämlich, daß der Polizist von heute eben nicht mehr nur law and order zu verteidigen hat, einen Knüppel in der Hand, dann wäre das Problem gelöst — Herr Thomas hat das richtig angesprochen —, sondern der Polizist von heute hat sehr viel umfassendere Aufgaben, Stichwort Prävention will ich einmal nur als einen Punkt aufgreifen.

Wir sehen ja, was wir den Polizisten jetzt gerade in allen Bereichen, ob Sie Asyl, ob Sie Drogenkriminalität ansprechen, zumuten. Das ist eben der Punkt, daß wir diesen Auftrag auch sehen. Wenn ich mir das inhaltlich einmal ansehe, Beispiel aus der aktuellen Vergangenheit, Verlegung des Drogenstrichs vom Steintor in womöglich einen anderen Stadtteil, der diesen Drogenstrich natürlich nicht haben will! Das schwierige Problem, das ich am Anfang angesprochen habe, ist, daß natürlich verständlicherweise jeder sagt, vor meiner Haustür nicht, und ich denke, es ist auch berechtigt, wir müssen diese Argumente gut anhören. Aber wenn das alle sagen, dann heißt das eben, überhaupt nirgendwohin, und dann bleibt er da, wo er ist. Dann haben wir die im Stich gelassen, die es jetzt die letzten Jahre haben aushalten müssen.

Das heißt also, wir haben doch genau das Problem, daß wir eine Lösung dieses Konfliktes finden müssen, und wie können wir dies nur angehen? Indem wir sorgfältig prüfen, indem wir die Alternativen ausbreiten und indem wir dann in der Tat aber auch mutig eine Entscheidung treffen und die durchhalten!

(Beifall bei der FDP, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das geht nicht, wenn wir Beiräte oder Bevölkerung gegeneinander aufhetzen, wie es in Oberneuland geschehen ist. Da hätte man den Leuten klaren Wein einschenken und sagen müssen, auch dort muß eine Belastung hingenommen werden, aber natürlich hören wir zu, wenn ihr sagt, an dem Punkt nicht, vielleicht gibt es eine bessere Alternative. Das ist Politik

im Sinne dieser Ampel, aber auch Politik in die Zukunft weisend für die bremische Gesellschaft. (C)

(Beifall bei der FDP)

Ich kann deswegen überhaupt nicht, Herr Borttscheller, verstehen, daß Sie in so einem Nebensatz sagen — ich hoffe, das war für Sie auch nur etwas Rhetorik —, bei der Verlegung Drogenstrich orientiere man sich an lästiger Begleiterscheinung. Sagen Sie das einmal den Leuten in der Friesenstraße, daß die sich an einer lästigen Begleiterscheinung stören! Nein, das sind die Probleme dieser Gesellschaft. Das sind auch Kinder der Gesellschaft, die da betroffen sind. Das ist der Baby-Strich, das sind die Kinder dieser Gesellschaft, und das ist nicht eine lästige Begleiterscheinung, das ist unser zentrales Problem.

Meine Damen und Herren, ich will nur in wenigen Sätzen noch deutlich machen, dieses Stichwort ist das Stichwort dieser Ampelregierung, und daran wird sie sich auch messen lassen müssen, daß sie Verständigung über verschiedene gesellschaftliche Konflikte hinaus erreicht und die Handlungsfähigkeit beweist, wie das auch dieser Haushalt zeigt, was ihr vorher ja nicht zugetraut worden ist, Handlungsfähigkeit, aber auch in die Zukunft weisend, nicht nur aktuell 1992 und 1993 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, sondern jetzt auch die Konzepte in die Zukunft zu bringen!

Im Bereich Justiz will ich nur eines ansprechen, da wird eben das, was jetzt an Justizstruktur gewissermaßen noch von den Reichsjustizgesetzen von vor genau 100 Jahren dort vorhanden ist, etwa in der Geschäftsstellenstruktur, aufgearbeitet. Da wird ein neues System Justiz 2000 entwickelt werden, Sie sind herzlich eingeladen, sich daran zu beteiligen. In der Justizdeputation, die auch heute hier im Haushalt ja gar keine Rolle gespielt hat, und im Justizbereich, will ich nur sagen, sind harte Kontroversen, sind Auseinandersetzungen, aber wir kommen zu einer Verständigung. Ich kann das nur begrüßen, weil dies ein Bereich ist, wo man zusammenarbeiten muß, nachdem man vorher gekämpft hat um die Positionen. Das ist dort eigentlich nur lobend zu erwähnen. (D)

Ein weiterer Punkt, der ganz großartig ist, ich sage es nur in einem Wort, der natürlich auch in diesen Bereich mit hineinspielt, ist die Sanierung der Finanzsituation Bremens insgesamt. Das wird unser Dauerthema sein.

Konkret aus dem Bereich Inneres und Justiz gibt es noch zwei Punkte, die hier anzusprechen sind und die wir nicht vergessen dürfen, wenn wir tatsächlich zwei Stellen hinter dem Komma die Pfennige zusammenzählen. Das ist die Reform des öffentlichen Dienstes, eine Mammutaufgabe, eine Aufgabe, die wirklich ansteht, wo wir die Grenzen der bisherigen Strukturen ja jeden Tag merken und wo es genau darum geht, diese Verständigung zu suchen mit den Mitarbeitern der Verwaltung, aber auch mit den Bürgern, um zu einer neuen Struktur zu kommen.

(A) Gerade wir haben sehr dafür gekämpft, jetzt wird ein solcher Ausschuß eingesetzt, und ich denke, wir kämpfen dafür, daß er erfolgreich seine Arbeit beendet, und auch da sind Sie herzlich eingeladen mitzumachen.

Der letzte Punkt: Reform der Landesverfassung! Die Reform an Haupt und Gliedern, die Reform unseres Staatswesens, das ist auch unser Thema, und das ist das Thema dieser Wahlperiode, auch das Thema letztlich der Ampel,

(Beifall bei der FDP)

das Thema auch der Einbeziehung der Opposition. Da hören wir ganz genau zu, und insofern ist es, denke ich, auch eine richtige politische Sache, daß in dieser Ampel eben zwei Fraktionen sind, die vor kurzem noch Opposition waren, die sehr wohl genau wissen, wie das ist, wenn man in der Opposition ist. Ich denke, das ist die Chance und die Brücke, daß wir zusammen hier zu Lösungen kommen, die dann wirklich tragfähig sind über alle politischen und gesellschaftlichen Konflikte hinaus.

Ich will es am Haushalt noch einmal deutlich machen: Wir haben, das ist nur ein kleines Signal, eben 100 000 DM für diesen Posten Reform der Landesverfassung, um Gutachten einzukaufen, vielleicht auch einmal eine Broschüre herzustellen und so etwas, eingesetzt. Das ist eine haushaltmäßige Umsetzung, bescheiden, wie sich das für Bremer gehört, aber sie ist ein Signal in die richtige Richtung. Das, denke ich, ist der Kernpunkt dieses Haushalts.

(B)

(Beifall bei der FDP, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort Herr Senator van Nispen.

Senator für Inneres und Sport v. Nispen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich darf mich bei der Kollegin Marken, beim Kollegen Thomas und beim Kollegen Adamietz bedanken. Sie sind mir schon hilfreich zur Seite gesprungen, was die Attacken der CDU angeht. Beim Kollegen Adamietz war das inhaltlich großartig, aber manche hatten das Problem, daß sie so schnell gar nicht folgen konnten. Insofern möchte ich das eine oder andere noch einmal aufnehmen und etwas langsamer reden. Es ist wirklich lohnenswert, daß man das eine oder andere noch einmal auf sich wirken läßt.

Meine Damen und Herren, als ich heute morgen die Rede von Herrn Nölle hörte, ging mir die alte Lateinerweisheit durch den Kopf, hättest du geschwiegen, hätte man dich für klüger gehalten.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Herr Nölle hat nämlich offenbart als der prominenteste Redner der CDU-Fraktion, daß er von Sicher-

heitspolitik keine Ahnung hat. Das ist zwar nun nicht unbedingt notwendig, man kann ja nicht in allen Sätteln gerecht sein, aber ich hätte doch gedacht, daß der Kollege Borttscheller seinen Kollegen Nölle insoweit informiert hätte, daß er dann zumindest in der Lage gewesen wäre, etwas Aktuelles von sich zu geben. Das ist aber offenbar nicht gelungen, und offenbar hat auch Herr Borttscheller, das stelle ich nun allerdings mit Bedauern fest, insofern als er Sprecher der Innendeputation ist, die Entwicklung der letzten neun Monate irgendwie nicht verarbeitet.

(C)

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Ich glaube, Herr Thomas hat das schon gesagt, meine Damen und Herren, Sie müssen wissen, in der Innendeputation ist es so, daß dieses Ressort eine ganz offensive Informationspolitik macht, daß wir versuchen, Ihnen gute Vorlagen an die Hand zu geben, mit denen Sie auch politisch arbeiten können. Das wird auch, nach meiner bisherigen Beobachtung, mit großer Zufriedenheit und Genugtuung von der CDU entgegengenommen. Wenn ich das nun auf mich wirken lasse und vergleiche mit dem, was hier heute gesagt worden ist, dann habe ich doch ein paar Probleme. Aber vielleicht liegt es auch einfach daran, daß diese vielen Informationen, die wir auch der Opposition zuteil werden lassen, einfach von den Fraktionsassistenten der CDU nicht in der Weise verarbeitet werden, daß die Herren Borttscheller und Nölle dann auch entsprechend darauf parlamentarisch reagieren können.

(D)

Ich sage Ihnen hier in aller Deutlichkeit, meine Damen und Herren von der CDU und auch von der DVU, der Versuch, die Ampel sicherheitspolitisch diskreditieren zu wollen, ist zum Scheitern verurteilt. Diese Koalition hat sicherheitspolitisch vorzüglich gearbeitet. Sie hat eine ganze Reihe von Vorhaben in Angriff genommen. Ich werde Ihnen das gleich darstellen. Wir werden in dieser Art und Weise auch weiterarbeiten.

Was heißt das eigentlich, Herr Borttscheller, wenn Sie in Ihrem Antrag fordern, die Koalition möge ein klares Bekenntnis zum Auftrag der Polizei geben? Die Polizei hat sich noch zu keinem Zeitpunkt in den letzten Jahren politisch so gestützt fühlen können wie zu Zeiten dieser Koalitionsregierung,

(Beifall bei der FDP — Zuruf des Abg. Borttscheller [CDU])

wie zu Zeiten dieser Koalitionsregierung, das ist ein Fakt. Also, was soll dieser Appell?

Um einen anderen Punkt einmal aufzunehmen: Sie sagen, es fehle ein schlüssiges Personalkonzept. Sie wissen doch als Innendeputierter, daß wir in unserem Ressort eine sechsköpfige Arbeitsgruppe gebil-

(A) det haben, die mit Hochdruck an dem sogenannten Stellenzielzahlenkonzept arbeitet.

(Abg. v. d. Schulenburg [CDU]: Aber seit drei Jahren!)

Das besagt, daß wir demnächst die Frage beantworten können, wieviel Polizei braucht das Land. Was heißt hier drei Jahre, diese Arbeitsgruppe arbeitet seit vier, fünf Monaten, und zwar im Auftrag dieses neuen Innensenators, koalitionspolitisch gestützt.

(Abg. v. d. Schulenburg [CDU]: Davor auch!)

Wir werden, Herr von der Schulenburg, im Herbst dieses Jahres Ergebnisse vorlegen, und ich bin dann schon einmal gespannt auf die Diskussionsbeiträge und die Alternativvorschläge der CDU.

Sie erwecken dann in anderen Passagen Ihres Antrags doch den Eindruck, ich muß das noch einmal wiederholen, daß Sie, und auch Herr Nölle hat das gesagt, in der Tat nicht auf der Höhe der Zeit sind. Was wollen Sie denn damit sagen, wenn es darum geht, wie Sie reklamieren, das neue Asylverfahrensgesetz beschleunigt umzusetzen? Sie wissen doch ganz genau, daß ich mit Herrn Seiters eine Absprache getroffen habe, Sie wissen auch, wo Herr Seiters parteipolitisch steht, dergestalt, daß Bremen als eines der ersten Länder nach der neuen Gesetzgebung eine Außenstelle des Bundesamtes für die Anerkennung politischer Flüchtlinge in Zirndorf bekommt.

(B) Wir, Bund und Land, haben Hand in Hand vorzüglich vorgearbeitet mit dem Ergebnis, daß diese Außenstelle im September/Oktober ihre Arbeit wird aufnehmen können. Wir haben für den Bund die Räume besorgt in Amtshilfe, wir haben für den Bund das Personal ausgesucht in Amtshilfe. Wir haben das getan, weil wir uns natürlich auch für Bremen etwas davon versprechen. Also, was soll eine solche Passage in Ihrem Antrag, oder was soll eine Passage in Ihrem Antrag, die da lautet, Täter, die gegen das Betäubungsmittelgesetz verstoßen haben, abschieben? Sie wissen doch ganz genau, daß das gegenwärtige Betäubungsmittelgesetz in Verbindung mit dem Asylverfahrensgesetz, in Verbindung mit dem Ausländergesetz, in Verbindung mit Artikel 16 das gar nicht zuläßt! Wir können erst abschieben, wenn rechtskräftig verurteilt worden ist.

Herr Nölle, wenn ich Sie ansprechen darf, weil Sie gerade hereingekommen sind, Sie sprechen vom Kurdenerlaß.

(Abg. Borttscheller [CDU]: Er hat hinter Ihnen gesessen!)

Herr Borttscheller müßte Ihnen doch sagen können, daß der Kurdenerlaß überhaupt kein Thema mehr ist. Wir haben klare allgemein geltende Regelungen für solche Menschen, die von Verfolgung und Folter

bedroht sind und für die wir einen gewissen Abschiebeschutz gewährleisten.

(C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben, meine Damen und Herren, wie ich das schon angedeutet habe, eine ganze Reihe von Vorhaben auf den Weg gebracht, teilweise auch in Kontinuität der Politik der letzten Jahre. Dazu gehört zum Beispiel ganz zentral, die Rahmenbedingungen für die Polizeiarbeit zu verbessern, baulich, technisch, organisatorisch, apparativ. Sie wissen aus meinen Deputationsunterlagen, Sie wissen aus den Unterlagen für den Haushalt, und insofern danke ich hier dem Parlament, daß wir allein für die Reviermodernisierung und -sanierung im Doppelhaushalt zirka zehn Millionen DM verwenden werden dank Ihrer Großzügigkeit. Ist das nichts? Das ist ein enormer Pusch nach vorn!

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Sie wissen, daß wir einen Rückstand aufzuholen haben, was die Einführung moderner Bürotechnologien bei der Polizei angeht. Sie wissen, daß wir bislang erst zwei Testinstallationen im zwölften Revier und bei der Drogeninspektion vornehmen konnten. Aber Sie müßten aufgrund der vorliegenden Anträge auch wissen, daß wir dank der Großzügigkeit dieses Parlaments in den nächsten zwei Jahren zirka sechs Millionen DM allein für ISA - D investieren können. Ist das nichts, meine Damen und Herren?

(D)

(Beifall bei der SPD)

Um einen Seitenblick zu werfen auf die Feuerwehr, weil natürlich die auch irgendwo sicherheitspolitische Aufgaben hat, Rostock hat das ja sehr verdeutlicht, Sie kommen gleich noch darauf! Die Einsatzleitzentrale wird in den nächsten zwei Jahren fertig, meine Damen und Herren, mit einem Kostenvolumen von zirka 15 Millionen DM. Ist das etwa nichts?

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Wenn ich dann auf Ihre Anträge schaue, Herr Borttscheller, da könnte ich ja zunächst einmal sagen, wenn Sie verlangen, die Polizei um 100 Stellen zu verstärken, dann kann man sich als Innensenator nur freuen. Nur muß man als CDU-Opposition auch sagen, wie das finanziert werden soll. Das kostet nämlich einmal so eben zwischen fünf und sechs Millionen DM, und das per anno. Ich weiß nicht, wie Sie die Mittel dafür aufbringen wollen. Im übrigen sage ich, nach meinem Verständnis gehört die Beantwortung dieser Frage in das Stellenzielzahlenkonzept, da können wir uns gern in der Deputation darüber unterhalten.

(A) Wenn Sie im ersten Teil Ihres Antrags den Eindruck erwecken, als müßten immer weniger Beamte immer mehr Kriminalität bearbeiten, so ist ein Teil des Statements richtig, in der Tat hat es eine beunruhigende Kriminalitätsentwicklung gegeben, auch in Bremen wie anderen Großstädten, da gibt es nichts zu beschönigen, dann müssen wir uns einmal sehr differenziert auch in der Deputation darüber unterhalten, weil das nämlich nach Deliktarten ganz unterschiedlich ist. Es ist natürlich in der Tat nicht zu bestreiten, daß, was zum Beispiel die Diebstähle angeht, Bremen an der Spitze liegt und bei anderen Deliktarten auch. In anderen Bereichen sieht es anders aus.

Meine Damen und Herren, wenn man über Stellen redet, muß man natürlich wissen, daß aufgrund der Sparpolitik in den achtziger Jahren von 1981 bis 1988 die Zahl der Stellen zwar reduziert wurde, daß sie aber seit 1988 bis heute steigt, was immer noch nicht ausschließt, daß wir 1991 immer noch unter den Zahlen von 1981 liegen. Aber, wie gesagt, dazu die weiteren Antworten, und ich hoffe da auch auf Ihre konstruktiven Beiträge, im Rahmen der Stellenzielzahldiskussion!

Nur eines noch zu den Stellen, die bereitstehen! Wir haben das Problem im Augenblick nicht mit den Stellen, Herr Borttscheller, das wissen Sie, sondern wir haben das Problem, qualifizierte Polizeibeamte zu gewinnen. Wir haben 60 Stellen, die wir morgen besetzen könnten. Sparpolitik hin, Sparpolitik her, diese Koalition hat sich darauf verabredet, und das ist auch in den vergangenen neun Monaten geschehen, daß die Stellen, die wir besetzen konnten, weil wir ja sozusagen die Leute dafür hatten, sie auch in der Tat besetzt haben. Aber es fehlt wie in anderen Bereichen der Gesellschaft, meine Damen und Herren, an den qualifizierten Kräften. Es liegt, Herr Borttscheller, entgegen dem Eindruck, der mit Ihrem Antrag erweckt wird, nicht an den Stellen.

Ich will, weil ich jetzt doch zum Schluß kommen muß, noch eines zu den bedauerlichen Vorgängen in Rostock sagen. Also, das hat auch mich sehr beunruhigt. Man ist natürlich sofort gefragt worden, könnte sich so etwas in Bremen wiederholen. Niemand kann die Hand dafür ins Feuer legen, daß sich solche Vorgänge nicht wiederholen, Sie kennen das Phänomen der Nachahmungskriminalität. Aber eines kann ich von dieser Stelle aus versprechen, daß es in Bremen nicht passieren wird, daß Polizei und Feuerwehr zusehen, wie hier Häuser angesteckt werden, da gebe ich Ihnen mein Wort als Innensenator.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Das muß auch die Bevölkerung wissen, trotz der Tatsache, daß das ein hochdramatischer Vorgang ist. Ich sage Ihnen, wir werden es hier nicht zulassen, daß organisierter Pöbel so etwas begeht. Wir haben heute die Vorgänge in Rostock zum Anlaß genommen, eine entsprechende Lagebeurteilung für Bre-

men vorzunehmen und bestimmte Objektschutzmaßnahmen zu treffen. Mehr kann ich hier und heute von dieser Stelle aus nicht sagen. (C)

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Ein Letztes noch, meine Damen und Herren, und zwar, weil ich mindestens indirekt mehrere Male angesprochen worden bin zu meiner Haltung zu Artikel 16 Grundgesetz! Die Beschlußlage in der Koalition ist eindeutig, aber natürlich habe ich unabhängig davon als politischer Mensch eine Auffassung, und die habe ich artikuliert. Ich darf deswegen folgendes sagen: Ich bin nicht der Meinung, daß mit einer Änderung des Grundgesetzes der Zustrom von Asylbewerbern in die Bundesrepublik dramatisch verändert werden könnte,

(Beifall bei der SPD)

und zwar deswegen nicht, meine Damen und Herren, das zeigt alle Erfahrung dieser Welt, egal, wie die Rechts- und Verfassungslage ist, entscheidend für diese Zuwanderung, für diese Wanderungsbewegungen sind die Wohlstandsgefälle, sind die Gefälle sozialer Sicherheit

(Beifall bei der SPD)

(B) und Friedenspolitik in der Welt.

(D)

Ich habe nie behauptet, daß man mit einer Ergänzung des Artikels 16 das Phänomen einer verstärkten Zuwanderung in den Griff bekommen könnte. Insofern trete ich all denen bei, die sagen, man muß mit dem Thema sorgfältig umgehen, man muß der Bevölkerung sagen, so einfach ist es nicht, das ist kein Patentrezept. Wofür ich kämpfe, ist, meine Damen und Herren, daß wir den Mißbrauch derer sanktionieren, die hier in der Bundesrepublik sind, den Status als Asylbewerber für sich reklamieren,

(Abg. K u d e l l a [CDU]: Das wäre erst einmal ein wichtiger Schritt!)

die aber ausschließlich hierhergekommen sind, teilweise auch eingeschleust werden, zu dem Zwecke, sich im Drogenhandel zu beteiligen. Das ist also mein Ansatz.

Ich bin der Meinung, daß wir es als Deutsche trotz unserer Vergangenheit nicht hinnehmen müssen, daß Menschen in nennenswertem Umfang hier eingeschleust werden, um Sozialhilfebetrug und Drogenhandel zu begehen. Leider ist unser gegenwärtiges rechtliches Instrumentarium nicht geeignet, solche Menschen auch aus dem laufenden Asylverfahren heraus abschieben zu können, und genau dafür kämpfe ich.

(Beifall bei der FDP)

(A) Es gibt für mich ein drittes Argument, meine Damen und Herren, das rankt sich um den Flüchtlingsstatus B. Sie wissen das alle, und es gibt da, glaube ich, einen parteiübergreifenden Konsens, daß es unsinnig ist, Bürgerkriegsflüchtlinge wie zum Beispiel aus Bosnien-Herzegowina in das Asylverfahren zu treiben.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Das ist Unfug. Für diese Menschen brauchen wir eine andere Lösung, dafür gibt es dieses Kürzel Flüchtlingsstatus B. Ich füge jetzt aber hinzu, wir müssen natürlich auch verhindern, wenn wir diesen Flüchtlingsstatus B gegeben haben und Leuten aus den Bürgerkriegsgebieten vorübergehend eine Heimstatt gegeben haben, daß diese dann nicht, wenn wir die Zumutung aussprechen müssen, weil nämlich die Bürgerkriegssituation im Heimatland beendet ist, nun verläßt bitte unser Land, die Möglichkeit haben können dürfen, auf das Asylverfahren umzusteigen.

Wir bekommen das Verhältnis von Flüchtlingsstatus und Asylverfahren nur dann verfassungsrechtlich einwandfrei konstruiert bei gleichzeitiger Vermeidung von Mißbrauch, wenn wir eine Ergänzung des Artikels 16 vornehmen, das Nähere regelt ein Gesetz. Deswegen, aus diesen beiden Gründen, eine saubere Regelung des Flüchtlingsstatus B und die Möglichkeit, massive Verletzung des Gastrechts sanktionieren zu können, aus diesen beiden zentralen Gründen bin ich dafür, daß wir eine Ergänzung von Artikel 16 Grundgesetz vornehmen.

(B)

(Beifall bei der FDP)

Ich sage das alles, meine Damen und Herren, noch einmal unter Betonung dessen, die Beschlußlage in der Koalition ist eindeutig, ich habe hier gerade meine persönliche Meinung geäußert, weil ich angesprochen worden bin. Wir werden über alle Parteien hinweg, aber auch in der Koalition, glaube ich, fair miteinander ringen müssen. Ich jedenfalls bin dazu bereit, mich auch auf die Argumente anderer einzulassen. — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Borttscheller.

Abg. Borttscheller (CDU)*: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Noch einige Anmerkungen zu dem Vorredner, weil manche Dinge einfach nicht unwidersprochen bleiben können! Zu Martin Thomas kann ich nur eines sagen, herzlichen

(C) Glückwunsch, wer jetzt die Schriftenreihe der Polizeiführungsakademie so aufmerksam liest,

(Abg. Thomas [DIE GRÜNEN]: Ich lese sie schon seit Jahren!)

der gehört spätestens dann zum innenpolitischen Establishment. Aber das sollte natürlich nicht dazu führen, daß das, was wir in den vergangenen Jahren gemacht haben, nun völlig verdrängt wird.

Es ist ja nicht so, daß die CDU sich hingestellt und also gesagt hat, Knüppel aus dem Sack und feste darauf, damit lösen wir die Probleme bremischer Innenpolitik. Ich sage Ihnen, ich empfehle Ihnen einmal, lesen Sie die letzten zehn Jahre Protokolle dieser Debatten nach, wie oft, Dutzend Male, wir das Konzept der ressortübergreifenden Maßnahmen gefordert, angemahnt, erinnert haben und welche Antworten dann gefallen sind!

Ich erinnere den damaligen Kollegen, jetzt Senator van Nispen, waren wir nicht gemeinsam in Amerika, eine sehr aufwendige Informationsreise, und haben uns vor Ort 1989 im Herbst über die Entwicklung der Drogenkriminalität in New York vor Ort erkundigt, haben soziale Einrichtungen besichtigt, haben Strategien besprochen beim FBI und haben eine Fülle von Eindrücken gehabt? Was ist? Wir kommen zurück, ich spreche den damaligen innenpolitischen Sprecher der SPD Herrn Janke an und sage, Herr Janke, nun müssen wir doch einmal etwas auf den Weg bringen. Was wollen wir machen? Was antwortet der kluge Mensch? Da wollen wir doch erst einmal die gesellschaftspolitische Entwicklung abwarten!

(D) Meine Damen und Herren, leider setzen Sie diese Tradition in Ihrer Fraktion fort.

(Senator v. Nispen: Nun aber vorsichtig!)

Wenn Sie mit Problemen angesprochen werden, dann sagen Sie, da habe ich noch keine abschließende Meinung, wir denken darüber nach. Das ist ein Minimalprogramm. Nachdenken ist immer gut. Nur irgendwann müssen Sie natürlich einmal zum Ergebnis kommen, sonst war das Nachdenken umsonst!

(Beifall bei der CDU)

Die politischen Redebeiträge des Kollegen Adamietz verfolgen wir ja nun auch schon seit Zeiten der Bremer Grünen Liste, und manchmal habe ich das Gefühl, er driftet von der Mitte immer wieder ein bißchen nach links ab. Ihre Redebeiträge sind anstrengend, haben aber durchaus guten Unterhaltungswert, und ich sage, man hat immer das Bedürfnis, das Protokoll abzuwarten, um sie dann auch wirklich herzlich zu verinnerlichen. Aber ich nehme zur Kenntnis, daß auch Sie sich bemühen wollen, dieses Konzept anzuschleichen.

Da sind wir nun beim Herrn Innensenator. Also, wir haben Sie ja schon mächtig gelobt. Das hat Ihnen bei den GRÜNEN auch bereits geschadet, denn im-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) mer wenn wir Sie loben, dann sträuben sich bei Herrn Ruffler oder bei anderen die Nackenhaare, weil sie meinen, hier läuft es nicht so, wie das in der Koalitionsvereinbarung steht. Nur, Herr Senator van Nispen, eines müssen Sie natürlich merken, der Erfolg eines Innensensors wird nicht daran gemessen, wie viele Initiativen er anschiebt und wie viele Planungsgruppen er einsetzt, und auch nicht daran, daß er uns mitteilt, der Personalentwicklungsplan, den ein Senator Meyer schon einmal angeschoben und angekündigt hat, den ein Senator Sakuth uns jedes Jahr wiederkehrend versprochen hat, solle nun noch in diesem Jahr vorliegen. Wir wollen Ihnen ja glauben, nur, auch das bringt natürlich den von bremischer Innenpolitik Betroffenen vor Ort herzlich wenig.

Ihre politische Arbeit wird daran gemessen werden, ob Sie am Ende dieser Legislaturperiode eine vernünftige Bilanz vorlegen können. Da sage ich ganz nüchtern, das hängt nach unserer Überzeugung ganz entscheidend davon ab, ob Ihnen das gelingt, was Ihren Vorgängern sämtlich nicht gelungen ist, nämlich zum Beispiel im Bereich der Drogenkriminalität, der Prävention schlüssige Rezepte vorzulegen, die mit Aussicht auf Erfolg eingebracht und angegangen werden können. Nur wenn die Bevölkerung objektiv und subjektiv feststellt, daß man das Gefühl zunehmender innerer Sicherheit wiedergewonnen hat, dann können Sie sich erfolgreich nennen. Aber ich habe Hoffnung, daß Sie das sehr realistisch sehen, denn den Leuten im Viertel haben Sie ja schon gesagt, in drei Jahren sollten sie über den Erfolg Ihrer Arbeit dann per Votum abstimmen. Ich bin sicher, das wird der Wähler auch befolgen.

(Beifall bei der CDU)

Gegen eines wehre ich mich, denn ich meine, daß Sie der Tätigkeit als Oppositionspolitiker noch nicht so weit entfernt sind, daß Sie nicht wüßten, daß es eigentlich nicht Aufgabe der Opposition ist, Ihnen Konzepte zu erarbeiten und alternativ vorzulegen, damit Sie dann als zuständiger Senator sich auswählen können, ob Sie nun Ihr eigenes oder ein anderweitig erarbeitetes Konzept umsetzen wollen. Wir erwarten von Ihnen, daß Sie die Denkanstöße aufnehmen und in Ihrem Ressort Ihren qualifizierten

Beamtenapparat dazu nutzen, solche Konzepte erarbeiten und umsetzen zu lassen. Insofern predigen Sie an falscher Stelle, wenn Sie das von der Opposition abfordern. Das sollte auch der Kollege Thomas nachvollziehen und natürlich weiterhin aufmerksam die Schriftenreihe weiterlesen.

Dann fällt mir noch ein Satz ein zum Kollegen Weidenbach, aber auch nur ein einziger. Sie sind für mich der lebende Beweis dafür, daß der Verfassungsschutz nach wie vor seine Existenzberechtigung hat.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, wir sind in der Beratung des Bereichs Inneres, Justiz und Sport. Ich gehe einmal davon aus, daß die Teile Inneres und Justiz jetzt damit abgehandelt sind und daß wir morgen früh mit dem Bereich Sport aus dem Komplex Inneres, Justiz und Sport fortsetzen.

Ich habe dann noch folgendes zu sagen: Ich habe mir einmal die Rede der Abgeordneten Frau Blohm vorlegen lassen. Die Ausdrucksweise dekuviert den Redner, aber sie läßt auch Rückschlüsse auf die Geisteshaltung zu, die dahinter steckt. Dazu will ich mich nicht äußern. Ich möchte nur auf zwei Dinge zurückkommen — die Kollegin Bernbacher hat ja zu Recht schon mehrfach dabei eingegriffen —, in dieser Rede sind zwei Dinge, die ich ausdrücklich zurückweisen möchte. Einmal heißt es in bezug auf die Innenstadt: „Am wichtigsten aber wäre es, das ganze Gesindel hinauszuschmeißen, das sich bei uns breit macht, also Kriminelle aus allen Kontinenten.“ Der zweite Satz: „Jetzt ran an den Feind! Asylbetrüger raus aus unserer Stadt!“ Ich weise das ausdrücklich als unparlamentarisch zurück!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, zu Ihrer Information, die Restredezeiten: SPD 73, DVU 102, FDP 72, GRÜNE 65, CDU 70, Senat 65, alles gemessen in Minuten!

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 19.06 Uhr)

